17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentlicher Teil

3. Sitzung

Freitag, 24. Juni 2022, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:32 Uhr	(Mittagspause: 12:33 bis 13:42 Uhr)	Schluss: 19:32 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – nicht öffentlich

Beschlussfassung über weitere Sachverständige für die anschließende öffentliche Anhörung ..... (gesondertes Protokoll)

Teil II – öffentlich

Öffentliche Anhörung
zur Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“ für die weitere Arbeit der Enquetekommission ..... S. 2

Teil III – nicht öffentlich.....(gesondertes Protokoll)

1. Beschluss über die Festlegung eines Verfahrens für die inhaltliche Vorbereitung der einzelnen Sitzungen der Enquetekommission

2. Beschluss über die Einladung der ehemaligen Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Gisela Erler, und der amtierenden Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung, Barbara Bosch, sowie von Repräsentanten des Bürgerforums Corona sowie des Forums Zivilgesellschaft in die Sitzung der Enquetekommission am 22. Juli 2022

3. Benennung von Sachverständigen für eine öffentliche Anhörung in der Sitzung der Enquetekommission am 22. Juli 2022

4. Beratung und Beschlussfassung über die weitere Arbeit der Kommission ab September

5. Beschluss über Festlegung vier zusätzlicher Sitzungstermine der Enquetekommission im Jahr 2023

6. Verschiedenes

Teil II

Öffentliche Anhörung
zur Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“
für die weitere Arbeit der Enquetekommission

Ablaufplan

	Uhrzeit	Sachverständige / Funktion
	09:30 Uhr	**Alexander Salomon MdL** Vorsitzender der Enquetekommission
1	09:35 Uhr	**Prof. Dr. Johannes Orphal** Professor für Physik, Bereichsleiter Natürliche und Gebaute Umwelt am Karlsruher Institut für Technologie, Karlsruhe
2	09:55 Uhr	**Prof. Dr. Peter Bofinger** Seniorprofessur für VWL, int. Wirtschaftsbeziehungen der Universität Würzburg, ehem. Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
	10:15 Uhr	30-minütige Fragerunde
3	10:45 Uhr	**Pia Lamberty** Psychologin, Geschäftsführerin des Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS)
4	11:05 Uhr	**Daniel Hörsch** Sozialwissenschaftlicher Referent, Diakonie, Arbeitsstelle für missionarische Kirchenentwicklung und diakonische Profilbildung (midi)
	11:25 Uhr	30-minütige Fragerunde
		Mittagspause
5	13:30 Uhr	**Oliver Rack** Koordinator Open Government Netzwerk Deutschland, Dozent für New Public Management und E-Government, DHBW Mannheim
6	13:50 Uhr	**Dr. Nico Siegel** Geschäftsführer, infratest dimap
	14:10 Uhr	30-minütige Fragerunde
7	14:40 Uhr	**Dr. Stefan Kroll** Leiter Wissenschaftskommunikation, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
8	15:00 Uhr	**Prof. Dr. Martin Endreß** Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Trier, Leiter einer DFG-Forschungsgruppe zur Resilienz
9	15:20 Uhr	30-minütige Fragerunde
10	15:50 Uhr	**Prof. Dr. Dorothee Kimmich** Professorin für Literaturwissenschaftliche Kulturwissenschaft / Kulturtheorie an der Universität Tübingen
11	16:10 Uhr	**Prof. Dr. Frank Neubacher M.A.** Professor für Kriminologie, Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität zu Köln
12	16:30 Uhr	**Prof. Dr. Thomas Glade** Wissenschaftliche Leitung Risikoprävention und Katastrophenmanagement, Institut für Geographie und Regionalforschung, Universität Wien
13	16:50 Uhr	45-minütige Fragerunde
	ca.17:35 Uhr	Veranstaltungsende

(*Hinweis zum Protokoll:* Herr Oliver Rack erscheint im Protokoll aufgrund seiner beiden Funktionen mit unterschiedlichen Bezeichnungen: entweder als Sachverständiger oder als stellv. externes Mitglied der Enquetekommission.)

Teil II – öffentlich (Beginn: 9:34 Uhr)

Öffentliche Anhörung
zur Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“ für die weitere Arbeit der Enquetekommission

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich eröffne den öffentlichen Teil unserer Sitzung. – Ich begrüße noch einmal alle recht herzlich – sowohl diejenigen, die die Sitzung per Livestream verfolgen, als auch diejenigen, die hier vor Ort anwesend sind. Der in der nicht öffentlichen Sitzung durchgeführte Namensaufruf gilt gleichwohl für die öffentliche Sitzung. Deswegen steigen wir direkt in den Ablaufplan ein, der Ihnen allen vorliegt.

Wir beginnen mit Herrn Professor Dr. Johannes Orphal, der uns digital zugeschaltet ist. Herr Dr. Orphal, vielen Dank, dass Sie da sind. Ich gebe gleich das Wort an Sie. Sie haben ungefähr 20 Minuten Zeit. Ich bitte Sie, sich daran zu halten, da wir für die heutige Sitzung eine stramme und straffe Tagesordnung haben. Zudem besteht in der folgenden Fragerunde die Möglichkeit, auf weitere Punkte einzugehen. Zu Ihrer Kenntnisnahme, Herr Dr. Orphal: Herr Professor Dr. Bofinger ist bereits im Sitzungssaal anwesend. Er wird direkt nach Ihnen seinen Vortrag halten. Danach folgt dann eine gemeinsame Fragerunde.

Bitte sehr, Herr Professor Dr. Orphal.

Sv. Herr Dr. Orphal: Vielen Dank, lieber Herr Salomon. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Zunächst einen „Guten Morgen“ in die Runde. Ich freue mich, dass ich heute zumindest virtuell bei Ihnen sein kann. Ich freue mich, dass ich vorhin Frau Staab vorbeihuschen sehen konnte, die ich aus Walldorf schon einigermaßen lange kenne, und ich finde auch den Anlass sehr interessant. Ich kann heute leider nicht vor Ort sein, weil ich terminlich zu stark „zugeknallt“ bin. Ich hatte es eigentlich versucht, aber es klappt ja auch digital ganz gut.

Ich habe noch einen zweiten Punkt. Ich habe keine Powerpoint-Präsentation vorbereitet. Das mache ich normalerweise immer. Ich sage das nur extra. Aber in diesem Fall habe ich mich ganz bewusst dazu entschieden, es nicht zu machen. Ich nehme an, es wird ja ohnehin ein Protokoll geben. Ich wollte es unbedingt etwas persönlicher halten als normalerweise. Ich bin ja Professor und kann eine oder zwei Vorlesungen über Krisen aus dem Ärmel schütteln. Aber ich denke, Sie haben mich ja hier als Anzuhörenden eingeladen, weil Sie auch ganz speziell meine persönliche Meinung zu Krisen, Krisen-

festigkeit und Faktoren hören wollen. Deswegen will ich das ein wenig herleiten, und ich werde wahrscheinlich auch nicht 20 Minuten reden – ich habe den Ablaufplan vor mir –, sondern ein ganz bisschen weniger, damit Sie vielleicht direkt danach ein oder zwei Fragen stellen können, bevor nachher die etwas längere Fragerunde stattfindet. Aber das muss Herr Salomon – er leitet ja die Sitzung – entscheiden. Also, der Vortrag dauert gar nicht so lange, und es wird vielleicht ein bisschen persönlicher.

Ich fange deswegen kurz mit meinem Werdegang an, weil dieser etwas damit zu tun hat, was ich zu Krisen, Krisenfestigkeit und Faktoren sagen werde. Wie Sie vielleicht gesehen haben – aber wahrscheinlich eben nicht alle –, habe ich einen ziemlich – wie sagt man? – internationalen Lebensweg. Ich bin 1966 in der DDR geboren, in Berlin, als Pfarrerskind. Ich werde also dieses Jahr 56 Jahre alt und habe insofern den Mauerfall und alle möglichen anderen Dinge erlebt. Ich war dann längere Zeit in Frankreich – eben auch dadurch bedingt. Ich wollte unbedingt ins Ausland – so richtig – und habe dann in Frankreich 15 Jahre meines beruflichen Weges gemacht. Also, ich habe dort auch eine völlig andere Kultur kennengelernt. Ich weiß nicht, wie weit Sie mit Frankreich vertraut sind, aber wenn man so lange in Frankreich gelebt hat, dann kommt man der Gesellschaft natürlich sehr nahe. Ich habe mich nie als Franzose gefühlt – das schafft man auch nach 15 Jahren nicht –, aber ich habe es natürlich sehr genau beobachtet. Sie haben ja vielleicht auch gerade nach den Parlamentswahlen in Frankreich am letzten Sonntag mitbekommen, wie instabil Frankreich teilweise ist. Das habe ich auch in den 15 Jahren dort erlebt.

2009 bin ich nach Karlsruhe gekommen. Ich war Physikprofessor in Frankreich, am Ende in Paris, und bin dann hier als Institutsleiter an das KIT gekommen. Ich habe zehn Jahre lang das Institut für Meteorologie und Klimaforschung geleitet und war dann auch acht Jahre lang Sprecher des Programms „Atmosphäre und Klima“ in der Helmholtz-Gemeinschaft. Am KIT haben wir ja sehr große Helmholtz-Programme, und ich habe als Sprecher das Helmholtz-Atmosphärenprogramm koordiniert. Ich hatte auch sehr viel mit dem BMWF zu tun und habe drei Programme für Förderperioden – PoFs – vorbereitet, also die Begutachtung usw. Ich kenne auch die deutsche Klima- und Atmosphärenlandschaft sehr gut.

Seit Oktober 2020 bin ich Bereichsleiter für einen der fünf Bereiche am KIT. Das KIT ist in fünf Bereiche gegliedert. Ich bin Mitglied des erweiterten Präsidiums und leite den Bereich „Natürliche und gebaute Umwelt“ mit etwa 1 500 Mitarbeitenden, davon 65 Professorinnen und Professoren, und einigen Tausend Studierenden.

Das erst einmal zu meinem Hintergrund, damit Sie das Folgende einordnen können.

Das, was jetzt folgt, ist für Sie vielleicht auch ein bisschen überraschend, aber ich habe mich ganz bewusst so vorbereitet. Ich bin seit meiner Kindheit mit Krisen aufgewachsen – obwohl in der DDR –, und zwar zum einen durch den religiösen, protestantischen Hintergrund meines Elternhauses – in meiner Familie sind die Menschen seit Generationen Pfarrer gewesen –, in dem ich mit dem alttestamentarischen Bild von Gott, dem Volk

Israel und Krisen aufgewachsen bin. Es beginnt mit der Krise zwischen Gott und Adam und Eva – Entschuldigung, wenn ich das jetzt so herleite –, der Sintflut usw. Also, die Bibel ist voll von Krisen. Deswegen ist das mit den Krisen für mich auch völlig normal gewesen und stand auch in einem ganz massiven Widerspruch zu diesem permanenten, optimistischen Zukunftsgedanken, der uns in der DDR dogmatisch aufgedrückt wurde. Das sage ich ganz bewusst. Denn wir müssen vielleicht auch selbst aufpassen, dass wir in unserer jetzigen Kultur auch manches infrage stellen können. Ich meine, die Bibel ist jetzt nicht gerade ein neues Werk; es steckt auch sehr viel Weisheit dahinter. Ich weiß aber nicht, warum wir Menschen Anfang des 21. Jahrhunderts überrascht darüber sind, dass es nicht immer so stabil und einfach vorwärtsschreitend besser wird. Daran habe ich – ehrlich gesagt – noch nie geglaubt.

Es kam ja noch dazu, dass uns in der DDR schon sehr früh die marxsche Krisentheorie beigebracht worden ist. Ich sage „sehr früh“, weil das wirklich zum Kanon des Staatsbürgerkundeunterrichts in der Schule gehörte und natürlich auch später zum Studium gehörte. Also, dass Krisen quasi den Fortschritt bringen – – Das ist ja 19. Jahrhundert: Hegel – es gibt dafür bestimmt bessere Spezialisten hier im Raum. Also, das habe ich quasi von Anfang an mit aufgesogen.

Insofern – wenn Sie mir verzeihen –: Die Formulierung „Krisenfeste Gesellschaft“ ruft bei mir lauter Fragezeichen hervor. Darauf komme ich zum Schluss noch einmal, aber ich wollte das schon mal als kleines Leitmotiv hier anklingen lassen.

Ich habe dann Physik studiert. Das hatte ich vorhin übersprungen. Aber das haben Sie wahrscheinlich herausbekommen. In der Physik ist es ja auch so, dass – genauso wie in der Medizin, in der Biologie, in der Ökologie und anderswo – Krisen dazugehören. In der Physik gibt es kritische Punkte auf Zustandskurven und so etwas. Also, ich möchte nur sagen, ich bin mit dem Wort „Krise“ – vielleicht anders, als Sie das erwarten – nicht nur vertraut, sondern finde Krisen auch irgendwo an sich erst mal normal. Die Fragen sind halt: Wie gehen wir mit Krisen um, und wie können wir Krisen nutzen, sodass daraus etwas entsteht, was uns voranbringt? Ich drehe im Prinzip Ihre Frage um.

Um das mal ein bisschen zu illustrieren – ich schaue auch auf die Uhr –: Ich habe in meinem Leben – wie gesagt, ich bin fast 56 Jahre alt – eine ganze Menge Krisen erlebt. Die meisten davon waren unerwartet. Das ist bei Krisen ein Aspekt, der mich auch selbst immer wieder überrascht. Denn im Nachhinein sind Krisen irgendwie vorhersehbar. Man fragt sich ein bisschen, warum darauf nicht besser vorbereitet wurde. Das ist ja auch Ziel Ihrer Kommission.

Ein Beispiel – das für mich stärkste – war natürlich der Mauerfall und die Krise in der DDR-Regierung mit den Leuten, die im Sommer 1989 über Ungarn ausgewandert sind. Ich habe mir noch 9/11 aufgeschrieben. Ich habe in Frankreich 2005 mitbekommen, wie in Vorstädten die Jugendlichen auf die Straßen gegangen sind und aggressiv waren. Es gab damals einen Ausnahmezustand in Frankreich, in Paris. Wenn man das erlebt, ist das auch etwas Dramatisches. Der damalige Präsident Sarkozy hatte gesagt, man

müsste die Vorstädte mit dem Kärcher reinigen. 2008 gab es die Finanzkrise, und dann hier in Deutschland die Flüchtlingskrise. 2020 kam Corona oder jetzt Ukraine und Gas.

Ich zähle das nur deswegen auf, weil sich für mich dann immer die Frage stellt: Warum sind diese Krisen eigentlich nicht vorhergesehen worden oder vernünftig vorbereitet worden? Ich frage das so ein bisschen provokant. Denn bei diesen ganzen Krisen, die ich jetzt aufgezählt habe, kann man sich ein bisschen fragen: Woher kam dieses Notmanagement? Deswegen finde ich auch Ihre Kommission sehr wichtig.

Ich habe privat auch einige Krisen erlebt, aber bislang ist alles gut gegangen, und ich habe auch immer versucht, aus diesen Nutzen zu ziehen.

Jetzt komme ich schon so ein bisschen zu meinen eigentlichen Kernbotschaften. Während meines Studiums habe ich immer wieder auch von ökologischen Fragestellungen gehört – aber eigentlich wollte ich Atomphysiker werden. Ich fand das spannend. 1985 gab es dann das Ozonloch. Das ist damals auch bei uns in der DDR ziemlich eingeschlagen. Mich persönlich hat es enorm beeindruckt, auch durch die Bildlichkeit, dass da durch ein Ding von der Größe eines Kontinents, in einer Höhenschicht, in die wir gar nicht hinkommen – 50 km; dahin kommt normalerweise kein Mensch, auch nicht dieser österreichische Ballonspringer –, ein so ungeheuer großes Problem auftaucht, das wir Menschen verursacht haben. Mich hat das wirklich beeindruckt, und ich bin deswegen dann auch in die Atmosphärenforschung eingestiegen, insbesondere in die Atmosphärenbeobachtung.

Aber der Punkt ist jetzt wieder, dass das Ozonloch zwar als solches nicht vorhergesagt wurde, aber dass seit den 1970er-Jahren – Paul Crutzen, unser großer Nobelpreisträger hier aus Deutschland, aber auch Molina und Rowland – die katalytischen, ozonabbauenden Zyklen bekannt waren. Dass die Ozonschicht gefährdet ist, war in den 1980er-Jahren sehr wohl bekannt. Das hat dann auch dazu geführt, dass das Montreal-Protokoll und die danach folgenden Übereinkommen so erfolgreich waren, da sie eigentlich schon vorbereitet waren.

In den Folgejahren habe ich auch sehr viel über das europäische Copernicus-System, „Europe’s eyes on Earth“, gearbeitet – das kennen Sie vielleicht nicht; das ist ein sehr, sehr teures von Brüssel finanziertes Projekt, bei dem es um die Erdbeobachtung und auch Services, die man daraus ableitet, geht. Ich habe mich in diesem Zusammenhang insbesondere auf Luftqualität, städtische Probleme – die Fernerkundung vom Weltall aus ist sehr mächtig, was diese Dinge angeht – und dann natürlich in den letzten zehn Jahren auch auf die Treibhausgase konzentriert. Z. B. wurde in den letzten Wochen Fracking immer wieder thematisiert und die Frage gestellt, inwieweit Fracking gefährlich ist oder nicht. Was man auf jeden Fall feststellen kann, ist, dass bei diesen Aktivitäten sehr viel Methan in die Atmosphäre kommt. Wir haben dazu publiziert.

Das bringt mich jetzt eigentlich schon zu meinem letzten Punkt – die Uhr läuft ja auch weiter –: Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass man bei der Vorhersehbarkeit, beim Um-

gang mit Krisen alles sehr wissensbasiert macht. Sie haben – so sage ich einmal – eine Kernnachricht. Das haben Sie jetzt auch in der Coronakrise immer wieder gehört. Aber ich glaube, daran müssen wir noch viel arbeiten. Das sage ich jetzt nicht, weil ich hier als Wissenschaftler lamentieren möchte oder irgendwelche Machtansprüche habe, sondern deshalb, weil ich mir nicht vorstellen kann, wie man es besser bewältigen könnte. Wenn man sich diese 4 000, 6 000 Jahre anschaut, seitdem die Bibel geschrieben worden ist, dann kann man sich ja fragen: Warum ist die Menschheit überhaupt immer weitergekommen? Weil wir aus Krisen gelernt haben. Wir haben aus Krisen gelernt, und zum Lernen gehört auch, dass man sich mit dieser ganzen Situation wirklich sehr stark auseinandersetzt, dass man diese langfristige Perspektive einnimmt – zurück und auch vor; ich habe ja vorhin eine ganze Menge Krisen genannt, die ich selbst erlebt habe – und sich auch immer wieder kritisch fragt, warum es so gekommen ist, und was wir anders hätten machen können.

Als Bereichsleiter Umwelt arbeite ich derzeit an fünf Kernthemen. Wir haben bei uns sehr viel – wir haben ja auch Freiheit von Lehre und Forschung –, aber wir versuchen, das zu bündeln. Wenn ich die fünf Themen Atmosphäre, Wasser, Georessort, Geothermie, Bauen und Stadtentwicklung, und dann auch alles, was mit Daten zusammenhängt, nehme – das sind unsere fünf Kernthemen im Bereich IV –, sind diese alle mit Risiken verbunden. Wir versuchen im Moment, uns sehr stark darauf zu konzentrieren, wissenschaftliche und technologische Lösungen bereitzustellen und die Vulnerabilität, die in diesen Themen steckt, vorherzusehen und aufzuzeigen, wie man damit umgeht.

Ich habe ein Beispiel. Im letzten Jahr waren Extremwetterereignisse und die Schäden, die dadurch entstehen, wieder Thema. Die Situation im Ahrtal können Sie auch als eine Art Krise benennen. Wir haben Professuren, die sich nur damit beschäftigen – wir haben sogar extra neue Professuren eingerichtet, z. B. gibt es eine Stiftungsprofessur, die sich mit dem Problem des Hochwassers in Tallandschaften beschäftigt –, und versuchen, dort wissenschaftliche Ressourcen hineinzustecken, damit so etwas nicht wieder passiert und man sich besser darauf vorbereitet. Den politischen Teil müssen Sie natürlich übernehmen.

Vielleicht als Abschluss meiner ersten Viertelstunde: Eine krisenfeste Gesellschaft ist in Wirklichkeit etwas sehr Dynamisches, sehr reaktiv, sehr flexibel – das widerspricht in meinen Augen stark diesem stabilen Eindruck, der durch das Wort „Krisenfest“ ausgedrückt wird: „Krisenfest“ heißt eigentlich flexibel; da schimmert bei mir natürlich auch ein bisschen der Physiker durch –, sie muss vorausschauend, wissensbasiert vorausschauend und auch kritisch analysierend sein. Wir machen z. B. bei uns über das CEDIM, das Zentrum für Disaster Management, sogenannte Forensic Disaster Analysis. Wenn irgendwo ein großes Erdbeben passiert, ein Tsunami oder die Ereignisse in Fukushima oder auch bei Corona, dann lässt das CEDIM die ganze Zeit Analysen mitlaufen, wie groß der Schaden ist und warum er so groß war. Ich will jetzt hier nichts verkaufen – darum geht es mir nicht –, aber das ist eigentlich der richtige Ansatz: vorrausschauend, wissensbasiert, kritisch-analytisch.

Ganz wichtig ist, dass man die Abhängigkeiten in so komplexen Systemen wie unserer Gesellschaft kennt. Wir sehen es jetzt gerade wieder beim Gas. Ich habe vorhin etwas provokant als Leitmotiv aufgezeigt – Sie haben es immer wieder durchgehört –: Warum hat man das nicht vorhersehen können? Warum hat man nicht vorhersehen können, dass Deutschland so abhängig ist vom russischen Gas, dass im Endeffekt der derzeitige russische Präsident eben doch nicht so verlässlich ist? Aber, wie gesagt, das sind dann auch wieder politische Fragen. Aber in der Wissenschaft muss man Abhängigkeiten kennen und Redundanz schaffen. Das ist der berühmte Plan B. Das ist sicherlich auch eine Empfehlung.

Wie man das bei uns politisch, gesellschaftlich hinbekommt, das weiß ich nicht. Das war insofern nur mein ganz persönlicher Überblick über dieses Thema. Ich bin auch sehr gespannt, was noch kommt. Aber an dieser Stelle breche ich jetzt ab und danke Ihnen sehr für die Zeit und die Aufmerksamkeit, die Sie mir geschenkt haben.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Sie bekommen auch Applaus. Ich hoffe, das hören Sie.

Sv. Herr Dr. Orphal: Ja, danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Orphal, für Ihren Vortrag. Sie sind perfekt in der Zeit geblieben – Sie sind auch ein Profi –: Sie haben eine Viertelstunde gebraucht.

Sie haben ein bisschen die Regie vorgegeben. Ich werde mich trotzdem darüber hinwegsetzen und jetzt Herrn Professor Dr. Bofinger, der hier vor Ort präsent ist, die Möglichkeit geben, seinen Vortrag direkt anzuschließen. Alle merken sich bitte mögliche Fragen. Ich habe hier ganz viele gesehen, die mitgeschrieben haben bzw. sich Fragen aufgeschrieben haben. Ihnen wird also nachher sicherlich noch die eine oder andere Frage aus der Runde der Abgeordneten gestellt.

Bitte, Herr Professor Dr. Bofinger, Sie haben das Wort.

Sv. Herr Dr. Bofinger: Meine Damen und Herren! Ich freue mich wirklich, heute hier zu sein, und zwar in Präsenz hier zu sein. Das kommt daher – jetzt will ich Ihnen am Anfang auch etwas Persönliches sagen –, dass ich fünf Jahre lang bei der Landeszentralbank in Stuttgart gearbeitet habe – da vorn in der Marstallstraße – und jeden Morgen an diesem Gebäude hier vorbeigelaufen bin und irgendwie dachte, es wäre auch mal schön, dort hineinzukommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es hat jetzt zwar ein bisschen gedauert – das war von 1985 bis 1990; damals hieß es ja noch Landeszentralbank –, deswegen freue ich mich, dass ich jetzt den Landtag auch einmal von innen sehen kann.

(Eine Präsentation *[Anlage 1]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Ich habe hier versucht, Ihnen einfach einmal einen Überblick über Wirtschaftskrisen zu geben, wie wir das als Ökonomen klassifizieren, und Ihnen auch darzustellen, ob wir als Ökonomen damit umgehen können. Dann beschäftige ich mich auch mit der Frage, die gerade schon mehrfach kam: Warum kann man das nicht alles vorhersehen? Das sind eigentlich die drei Punkte, auf die ich eingehe.

Ich habe versucht, eine Typologie zu machen, wie wir das Ökonomen machen. Ich glaube, man kann bei Wirtschaftskrisen zwei Grundtypen herleiten. Das eine sind die makroökonomischen Krisen – Krisen, die die gesamte Volkswirtschaft betreffen –, und das andere sind Strukturkrisen, die einzelne Branchen und einzelne Regionen betreffen. Das wäre einmal so eine erste Sortierung: Betrifft es die ganze Volkswirtschaft, oder betrifft es einzelne Regionen?

Bei makroökonomischen Krisen gibt es zwei Typen: Nachfrageschocks und Angebotsschocks. Nachfrageschocks bedeuten, wenn beispielsweise die Nachfrage stark einbricht, dass man weniger Wachstum hat und die Inflationsrate nach unten geht. Das heißt, die Wachstumsdynamik und die Preisdynamik gehen in die gleiche Richtung. Umgekehrt, wenn die Wirtschaft boomt, dann gehen die Preise hoch und die Wirtschaft brummt.

Die Angebotsschocks sind irgendwie garstig, weil da die Effekte in gegenläufige Richtungen gehen. Beim Angebotsschock gehen die Preise hoch, aber gleichzeitig bricht die Wirtschaft ein. Die sind eigentlich garstig, und das ist ja das, was wir im Augenblick haben, weshalb es auch so schwierig ist, damit umzugehen.

Das wäre einmal so eine erste Übersicht. Ich meine, es ist klar – ich werde das gleich noch einmal zeigen –: Oft gehen Angebotsschocks in Nachfrageschocks über. Wie bei allen Typologien, ist das natürlich immer grob und holzschnittartig. Aber auf der anderen Seite ist es ganz gut, dass man das einmal in dieser Art und Weise strukturiert.

Jetzt kann man fragen: Was sind die Ursachen von Angebots- und Nachfrageschocks? Bei Nachfrageschocks bricht beispielsweise die Weltkonjunktur ein. Ein exportorientiertes Land wie Deutschland hat einen Rückgang bei seiner Exportnachfrage. Das geht in die gesamte Volkswirtschaft hinein. Deutschland ist ein Land mit einem sehr hohen Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt, fast 50 %. Das heißt, wenn die Exportnachfrage einbricht, dann ist das ein typischer Nachfrageschock. Der Lockdown aufgrund der Pandemie war für viele Unternehmen auch ein Nachfrageschock: Die Leute durften

nicht mehr in die Geschäfte gehen, sie durften nicht mehr in die Restaurants gehen. Das ist auch ein typischer Nachfrageschock.

Was man ebenfalls zu den Nachfrageschocks rechnen kann, sind Immobilienkrisen, wie wir das vor der Finanzkrise erlebt haben, wo über Jahre hinweg Immobilien gebaut wurden. Irgendwann ist dieses ganze Angebot da und fällt auf den Markt. Die Nachfrage ist relativ stark. Dann hat man eben auch solch einen Nachfrageschock, dass plötzlich der Immobiliensektor, der die Wirtschaft jahrelang getrieben hat – Spanien ist ein schönes Beispiel dafür –, sozusagen der Motor der Wirtschaft einbricht. In Spanien hat das auch entsprechende Effekte gehabt. Immobilienkrisen hängen oft mit Finanzkrisen zusammen. In Spanien ist beispielsweise alles auf Pump finanziert worden. Plötzlich stellt man fest, die Sicherheiten, die man hat, die Immobilien, sind eigentlich gar nicht so viel wert. Dann haben die Banken ein Riesenproblem und man kommt von der Immobilienkrise in die Finanzkrise. Die Finanzkrise ist letztlich gar nicht so kompliziert. Das war einfach diese Immobilienkrise, die voll ins Bankensystem hineingeschlagen hat und dann entsprechende Effekte gehabt hat.

Die Eurokrise war ja auch ein spezieller Fall, vor allem für Länder wie Griechenland, die ihre Finanzierung am Kapitalmarkt nicht mehr darstellen konnten und für die ein Rettungsprogramm aufgelegt wurde. Der Preis für das Rettungsprogramm war aber auch eine dicke Austerität, sodass in Griechenland die Wirtschaft um 20 %, 25 % eingebrochen ist.

Das, was wir im Augenblick erleben, die Verteuerung von Energierohstoffen, ist ein 1 a Angebotsschock. Mittlerweile geht es ja auch weiter. Es ist nicht nur die Energie, es sind auch Metall und Nahrungsmittel, die das Preisniveau massiv nach oben treiben. Auf der anderen Seite fehlt es an Kaufkraft. Das ist ja das Gemeine an den Angebotsschocks. Ich glaube, wir werden hier auch noch einiges erleben. Wenn die Haushalte die volle Wucht dieser Energiepreiserhöhung trifft, wird die Nachfrage massiv einbrechen. Wir haben jetzt schon aktuell die Daten für den Einzelhandelsumsatz. Der ist – preisbereinigt – eingebrochen wie schon lange nicht mehr. Das heißt, solch ein Angebotsschock ist garstig, weil er die Preise nach oben treibt, aber gleichzeitig die Wirtschaft schrumpft oder zumindest ausgebremst wird.

Die Lieferengpässe wegen der Pandemie kann man sicherlich zu diesen Angebotsschocks rechnen. Wir haben nach wie vor einen riesigen Stau in China. Es gibt die tollen Bilder von den Containerschiffen, die vor Shanghai liegen. Wenn es Ihnen einmal langweilig ist, können Sie sich das einmal angucken. Es gibt ja z. B. Flightradar, aber es gibt auch etwas, worüber man sich die ganzen Container anschauen kann, die den Hafen von Shanghai verstopfen.

Es gibt auch Währungskrisen. Das ist für uns jetzt aber nicht so relevant. Wenn in Ländern wie in Argentinien oder in Schwellenländern die eigene Währung verfällt, dann kommt es über die Abwertung zu einem massiven Inflationsdruck, der alles verteuert.

Können wir als Ökonomen damit umgehen? Das war ja die Frage, die jetzt auch schon gestellt wurde. Ich würde sagen: Mit den Nachfrageschocks geht es eigentlich ganz gut. Das haben wir ganz gut im Griff. Ich finde, gerade Covid ist ein Beispiel, dass man mit solch einem massiven Schock wirtschaftspolitisch ganz gut umgehen kann. Wenn wir im März 2020 gewusst hätten, wie lange dieser Lockdown dauert und wie intensiv er ist, dann hätten wir gesagt, es geht alles den Bach hinunter. Wenn man sich das jetzt alles anschaut, dann sieht man: Im Großen und Ganzen ist die Wirtschaft doch sehr gut durch diese Pandemie gekommen. Viele haben ja gesagt, es gebe jetzt die große Pleitewelle. Aber das hat eigentlich alles ganz gut geklappt.

Was sehr spannend ist: Am Arbeitsmarkt haben wir jetzt die niedrigste Arbeitslosenrate überhaupt. Das ist so ein bisschen Fluch und Segen. Auf der einen Seite sollte man sich eigentlich freuen und sagen „toll“. Gerade in die Ukrainekrise gehen wir mit einer guten Arbeitsmarktlage hinein, und zwar nicht mit 5 Millionen Arbeitslosen wie im Jahr 2005. Vielmehr haben wir eigentlich einen leergefegten Arbeitsmarkt. Damit sind wir relativ resilient, was Schocks angeht. Auf der anderen Seite besteht natürlich die Gefahr, dass diese gute Arbeitsmarktlage die Dynamik der Lohn-Preis-Spirale voranbringt. Ich meine, Nachfrageschocks kann man ganz gut managen. Das können wir als Ökonomen ganz gut.

Angebotsschocks sind schwierig. Das sieht man jetzt an der EZB. Die wird ja furchtbar kritisiert und fast beschimpft. Das Problem der EZB ist einfach Folgendes: Wenn sie die Inflation reduzieren, stoppen oder zurückführen will, dann kann sie das nur machen, indem sie die Wirtschaft ausbremst. Anders geht es nicht. Als Notenbank kann man das nicht anders machen. Ich muss jetzt sozusagen irgendwie Nachfrageschocks erzeugen, um über die Nachfrage die Wirtschaft auszubremsen. Das macht es für Notenbanken schwierig, damit umzugehen. Ich meine – bei aller Sympathie für die EZB –, dass sie doch sehr zögerlich ist. Ich bin sicherlich einer der größten EZB-Versteher in Deutschland, aber so allmählich kommt auch meine Liebe, meine Geduld an Grenzen, dass ich sage: Leute, ihr müsst jetzt nicht bis September warten, bis ihr eure Zinsen anhebt. Ich meine, alle machen im Augenblick ungewöhnliche Dinge. Herr Lindner macht die größten Schulden, Herr Habeck muss jetzt irgendwie die Kohle- und Atomkraftwerke wieder einbringen, die SPD muss aufrüsten. Also, alle machen eigentlich in dieser Krise Dinge, die nicht zum normalen Plan passen. Und die EZB sagt: „Nein, so schnell nicht. Wir machen das erst einmal in Ruhe. Wir machen erst mal ein Viertelpünktchen, und dann, Ende September, machen wir einen Viertelpunkt.“ Aber egal; zumindest ist es wichtig, die Problematik dieser Angebotsschocks zu verstehen. Das ist einfach sehr unangenehm, schwierig und nicht so gut zu behandeln.

Finanzkrisen: Auch das ging relativ gut. Die Rettungsprogramme haben eigentlich funktioniert, und wir haben die Wirtschaft nach dieser Finanzkrise wieder relativ gut hinbekommen. – Sie schauen kritisch. – Diese Rettungsprogramme werden oft kritisch gesehen, aber sie werden auch falsch interpretiert, da bei diesen Rettungsprogrammen nicht die Eigentümer der Banken, sondern die Einleger gerettet wurden. Die Einleger sind jetzt nicht die großen Zocker. Wer ein Guthaben bei einer Bank hält, ist kein so richtiger

Zocker, würde ich einmal sagen. Die Eigentümer der Banken haben ganz schön Federn lassen müssen. Wenn Sie 2007 Aktien von der Commerzbank, von der Deutschen Bank oder von der Hypo Real Estate hatten, dann sind die kräftig heruntergegangen. Die Hypo Real Estate war danach wertlos. Das heißt, die Eigentümer, die in der Marktwirtschaft letztlich die Haftung haben, hat es getroffen. Dass es alle möglichen Investmentbanker gibt, die doch irgendwie mit ihrem hohen Salär durchgekommen sind, ist richtig, aber, wie gesagt, dass der Eigentümer haftet, so wie es in der Marktwirtschaft eigentlich gehen muss, das ist bei diesen Rettungsprogrammen ganz gut geschehen. Herr Flowers hat für 1 Milliarde € Hypo Real Estate gekauft – ich weiß auch nicht, warum – und nachher war es nichts mehr wert. Das ist auch gut so. Ich meine, das ist Marktwirtschaft. Jedenfalls: Finanzkrisen gehen auch.

Die Eurokrise ging auch, allerdings hat man da zu lange gewartet. Man hat vielleicht auch die Rigidität bei Griechenland zu sehr überzogen. Eine der spannenden Fragen ist, wenn wir einen Anstieg der langfristigen Zinsen bekommen und diese Zinsen ungleich ansteigen, sodass die Spreads für Länder wie Italien, Spanien hochgehen, wie man damit umgeht. Das „Handelsblatt“ hat heute von einer „neuen Euro-Krise“ geschrieben – das kommt irgendwie immer gut, wenn man so etwas auch herbeischreibt. Das ist etwas, womit man nicht so einfach umgehen kann. Währungskrisen sind bei uns eigentlich nicht so sehr das Thema.

Jetzt präsentiere ich Ihnen einen Chart – der stammt vom Sachverständigenrat –, auf dem man alle Wirtschaftskrisen ab dem Jahr 1950 sieht. Das ist immer der blaue Bereich. Krisen sind in dieser Darstellung dadurch definiert, dass es zum Einbruch des Bruttoinlandsprodukts gekommen ist. In den Jahren 1966/1967 haben wir da mehr ein Krisle als eine Krise, und in den Jahren 1974/1975 sowie 1980/1981 hatten wir dann eine Rezession. Das war wie heute. Das war folgende Situation – Ölpreisschock –: Die Ölpreise gingen hoch, die Notenbanken haben massiv gebremst, und im Ergebnis hatte man die Rezession.

Anfang der 2000er-Jahre gab es noch einmal eine Minikrise. Man sieht sehr schön die Finanzkrise, die kräftig ins Kontor hineingeschlagen hat. Aber danach hat sich das auch wieder relativ schnell stabilisiert. Im Jahr 2020 sehen wir Covid. Das zeigt also, dass wir eine ganze Reihe von makroökonomischen Krisen hatten.

Ganz spannend ist jetzt die Frage: Wie wirkt sich solch eine Krise aus? Das eine ist der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts. Dazu zeigt dieser Chart die Arbeitslosenraten in Deutschland. Ich habe die Krisenphasen rot gekennzeichnet. Da sieht man dann schon: Tendenziell geht in den Krisenphasen die Arbeitslosenrate hoch. Auf diesem Chart ist ganz spannend zu sehen – das ist eigentlich ganz interessant, wenn man sich das anschaut –, dass die Finanzkrise und Covid die stärksten Krisen waren. Wenn man sich dort die Arbeitslosigkeit ansieht, stellt man fest, dass sie gar nicht mehr so hoch ist. Es war eher in den 1970er-Jahren der Fall, dass die Arbeitslosigkeit hoch gewesen ist. Das hat viel damit zu tun, dass wir das Instrument der Kurzarbeit haben. Das ist einfach genial, um mit solchen Situationen umzugehen – das ist ja, glaube ich, auch so ein biss-

chen ein Exportschlager geworden –, dass man diesen Schock nicht voll auf die Arbeitnehmer loslässt, sondern diesen über die Kurzarbeit abfedert. Deswegen würde ich als Ökonom jetzt sagen: Ganz blöd sind wir nicht. Wir haben schon einen gewissen Instrumentenkasten, mit dem wir dann umgehen können.

Was man auch sieht, ist die Staatsverschuldung in diesen Krisenphasen. Die Krisenphasen sind wieder rot gekennzeichnet. Man sieht natürlich: Der stärkste Anstieg der Staatsverschuldung war im Jahr 2010. Die Finanzkrise war das, was die Staatsverschuldung am meisten nach oben getrieben hat. Wenn sich manche Sorgen machen, dazu vielleicht einmal die gute Nachricht: Wir haben nach wie vor noch nicht – – Für einen Ökonomen ist ja immer wichtig, dass wir die Staatsverschuldung relativ zur Wirtschaftsleistung gesehen betrachten. Also bitte nicht 2 Billionen € – also Zahlen mit irgendwelchen Nullen, wie es die „BILD-Zeitung“ macht – nehmen und sagen, wie schrecklich. Man muss das immer, wenn man das seriös macht, im Vergleich zur Wirtschaftsleistung sehen. Absolut haben Zypern oder Griechenland nicht so viele Staatsschulden, deutlich weniger als Deutschland. Man muss das in Relation zur Wirtschaftsleistung sehen. Wir sehen also schon, dass sich das immer wieder in der Staatsverschuldung niederschlägt.

Es ist vielleicht auch ganz spannend, dass wir es in der Phase um das Jahr 2010 geschafft haben, die Staatsverschuldung, die Schuldenstandquote, wieder herunterzufahren, und zwar ohne Tilgung der Schulden. Das ist nämlich auch einer dieser Fehlgedanken, dass man sagt, wir müssen jetzt die Schulden zurückführen, wie es die Schuldenbremse vorsieht. Man sieht hier sehr schön, dass wir in dieser Phase eine Konstante hatten. Von 2010 an ist die Staatsverschuldung relativ konstant geblieben. Aber durch das Wirtschaftswachstum ist diese Schuldenquote wieder auf 60 % zurückgegangen.

Das war jetzt einfach einmal so ein erster Überblick.

Das andere sind die strukturellen Krisen. Die sind schwierig. Ich habe jetzt hier einmal das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum von den Jahren 2010 bis 2021, aufgeteilt nach Bundesländern, genommen. Man erkennt, dass Baden-Württemberg bei der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate der Wirtschaft ganz gut dabei ist. Solche Strukturprobleme sind hartnäckig, sind schwierig. Die Grafik zeigt Saarland vor der aktuellen Situation mit Ford. Ich habe den Chart gemacht, bevor es diese Entwicklung gab. Das heißt also, wenn das mal nicht richtig gut läuft, dann kommt man da schlecht wieder heraus. Das kann man auch ökonomisch viel schwieriger wieder in den Griff bekommen. Das sitzt viel tiefer. Wenn ich an meine Heimatstadt Pforzheim denke, die jetzt auch von Strukturproblemen befallen ist, dann gibt es quasi nicht so schnell eine Wundertüte. Wenn das einmal schiefgelaufen ist – das ist so ein bisschen wie eine chronische Erkrankung –, dann ist es halt schwierig.

Krisenresilienz: Das Grundproblem ist – das ist das, was gerade schon gesagt wurde –, dass wir als Ökonomen nicht so wirklich in der Lage sind, Krisen rechtzeitig zu prognos-

tizieren. Das muss man so sehen. Wir haben die Finanzkrise nicht prognostiziert, wir haben die Ölkrisen nicht prognostiziert. Na gut, das mit der Ukraine, das war schon besser. Die Frage ist: Warum können wir das nicht? Ein Problem ist: Wenn das durch Ölpreisschübe ausgelöst wird, dann kommt das aus dem Nichts. Das war sowohl 1973/1974 als auch 1980/1981 der Fall. Wenn sich der Ölpreis plötzlich vervierfacht, dann schießt das so in das System hinein. Da man den Ölpreisanstieg schlecht prognostizieren kann, kann man natürlich auch die dadurch ausgelöste Krise relativ schlecht prognostizieren. Es ist also ein Problem, das rechtzeitig zu prognostizieren.

Bei der Finanzkrise – so möchte ich sagen – hat die ganze Ökonomie – – Das hätte man eigentlich sehen können. Ich habe es aber auch nicht gesehen. Mittlerweile – im Rückblick – wüsste ich jetzt, worauf man schauen muss – darauf schaue ich auch –, aber damals wusste ich es auch nicht und habe es deswegen nicht gesehen. Ich tröste mich manchmal, wenn man gefragt wird, warum die Ökonomen das nicht können, damit, dass ich sage: Na gut, die Welt ist natürlich auch variabel. Das ist keine Naturwissenschaft. Ich tröste mich immer mit den Vulkanologen, die ja Naturwissenschaftler sind, die eigentlich alle nur sagen können: Das ist jetzt ein Hotspot, da kann das hochgehen. Aber wann das hochgeht, ob das in fünf Jahren, in 50 Jahren oder in fünf Tagen hochgeht, wissen sie auch nicht. Das ist natürlich ein schwacher Trost. Aber gut. Diese Prognosefähigkeit ist also schwierig.

Insgesamt meine ich schon, dass wir, wenn diese Krisen da sind, sie mit dem Instrumentarium, das wir haben, eigentlich ganz gut bewältigen können, solange man als Land noch Verschuldungsspielräume hat. Das ist klar. Bei allem, was man macht, um Nachfrageschocks zu bekämpfen, ist das Hauptinstrument, dass man Schulden macht. Das ist keine Frage. Wenn ich da, wie beispielsweise Italien, aufgrund meiner Schuldenlage ohnehin schon eingeengt bin, dann geht es schlechter. Das ist ganz klar. Das ist sicherlich ein Problem. Ein Problem bei Nachfrageschocks ist natürlich auch, dass diese oft auch strukturelle Verwerfungen haben.

Das andere habe ich schon gesagt: Angebotsschocks sind komplex, weil man vor der Wahl steht, ob man das Preisniveau senkt oder die Wirtschaft stabilisiert. Wie gesagt, die strukturellen Krisen sind schwierig, weil das wirklich disruptive Prozesse sind, die schwer therapierbar sind.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Bofinger. Es freut uns natürlich, dass wir Sie nach so langer Zeit hier in das Hohe Haus geführt haben. Es ist also auch deshalb sehr gut, dass wir heute hier sind.

Jetzt können gern Fragen an Herrn Professor Dr. Orphal und Herrn Professor Dr. Bofinger gestellt werden. Ich schaue einmal in die Runde, wer sich schon alles meldet. – Ich schlage vor, dass die Obleute zuerst zu Wort kommen, da sie sich auch schon alle gemeldet haben. An der Stelle bitte ich gleich darum, nicht ganz so viele Fragen auf einmal zu stellen. Wir werden die Fragen zunächst sammeln, und dann gehen wir in die Antwortrunde, damit das noch irgendwie händelbar ist.

Bitte, Frau Abg. Krebs, beginnen Sie.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Vielen Dank, Herr Bofinger und Herr Orphal, für Ihre Ausführungen. – Ich muss gleich gestehen, Herr Bofinger, für mich sind Ihre Ausführungen nicht so verständlich, weil ich in dem Thema einfach nicht tief drinstecke. Aber das ist ja u. a. der Sinn und Zweck dieser Kommission: dass wir da besser werden.

Ich habe gezielt eine Frage an Herrn Orphal. Ich finde es schon sehr spannend, dass Sie die Bemerkung gemacht haben, dass Sie mit dem Begriff „Krisenfeste Gesellschaft“ eigentlich gar nicht so viel anfangen können – besser gesagt: dass das bei Ihnen Fragezeichen hervorruft. Ich kann das teilen. Aber es muss uns ja schon darum gehen, uns für kommende Krisen besser zu rüsten. Eine Krise einfach nur als etwas Positives zu sehen, fällt mir vor allem vor dem politischen Hintergrund schwer, weil wir ja sehen, welche Auswirkungen es auf unsere Gesellschaft hatte, wie sich vor allem auch Geldströme verschoben haben und was wir alles im Parlament dafür tun mussten.

Für mich stellen sich jetzt schon die Fragen, wie Sie das hinsichtlich Ihrer eigenen Erfahrungen, wie die verschiedenen Gesellschaftsschichten mit der Krise umgegangen sind, beurteilen und ob Sie glauben, dass wir hier als Staat gut aufgestellt waren, oder welche Möglichkeiten es gäbe, marginalisierte Gruppen besser in den Griff zu bekommen, im Sinne einer besseren Unterstützung marginalisierter Gruppen.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank auch von mir an die beiden Sachverständigen für die Vorträge. – Ich habe eine Frage an Herrn Professor Orphal und dann ein paar Fragen an Herrn Professor Bofinger.

Professor Orphal, Sie hatten gesagt, Krisen sind normal, auch unerwartet, und haben dann von wissensbasiertem Ansatz gesprochen, dass es ein Vorteil ist, Wissenschaft mit einzubeziehen. Inwiefern kann man möglicherweise, wenn man wissensbasiert agiert, Krisen doch vorhersagen? Das ist mir in Ihrem Vortrag nicht ganz klar geworden. Kann man die vorhersagen, oder nicht? Wir haben ja im Nachhinein von Herrn Bofinger gehört, dass es in der Volkswirtschaft etwas schwieriger ist, eine pauschale Antwort zu geben, dass man Krisen immer vorhersehen kann. Deshalb nur noch einmal die Frage: Ist es Ziel des wissensbasierten Ansatzes, dass man alle Krisen vorhersagen kann, oder kommt man dem dann einfach nur einen Schritt näher, aber eine völlige Vorhersehbarkeit ist schwierig?

Herr Professor Bofinger, ich habe einmal eine Begriffsfrage. Sie hatten von Schocks gesprochen: Angebotsschocks, Nachfrageschocks. Wie steht der Begriff im Verhältnis zur Krise? Ist ein Schock sozusagen eine Vorstufe, die sich dann zu einer Krise entwickeln kann? Vielleicht zur Einordnung: Muss ein Schock zu einer Krise führen, oder muss er nicht zu einer Krise führen? Kann das auch auf anderem Weg behoben werden, vielleicht auch durch wirtschaftspolitische Eingriffe?

Dann – das haben Sie im Nachhinein auch ein bisschen beantwortet –: Kann man – Krisen vielleicht nicht – Schocks vorhersehen? Gibt es in der Volkswirtschaft – Sie haben von Instrumenten, die Sie haben, gesprochen – auch solche Notfallpläne, wie man sie aus dem Katastrophenschutz kennt? Gibt es eine volkswirtschaftliche Disziplin, dass man sagt, ich baue mir einmal einen Instrumentenkasten auf, und wenn eine Krise kommt, dann ziehe ich Option A, B, C und schaue, was funktioniert? Ich weiß, man arbeitet viel mit Modellen. Aber gibt es in der Volkswirtschaft so etwas wie Notfallpläne, die man dann zieht, und wie zuverlässig sind die, wenn es solche gibt?

Dann eine Schlussfrage. Die stellte sich mir, als ich Ihre Folie zu den Wirtschaftskrisen in Deutschland gesehen habe, wo am Anfang ein „Krisle“ war und dann größere Krisen kamen. Da war ja die Situation, dass 2010 und 2020 das BIP prozentual deutlich stärker zurückgegangen ist als zuvor. Ist das ein Indiz, dass Krisen, die heute passieren, einen stärkeren Einschlag haben als früher, oder ist das zufällig gewesen? Vielleicht können Sie dazu etwas sagen. Vielleicht lese ich ja auch die Tabelle falsch.

Vorsitzender Alexander Salomon: Die Auflösung hören wir gleich. – Jetzt, Herr Abg. Wahl, bitte. Diejenigen, die sich noch melden wollen, tun dies bitte jetzt. – Herr Abg. Wahl, Sie dürfen.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Professor Orphal, ich habe eine Nachfrage an Sie, weil Sie gerade von diesem wissensbasierten Ansatz für die Krise gesprochen und in Ihrem Vortrag den Rahmen von der Theologie bis zu den Naturwissenschaften aufgemacht haben. Welches sind die Parameter, damit eine Krise überhaupt eine Krise ist? Ab wann ist eine Krise eine Krise? Wie lässt sich das gerade dann, wenn wir solch einen wissensbasierten Ansatz haben, in irgendeiner Form bestimmen? Oder ist eine Krise schon eine Krise, wenn sie nur eine gefühlte Krise ist? Dann sind wir aber nicht mehr bei dem wissensbasierten Ansatz. Also, das ist eine Frage, die mich auf jeden Fall interessieren würde.

Die Fragen an Herrn Professor Bofinger wird die Kollegin Harsch stellen.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Vielen Dank auch von unserer Seite für die Vorträge. – Herr Orphal, ich fand es sehr treffend, wie Sie das formuliert haben: Das Leben besteht aus Krisen. Genau damit beschäftigen wir uns, und wir wollen versuchen, nicht die Krisen zu verhindern – es wäre schön, wenn das ginge und wenn man alles vorhersehen könnte –, sondern zu akzeptieren, dass es Störfälle, Krisen gibt. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Ansatz ist. Wir wollen versuchen, Instrumente zu finden, wie wir mit

diesen Krisen umgehen und sie nicht positiv bewerten. Es sind Störfälle, das heißt, sie sind unbequem. Das haben Sie in Ihrer Einführung treffend beschrieben. Genau dieses Fragezeichen wollen wir versuchen zum Teil aufzulösen. Deswegen meine Frage: Wann ist es denn aus Ihrer Sicht tatsächlich eine Krise?

Im Bereich Wirtschaft haben wir Kennzahlen. Da sagt man erfahrungsgemäß, ab soundso viel Inflation sprechen wir von einer Krise oder ab solch einem Schuldenstand sprechen wir von einer Krise. Aber wir haben ja unterschiedliche Formen von Krisen. Deswegen lautet die zweite Frage: Gibt es wichtigere Krisen oder schwerwiegendere Krisen, die wir priorisieren müssen? Wenn ja, wie soll die Priorisierung am Ende aussehen? Was ist das Wichtigste, was wir beachten müssen? Denn darum wird es in der nächsten Zeit auch gehen. Wir haben verschiedene Krisen. Dann wird es in der Abwägung darum gehen – wir haben jetzt in der Energiepolitik eine Diskussion, die wir uns vor einem Jahr noch nicht hätten vorstellen können –, uns zumindest zu überlegen, Räder zum Teil wieder zurückzudrehen. Das ist, glaube ich, eine wichtige Frage.

Die Vorhersehbarkeit ist zwar immer ein hohes Gut – daran sollten wir auch arbeiten –, aber ich sehe das auch so: Nicht alles kann man vorhersehen. Gerade dann, wenn Wirtschaftskrisen schlecht vorhersehbar sind, stellt sich die Frage: Welche Instrumente brauchen wir da noch? Das Kurzarbeitergeld ist ein Instrument, wie wir hier vorgehen können. Dieses aber als alleinigen Grund für die geringe Arbeitslosenquote zu sehen, würde, glaube ich, hinken. Das machen Sie sicherlich auch nicht. Denn ich glaube, eine andere Krise, die wir haben, den Arbeitskräftemangel, Fachkräftemangel überdeckt das teilweise. Dass wir zu wenig Arbeitskräfte, Fachkräfte haben, trägt sicherlich dazu bei, dass wir eine geringe Arbeitslosenquote haben. Wie beurteilen Sie also, dass eine Krise möglicherweise eine andere überdeckt?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Noch einmal der Hinweis: Ich verstehe es total, dass man gern gleich kommentieren und einordnen will – das ist jetzt in dem Fall keine Kritik –, bitte aber, die Fragen kürzer zu fassen. Wir können hier auch länger sitzen – das ist gar keine Frage –, aber wir haben heute eine ordentliche Tagesordnung vor uns. Die Fragerunde dauert beinahe schon zehn Minuten und einige Anwesenden möchten noch Fragen stellen, zumal wir noch keine Antworten gehört haben.

Jetzt ziehe ich es auch nicht weiter in die Länge und erteile das Wort Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank, Herr Professor Orphal und Herr Professor Bofinger. Ich fand Ihre Vorträge sehr interessant.

Meine erste Frage geht an Sie, Herr Professor Orphal. Sie haben davon gesprochen, dass Sie sehr lange in Frankreich gelebt haben. Frankreich hat eine europäische Kultur, aber die Franzosen ticken doch ein Stück weit anders als wir. Manchmal beneide ich sie um die Nonchalance, wie in Frankreich mit den Themen des Tages oder den Situationen umgegangen wird. Das ist vielleicht genau das, was beim Begriff „Krise“ und bei der Frage „Was bedeutet Krise?“ relevant ist. Ich denke, wie sich eine Krise auswirkt

bzw. wie sie wahrgenommen wird, hat auch einen kulturellen Hintergrund. Daher würde mich aus Ihren Erfahrungen mit Frankreich interessieren, wie dort – im Vergleich zu Deutschland – mit Problemen umgegangen wird – Sie sind kulturell mit beiden Ländern verbunden –, damit man vielleicht von einer anderen Kultur auch etwas lernt. Ich denke, das ist sehr spannend.

Sie haben beim Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ – darüber haben wir auch intern sehr viel diskutiert – davon gesprochen, dass man darauf flexibel, dynamisch, vorausschauend, kritisch beobachtend reagieren muss. Ja, das haben wir uns auch überlegt, aber einen gewissen Punkt an Starrheit, Festigkeit muss man auch haben. Denn wenn man zu sehr nachgibt, kann es ja auch in eine andere Richtung gehen. Wie sehen Sie diese Dynamik, den Wechsel starr/flexibel, an dieser Stelle? Hierzu etwas von Ihnen zu hören, würde mich interessieren.

Herr Professor Bofinger, von Ihnen möchte ich gern erfahren – Sie haben von der Immobilienkrise gesprochen –, ob die Immobilienkrise, wie sie schon in Amerika, in den USA, stattgefunden hat, aktuell auch hier in Deutschland stattfinden kann. Denn hier ist ja sehr viel finanziert worden.

Im Moment haben wir – so sage ich einmal – eine ganz, ganz schwierige Situation. Wir haben billiges Geld. Wir hatten eigentlich schon vorher eine Inflation, die zwar versteckt war, aber jetzt vermehrt sichtbar wird. Aber durch die aktuelle Krise, durch den Angriffskrieg wird das Ganze noch verschärft. Wie kommt man da sinnvoll heraus?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für die erste Fragerunde. – Ich gebe jetzt direkt Herrn Professor Dr. Orphal das Wort. Danach erhält Herr Professor Dr. Bofinger das Wort.

Sv. Herr Dr. Orphal: Vielen Dank für die spannenden Fragen. Zum Teil – das klingt jetzt vielleicht ein bisschen selbstherrlich; so meine ich es nicht – sind das Fragen, die ich tatsächlich erwartet habe; denn ich habe sie auch ein wenig provoziert. Das war die Idee hinter meinem Vortrag.

Zuallererst hatte ich gesagt, dass ich keine Krisendefinition machen möchte. Ich muss an der Stelle auch sagen, dass ich durch den Vortrag meines Kollegen viel zum Thema Wirtschaftskrisen gelernt habe. Dennoch will ich jetzt nicht in einen Dozentenmodus verfallen und noch einmal sagen, was ich mir alles selbst angelernt habe zu der Definition von Krisen, sondern ich bleibe immer noch ein bisschen beim Persönlichen. So haben Sie auch gefragt.

Auf jeden Fall wollte ich nicht sagen, dass man Krisen nur positiv sehen soll bzw. nach dem Motto: „Super, wir haben eine Krise.“ Überhaupt nicht. Das war nicht meine Intention. Der Punkt ist vielmehr, dass man die Krise auch als Chance sehen kann, insbesondere dann – das kam in dem Vortrag meines Kollegen gut herüber –, wenn man Kri-

sen doch gut bewältigt und im Nachhinein analysiert, wie wir das eigentlich geschafft haben und wie das kommt. Das ist halt die Geschichte der Menschheit. Entschuldigen Sie, wenn ich diesen Riesenbogen so schlage, aber so bin ich gestrickt. Darum arbeite ich auch im Umweltbereich. Denn wir müssen dort teilweise auch über solche riesigen Zeiträume denken.

Ich verstehe aber auch – das habe ich jetzt auch wieder gelernt –, dass das in der Wirtschaft sehr schwierig ist. Aber, mit Verlaub, Sie haben ja selbst anklingen lassen, dass beispielsweise bei der Immobilienkrise das Ausmaß und der Zeitpunkt nicht vorhersehbar waren, aber eben doch, dass so etwas passieren wird. Das habe ich vorhin beim Öl auch anklingen lassen.

Ich will – Sie kennen uns Wissenschaftler – einmal eine Antithese in den Raum stellen: Man sieht vielleicht nicht das Ausmaß und den Zeitpunkt vorher, aber doch zumindest die Tatsache, dass etwas eintritt. Insofern bleibe ich bei meiner Idee, dass man sich darauf vorbereiten soll.

Ganz typisch ist auch – – Es gab die Frage nach den marginalen Gruppen und danach, wie man das gesellschaftlich mit den Krisen macht. Ich glaube, das ist eigentlich die Kernfrage. Es geht nicht einfach nur darum, sich zu freuen, dass man eine Krise hat, und zu sagen, okay, wir lernen daraus. Jemand hat auch gefragt, was denn eigentlich eine Krise ist. Das Unkontrollierte und das Schadensausmaß sind offenbar Merkmale von Krisen, dass man eben nicht nur nicht genau vorhersagen kann, wann, sondern auch nicht, wie stark die Krise ist und welche Auswirkungen sie zur Folge hat. Beim Wort „Krise“ – wie ich es selbst verstehe und auch benutze – ist etwas Unkonkretes dabei. Jemand hat auch nach dem Wort „Krisenfest“ gefragt. Da muss man eben überlegen: Dynamik versus Stabilität. Schadensbegrenzung ist da ebenso wichtig. Ich will jetzt auch nicht auf alle Fragen auf einmal antworten. Aber einiges hängt zusammen.

Ich habe ja schon gesagt, dass in meinem wissenschaftlichen Verständnis die Krisen zur Evolution dazugehören. Aber es muss auch schadensbegrenzt sein. Wenn ein System kaputtgeht, ob das jetzt ein wirtschaftliches oder ein ökologisches ist, dann hat die Krise natürlich überhaupt keinen positiven Aspekt mehr.

In Deutschland – da bin ich auch bei Ihnen – müssen wir uns natürlich z. B. beim Klimawandel, bei der Luftqualität oder bei der Energieversorgung fragen: Welche Gruppen sind die vulnerabelsten? Wir dürfen das also nicht auf die Gesellschaft an sich beziehen. Es ist im Sinne meines Verständnisses von Gemeinwohl Ihre, unsere Aufgabe, dass da niemand verloren geht.

Jemand hatte aufgegriffen, ob man alles vorhersehen muss. Noch einmal: Das Wichtige sind – ich beharre darauf – diese Flexibilität und diese Dynamik. Die kann man nur haben, wenn man aus Krisen lernt. Das ist auch so – ich muss mich da etwas zurückhalten; heute spricht ja auch noch eine Psychologin –, wie wir Menschen uns entwickeln und lernen. Ich habe in meinem engsten Bekanntenkreis jemanden, der hat in Frank-

reich über „Rupture et Continuité“, Henri Wallon promoviert. Das kennen Sie jetzt vielleicht nicht so sehr. Aber so etwas inspiriert, weil die Kontinuität und die Brüche einfach zum Lernen dazugehören. Das ist auch in unserem persönlichen Leben so, das ist in der Menschheitsgeschichte so. So meine ich das. Aber nicht Krise einfach nur positiv.

Parameter: Welches sind die Parameter, und ab wann ist eine Krise eine Krise? Als Physiker bin ich schon der Meinung, dass die Krise zur Krise wird, wenn ein Kontrollverlust passiert, wenn man also nicht mehr einfach nur steuern kann. Deswegen habe ich so klar gesagt: Vorsicht mit dem Begriff „Krisenfeste Gesellschaft“. Wir werden eben immer Krisen haben. Dazu gehört dieser Kontrollverlust. Aber die Schadensbegrenzung ist dann eigentlich das Wichtige. Aber, wie gesagt, ich habe auch nicht die Antwort auf alles. Ja, das Leben besteht aus Krisen, klar. Ich bin ehrlich gesagt fast ein bisschen erfreut, dass Sie da mitgegangen sind. Aber über die verschiedenen Formen von Krisen und die Vorhersehbarkeit werden Sie heute sicherlich noch sehr viel hören.

Ich fand auch den Ansatz mit der Priorisierung – das ist aber eher ein Kommentar – und auch die langen Zeitläufe, über die man geht, sehr wichtig. Ich will einmal ein Beispiel nennen. Ich arbeite schon länger über einen Physiker aus dem 19. Jahrhundert – ich fasse mich kurz, keine Angst –, Rudolf Clausius. Den kennt kein Mensch. Wenn jemand die Entropie oder Clausius nicht kennt, dann ist das nicht schlimm. Aber wer Beethoven nicht kennt, der ist ein Kulturbanause. Suchen Sie auf Wikipedia mal nach Clausius. Clausius hat 1884 die Rohstoffkrise vorhergesagt, und zwar speziell in Bezug auf die Kohle. Er hat einen Vortrag an der Uni Bonn gehalten – er war Rektor geworden – und hat gesagt: „Leute, irgendwann ist die Kohle alle. Wie gehen wir damit um?“ Das war 1884. Entschuldigung, aber ich muss das einfach einmal sagen.

Wenn wir plötzlich sagen: Ach du meine Güte, Peak Oil. Oder jetzt: Das russische Gas ist alle. Nein, diese Fragen kann man sich auch sehr langfristig stellen. Für mich ist dann eigentlich eher die spannende Frage: Warum ist denn daraus nichts geworden? Es gab zwar einen Weltkrieg usw., aber die Frage stand schon sehr, sehr lange im Raum. Dasselbe gilt übrigens für die Klimakrise. Der Treibhauseffekt ist ungefähr seit 1885 bekannt – Arrhenius, das wissen Sie vielleicht –, und seit mindestens 50 Jahren warnen die Klimaforscher davor. Insofern: Wenn wir über den Umgang mit Krisen reden, dann ist die Vorhersehbarkeit das eine, aber das Zweite ist, wie wir unsere Gesellschaft darauf einstellen.

Es gibt in Deutschland eine Sache, auf die ich eingehen muss. Ich habe gesehen, dass Sie ursprünglich jemanden aus Potsdam eingeladen hatten. Herr Schellnhuber hatte 2011 im Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen, WBGU, das Buch „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ mitherausgegeben. Man kann Schellnhuber als Person mögen oder nicht, aber das Buch ist lesenswert. Das können Sie komplett als PDF herunterladen. Denn diese große Transformation, über die da geschrieben wird, setzt sich auch langsam durch. Es geht wirklich um eine Transformation der Gesellschaft. Die zukünftige Gesellschaft – wir können in diesem Zusammenhang über Baden-Württemberg oder auch

über ganz Deutschland reden – muss einfach krisenfester sein. Ich bin nicht begeistert davon, zu sagen, Krisen sind positiv. Wir lernen aus ihnen. So, wie in den letzten 20 Jahren die Krisen in Europa, Deutschland und der Welt abgelaufen sind, ist zu viel Kollateralschaden entstanden. Gerade aufgrund der marginalen Gruppen und des Klimawandels sind es wirklich viele Menschenleben, über die wir reden.

Letzter Punkt – ich möchte nicht zu lange reden; danach ist noch ein Kollege dran –: Frankreich. Ja, ich glaube, das hat auch bei mir – ganz grundsätzlich – viel bewirkt, dass ich verschiedene Kulturen kennengelernt habe. Ich habe ja kurz über persönliche und berufliche Krisen geredet. Das kennen Sie auch alles. Dass man sich Krisen in verschiedenen Umgebungen aussetzt, gehört auch dazu. Das hat mir persönlich sehr viel gebracht. Die Nonchalance ist aber teilweise nur scheinbar. Darauf muss ich echt hinweisen. Man sagt ja auch manchmal, Franzosen sind große Charmeure usw. Es gibt da so viele Stereotypen. Aber zur Nonchalance: Franzosen können auch sehr ernst, sehr beleidigt und teilweise auch sehr überorganisiert sein. Der Zentralismus in Frankreich ist ja sprichwörtlich. Ich habe in Frankreich in einem Kleingartenverein mitgewirkt. Dahinter kann sich jeder deutsche Kleingartenverein verstecken, welche Regelungen wir dort hatten, z. B. über die Höhe des Graswuchses und die Häufigkeit des Mähens. Ich will das nur mal als Beispiel bringen. Sie kennen vielleicht in der Gastronomie in Frankreich bestimmte Bepunktungen usw. Frankreich ist nicht einfach immer nur so locker. Aber Fakt ist: Die Franzosen schaffen es manchmal, sich so ein bisschen – Sie haben mich ja extra nach diesem kulturellen Unterschied gefragt – aus dem Kontext herauszulösen. Das war eigentlich das, was mich beeindruckt hat. Es ist z. B. ganz oft so, dass es auf dem nationalen Level oder auch beruflich den Leuten nicht so gut geht. Aber sie schaffen es dann, privat davon wirklich abzuschalten, während wir hier in Deutschland immer statisch, gleich sind: dieses Sichinfragestellen und ein gewisser spielerischer Umgang. Aber jetzt weiche ich sehr stark vom Thema ab.

Ich glaube nicht, dass wir in Deutschland im Moment von der französischen Kultur lernen können, wie wir mit Krisen umgehen. Das ist jetzt eher eine Absage, obwohl ich Frankreich sehr mag.

Sv. Herr Dr. Bofinger: Wann ist eine Krise eine Krise, oder was kennzeichnet eine Krise im ökonomischen Bereich? Das ist bei uns sogar gesetzlich geregelt. Wir haben das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz aus dem Jahr 1967, dieses magische Viereck. Es definiert: hoher Beschäftigungsstand, stabiles Preisniveau, stetiges und angemessenes Wachstum. Das sind die Parameter, die man anlegen muss, um zu schauen, ob eine Krise da ist. Das heißt, wenn es starke Abweichungen vom stabilen Preisniveau, vom hohen Beschäftigungsstand und vom stetigen Wirtschaftswachstum gibt, dann ist eine Krise da. Das ist quasi der Rahmen, in dem man das macht. Deswegen habe ich Ihnen diesen Chart mit dem Wirtschaftswachstum gezeigt, anhand dessen man sieht, was wir Ökonomen als Krisen definieren würden.

Zum Instrumentenkasten: Bei der Pandemie wurden sehr viele Instrumente eingesetzt: die Kurzarbeit, viele Transfers; es wurden aber auch Unterstützungszahlungen geleis-

tet. Wichtig ist auch, dass nicht nur die Finanzpolitik diesen Job macht, sondern dass auch die Notenbanken dabei sind. Das ist auch ganz wichtig, weil die Staaten allein diese großen Defizite nicht finanzieren könnten. Ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. In den USA gilt das im Besonderen. Die Amerikaner haben während der Pandemie im Vergleich zum Euroraum doppelt so viele neue Schulden gemacht. Da müssen die Notenbanken mitspielen und das finanzieren, damit das Ganze nicht kracht.

Ich finde, dass wir diese ökonomischen Krisen eigentlich ganz gut bewältigt haben. Diese Krisenresilienz – die ist ja das Thema – haben wir ganz gut gemacht. Wir bekommen jetzt eine Krise, bei der ich mir nicht so sicher bin, wie wir die bewältigen, ganz ehrlich gesagt. Diese Krise hat ein anderes Ausmaß. Sie ist ein Angebotsschock. Es kann schon schwierig sein, das alles in den Griff zu kriegen. Wie viele Transfers kann man an die Haushalte leisten? Wo sind da Grenzen? Das gilt auch für die Unternehmen. Wie viele Unternehmen wandern ab, weil sie aufgrund der hohen Energiekosten sagen, es geht nicht mehr, wir machen zu? Das ist jetzt eine Krise, die enorm herausfordernd ist.

Daran kann man wiederum gut erklären, warum das keiner vorhergesehen hat: weil man eben diesen Krieg hätte vorhersehen müssen. Ich meine, die Abhängigkeit von Russland hätte man vielleicht schon einmal sehen können. Ich muss sagen – ich bin kein Energiefachmann –, das hat mich auch erschreckt. Gazprom hat den größten Speicher in Deutschland, und die Raffinerien gehören irgendwie Rosneft. Wie dieses russische Geflecht – neben Öl, Diesel und Gas – in unsere gesamte Energieversorgung hineingegangen ist, das hätten die Verantwortlichen in der Wirtschaft und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie schon mal hinterfragen können: Was ist da eigentlich los? Das finde ich im Rückblick schon erschreckend, dass man das überhaupt nicht – – Putin hat uns spätestens im Jahr 2014 gezeigt, dass er nicht nur spielen will. Aber das, was wir jetzt konkret erleben, wäre wohl auch schwer vorhersehbar gewesen.

Eine Immobilienkrise in Deutschland sehe ich ehrlich gesagt nicht so sehr als Problem, weil bei uns der Neubau nicht so stark ist. Diese Immobilienkrisen sind ja deswegen so garstig, weil über Jahre – so war das in Spanien – – Die ganze Wirtschaft entwickelt sich in eine Immobilienwirtschaft. Alle Leute arbeiten dort, und dort gibt es ganz viele Jobs. Irgendwann kommt ein Schock, und dann ist das, was die nächsten fünf, sechs Jahre gebaut werden sollte, zu Ende. Dann haben die Leute alle nichts mehr zu schaffen. Das ist ja das Problem: dieser lange Bremsweg bei Immobilienblasen. Ich würde aber nicht sagen, dass in Deutschland übertrieben gebaut worden ist. Es kann sein, dass in irgendwelchen Luxuslagen die Immobilienpreise vielleicht ein wenig zurückgehen, aber das würde ich jetzt nicht als Krise sehen.

Versteckte Inflation: Ich behaupte, dass wir keine versteckte Inflation hatten. Das sehe ich nicht so. Das kann man alles wirklich schön zeigen, und man kann sehen, was über die Angebotseffekte reingekommen ist. Wir haben von der Nachfrageseite überhaupt keine Effekte auf das Preisniveau. Unsere gesamtwirtschaftliche Nachfrage im Jahr 2021 ist geringer als 2019. Es ist also nicht so, dass man sagt, da ist jetzt ganz viel nachgefragt worden, weil den Leuten von der EZB so viel Geld in die Taschen gesteckt

worden ist und sie ganz viel gekauft haben. Das trifft nicht zu. Der private Verbrauch, alles ist schwach. Deswegen ist das ziemlich klar zurechenbar auf das, was jetzt mit diesem Preisschock passiert ist.

Wie gesagt, das Prognostizieren ist eine Herausforderung für uns Ökonomen. Natürlich machen wir das alle. In allen Institutionen sitzen jetzt viele schlaue Leute und versuchen, mit Nowcast – und was weiß ich – alle möglichen Daten zu analysieren. Im Sachverständigenrat sitzt ein großer Stab, der versucht, diese Sachen wissenschaftlich basiert in den Griff zu kriegen.

Gut, man muss auch sagen, dass wir Covid auch nicht prognostizieren konnten. Das war auch nicht so richtig machbar. Aber ja, es ist ein bisschen frustrierend für uns Ökonomen, dass wir beim Krisenvorhersehen nicht so richtig gut sind. Aber ich würde sagen, wenn sie mal da ist, können wir ganz gut damit umgehen. Das ist so ein bisschen die Ehrenrettung. Wenn es brennt, glaube ich, dann wissen wir, wie es geht und können die Dinge dann doch einigermaßen wieder stabilisieren.

Wieso die Schocks, diese Rückgänge, in den Jahren 2010 und 2020 größer und in den Jahren 1974/1975 so niedrig waren, ist, ehrlich gesagt, ein bisschen rätselhaft, obwohl diese geringeren Rückgänge damals komischerweise viel stärkere Effekte auf die Arbeitslosigkeit hatten. Das ist auch ein bisschen das Geheimnis des Statistischen Bundesamts, das die Sachen über Jahrzehnte nachrevidiert. Diese Rezession 1974/1975 wird bei jeder Revision geringer. Ich weiß es nicht. Das ist wirklich eine spannende Frage, auf die ich keine Antwort geben kann.

Jetzt noch zur verdeckten Krise beim Arbeitsmarkt. Ich meine, da stellt sich die Frage, ob es eine Krise ist, wenn wir nicht genügend Arbeitskräfte haben. Ist das eine Krise, oder was ist das? Aus Sicht des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes würde man sagen: hoher Beschäftigungsstand; großartig. Da gäbe es jetzt keinen Grund, zu sagen, wir haben eine Krise, bloß weil es jetzt ein bisschen schwieriger ist, Arbeitskräfte zu bekommen. Ich denke, die Antwort muss sein: Wir müssen schauen, dass wir die Einwanderungspolitik entsprechend gestalten. Wir hatten ja in den 2010er-Jahren sehr viele Menschen, die jedes Jahr aus Osteuropa nach Deutschland gekommen sind und die uns geholfen haben, trotz unserer Demografie ein Wirtschaftswachstum zu erzielen. Ich denke, an den Bereich muss man heran. Das würde ich jetzt aber nicht als Krise bezeichnen.

Okay, so weit, so gut.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Bofinger. – Jetzt gab es noch weitere Fragen. – Bitte, Frau Dr. Harsch.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Die Gegenthese auf Ihre letzte Aussage wäre ja die Frage, ob wir auf dem Arbeitsmarkt gerade eine Form von Angebotsschock erleben,

und die Fragen, was das mit Löhnen macht und wo denn all die Menschen sind, die im Moment fehlen.

Zweitens: Immobilienblase. Darüber wird schon lange diskutiert. Es ist wahrscheinlich keine „Blase“, aber es wird sicherlich zu einer weiteren Kannibalisierung auf dem Immobilienmarkt kommen. Damit verbunden die Frage: Wie viele Menschen werden sich die nächsten Jahre ihren Wohnraum, den Eigentumswohnraum, nicht mehr leisten können, wenn steigende Zinsen und steigende Energiekosten aufeinandertreffen? Die These zur „Blase“: Platzt ein Teil davon, führt das vor allem im Privatbereich zu einer zunehmenden Kannibalisierung des Marktes.

Die dritte Frage betrifft die Vorhersehbarkeit von Krisen: Unterschätzen wir den Bereich der Kryptowährungen und der Kapitalflucht in diesem Bereich, oder ist das völlig irrelevant, weil das eh nur Leute machen, die zu viel Geld haben?

Dr. Marius R. Busemeyer, externes Mitglied: Kurz zu meiner Person, weil ich heute zum ersten Mal dabei bin. Ich bin externes Mitglied von den Grünen. Ich bin Professor für Politikwissenschaft und Sozialpolitikforscher an der Uni Konstanz.

Ich habe zwei kurze Fragen an Herrn Bofinger. Die erste Frage lautet – ohne jetzt in eine große wirtschaftspolitische Diskussion einzusteigen –: Wie stehen Sie denn zu solchen Dingen wie Modern Monetary Theory, also die Frage, dass man – beispielsweise über Quantitative Easing und verschiedene andere Instrumente – quasi unbegrenzt Geld drucken kann? Ihr Kommentar zur EZB-Politik hörte sich so an, als ob Sie das auch eher kritisch sehen. Ist das jetzt die große Rechnung, die wir präsentiert bekommen, und muss man da auch bei der EZB oder insgesamt bei der Zentralbankpolitik umdenken?

Die zweite kurze Frage betrifft den Sozialstaat, der bis jetzt eigentlich nur sehr marginal angesprochen wurde. Sie haben das Kurzarbeitergeld angesprochen. Aber der Sozialstaat ist ja in den letzten zehn, 15, 20 Jahren auch deutlich umgebaut worden. Ich würde sagen, nur bis zu einem gewissen Grad, und man sollte mehr tun. Aber er ist dahin gehend umgebaut worden, dass wir früher einen eher stark sozialtransferorientierten Sozialstaat hatten und dass zunehmend mehr soziale Investitionen in den Mittelpunkt gerückt werden: aktive Arbeitsmarktpolitik, Investitionen in Bildung, Investitionen in frühkindliche Bildung, Familienpolitik usw. Kann das nicht auch einen Teil dazu beitragen, zu erklären, warum die Auswirkungen der letzten Krisen auf den Arbeitsmarkt etwas weniger dramatisch waren als vorher? Wenn ja, dann sollte man doch vielleicht eher weiter in diese Richtung gehen.

Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Herr Bofinger, über die Wirtschaftshilfen haben wir ja einige Unternehmen vor dem Exodus gerettet – wenn man das nicht gemacht hätte, dann gäbe es sie heute gar nicht mehr –, also gewisse Entwicklungen maskiert. Wie hoch würden Sie diesen Anteil beziffern?

Ist es so, dass es nach jeder Krise eine Phase der Postkrise gibt und dass wir – jetzt an diesem speziellen Fall gesehen – in den nächsten Jahren diesen Drop-down in gewissen Bereichen sehen werden, den wir durch unsere Unterstützungsmaßnahmen maskiert haben? Vielleicht mag das auch die eine oder andere Grafik erklären, dass die Postkrisenphasen immer kürzer werden. Haben wir mit diesen jetzt nicht umso intensiver zu rechnen?

Abg. Christiane Staab CDU: Herr Professor Bofinger, direkt: Für mich als Laie ist noch einmal wichtig, aus Ihrer Sicht die Unterscheidung von Krise und Katastrophe zu hören. Ich sage jetzt ganz offen, wir wollten heute eigentlich den Begriff „Krise“ definieren. Es ist spannend, jetzt mit einem Volkswirtschaftler über volkswirtschaftliche Fragestellungen in Deutschland zu diskutieren, aber das wird uns heute nicht wirklich weiterbringen. Deswegen wäre ich froh, wenn wir uns auf den Begriff „Krise“ fokussieren könnten.

Kann man die Abgrenzung zwischen Katastrophe und Krise folgendermaßen vornehmen: Katastrophe eher Naturkatastrophe, Krise eher Wirtschaftskrise, Staatskrise, gesellschaftliche Krise?

Dann stellt sich für mich die Frage, ob Krisen wie die Finanzkrise nicht dadurch ausgelöst worden sind, dass im Prinzip der Satz „Gier frisst Hirn“ immer Gültigkeit besessen hat und dass es eben viele Menschen in verantwortlichen Stellen gibt, die zwar sehen, da dräut etwas Ungemach, da baut sich eine Krise auf, aber aus wirtschaftlichen Gründen, aus Eigeninteresse etc. mache ich erst mal die Augen zu und hoffe, dass die Krise nicht entsteht. Das ist ein menschliches Verhalten. Wie kann man dagegen vorgehen? Reicht da unser Sanktionskatalog? Haben wir hier durch die gesetzlichen Verschärfungen ein gewisses Umdenken bewirkt? Das heißt, es stellt sich die Frage: Wie kann man Menschen motivieren, eben frühzeitig auf die Krise hinzuweisen, frühzeitig ihre Bedenken laut zu äußern, Whistleblowern auch Chancen zu geben, anstatt zu sagen, wir hoffen, dass dieser Kelch an uns vorübergeht?

Das sind meine Fragen.

Sv. Herr Dr. Bofinger: Das waren viele Fragen. – Wo sind die Menschen? Das frage ich mich ehrlich gesagt auch. Das Spannende ist tatsächlich, dass heute mehr Menschen beschäftigt sind als zu Beginn der Pandemie. Wenn Sie sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten anschauen, dann sehen Sie, dass sich die Zahl erhöht hat. Es ist nicht so, dass man sagen kann, die sitzen irgendwo, die haben sich alle abgemeldet, sind auf einer Karibikinsel oder so. Das ist tatsächlich ein Problem, worauf ich Ihnen auch keine Antwort geben kann. Es ist wirklich merkwürdig, dass wir jetzt einen Aufwuchs an Beschäftigung haben und gleichzeitig dieser Mangel besteht. Das ist schwierig.

Zu den Immobilienpreisen, der Kannibalisierung: Ich meine, es wird schon so sein, dass die Vermieter schauen müssen, dass sie Mieter haben, die die Mieten bezahlen können. Wir werden jetzt schon ein Problem bekommen, da die Kaufkraft der Haushalte

massiv eingeschränkt wird, da vielen das Geld fehlt, um die Energierechnungen zu bezahlen. Dann werden sich die Vermieter wahrscheinlich überlegen müssen – – Das wird sicherlich auf den Mietmarkt einen Effekt haben, dass ich die Mieten nicht mehr durchsetzen kann. Ich muss ja jemanden haben, der das bezahlt. Ich kann nicht einfach sagen, ich will das jetzt, sondern ich glaube schon, dass das einen massiven Effekt hat, dass die Fähigkeit der Haushalte, die Mieten zu bezahlen, reduziert wird. Das ist quasi ein Transfer von den Vermietern an die Energielieferanten. Aber es kann natürlich zwischendrin trotzdem sehr knirschen. Das wird ein Problem werden, das relativ bald aufschlägt.

Kryptowährungen halte ich ehrlich gesagt für kein großes Problem. Ich bin jemand, der das immer sehr kritisch gesehen hat. Das ist eine Art von Roulette. Sie haben beispielsweise 10 000 €. Die Summe können Sie entweder auf die Bank legen, dann wissen Sie, Sie haben in einem Jahr wieder 10 000 €, aber vielleicht ein bisschen weniger Kaufkraft, oder Sie können jetzt Bitcoins kaufen. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit haben Sie dann nach einem Jahr 30 000 € und mit einer anderen Wahrscheinlichkeit 5 000 €. Es gibt Leute, die das spannend finden. Das ist sozusagen das Geschäftsmodell dieser Kryptos. Es kommt natürlich noch dazu, dass man Geldwäsche und Ähnliches umgehen kann. Wir hatten ja jetzt schon einen Riesencrash bei diesen Kryptos. Das hat, glaube ich, keine gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Das kann man relativ gelassen sehen.

MMT: Das ist in der Kürze schlecht zu erklären. Aber eigentlich ist das, was wir gemacht haben – was heißt „wir“? –, was die amerikanische Regierung gemacht hat, was die amerikanische Notenbank gemacht hat, was die europäischen Regierungen gemacht haben, was die EZB gemacht hat, im Prinzip die Idee dieser MMT. MMT sagt: Der Staat muss schauen – das ist eigentlich im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz formuliert –, dass das gesamtwirtschaftliche Angebot und die Nachfrage zusammenpassen. Wenn es einen schweren Schock gibt, muss der Staat alles tun, damit wir die Nachfrage stabilisieren. Wenn dazu Finanzmittel gebraucht werden, dann sollen die bitte von der Notenbank kommen. Das ist genau das, was gemacht wurde, exakt das, was – – Das Problem ist – wie in der Medizin –: Die Dosis macht das Gift. Die Amerikaner haben eben viel zu viel gemacht. Was in den USA an Transfers gegeben wurde, ist fast doppelt – – In den USA ist der private Verbrauch 15 % höher als vor der Pandemie; bei uns ist er niedriger. Das heißt, die haben richtig Geld in das System geschoben, sodass sich dort die Inflation relativ stark entwickelt hat.

Zu der Frage nach dem Sozialstaat: Wir haben natürlich auch die Transfers ausgeweitet. Es ist ja noch einmal eine ganze Menge mehr gemacht worden. Im Rentenbereich ist mehr gemacht worden. Also, man hat beides gemacht, beispielsweise auch bei der Weiterbildung, Fortbildung oder beim Mindestlohn. Unter Frau Merkel wurde ja eine relativ SPD-lastige Politik gemacht. Daher ist der Sozialstaat eher aus- als abgebaut worden. Das war so bis 2005 unter Schröder. Als Frau Merkel kam, hat sich das relativ gelegt. Selbst die FDP/Unions-Koalition im Zeitraum von 2009 bis 2013 hat überhaupt keine sozialen Einschnitte gemacht; nichts. Die haben die Mövenpick-Steuer gemacht.

Also Frau Merkel hat eigentlich fast nichts gemacht, was irgendwie in Richtung Sozialabbau geht, sondern hat eigentlich eine relativ SPD-artige Politik gemacht.

Zur Postkrise: Ich will einmal einen Satz dazu sagen, weil der jetzt noch nicht so gefallen ist, wo ich ein Problem für Deutschland sehe. Ich habe mich jetzt relativ stark auf diese kurzfristigen Schocks fokussiert. Aber in Deutschland haben wir das Problem, dass wir uns jetzt überlegen müssen, wie sich das, was wir gegenwärtig als Geschäftsmodell haben, in den nächsten Jahren behaupten kann. Das Geschäftsmodell Deutschland setzt sich aus einer extremen Exportorientierung, einer extremen Industrieorientierung und einer extremen Automobilorientierung zusammen. Diese drei Pfeiler sind quasi ineinander geschachtelt. Der Export ist der äußerste Kreis, dann kommt die Industrie, und die Automobilwirtschaft ist innen drin. Das war großartig. Damit waren wir supererfolgreich. Das war ganz toll.

Jetzt gibt es das Problem, dass wir sehen, der Export ist schwieriger, die Globalisierung läuft nicht mehr so richtig. In der Industrie hat man Riesenprobleme, wenn dekarbonisiert wird. Wenn ich eine digitale Wirtschaft habe, ist Dekarbonisierung eher nebensächlich. Der Bereich Automobil spielt sicherlich auch eine Rolle. Dann kommt noch die ganze Abhängigkeit von China dazu. Wenn man jetzt fragt, wo wir schauen müssen, dass in den nächsten Jahren Krisen aufkommen könnten, dann würde ich sagen, dass es dieses Modell ist, das nun Schwierigkeiten bekommt. Baden-Württemberg ist ja auch der Inbegriff dieses Geschäftsmodells: Export, Industrie, Auto. Das ist, glaube ich, etwas, wo man vielleicht nicht vorhersehen kann, dass es da eine Krise gibt oder so, aber wo man damit rechnen muss und einfach ein Auge darauf haben muss, überlegen muss, wie man frühzeitig schauen kann, dass man nicht irgendwelche disruptiven Prozesse bekommt.

Abgrenzung Katastrophe und Krise: Ich finde schon, dass ich den Begriff „Krise“ ganz gut erklärt habe, weil Sie eben sagten, Sie sind unzufrieden damit. Ich meine, wenn man das irgendwie mit dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz macht, kann man das doch schön quantitativ darstellen. Jetzt kann man fragen, wann man noch ein stabiles Preisniveau hat: Ist das bei 3 % oder 4 % oder 5 % der Fall? Ist ein hoher Beschäftigungsstand bei – – Aber die Parameter, die man braucht, um das ökonomisch zu machen, kann man damit schon ganz schön charakterisieren.

Katastrophe ist so ein bisschen ein komischer Begriff. Es gibt ja Kollegen von mir, die schon im März gesagt haben, wir drehen den Gashahn sofort zu, um Putin nicht weiterhin Geld zu geben, und es werde schon keine Katastrophe geben. Ich finde, Katastrophe ist so ein bisschen – – Ich weiß nicht, vielleicht ist es für manche Leute eine Katastrophe. Wenn ich nicht so furchtbar viel verdiene, meinen Job verliere und gleichzeitig noch eine fette Energierechnung bezahlen muss, ist das vielleicht für viele Leute schon eine Katastrophe. Für einen Professor ist das vielleicht noch keine Katastrophe. Ich finde es immer spannend, wenn man als Professor sagt – ich bin ja auch einer –: Das ist keine Katastrophe. Logisch. Da ist das nicht das Problem. Aber ich würde diesen Begriff

nicht in dem Sinn verwenden, um jetzt – – Ich würde schon eher beim Begriff „Krise“ bleiben und versuchen, das ein bisschen abzugrenzen.

„Gier frisst Hirn“: Ja, gut. Das ist richtig. Das Beste, was man dagegen tun kann, ist zum einen die Bankenaufsicht. Da ist ja auch relativ viel gemacht worden. Es ist ja auch spannend, dass unsere Banken diese Covidpandemie überstanden haben. Ende 2019 habe ich zweimal im SPIEGEL ein Streitgespräch mit Herrn Marc Friedrich gehabt. Der hat gesagt: „Es bricht alles zusammen, das ganze Finanzsystem geht den Bach hinunter.“ Ich habe gesagt: Nein, wir sind da ganz – – Es ist ja schon toll, dass Covid das Finanzsystem eigentlich überhaupt nicht so viel tangiert hat. Klar, der Staat hat auch viel hineingegeben und das Ganze mit Garantien stabilisiert, aber es ist trotzdem faszinierend, dass wir, obwohl Leute gesagt haben, jetzt kracht das ganze Ding zusammen – auch schon ohne Covid –, das ganz gut hinbekommen haben.

Natürlich spielen auch immer die Vergütungssysteme in Unternehmen eine Rolle. Das ist halt der Punkt: Wenn ich so das schnelle Geld machen kann, dann verleitet das dazu, dass ich solche kurzfristigen Dinge mache. Was man halt braucht, sind Vergütungssysteme, wo das, was ich jetzt eben bekomme, vom Erfolg des Unternehmens in fünf oder zehn Jahren abhängt. Das machen ja auch viele Unternehmen, indem sie versuchen, die Nachhaltigkeit in Unternehmensentscheidungen hineinzubekommen. Da hilft auch das Vergütungssystem, damit man das einigermaßen in den Griff bekommt.

Gut, so weit, so gut.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Bofinger. – Ich habe in der Zwischenzeit keine weiteren Wortmeldungen gesehen. Obwohl Herrn Professor Dr. Orphal keine Frage gestellt wurde, möchte ich ihm die Möglichkeit geben, in aller Kürze – wir sind schon ein bisschen über die Zeit – ebenfalls gern etwas dazu zu sagen. Aber bitte in aller Geballtheit, wenn es möglich ist, Herr Dr. Orphal.

Sv. Herr Dr. Orphal: Ja, das kann ich tun. – Mich hat die Frage von Frau Staab am meisten angesprochen. Zur Frage nach den vulnerablen Gruppen will ich bloß noch einmal unbedingt meine Betonung als letztes Wort nachschieben.

Als allerletztes Wort: Krise/Katastrophe? Ich kann Ihnen bei der Begriffsfindung jetzt nicht vollends helfen. Aber darin liegt, glaube ich, der Knackpunkt. Das hat etwas mit dem Ausmaß – das hatte ich vorhin gesagt – und mit dem Kontrollverlust zu tun. Dies wiederum hängt mit der Vorhersehbarkeit zusammen. Ich wollte es hier bloß noch einmal zusammenfassend sagen. Ich finde die Frage auch sehr spannend. Wenn ich sie jetzt beantworten könnte, dann brauchte es keine Krisenforscher mehr. Aber da sind Sie an einem – wie sagt man? – Crunching Point. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Orphal. – Herr Professor Dr. Bofinger, Sie haben uns bei unserer Begriffsdefinition, an der wir hier wei-

ter operieren werden, sicherlich geholfen. Da bin ich mir sehr sicher. Vielen Dank auch an Sie.

Ich wünsche Ihnen beiden noch einen schönen Freitag und ein schönes Wochenende. Mal schauen, in welche Krisen wir noch kommen und ob wir Sie dann dazu noch einmal hören werden. Auf jeden Fall dürfen Sie die weiteren Beratungen der Enquetekommission verfolgen. Wir werden Sie nicht direkt vor die Tür schicken; Sie können weiterhin dabei sein.

Als Nächste werden jetzt Frau Lamberty und Herr Hörsch vortragen. Ich begrüße Sie beide recht herzlich. Auch für Sie gilt: etwa 20 Minuten. Wenn Sie kürzer referieren, umso besser. Wir beginnen mit Frau Lamberty, und anschließend hören wir Herrn Hörsch. Danach folgt wieder eine Fragerunde.

Bitte sehr, Frau Lamberty, Ihnen gehören die nächsten 20 Minuten.

Sv. Frau Lamberty: Vielen, vielen Dank. – Kurze Frage: Hat das mit den Präsentationen gut geklappt, oder soll ich frei sprechen? Was gefällt Ihnen besser?

Vorsitzender Alexander Salomon: Die Präsentation haben wir vor der Sitzung von Ihnen bekommen. Also, es liegt bei Ihnen, was Sie möchten, bzw. liegt es auch bei den Fraktionen. Ich glaube, man kann das einspielen.

(Abg. Florian Wahl SPD: Wenn es eine Präsentation gibt, ja!)

– Ja, wenn es eine gibt. Ich glaube, wir haben eine bekommen, ich muss aber noch einmal schauen.

Sv. Frau Lamberty: Ja, Sie haben eine bekommen. Ich kann sie hier aber auch hochladen. Ich habe es nur mit diesem Tool noch nicht gemacht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Mir wird gerade gesagt, dass Sie es selbst machen müssen, Frau Lamberty. Aber das bekommen Sie hin.

Sv. Frau Lamberty: Davon gehe ich doch aus. – Jetzt sehen Sie im allerbesten Fall eine Präsentation.

Vorsitzender Alexander Salomon: Super. Perfekt.

(Eine Präsentation *[Anlage 2]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Lamberty: Die erste Technikhürde ist schon einmal genommen. Das ist doch gut.

Ich wurde eingeladen, um über die psychologische Perspektive von Krisen zu sprechen. Mein Arbeitsbereich umfasst auch das Thema Verschwörungsglauben. Deswegen habe ich noch einmal einen besonderen Fokus darauf gerichtet, was das macht. Ich habe auch versucht, das psychologisch noch einmal genereller einzuordnen, um diese Perspektive mit hineinzubringen.

Gerade war die Frage: Was sind denn Krisen? Es ist so: In der Psychologie betrachtet man den Begriff „Krise“ häufig auf der Ebene der psychosozialen Gesundheit, der individualisierten Ebene. Da ist die Krise der Verlust des seelischen Gleichgewichts, wenn Menschen im Augenblick – das finde ich auch wichtig – nicht mehr allein in der Lage sind, diese Umstände zu bewältigen. Das heißt, da steckt zum einen drin, dass es allein nicht geht, aber vielleicht vereint oder mit Unterstützung, dass das aber auch ein Augenblick ist. Das ist also etwas, was nicht immer so sein muss. Man hat also Möglichkeiten, zu intervenieren. Wir sprechen in der letzten Zeit sehr stark davon, dass es multiple Krisen gab. Ich denke, die gab es irgendwo immer. Die haben uns anders betroffen, die sind sicherlich in der Schwere jetzt auch noch einmal anders. Aber gerade die Pandemie hat da auch einen eigenen Effekt.

Wenn man sich das aus einer psychologischen Perspektive anschaut: „Was machen Krisen denn mit dem Menschen?“, sieht man, dass man sich erst mal damit auseinandersetzen sollte, welche Stressfaktoren es eigentlich gibt. Das kann man auf die Pandemie beziehen, das kann man generell aber auch auf Krisen und Problemlagen beziehen. Als Erstes haben wir natürlich die objektive Bedrohungslage, also eine Erkrankung, eine Flut, einen Krieg. Zum Zweiten – das finde ich auch wichtig – haben wir die subjektive Bewertung: Wir alle erleben Krisen aufgrund der äußeren Begebenheiten, aber auch in Bezug darauf, wie wir damit umgehen, unterschiedlich. Wir wissen aus der Forschung, dass Menschen in der gleichen Situation – beispielsweise in einer Kriegslage, aber auch in einer Krisenlage wie der Coronapandemie – diese unterschiedlich bewerten.

Ein anderer Stressfaktor – da sage ich Ihnen wahrscheinlich nichts Neues; das hat uns ja alle betroffen – sind die Störungen von Alltagsroutinen und gewohnten Abläufen. Die Kinder waren nicht mehr in der Schule, man musste schauen, wie man mit den technischen Herausforderungen im Homeoffice umgeht. Kann man heiraten, in den Urlaub fahren? All das ist zusätzlicher Stress, mit dem man umgehen muss. Auch soziale Isolation kann Effekte auf Menschen haben. Da gibt es für die Pandemie die unterschiedlichsten Studien, dass die soziale Isolation mit einem Anstieg an manischem Denken einhergehen kann, dass das natürlich auch noch einmal etwas mit unserer psychischen Gesundheit macht. Aber hier geht es zusätzlich darum: Wie bewerten Menschen das? Für die einen ist diese Isolation ein Moment gewesen, an dem sie vielleicht mal zu sich gefunden haben, an dem sie ein bisschen Tempo herausgenommen haben. Für andere war das ganz schlimm. Da gibt es sicherlich auch Alterseffekte, mit denen man arbeiten muss.

Dann – das hatten wir gerade bereits gehört – geht es auch um ökonomische Fragestellungen, Ängste in Bezug auf die Versorgungslage – wenn man sich an die Hamsterkäufe erinnert, die es am Anfang der Pandemie gab; Menschen hatten Panik. Am Anfang des Angriffskrieges war es ja so, dass Menschen losgezogen sind, um sich Öl zu holen, und nicht wussten, wie sie damit umgehen sollen. Da kann man durchaus auch verstärkende Mechanismen sehen im Sinne von: Man hat Angst davor, dass die Versorgungslage eingeschränkt ist. Dann sieht man, dass sie das ist oder dass andere Menschen losziehen und kaufen. Auf Social Media wird das geteilt. So ist man in solch einer selbsterfüllenden Prophezeiung.

Wirtschaftliche Ängste, finanzielle Unsicherheiten – davon haben wir gerade schon gehört –, aber auch soziale Ungerechtigkeiten sind Stressfaktoren in der Pandemie. Das möchte ich wirklich stark unterstreichen. Viele Psychologen, die weltweit im Umgang mit der Pandemie beraten haben, haben immer wieder darauf hingewiesen: Sobald soziale Gerechtigkeit als Faktor bei der Krisenbewältigung nicht mitgedacht wird, wird es problematisch. Es geht auch um empfundene Gerechtigkeit im Umgang mit Maßnahmen. Es geht darum, was das mit Menschen macht. Man muss verstehen, dass wir alle von einer Krise betroffen sind, aber alle sehr, sehr unterschiedlich.

Dann haben wir natürlich auch den Umgang mit Trauer und mit Tod. Je nachdem, wie die Krise gestaltet ist, sind normale Trauermechanismen überhaupt nicht möglich. Wenn man jetzt z. B. daran denkt, dass Menschen, die im Krankenhaus arbeiten, so überarbeitet sind und nicht mal einen Moment zur Ruhe kommen können und mit der Trauer umgehen können, die sie in ihrer Arbeit erlebt haben. Oder denkt man an Momente – ich erinnere an die USA oder an Italien –, wo Menschen nicht mehr normal bestattet werden konnten und sich dementsprechend auch kulturelle Faktoren noch einmal komplett geändert haben.

Wir sehen das auch in der Pandemie – das haben Sie vielleicht gelesen –, dass die Zahl der psychischen Erkrankungen – Angstzustände, Depressionen – tatsächlich zugenommen hat. Das ist etwas, was man aus Pandemien auch schon kennt. Einmal generalisiert: Das bedeutet, das generelle Angstlevel geht hoch. Ich denke, dass gerade auch noch einmal durch das Multiple, was viele Menschen oder wir alle mit der Pandemie, vielleicht auch mit einer Flutkatastrophe – je nachdem, wie man davon betroffen war –, mit dem Krieg erleben, die generalisierte Angst größer werden kann. Aber auch die spezifische kann größer werden: dass man vor gewissen Situationen mehr Angst hat.

Ein anderer wichtiger Punkt ist, wie gesagt: Wir alle erleben diese Krise, aber wir alle erleben sie unterschiedlich. Es gibt in jeder Pandemie – das ist auch historisch ganz gut aufgearbeitet, auch psychologisch – noch einmal spezifische Stressfaktoren für marginalisierte Gruppen, zum einen dadurch, weil es vielleicht eine Konfundierung mit dem sozioökonomischem Status gibt, aber zum anderen eben auch dadurch, dass marginalisierte Gruppen gerade im Fall von Krankheiten häufig dafür verantwortlich gemacht werden, beispielsweise bei Aids. Aber auch bei Corona war es so, dass es einen An-

stieg von antiasiatischem Rassismus gab, dass Menschen, die als chinesisch wahrgenommen wurden, beleidigt, attackiert wurden. Antisemitismus spielte da mit hinein. Das heißt, dass das auch noch einmal etwas ist, was Menschen besonders erleben und mit dem sie umgehen müssen.

In der Pandemie – wir hatten gerade schon das Stichwort Kontrollverlust – ist Kontrollverlust etwas, was wir alle, denke ich, bis zu einem gewissen Grad mehr oder weniger erlebt haben durch die Fragen: Kann ich meinen Alltag planen? Nehmen die Zahlen zu? Nehmen sie ab? Wie sind die Maßnahmen? Menschen reagieren unterschiedlich auf erlebten Kontrollverlust. Ein Outcome, eine Konsequenz des Kontrollverlustes, kann ein Anstieg des Verschwörungsglaubens sein.

Man sieht auch historisch, dass eigentlich jede Pandemie mit einem Anstieg an Verschwörungserzählungen einhergeht. Es gibt wirklich zu jeder Krankheit immer relativ ähnliche Narrative, die dann einfach auch Konsequenzen haben, was z. B. die Impfbereitschaft oder auch das Management der Pandemie angeht. Ich denke einmal daran, dass es am Anfang der Pandemie z. B. Gerüchte und Falschinformationen – ich glaube, es war an der Uni Wien – über Ibuprofen gab. Da musste sich das Team in einer Krisenlage damit auseinandersetzen, diese Falschinformation zu entkräften. Das heißt, das ist etwas, was wirklich typisch ist, und zwar nicht nur für Pandemien, sondern für alle Krisen und auch – so würde ich sagen – Katastrophen.

Auf diesem Chart sehen Sie eine Begriffsauswertung von Telegram-Gruppen, wie oft das Thema Klimawandel vorkommt. Das ist diese orange Linie. Das hat einen Peak. Dieser Peak ist während der Flutkatastrophe. In dem Moment, wo es zu einem Ereignis kommt, das mit dem Klimawandel in Verbindung gebracht wird, sehen wir einen Anstieg an Verschwörungserzählungen, die sich darum drehen. Auch so etwas wie Chemtrails findet man da noch häufiger. Die Krise, die Katastrophe wird verschwörungsideologisch umgedacht. Es kommt auch zu Gerüchten. Das heißt, man hat hier immer noch eine zusätzliche Herausforderung.

Als Überleitung zu den Herausforderungen möchte ich sagen, wir haben im Krisenmanagement mit zwei Spannungsfeldern zu kämpfen. Man hat am Anfang jeder Krise eine große Unsicherheit in Bezug auf die Informationslage. Man weiß sicherlich Sachen aus der Vergangenheit. Aber oft ist nicht klar, was lokal gemacht werden muss, wie die Informationswege sind, was die Evidenz ist oder wie man mit der Krise umgeht. Gleichzeitig sieht man aber auch gerade am Anfang eine große Solidarität, wenn man jetzt bedenkt, dass bei der Pandemie Menschen kleine Päckchen gepackt und sie an Zäune gehängt haben, dass es ganz viel Nachbarschaftshilfe gab, dass man versucht hat, sich zu unterstützen, dass man an einem Strang gezogen hat und dass es eine große Aufmerksamkeit auf das Phänomen gerichtet gab. Je länger die Krisensituation geht, desto niedriger ist die Unsicherheit, die Informationsdichte hat zugenommen. Man sieht aber häufig eine nachlassende Solidarität, und die Aufmerksamkeit nimmt ab. Das heißt, man hat mit diesen konträren Faktoren zu kämpfen. Ich würde nicht sagen, dass das

Naturgesetze sind, aber es sind Muster, die man immer wieder sieht und die man sich aus meiner Sicht bewusst machen muss, wenn es darum geht, damit umzugehen.

Ich habe schon gesagt, ich schaue auf das Thema Verschwörung und unterscheide dabei zwischen Falschinformationen und Gerüchten, Desinformationen und Verschwörungserzählungen sowie verschwörungsideologischer und rechtsextremer Mobilisierung, weil es diesen Dreiklang immer geben wird. Wenn man jetzt z. B. einmal auf die Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen schaut, dann gab es diverse Falschinformationen und Gerüchte. Da gab es Momente, als Menschen glaubten, dass ein Deich gebrochen wäre. Ich habe mit Menschen gesprochen, die mir gesagt haben, sie seien in Todesangst davongerannt, weil sie nicht wussten, was da passiert ist und ob die Bedrohung wirklich da ist. Das bedeutet, man hat zum einen Menschen, die traumatische Erfahrungen machen, man hat aber auch die Teams, die sich damit auseinandersetzen, die diese Krise, diese Katastrophe managen und zusätzlich Falschinformationen und Gerüchten entgegenwirken müssen. Das ist etwas, was durch Informationsmangel entsteht. Ich erinnere daran: Bei der Flut war es ja so, dass die Menschen häufig gar keinen Zugang zum Festnetz oder zum Handy hatten. Strom gab es nicht immer. Das heißt, da gab es eine große Informationslücke.

Bei Desinformationen ist es anders. Die werden absichtlich gestreut. Da geht es darum, Vertrauen in demokratische Prozesse zu untergraben. Das heißt, diese Krisenlage wird als Vehikel genutzt, um antidemokratische Haltungen zu verbreiten. Das sieht man eben auch bei einer verschwörungsideologischen und rechtsextremen Mobilisierung. Im Ahrtal hat man eine Mobilisierung ausmachen können, die zu zusätzlichen Herausforderungen geführt hat, indem Schuldige benannt wurden. Mir geht es hier jetzt nicht um Kritik, sondern wirklich um Feindbilder, die geschaffen wurden. Das sieht man aber auch in der Coronapandemie. Das heißt, das ist aus meiner Sicht ein Muster, das man bei jeder Krisenlage so sieht.

Der gesellschaftliche Schaden bei Verschwörungserzählungen – – Desinformationen sind eben der Versuch, demokratische Gesellschaften zu destabilisieren. Wir sehen Gesundheitsrisiken. Man weiß – das ist mittlerweile gut ausgewertet –, der Glaube an Verschwörungen geht mit einer reduzierten Impfbereitschaft einher. Es werden wahrscheinlich weniger Masken getragen. Man hält sich weniger an die Maßnahmen. Ich denke, Sie wissen alle, dass Psychologie auch beim Management von Pandemien eine große Rolle spielt. Man kann Regeln erlassen, aber bei der Umsetzung ist man auch auf die Kooperationsbereitschaft der Menschen angewiesen.

Man sieht aber auch menschenfeindliche Tendenzen, Antisemitismus. Ich habe schon gesagt, das ist beim Krisenmanagement eine zusätzliche Herausforderung, häufig auch ein Gewaltverstärker, der mit Chaos und sozialen Unruhen einhergehen kann. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird durch das Schaffen von Feindbildern untergraben. Das heißt, an dieser Dynamik, von der ich vorhin gesprochen habe, nämlich je länger die Krise dauert, desto weniger Solidarität, wird sich auch proaktiv abgearbeitet. Das ist nicht nur ein „natürlicher“ Prozess.

Deswegen ist es eben wichtig, dass man die demokratische Resilienz stärkt. Da ist Krisenmüdigkeit ein Thema. Über den Begriff könnte man noch diskutieren. Ich glaube, es gibt kaum Menschen, die krisenbegeistert sind. Aber eine Krisenaufmerksamkeit ist schon wichtig.

Auf diesem Chart sehen Sie Daten von COSMO – ich kann Ihnen das sehr ans Herz legen –, von Cornelia Betsch. Da kann man sich wirklich zu allen Themen Daten holen, sehen, wie Menschen die Krise erlebt haben, wo die Hürden sind. Das ist wirklich ein großartiger Datenschatz. Hier geht es um die Pandemiemüdigkeit. Wenn Sie die hellorange Linie verfolgen, sehen Sie die Zustimmungswerte. Da haben im Dezember 2020 etwa 20 % und im März 2022 etwa 40 % der Menschen gesagt, sie seien der Pandemie müde. Man weiß, dass dann wahrscheinlich auch weniger Masken getragen werden und wahrscheinlich den Maßnahmen weniger Folge geleistet wird. Wir sehen das auch im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, dass die Aufmerksamkeit stark nachgelassen hat, dass die Menschen müde werden, sich damit auseinanderzusetzen. Das ist problematisch, weil damit auch der gesellschaftliche Diskurs abnimmt. Wie gesagt, ich denke nicht, dass das ein Naturgesetz ist, sondern dass es Strategien braucht, mit denen man dem etwas entgegensetzen kann.

Dazu gehört für mich erst mal, dass man Menschen versteht, dass man versteht, was Menschen brauchen, wie sie Krisen wahrnehmen. Ich habe gerade COSMO als Beispiel gezeigt. Das war eine großartige Möglichkeit – zwar nicht tagesaktuell, aber im zweiwöchigen Rhythmus –, Daten darüber zu bekommen, wie die Situation in der Gesellschaft ist, wie sie sich verändert. So kann auf den Menschen zugeschnittene Politik, Intervention, Kommunikation stattfinden, vielleicht auch noch einmal mit dem Fokus auf gewisse Subgruppen und die Bedürfnisse, die da sind.

Was häufig vernachlässigt wird, ist eine Kommunikation, die zielorientiert ist, also nicht nur problemorientiert, damit Menschen eine Perspektive haben. Man sieht gerade im Kontext der Klimakrise, dass sich eine große Hoffnungslosigkeit bei der Jugend breitmacht, die auch für eine demokratische Gesellschaft eine Herausforderung ist. Dementsprechend – da bin ich als Psychologin sicherlich parteiisch – sage ich Ihnen: Wenn man sieht, wie groß die Belastungen in den letzten zwei Jahren waren, wie hoch der Anteil an psychischen Erkrankungen ist – aufgrund der Krise, nicht unbedingt aufgrund der Maßnahmen –, ist es wichtig, zu verstehen, dass psychologische Belastungen da sind, dass das für Menschen gerade eine sehr schwierige Lage ist und dass man damit umgehen muss, dass man eine niedrigschwellige psychosoziale Versorgung sicherstellen muss, dass man das aber auch zu einer krisensensiblen Berichterstattung weiterdenken kann, die versucht, die Belastungen, die die Menschen erleben, aufzufangen. Deswegen ist auch eine zielorientierte Kommunikation so wichtig.

Ich habe schon einmal von sozialer Gerechtigkeit als einem unglaublich wichtigen Pfeiler gesprochen. Gesellschaftliche Ungleichheit zu reduzieren, hilft beim Management von Krisen ungemein. Gerade Krisen haben ja diese langfristige Perspektive. Da hat

man die Möglichkeit. Bei einer kurzfristigen Katastrophe – wenn man das jetzt einmal so definieren würde – ist das natürlich noch einmal ein anderer Faktor.

Man kann auch auf die Kommunikation achten, man kann das lernen – da gibt es tolle Kompetenzen im Bereich der Wissenschaftskommunikation; das gilt aber sicherlich auch für die Politik –: dass es wichtig ist, Dinge transparent zu machen und konsistent zu sein. Das ist im politischen Alltag natürlich nicht immer so leicht, weil man auch unterschiedliche Haltungen hat. Es gilt zu verstehen, dass Menschen gerade enorm verunsichert sind, dass sie damit umgehen müssen. Man muss versuchen, diesem Kontrollverlust, den Menschen erleben, etwas entgegenzusetzen, indem man über Strategien, über eine Zielkommunikation Vorhersehbarkeiten erhöht. Wie gesagt, mir ist bewusst, dass das nicht immer so einfach ist. Aber zumindest kann man sich dem Ziel nähern. Fairness ist auch etwas, was die WHO als Maßnahme gegen Pandemiemüdigkeit stark betont. Es geht darum, zu versuchen, sich abzusprechen, wie man Dinge kommuniziert, soweit das im politischen Alltag möglich ist.

Ich muss mich jetzt ein bisschen beeilen. – Vielleicht noch einmal ganz kurz als Rahmung: Wir reden immer darüber, wann denn diese Pandemie endet. Medizinhistorisch gibt es zwei Ansätze, nämlich, dass man einerseits von dem medizinischen Ende spricht – durch die Immunität der Gesellschaft; oder man hat nach und nach das endemische Stadium erreicht –, andererseits gibt es aber auch das sogenannte soziale Ende. Das bedeutet, die Menschen haben keine Angst mehr vor der Krankheit. Sie wollen die Einschränkungen nicht mehr hinnehmen. Dann ist es relativ egal, wie die pandemische Lage eigentlich aussieht, weil die Menschen sagen, es ist vorbei. Dann hat man Schwierigkeiten. Das muss man sicherlich als Herausforderung mitdenken, wenn es um Management und Evaluation der Krisenkommunikation der letzten zwei Jahre geht.

Pandemien haben einen Effekt auf Gesellschaften und sind eine Art Spiegelbild und Verstärker dessen, was in unserer Gesellschaft funktioniert und was eben nicht funktioniert. Das wird natürlich sichtbar. Man sieht das beispielsweise bei Krankenhäusern, aber auch auf vielen anderen Ebenen. Was man historisch auch sieht, ist, dass autoritäre Wünsche häufig durch Pandemien verstärkt werden, dass man eine gewisse Law-and-Order-Politik wünscht, dass Populismus und nationale Abschottung häufig auch mit Pandemien einhergehen. Sie sind – historisch gesehen – oft eine Art „Pausentaste“ für gesellschaftliche Probleme: Alle anderen Probleme werden quasi verdrängt. Deswegen kommt es auch oft dazu, dass nach Pandemien soziale Unruhen erst einmal zunehmen, weil die Dinge wieder sichtbarer werden, man sie aber nicht bearbeitet hat.

Daher meine Empfehlungen zum Schluss: Krisenkommunikation sollte man ernst nehmen. Das ist ein wichtiger Faktor. Das ist auch etwas, was man – wie gesagt – lernen kann. Dazu gibt es ganze Studiengänge. Natürlich ist es mit Kommunikation allein nicht getan. Dementsprechend sollte man gesellschaftliche Spannungslinien früh erkennen und darauf reagieren. Ich sage Ihnen ehrlich: Ich blicke diesbezüglich auch sorgenvoll auf den Herbst. Sich mit Szenarien auseinanderzusetzen – das ist ein klassisches Tool

aus dem Krisenmanagement; da sind andere aber sicherlich fitter als ich –, sich zu überlegen, wohin geht es im Best Case und im Worst Case, ist hilfreich.

Dann noch einmal mein Plädoyer dafür, psychische Gesundheit stärker in den Fokus zu stellen. Das braucht es. Wir brauchen eine resiliente Gesellschaft in diesen multiplen Krisenlagen. Soziale Gerechtigkeit und Fairness sind Schutzfaktoren, auch wenn Entscheidungen getroffen werden, die unpopulär sind. Solange sie als fair wahrgenommen werden, gehen Menschen sie eher mit. Auch dazu gibt es jahrelange psychologische Forschung. Falsch- und Desinformationen sollte man als Herausforderungen in Krisenfälle integrieren.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Lamberty. Auch für Sie gibt es Applaus.

Wir setzen jetzt direkt mit Herrn Hörsch fort. Wir haben von Herrn Hörsch auch eine schriftliche Stellungnahme vorliegen. Diese wird er mit einer Präsentation ergänzen. – Bitte, Herr Hörsch.

Sv. Herr Hörsch: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Mitglieder der Enquetekommission, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin heute gern Ihrer Einladung gefolgt; denn Ihre Enquetekommission leistet aus meiner Sicht einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der gegenwärtig drei krisenhaften Herausforderungen: der Pandemie, einem Krieg und einem Klimawandel.

(Eine Präsentation *[Anlage 3]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Blickt man auf die zurückliegenden zwei Jahrzehnte, waren diese von zahlreichen Krisen geprägt. Vielleicht trifft auch auf das 21. Jahrhundert zu, was für die Zwanzigerjahre des 20. Jahrhunderts konstatiert werden konnte: eine Krisenbegeisterung. Finanz-, Wirtschaftskrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise, Klimakrise, seit 2020 die Coronakrise und seit Februar 2022 der Ukrainekrieg inklusive Energiekrise und sich abzeichnender Welternährungskrise.

Es scheint sich zu bewahrheiten, was Andreas Reckwitz jüngst pointiert hat, nämlich, dass die Moderne prinzipiell eine Gesellschaft in der Dauerrevision und daher auch in der Dauerkrise ist. Was macht allerdings – diese Frage haben Sie auch schon aufgeworfen – eine Krise zu einer Krise? Wodurch unterscheidet sie sich von einem Krieg oder von einer Katastrophe, und wie ist vor allem der Umgang mit ihr – sprich: Wie be-

wältigen die Menschen eine Krise? Das soll im Folgenden aus soziologischer Perspektive im Fokus der Erörterungen stehen.

Ich habe das Wesentliche in der schriftlichen Stellungnahme ausführlich dargelegt. Darauf rekurriere ich.

Wir haben es derzeit mit drei gleichzeitig krisenhaften Herausforderungen zu tun, die – global betrachtet – die Welt und den globalen Zusammenhalt, aber auch die Lebenswelt und die Lebensführung eines jeden Einzelnen beeinflussen oder in naher Zukunft beeinflussen werden und zudem – das haben wir gerade schon von Frau Lamberty gehört – den gesellschaftlichen Fliehkräften Vorschub leisten.

Wenn ich im Folgenden von Vulnerabilität spreche, dann in bewusster Abgrenzung zu den Begriffen „Resilienz“ oder „Nachhaltigkeit“. Denn Vulnerabilität ist der weitere Begriff und umfasst die emotionalen und psychosozialen Tiefenstrukturen im Umgang mit Krisen. Vulnerabilität als Begriff umfasst das Ausmaß der Krisenexposition eines Systems und wird deshalb durch eine erfolgreiche Krisenprävention verringert. Sprich: Ein System, für das erfolgreich Krisenprävention betrieben wird, reduziert seine Vulnerabilität.

Die Pandemie; Vulnerabilität des Einzelnen und der Gesellschaft: Die Pandemie hat in vielen gesellschaftlichen Bereichen wie in einem Brennglas Unwuchten und Handlungsbedarfe offengelegt, die vielfach schon vor Corona vorhanden waren. Der gesellschaftliche Kitt bröckelt, Themen wie Solidarität in Zeiten sich verschärfender sozialer Ungleichheiten, Angst, Einsamkeit und Verunsicherung, aber auch Zweifel und Aufbegehren durch Ohnmachtserfahrungen und – damit einhergehend – erodierendes Vertrauen in politisches Handeln treten destruktiv zutage.

Es verwundert deshalb nicht – das haben wir mit unserer großen Studie „Lebensgefühl Corona“ im vergangenen Herbst nachgewiesen –, dass viele Menschen den Wunsch nach Orientierung und Halt äußern und sich auch die Frage nach dem Sinn des Lebens und danach, wie ich denn ein gutes Leben führen kann, ganz neu stellen.

Zweitens haben wir es mit einer Vulnerabilität der freien Welt und ihrer Werteordnung im Lichte des Krieges in Europa zu tun. Immer wieder kommt einem die Spanische Grippe zu Beginn des 20. Jahrhunderts in den Sinn, mit der die Covid-19-Pandemie im 21. Jahrhundert gern verglichen wurde. Es ist kaum vorstellbar, dass die Spanische Grippe angesichts der Abermillionen Toten nur bedingt im kollektiven Bewusstsein verankert geblieben war. Das hatte einen objektiven Grund: den Ersten Weltkrieg. Das ist ein Ereignis mit einem ganz konkreten Anfang, einem Wendepunkt und einem Ende. Es konnte sich damit ein kollektives Narrativ verbinden. Die Spanische Grippe gilt nicht ohne Grund als vergessene Pandemie. In der Natur der Pandemien ist es auch angelegt, dass es kein wirkliches Ende gibt, weil Pandemien im Laufe der Zeit endemisch, also mit abgeschwächter Relevanz, schlicht und ergreifend fortdauern.

In der gegenwärtig überhitzten geopolitischen Weltlage stellt sich deshalb die Fragen, ob der Krieg in Europa mittel- und langfristig nicht auch das Erleben der Pandemie in den Schatten stellen wird und ob der 24. Februar im kollektiven Bewusstsein der freien Welt derartige Spuren hinterlassen hat, dass die Verwerfungen, Unwuchten und Neujustierungen das Pandemische bei Weitem übersteigen werden. Die Vermutung liegt nahe, dass dem so sein wird. Auf alle Fälle hat der Krieg in Europa eines deutlich gemacht: Die freie Welt und die Werteordnung, die wie selbstverständlich für uns Gültigkeit hat, zeigen ihre verletzliche Seite.

Der dritte Baustein rückt bereits heute in den Fokus, nämlich die sogenannte Vulnerabilität der Einen Welt, im Diskurs symptomatisch am Klimawandel festgemacht. Das disruptive Moment – das sagen die Leute von „Brot für die Welt“ – wird allerdings die sozial ungleiche Verteilung der Ressourcen Wasser und Nahrungsmittel darstellen. Die gegenwärtige Verknappung und Verteuerung des Getreideguts infolge des Ukrainekriegs ist ein erster Vorgeschmack. Experten der Welternährungshilfe sprechen von einer Bedrohungslage der Ernährungssicherheit.

Krise – Annäherung an einen Begriff: Aus der Krisenforschung ist bekannt, dass Krisen nicht einfach so in der Welt sind. Vielmehr wird eine Situation erst dadurch zur Krise, dass sie sprachlich und narrativ als solche gefasst wird. Bei Krisen handelt es sich folglich immer um soziale Konstrukte mit einem relationalen Charakter. Häufig einher geht damit eine Krisenrhetorik, die die Fassung der Gegenwart als existenzielle Entscheidungssituation zwischen einer guten und einer schlechten Zukunft nahelegt. Eine solche Krisenrhetorik versucht, komplexe Wirklichkeiten zu dramatisieren, um kollektive Handlungen zu modellieren. Nur zur Erinnerung die Krisennarrative seit 2008: „Die deutschen Spareinlagen sind sicher“, als eine Bank pleite gegangen ist, „Europa scheitert, wenn der Euro scheitert“, bis hin zum Narrativ der „Zeitenwende“. Es ist dabei allerdings auch festzustellen, dass Krise zwischenzeitlich oft nur noch eine Verschlechterung oder gewachsene Unsicherheit bezeichnet. Dieser semantische Wandel ist vor allem dem Umstand geschuldet, dass alle wesentlichen Krisen in den zurückliegenden 20 Jahren als globale Krisen gedacht wurden. Es ist auch eine entgrenzte Krisendiagnose feststellbar. Krisen werden vorzugsweise als politisch verzweckte Narrative verwendet, um zu verschleiern, dass nachhaltig strukturelle Veränderungen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen ausgeblieben sind und sich krisenhafte Momente zunehmend verdichten, beispielsweise bei der Bahnkrise, der Bildungskrise, der Schuldenkrise oder der Immobilienkrise.

Zu einer Krise gehört immer das Narrativ. Wenn ich jetzt einfach einmal Pandemie und Krieg danebenlege, ist es immer ein Ereignis. Im Fall der Pandemie ist es der Ausbruch eines Virus. Das wird sachlich eingeordnet; es ist noch etwas kontrollierbar. Dann gerät etwas außer Kontrolle – in diesem Fall, weil wir es mit den Nebenfolgen der Moderne zu tun haben, dass wir global, mobil unterwegs sind – und verfestigt sich etwas als Narrativ, in diesem Fall die Coronakrise oder die Zeitenwende. Wir haben es auch immer mit einer Inflation der Krisenbilder und Nachrichten zu tun.

Zu Beginn der Pandemie und auch des Krieges in Europa herrschte bei den Menschen ein großes Informationsbedürfnis, was der enormen Verunsicherung geschuldet war. Wir können aber auch feststellen – bei der Pandemie wie auch beim Krieg –, dass es ganz schnell eine Informationsmüdigkeit gab. Ein Overload an sich zum Teil widersprechender Informationen war dafür verantwortlich, dass die Menschen nur noch interessierterweise Nachrichten konsumierten und vor allem selbstbestimmt versuchten, ab der Pandemie oder auch ab des Krieges Plausibilitäten im Erleben herzustellen.

Das Narrativ eines Davor oder Danach gehört auch zu einer Krise. Bei Corona weicht die anfängliche Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in den Vor-Corona-Zustand zunehmend einer Ernüchterung und auch einem Herantasten an ein Alltagsleben, das von vielen Ungewissheiten gekennzeichnet bleibt. Dasselbe lässt sich auch für den 24. Februar und das Danach feststellen.

Krisenmuster: Anhand der Pandemie – das konnten wir in unserer Studie auch nachzeichnen – lassen sich drei Phasen als Krisenmuster erkennen, die in derselben Weise auch beim Krieg in Europa auszumachen sind. Für die erste Phase – Ungläubigkeit, Besorgnis, Aufatmen – kennzeichnend ist der Umgang mit Ohnmachtserfahrung: das Hamstern, Solidaritätsbekundungen, ein generational unterschiedlicher Umgang sowie eine trügerische Zuversicht einhergehend mit einem äußerst pragmatischen Umgang mit der jeweiligen Herausforderung.

Der Übergang zur zweiten Phase, der Ernüchterung und Erschöpfung, markiert ein Alltagsleben zwischen Anpassung und zunehmenden Unübersichtlichkeiten einhergehend mit gesellschaftlichen Verwerfungen. Während der Pandemie hatte sich diesbezüglich der Begriff „Coronamüdigkeit“ durchgesetzt. Außenministerin Baerbock hat auch schon vor einer „Kriegsmüdigkeit“ gewarnt.

Den Übergang zur dritten Phase, dem Aufbruch ins Ungewisse, markieren die zunehmende Besorgnis über das Ausmaß und die langfristigen Folgen sowie die Einsicht, mit Unsicherheiten leben zu müssen.

Krisenlogiken: Betrachtet man die drei sich gegenwärtig gleichzeitig überlagernden und wechselseitig bedingenden krisenhaften Herausforderungen – das ist, glaube ich, die eigentliche Herausforderung –, dann lassen sich unterschiedliche Logiken ausmachen.

Der Pandemie liegt eine exponentielle Logik zugrunde. In einer dynamischen Verdopplungslogik kann sich die Krankheit ausbreiten, wodurch ein bedrohliches Angstszenario entsteht. Rigide Maßnahmen werden erforderlich. Ebenso wie der exponentielle Anstieg und die Ausbreitung ist in der Folge auch eine exponentielle Erregung feststellbar.

Beim Krieg herrscht eine Eskalationslogik. Mit einem Schlag – beispielsweise durch einen Atomschlag – kann ein Teil der Zivilisation potenziell ausgelöscht werden. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat eine unfassbare Schockwir-

kung, teilweise auch eine Schockstarre, ausgelöst, der zunehmend mit Ausblendungsversuchen begegnet wird. Der Klimawandel hingegen folgt einer linearen Logik, wonach in den kommenden Jahren die Erderwärmung um bis zu 2 Grad zunehmen wird und damit unsere Lebensgrundlagen gefährdet. Diese Annahme beruht auf berechenbaren Bedrohungsszenarien, denen derzeit noch mit der Tendenz des Aussitzens begegnet wird.

Bei Krisen wie der Pandemie oder dem Krieg stehen die Menschen vor der Herausforderung, mit plötzlich auftretenden Ohnmachtserfahrungen umgehen zu müssen. Der Umgang damit bewegt sich grundsätzlich zwischen den Polen Solidarität und Egoismus sowie Freiheit und Sicherheit. Entsprechend ist das Lebensgefühl der Menschen, die Gemütslage einer Gesellschaft von vielfältigen Ambivalenzen gekennzeichnet. Was die Pandemie betrifft, haben wir das „mütend“ genannt. Was den Krieg betrifft, kann man das als „verstörend“ bezeichnen. Allen drei krisenhaften Herausforderungen gemein ist, dass kollektive Handlungsmuster erforderlich sind, um existenziellen Bedrohungslagen begegnen zu können. Das geht häufig mit Einschränkungen, Beschränkungen von bisher gewohnten Freiheiten einher, denen Menschen mit Reaktanz begegnen.

Krisenbewältigung – ich beschränke mich auf vier Grundsätze der Reaktanz –: Erstens – Reaktanz als Reaktion –: Ein Grundsatz der Reaktanztheorie beschreibt, dass Menschen innerlich davon überzeugt sind, dass ihnen die Entscheidungsfreiheit und die freien Verhaltensweisen obliegen. Es gibt jedoch Situationen, in denen sie in ihrer Freiheit eingeschränkt sind oder sie zumindest das Gefühl haben, eingeschränkt zu sein. Auf diese Bedrohung und den Verlust der Entscheidungs- und Handlungsfreiheit reagieren Menschen mit Reaktanz. Wenn ich an die Krawallnacht am 20. Juni 2020 in Stuttgart denke oder an die Querdenker, dann sind das die lautstarken Spitzen von Reaktanz.

Zweitens – Zwischen Akzeptanz, Gewöhnung und Ermüdung –: Zu Beginn von Krisen ist meist eine hohe Akzeptanz politischer Maßnahmen feststellbar. Das war in der Pandemie so, und das ist auch mit Blick auf den Krieg in Europa so festzustellen, wobei es natürlich immer einen hohen Anteil an Befürwortern gibt und eine Minderheit, der die Maßnahmen zu weit gehen. Was stets nach der Akzeptanz folgt, ist ein Gewöhnungseffekt bei der Risikowahrnehmung, den Ängsten und Sorgen. Der sorgenvolle Blick gilt vornehmlich den persönlichen Lebenslagen. Schließlich sind auch Verbitterungsreaktionen feststellbar, die schließlich in eine Ernüchterung und Ermüdung übergehen.

Drittens – Krisen erfordern Sinnhaftigkeit –: In Krisenzeiten sind Menschen häufig mit Widersprüchlichkeiten, Unsicherheiten und Ungewissheiten konfrontiert. Das betrifft sowohl die alltägliche Lebensführung als auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. „Ein Leben im Modus der vergangenen Zukunft“, um eine Chiffre von Reinhart Koselleck aufzugreifen. Demnach gilt es, zwischen einem Erfahrungsraum, den wir so als Menschen haben, und einem Erwartungshorizont, der in diesem Fall auch häufig von der Politik artikuliert wird, zu unterscheiden. In mehrdeutigen Zeiten wie Krisen stellen sich Fragen nach der Sinnhaftigkeit, aber vor allem die Frage, wie unter erschwerten

Bedingungen weiterhin ein gutes Leben möglich ist. Je kongruenter der Erfahrungsraum und der Erwartungshorizont sind, umso plausibler erscheinen den Menschen die Maßnahmen und erscheint auch das Leben für den Einzelnen als kohärent.

Viertens – Solidarität wird auf die Probe gestellt –: Vor allem die Anfänge von Krisen – das hat Frau Lamberty bereits gesagt – sind meist von solidarischem Handeln geprägt. Mit anhaltender Krise werden immer mehr Menschen solidaritätsbedürftig: Kinder, denen Bildungschancen fehlten – was die Pandemie betrifft –, Studierende, die durch wegfallende Nebenjobs ihr Studium nicht mehr finanzieren konnten, streckenweise über 18 Monate keine Universität von innen gesehen haben, Azubis, die durch gestrichene Ausbildungsplätze im Zuge von Sparmaßnahmen keine Stelle finden, Obdachlose, die nur in begrenzter Anzahl in Unterkünfte kamen, Pflegepersonal, das seit nunmehr über zwei Jahren täglich mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen hat, Selbstständige und Unternehmen, deren Gewerbe Insolvenz anmelden musste, Künstlerinnen und Künstler oder Technikerinnen und Techniker, deren Arbeiten wegen des Pandemiegeschehens eingeschränkt oder verboten waren.

Schließlich gesellschaftliche Polarisierungen: Oft hieß es während der Pandemie in den Medien, dass alle vor dem Virus gleich wären. Das mag zwar für das Infektionsgeschehen zutreffen, was die sozialen Folgen der Pandemie betrifft, lassen sich eindeutige Ungleichheiten feststellen. Partnerschaften und Familien sind eher besser durch die Krise gekommen als Alleinstehende. Also, auch die Kontaktbeschränkungen haben sich eigentlich auf Kontexte bezogen, bei denen wie selbstverständlich davon ausgegangen worden ist, dass man in Partnerschaften lebt. Wir müssen allerdings zur Kenntnis nehmen, dass 23 % der in Deutschland Lebenden Alleinstehende sind. Kinder aus bildungsaffinen familiären Kontexten haben sich im veränderten Schulkontext während der Pandemie besser zurechtgefunden als Kinder aus bildungsfernen Milieus. Ein Leben in der Stadt war während des Lockdowns um ein Vielfaches anstrengender als ein Leben auf dem Land. In gewissen Branchen wurde anstandslos Kurzarbeitergeld bezahlt. Für Selbstständige oder Künstlerinnen und Künstler beispielsweise waren staatliche Hilfen nur über bürokratische Hürden erreichbar. Es bedarf sicherlich – das ist meine tiefe Überzeugung – für den persönlichen Alltag wie auch für das soziale und gesellschaftliche Miteinander nach Krisen eine Art Wiedereingliederungsmanagement.

Die Pandemie und der Krieg haben viele Gewissheiten infrage gestellt und ins Wanken gebracht. Vieles, was bisher Orientierung für das eigene Selbst und Weltbild gab, war plötzlich infrage gestellt. Nicht für alle war es gleichermaßen einfach – auch darauf hat Frau Lamberty bereits hingewiesen –, sich in der Informationsflut, der Sintflut an Deutungen und im Stimmungsgewirr der Diskurse und Meinungen zurechtzufinden.

Ich komme zum Ende. – Mit Blick auf Überlegungen für eine krisenfeste Gesellschaft, wie Sie es sich in der Enquetekommission vorgenommen haben, lassen sich als Lernerfahrungen folgende Thesen zusammenfassen:

Erstens: Krise ist ein soziales Konstrukt, wodurch eine Situation letztlich erst zur Krise wird, weil sie sprachlich und narrativ eben als solche gefasst wird, um die komplexe Wirklichkeit zu dramatisieren und damit zu kollektiven Handlungen zu motivieren.

Zweitens: Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der sich drei krisenhafte Herausforderungen gleichzeitig aufdrängen und wechselseitig bedingen. Diese krisenhaften Herausforderungen folgen unterschiedlichen Logiken.

Drittens: Die Pandemie hat Krisenmuster erkennen lassen, die in gleicher Weise auch mit Blick auf den Krieg in Europa feststellbar sind und in deren Mittelpunkt es um die Bewältigung von Ohnmachtserfahrungen geht.

Viertens: Die Erosion politischer Plausibilitäten in Krisenzeiten stellt demokratietheoretisch eine Herausforderung dar und lässt sich an den Reaktanzen als Reaktion auf Krisenbewältigungsstrategien festmachen.

Fünftens: Krisenbewältigung besitzt einen ambivalenten Charakter, der den emotionalen Grundbedürfnissen der Menschen nach Sicherheit, Freiheit auf der einen Seite, Solidarität, Egoismus auf der anderen Seite Rechnung trägt.

Sechstens: Entscheidend kommt es bei der Krisenbewältigung darauf an, diese Grundbedürfnisse in einer guten Balance von Sinnkohärenz, sozialer Kohärenz und Kohärenz der Bedürfniserfüllung zu halten, um eine größtmögliche Kongruenz von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont zu gewährleisten.

Siebtens: Vor dem Hintergrund der Ambivalenzen im Umgang mit Krisen bedarf es einer differenzierten Perspektive auf die unterschiedlichen Bedürfnislagen der Menschen – nicht nur mit Blick auf die akute Bewältigung einer Krise, sondern vor allem auch im Nachgang im Sinne einer Krisenprophylaxe; denn nach der Krise ist vor der Krise.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Hörsch, für Ihren Vortrag. – Wir steigen jetzt gleich in die Fragerunde ein. Für die Fraktion GRÜNE hat sich Herr Abg. Hildenbrand gemeldet. Bitte, Herr Abg. Hildenbrand.

Abg. Oliver Hildenbrand GRÜNE: Ich möchte zunächst Ihnen, liebe Frau Lamberty, und Ihnen, lieber Herr Hörsch, sehr herzlich für Ihre Beiträge und wirklich anregenden Impulse danken.

Ich möchte gern zwei Fragen an Frau Lamberty richten. Ich finde, Sie haben noch einmal sehr eindrucksvoll ausgeführt, dass wir leider schon öfter die Erfahrung gemacht

haben, dass Krisenzeiten leider sehr häufig dazu genutzt werden, um Angriffe auf die Demokratie vorzubereiten. Wir haben leider schon oft miterleben müssen, dass Krisenzeiten Menschen oft zum Denken in Feindbildern, in Verschwörungsideologien bewegen. Wenn wir uns die aktuelle Weltlage anschauen, dann hat man schon den Eindruck, dass die Krise eigentlich zu einer Art Dauerzustand oder fast zum Normalfall geworden ist. Daher frage ich: Was bedeutet dieses demokratiegefährdende Potenzial von Krisen vor dem Hintergrund einer Situation, in der wir multiple Krisen haben und in der Krisen eigentlich der Dauerzustand sind? Ist unsere Demokratie in der Gefahr, dauerhaft in einem Krisenmodus und unter Krisenbeschuss zu sein, und wie wirkt sich das auf den von Ihnen angeführten Begriff der Krisenmüdigkeit aus, wenn es solch ein Dauerzustand ist?

Die zweite Frage betrifft die politische Kommunikation. Ich spitze das sehr zu und vereinfache das sehr. Aber wir kennen das ja alle: Politikerinnen und Politiker reden in der Regel so, dass sie immer genau wüssten, was Sache ist, dass sie sich ihrer Sache total sicher sind, dass sie immer ganz genau wissen, was jetzt zu tun ist. In einer Krise sind wir eigentlich in einer ganz anderen Situation. Deshalb interessiert mich Ihre Einschätzung zu folgender Frage: Ist eine etwas selbstoffenbarendere Form der politischen Kommunikation, also des Transparentmachens, dass man aufgrund all der Ungewissheit in einer krisenhaften Situation nicht so genau weiß, was jetzt eigentlich zu tun ist, und dass man auch nicht die zündende Idee hat, wie man den Befreiungsschlag macht, etwas Empfehlenswertes? Oder würden Sie sagen, dass das vielleicht gerade gefährlich ist, weil das Bedürfnis nach Sicherheit und Orientierung so groß ist, dass nicht auch noch die Entscheidungsträgerinnen und -träger deutlich machen sollten, dass sie in manchen Konstellationen auch nicht so genau wissen, wie sie eigentlich handeln sollen? Das von Ihnen zu erfahren, würde mich sehr interessieren.

Sv. Frau Lamberty: Ja, danke. Das sind spannende Fragen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Frau Lamberty, wir wollen die Fragen sammeln. Vielleicht gibt es ja Fragen, die sich direkt daran anschließen. – Jetzt hat sich für die Fraktion der CDU Frau Abg. Staab gemeldet.

Abg. Christiane Staab CDU: Meine Frage schließt sich eigentlich direkt an das an, was Herr Hildenbrand gerade gefragt hat. Sie ist zumindest ähnlich.

Die erste Frage geht an Frau Lamberty: Inwieweit ist aus psychologischer Sicht festzustellen, dass tatsächlich dieses Gefühl, dass wir in einer Dauerkrise leben und immer wieder, alle fünf Jahre eine neue Krise kommt, auch dem geschuldet, dass unsere Gesellschaft insgesamt in einem Wohlbefinden ist, in dem Störungen schon als Krisen empfunden werden? Es stellt sich für mich schon die Frage, ob frühere Gesellschaften einfach Dinge ausgehalten haben, ohne sie gleich zu einer Krise werden zu lassen, oder auch aushalten konnten, ohne dass sie zu einer Krise wurden, weil bestimmte Dispositionen der Menschen anders gewesen sind, und wir eine Gesellschaft sind, in der vielleicht durchaus leichte oder leichtere Störungen im Verhältnis zu früher als sehr

viel schwerwiegender empfunden werden. Gibt es da so etwas wie einen objektiven Maßstab für das, was Krisen sind, oder ist es doch eher – das kam jetzt bei mir so an – ein subjektiviertes Empfinden, dass eine Krise besteht?

Dann habe ich eine Frage an Herrn Hörsch. Sie hatten die Krise als soziales Konstrukt definiert. Herr Professor Bofinger hatte vorhin als Volkswirtschaftler gesagt, der Krisenbegriff sei zumindest im Wirtschaftsbereich ganz klar durch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz definiert. Wie kriegen wir solche unterschiedlichen Formen von Definitionen einer Krise am Schluss übereinandergelegt? Nach der sozialwissenschaftlichen Definition von Krise ist sie eher ein soziales Konstrukt, das durchaus auch sehr subjektiv empfunden wird und auch sehr subjektive Auswirkungen hat, aber es gibt eben auch die Definition von Krise, die sie aufgrund bestimmter Beeinträchtigungen – wirtschaftlicher, staatlicher Art etc. – eher als eine Störung der Gesellschaft insgesamt sieht. Denn schlussendlich müssen wir ja den Begriff „Krise“ definieren. Ich habe einfach im Moment ganz unterschiedliche Formen der Definition einer Krise bekommen. Ich wollte eigentlich an diesem Tag hier herausgehen und sagen können: Das ist eine Krise.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das ist auf jeden Fall ein gutes Ziel. – Für die SPD-Fraktion hat sich Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke gemeldet.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Man kann ja dazu sagen: Auch Gesetze sind soziale Konstrukte.

Ich möchte aus der politischen Praxis und mit Blick auf die Angst mit einer Frage an Frau Lamberty beginnen. Wir haben ja immer die Diskussion – – Insbesondere mit Blick auf Corona wird uns von Psychologinnen und Psychologen immer gesagt: Ihr müsst aufpassen, dass ihr den Menschen nicht so viel Angst macht. Diese Angst ist sehr problematisch. Zum Teil wird auch gesagt, das wäre Angstmache, wenn man aus unserer Sicht häufig einfach Fakten formuliert. Das ist ja auch eine Diskussion im Journalismus: Wie viel müssen wir eigentlich an Zuversicht verbreiten? Ist es problematisch, negative Fakten oder krisenhafte Situationen zu kommunizieren, weil das insgesamt vielleicht zu einer problematischeren Sicht in der Gesellschaft führt?

Dann verbindend zu beiden Vorträgen: Sie haben von Angst, Resilienz und Vulnerabilität gesprochen. Das sind Begriffe, die zum Teil aus der Psychologie stammen oder von einer sehr individuellen Ebene auf die allgemeine gesellschaftliche Ebene transportiert werden. Deswegen – diese Frage richtet sich vor allem an Herrn Hörsch; vielleicht aber auch an beide –: Wie sehen Sie diesen Resilienzbegriff, der eigentlich von einer individuellen Ebene bzw. aus der Psychologie stammt? Kann man einen solchen Begriff eigentlich auf eine grundsätzliche gesellschaftliche Ebene ziehen? Ist das möglich?

Schließlich: Sie haben vom Erwartungshorizont gesprochen. Gibt es vielleicht auch so etwas wie eine Gewöhnung an Krise, wenn wir immer wieder sagen – das ist eine These –, eine Krise folge der nächsten? Gibt es da vielleicht auch so etwas wie einen Gewöhnungseffekt?

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Herr Hörsch hat am Anfang seiner Ausführungen den Begriff „Inflation der Krisenbilder“ gewählt. Das passt ganz gut zu dem, was Sie, Frau Lamberty, in Ihrem Vortrag gesagt haben: dass wir in der Psychologie, in der eigenen Wahrnehmung mit negativen Bildern überfrachtet werden. Das hat auch etwas mit den Medien zu tun: „Bad News sells.“ Insofern die Frage: Was können wir da tun? Es geht ja auch um die Frage, wie wir die Menschen mündiger machen können, um diese Nachrichten einzuordnen. Denn es ist schon so, dass wir von den negativen Nachrichten überflutet werden. Insofern: Der Einfluss der Medien spielt eine große Rolle. Wie schätzen Sie diesbezüglich insbesondere die sozialen Medien ein? Welche Rolle spielen die da?

Sie haben noch nicht differenziert von dem Verschwörungsglauben gesprochen. Mich würde aber schon interessieren: Gibt es einen Unterschied zwischen rechts- und linkspolitisch motiviertem Verschwörungsglauben? Wie anfällig ist unsere Gesellschaft, was diesen Verschwörungsglauben angeht? Kann man da eine Zahl – die Gruppe ist soundso groß – nennen? Also: Wie groß ist die Gefahr, was diesen Verschwörungsglauben angeht?

An Herrn Hörsch habe ich auch eine Frage. Sie sind an Ihrer Arbeitsstelle auch mit missionarischer Kirchenentwicklung beschäftigt. Die Kirche hat ja in den vergangenen Zeiten auch eine Rolle gespielt, was nicht unbedingt Krisenbewältigung, aber was den Umgang mit Krisen und das Ertragen von Krisen angeht. Wie groß ist aus Ihrer Sicht noch die Rolle der Kirchen in unserer Gesellschaft? Was können Sie dazu sagen? Die Kirche befindet sich ja selbst – ich sage jetzt nicht, sie befinde sich in der Krise; das könnte man vielleicht sagen – in einem Wandel. Inwieweit gibt es da vielleicht weniger Rückhalt für die Gesellschaft?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank für die Vorträge. – Vorhin wurde das Zitat gebracht: „Gier frisst Hirn.“ Beim Thema Krise kann man sagen: Angst frisst Hirn. Daher muss man sich die Rolle der Medien – das haben Sie gerade auch angesprochen, Herr Reith – ganz dringend daraufhin anschauen, inwiefern diese Ängste durch Berichterstattungen usw. – so nenne ich es einmal – beeinflusst und geschürt worden sind.

Zum Thema Verschwörungstheorien: Es ist ein urmenschliches Bedürfnis, dass ich, wenn ich irgendetwas nicht verstehe, nach Lösungen suche. Es ist immer die Frage, wie man darauf reagiert. In einer Krisensituation oder in einer Katastrophe sucht man natürlich den Schuldigen. In diesem Zusammenhang ist es ganz dringend, dass klar – nicht emotional, sondern sachlich – kommuniziert und aufgeklärt wird. Denn wer hat Schuld daran, dass ein Virus mutiert? Das ist halt eine ganz normale Geschichte, das kann so oder so passiert sein. Aber damit muss man einfach ganz sachlich umgehen, sodass niemandem persönlich oder einer Gruppe oder sonst irgendjemandem eine Schuld zugeschoben wird. Ich denke, daran ist man sehr viel selbst schuld, die Medien

oder – – Also, der Umgang damit muss gefunden werden, dass man da herauskommt. Eine pauschale Verurteilung ist hier nicht zielführend.

Meine Frage: Wie stellen Sie sich denn diesen Umgang mit der Desinformation im Krisenfall konkret vor? Diese Frage richtet sich an Sie beide, insbesondere aber an Frau Lamberty.

Heißt demokratische Resilienz, dass man zur Zensur der sozialen Medien greifen muss, oder ist es – – Wie gesagt, ich lege viel mehr Wert auf Aufklärung und auf sachliche Information.

Sie haben angesprochen, dass es autoritäre Wünsche gibt. Mir kommt es auch sehr komisch vor, wenn Herr Habeck zum Thema Klimakrise sagt, man brauche schon „ein bisschen strenger chinesischer Umgang“. Das macht mir an der Stelle Angst; das muss ich ganz klar sagen.

Herr Hörsch, Sie haben gesagt, der Begriff Krise bedrohe das soziale Konstrukt. Natürlich ist sehr viel sozial konstruiert. Wie kann man mit dem Teil von Krisen, der nicht sozial konstruiert ist, umgehen?

Sv. Frau Lamberty: Danke schön für die spannenden Fragen. Ich habe mir alles notiert und hoffe, ich vergesse niemanden.

Ich fange einmal mit der politischen Kommunikation bei Unsicherheit an. Ich glaube, das ist so ein Slippery Slope. Da muss man schon vorsichtig sein. Wenn sich jetzt jemand hinstellt und sagt: „Na ja, wir haben ein Problem mit der Gasversorgung“, dann habe ich ehrlich gesagt auch keine Ahnung, was man machen soll. Ich glaube nicht, dass das hilfreich ist. Aber zu einem gewissen Moment zu zeigen, es gibt eine Unsicherheit in der Informationslage, diese bei einem Wandel auch klarzumachen und transparent zu machen, das halte ich für extrem wichtig. Ich finde, da lohnt es sich, wirklich noch einmal in den Podcast von Herrn Drosten zu schauen, wie er mit so etwas umgegangen ist, und sich vielleicht auch noch einmal mit diesen Wechseln auseinanderzusetzen. Man kann Dinge klarmachen, man sollte aber eben keine totale Unsicherheit ausstrahlen, sodass sich die Menschen alleingelassen fühlen, weil wir gerade einfach in einer fragilen Lage sind. Das kann man nicht anders sagen.

Zum Dauerzustand: Auf der einen Seite ist es ja so, Menschen – auch in anderen Teilen der Welt – leben schon ihr ganzes Leben mit multiplen Krisen. Es hat Menschen, die im Westen sozialisiert sind, lange Zeit nicht so sehr betroffen, und jetzt kommt das alles nacheinander. Ich glaube schon, dass das etwas mit der Verarbeitung von Krisen macht. Man merkt das bei manchen gesellschaftlichen Debatten, dass die jetzt anders geführt werden, weil die Grundanspannung so hoch und der – wie soll ich sagen? – Bewältigungspuffer so ein bisschen aufgebraucht ist. Menschen sind ganz oft wirklich zermürbt. Das ist ein Problem; das ist ein Problem für eine politische Debatte. Deswe-

gen war es mir so wichtig, auf psychologische Angebote – da rede ich jetzt nicht nur von Therapien; manchmal helfen ja auch Gesprächsangebote – aufmerksam zu machen, weil das schon Effekte hat. Man weiß aus anderen Pandemien, dass nach Ende der Pandemie die soziale Instabilität zunimmt, und zwar nicht nur, wenn man auf die deutsche Geschichte schaut. Auch global ist es so, dass nach Pandemien soziale Unruhen zugenommen haben. Deswegen ist es so wichtig, sich damit intensiver auseinanderzusetzen.

Ich glaube nicht, dass man das früher besser aushalten konnte. Wenn man sich ein bisschen mit Dokumenten von anderen Pandemien auseinandergesetzt hat, dann sieht man: Wir sind halt Menschen, wir ticken immer relativ ähnlich, wir gehen doch relativ ähnlich mit Dingen um. Aber, wie gesagt, dieser Krisenpuffer ist so ein bisschen aufgebraucht. Das ist auch so der Punkt, wenn wir über Angst sprechen. Angst ist ja erst mal nicht schlecht. Angst ist eine total wichtige Reaktion. Da ist eine Bedrohung, man hat Angst, man reagiert. Es gibt aber einen Moment, an dem die Angst zu groß wird und uns Lösungen verstellt. Damit muss man sich auseinandersetzen. Wir haben vorhin ja auch kurz darüber gesprochen, was eine Krise und was eine Katastrophe ist. Es gibt erste spannende psychologische Studien – das ist jetzt noch nicht in Stein gemeißelt –, die zu dem Schluss kommen: Wenn man immer von „Klimakatastrophe“ spricht, lähmt man die Menschen eher in ihrem Handeln, als wenn man z. B. von „Klimakrise“ spricht, weil eine Katastrophe über einen hineinbricht und man damit nicht so gut umgehen kann. Ich glaube, so etwas sollte Politik in ihrer Kommunikation mitdenken. Das bedeutet nicht, dass man naive Zuversicht dort verbreiten sollte, wo Probleme da sind. Menschen sind erwachsen. Sie müssen auch lernen, mit Problemen umzugehen. Aber diese Zielorientierung, glaube ich, ist der Punkt: Wohin wollen wir denn eigentlich? Ich hoffe mal, dass sich jetzt alle Menschen in diesem Raum einig sind, dass die Klimakrise irgendwie bewältigt werden muss. Aber über den Weg diskutiert man noch. Es geht darum, diese Ziele vielleicht noch einmal stärker in den Raum zu stellen und sichtbar zu machen, damit Menschen das Gefühl haben, sie sind auch handlungsfähig, und es wird auch etwas getan. Ich glaube nämlich, dass da gerade bei der Jugend eine Demokratiemüdigkeit einsetzt.

Verschwörungserzählungen: Verschwörungserzählungen sind u. a. auch deswegen gefährlich, weil sie sich durch gesellschaftliche Räume ziehen, weil sie unterschiedliche Gruppen miteinander verbinden können und Identitätsangebote auf einem relativ einfachen Level machen. Man sieht empirisch sehr stark – das gilt für ganz viele Länder –, Verschwörungserzählungen finden sich eher bei Menschen, die rechtsextreme Parteien wählen, aber sie sind ein Bindeglied. Wenn man fragt, wie groß die Gefahr ist, dann kommt es immer ein bisschen darauf an, welche Parameter man heranziehen möchte. Wenn man sich Meinungsumfragen anschaut, hat jede fünfte Person in Deutschland eine generelle Affinität zum Verschwörungsdenken. Es kommt immer ein bisschen darauf an, wie gefragt wird. Aber ich würde sagen, dass ist so das Level – – Das waren auch bei Corona etwa 20 %, 25 %. Das sind nicht alles knallharte Ideologen. Das kann man in Meinungsumfragen überhaupt nicht abbilden. Aber die Affinität ist da.

Man kann sich aber natürlich auch andere Parameter anschauen. Nehmen wir einmal die Pressefreiheit, die in Deutschland jetzt schon im zweiten Jahr in Folge heruntergestuft wurde durch die Angriffe von Querdenkenderprotesten und Co. oder die politisch motivierte Gewalt aus dem Milieu, die doch relativ da ist. Wir haben zusammen mit COSMO eine Umfrage gemacht und gefragt, wie viele Menschen, die in ihrem Berufsalltag auf die Coronaschutzmaßnahmen hinweisen müssen, schon Gewalterfahrung gemacht haben. Das waren 12,5 %. Das finde ich schon besorgniserregend. Nicht jeder der Täter hat ein verschwörungsideologisches Weltbild, aber gegen die Maßnahmen wurde mobilisiert. Ich denke, man muss sich auch bewusst machen, dass es nicht nur darum geht – das gilt übrigens auch für Desinformation und Propaganda –, wer das glaubt, sondern auch darum, wer anfängt zu zweifeln. Der Zweifel ist schon ein Erfolg von Propaganda, von Desinformation, von Verschwörungserzählungen. In dem Moment, in dem man zweifelt, ist man nicht mehr so überzeugt, etwas zu tun, weil man beispielsweise weniger bereit ist, sich impfen zu lassen. Da setzt Desinformation häufig an.

Wenn wir uns fragen, wie wir mit Desinformation umgehen, würde ich insgesamt sagen: Betrachten Sie das nicht nur als Sicherheitsproblem, betrachten Sie das nicht nur als Informationsproblem, sondern als gesellschaftliches Problem. Desinformation verfängt sich nur in Räumen, in denen es eine gewisse Offenheit gibt. Das zeigen verschiedenste Studien. Das ist nicht nur eine äußere Bedrohung, sondern hat damit zu tun, wie unsere Gesellschaft zusammengesetzt ist, welche Feindbilder es gibt und an was das andocken kann.

Zensur in sozialen Medien: Ich finde den Begriff tatsächlich schwierig. Denn das, was Plattformen machen, ist keine Zensur. Deplatforming findet nach gewissen Regeln statt. So, wie Sie auch offline, wenn Sie sich z. B. in einem Kaufhaus daneben verhalten, dort herausgeleitet werden, oder von einer Party ausgeschlossen werden, so ist das eben in den sozialen Medien auch. Das ist auch richtig so. Das hat nämlich Effekte. Auch dazu gibt es Studien, die sich damit auseinandersetzen.

Was es braucht, wenn wir uns mit Desinformation beschäftigen, ist Strategiewissen. Menschen müssen verstehen, wie es funktioniert. Das ist das eine. Wissenschaftsleugnung hat immer die gleichen Muster. Das sind immer die gleichen Strukturen. Wenn Menschen das verstehen, müssen sie nicht jedes kleine Detail kennen. Da gibt es wirklich coole Ansätze. Sie können in einer fünfminütigen Pause das Onlinespiel „Go Viral!“ spielen. Da können Sie selbst zur Desinformationsschleuder werden. Es gibt wissenschaftliche Studien, die zeigen, man ist besser darin, Strategien zu erkennen. Das ist ein Punkt, der wichtig ist: Strategien zu erkennen. Vergessen Sie nicht die Wirkung von sozialen Normen und vom sozialen Umfeld, z. B. auch beim Impfen. Anstatt zu versuchen, Leute zu überzeugen, gilt es, das Umfeld zu stärken. Es gibt diverse Studien, die das zeigen. Selbst wenn die Person das Impfen ablehnt, dann ist die Schwester oder sonst eine Person, diejenige, über die der Weg geht. Das kann auf jeden Fall ein guter Ansatz sein, um etwas zu machen. Wie gesagt, das Internet ist ein gesellschaftlicher Raum wie der Rest der Welt auch.

Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Danke, Frau Lamberty. – „Go Viral!“ wird auf die Mittagspause verlegt. Ich empfehle durchaus jedem, das einmal durchzuspielen.

Jetzt antwortet noch Herr Hörsch, dem ebenfalls Fragen gestellt wurden. – Herr Hörsch, bitte sehr.

Sv. Herr Hörsch: Auch von meiner Seite vielen Dank für die spannenden Fragen. – Wenn Sie heute mit der Erwartung hierhergekommen sind, dass Sie eine Definition für den Begriff „Krise“ bekommen, dann wäre das, glaube ich, ein bisschen illusorisch, weil es gar nicht sein kann – das habe ich versucht anhand der unterschiedlichen Krisen und Krisenlogiken und dem, dass wir einfach in mehrdeutigen Zeiten leben, deutlich zu machen –, dass wir dafür einen eindeutigen Begriff gewinnen können. Denn die Logiken und auch die Muster sind sehr different. Deshalb empfehle ich, von der Herangehensweise her, der Frage nachzugehen: Was unterscheidet eine Krise von einer Katastrophe? Eine Katastrophe lässt sich dadurch von der Krise abgrenzen, dass sie geografisch begrenzbar und temporär eingrenzbar ist. Sie ist eine Schadenslage, die mit den vorgehaltenen Ressourcen gar nicht abgewehrt oder angemessen bewältigt werden kann, in der es zusätzliche Ressourcen und überregionale Hilfe braucht. Das ist die Definition einer Katastrophe.

Bei Krisen frage ich mich oft: Was macht denn plötzlich die Verknappung oder die Verteuerung von Gas – Herr Habeck hat jetzt eine Gaskrise ausgerufen – zu einer Krise? Das ist ein Narrativ, das ist ein soziales Konstrukt. Auch das Gesetz von 1967 ist nicht Gott gegeben, sondern das ist von Menschen anno dazumal auf den Weg gebracht worden und insofern tatsächlich sozial konstruiert.

Wenn ich die Finanzkrise nehme, die 2008 ihren Ursprung in einer Bankenpleite hatte, war diese zunächst einmal – ganz sachlich, nüchtern betrachtet – eine Bankenkrise. Das mag für den Bankensektor eine Katastrophe gewesen sein, aber zur Krise ist sie erst durch die politische Verzweckung geworden, um politische Maßnahmen plausibel zu gestalten oder – was die Pandemie betrifft – um uns Menschen zu einer Handlung zu bewegen.

Das, was ich feststelle, ist – das ist in unserer Studie „Lebensgefühl Corona“ sehr deutlich geworden –: Bei der Bevölkerung ist eine Krisenresistenz sichtbar. Die wenigsten der Befragten haben gesagt, dass sie in der Coronakrise leben. Vielmehr haben sie eine nüchterne, sachliche Abständigkeit zu einer Herausforderung, die sie durchaus als existenziell wahrnehmen. Aber von „Krise“ reden die wenigsten.

Da komme ich jetzt mit dem Punkt, dass Krise, wie es jetzt gerade narrativ in aller Munde ist, zunächst einmal etwas ist, was vom Politischen, von Intellektuellen, auch von Ökonomen und Medien, vorangetrieben ist. Der Erwartungshorizont der Menschen ist:

Angst brauchen sie keine. Das sage ich als einer, der in Kirche und Diakonie unterwegs ist. Wir haben als Kirche 2 000 Jahre lang mit Angst operiert: Angst als Machtmittel. Wohin es uns geführt hat, sehen wir. Das, was die Leute brauchen, sind Leuchttürme, ist etwas von Orientierung. Das einzige Mal, dass eines der ganzen Narrativen der letzten Jahrzehnte funktioniert hat, war im Jahr 2008, als Frau Merkel und Herr Steinbrück gesagt haben: „Die Spareinlagen der Deutschen sind sicher.“ Es war klar, dass da ein Big Fail im Hintergrund, aber damit war eine Hoffnung verbunden. Alle anderen Narrative – bis natürlich auf das „Wir schaffen das!“; das war 2015, das war auch positiv – waren immer sehr negativ und angstbesetzt konnotiert. Das lacht die Menschen nicht an. Das sorgt nicht für Plausibilität und erst recht nicht für eine Verhaltensänderung. Das ist der Erwartungshorizont.

Was die Eigenverantwortung betrifft – ich glaube, das war die Frage von Herrn Hildenbrand – und dass wir die Menschen mündiger machen wollen: Davon bin ich prinzipiell auch ein großer Freund, allerdings führt das ohne einen narrativen Rahmen, der gegeben ist, in einer Gesellschaft der Singularitäten zu einer wirklich immer gefährlicheren Vereinzelung von Meinungen und Diskursen, die nicht zur Übersichtigkeit beitragen. Bei Krisen muss man auch Komplexität reduzieren.

Zu der Frage der Rolle von Kirchen: Aus Studien, die ich selbst mit leiten durfte, wissen wir, dass Kirche und Diakonie in Krisen vor allem durch pragmatische Hilfe, durch das Sozialdiakonische, dadurch, dass sie sich um die Vergessenen der Krise, z. B. Obdachlose, sorgen, einen hohen Stellenwert im Ansehen der Menschen haben, was Krisenbewältigung betrifft. Das heißt nicht, dass die Menschen deswegen sonntags im Gottesdienst sitzen. Dieser Illusion müssen wir uns intern natürlich durchaus klar sein.

Dass Kirche selbst in der Krise ist – das hatte ich gerade schon erwähnt –, das ist nicht von der Hand zu weisen. Wenn ich mir die drei Logiken anschaue – das ist mein Schlusswort –, die ich vorgestellt habe, dann muss man sich auch als Kirche einmal anschauen – bei den ganzen Struktur- und Reformprozessen, die wir vorantreiben –: Welche Logik folgt eigentlich welcher Strukturreform, welchem Planungs- und Reformprozess? Ich glaube, wenn wir anfangen, uns darüber klarer zu werden, welche Logik eigentlich welcher Maßnahme folgt, werden wir in Bezug auf den Erwartungshorizont der Menschen deutlich mehr punkten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Hörsch. – Ich bitte um Wortmeldungen. Auch die, die digital an der Sitzung teilnehmen, müssen sich irgendwie zu Wort melden, weil ich Sie leider nicht sehe. Wenn Sie Fragen haben sollten, machen Sie sich bitte bemerkbar.

Bisher liegen mir Wortmeldungen von Frau Abg. Krebs, Herrn Dr. Müller, Herrn Abg. Karrais und Herrn Abg. Wahl vor. – Bitte, Frau Abg. Krebs.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Ich habe eine kurze und einfache Frage. Bei all den Ausführungen und Antworten auf die Fragen ist bei mir die Frage entstanden: Wie stehen

Sie zu der Rolle von Vorbildern? Im Zusammenhang mit Kirche gibt es ja ein großes Vorbild namens Jesus Christus, nach dem man sich verhalten hat. Aber es gibt ja auch genügend Vorbilder in der zivilen Welt. Ich sehe vor allem bei den Verschwörungstheorien eher negative Vorbilder, wenn ich an Xavier Naidoo usw. denke. Wie bewerten Sie die Rolle von Vorbildern, und wie könnte man es schaffen – – Wir sind ja auch immer damit beschäftigt, das soziale Engagement, das bürgerliche Engagement, das Ehrenamt – darüber haben wir erst gestern im Parlament diskutiert – mehr ins Spiel zu bringen. Damit hat auch die Frage zu tun: Warum gehen Menschen in ein Ehrenamt? Wie sehen Sie dabei die Rolle dazu?

Dr. Christoph Müller, externes Mitglied: Herr Hörsch, Frau Lamberty, die Diskussion zum Thema „Krise ist ein soziales Konstrukt“ hat meinen Horizont noch einmal sehr in diese Richtung erweitert. Auf der anderen Seite frage ich mich, ob das so absolut trägt. Bei Ihnen, Herr Hörsch, ist mir bei Ihrer Definition von „Katastrophe“ aufgefallen, dass Sie gesagt haben, Katastrophe definiert sich insbesondere über die zeitliche und temporäre Abgrenzung.

Wenn wir an die Flutkatastrophe im Ahrtal denken, wird niemand sagen, diese Krise sei ein soziales Konstrukt. Das war ja eine sehr konkrete, reale Krise, die in ihrem Grundsatz nicht aus einer sozialen Situation zu begründen ist. Daher: Trägt die Aussage „Krise als soziales Konstrukt“, und gibt es nicht irgendwo dann konkrete Realitäten des Lebens? Frieren im Winter – um es jetzt sehr pointiert zu sagen – ist auch nicht unbedingt ein soziales Konstrukt. Also: Trägt es, Krise nur als soziales Konstrukt zu sehen?

Sehr schön fand ich auch den Begriff Belastungspuffer – oder wie Sie das genannt haben, Frau Lamberty – – Dazu einfach die Frage: Kann man den wieder aufladen? Welche Ideen gibt es denn da?

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank für die Vorträge. – Ich habe eine Frage an Frau Lamberty, die das wahrscheinlich am besten beantworten kann. Ich habe vom Beauftragten des Landes gegen den Antisemitismus gehört, dass er die meisten Verschwörungstheorien als antisemitisch einstuft bzw. bei ihnen einen antisemitischen Hintergrund ausmacht und dass das Ende einer Verschwörungstheorie sozusagen immer eine semitische Verschwörung ist. Wenn Sie dazu etwas sagen und dies einordnen könnten, wäre das super.

Vielen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die wirklich sehr, sehr wichtigen Beiträge von Ihnen beiden.

Ich habe zunächst zwei Fragen an Frau Lamberty. Verschwörungsmythen oder Verschwörungsglaube: Einerseits haben wir eine Zunahme, andererseits ist das historisch schon sehr lange ein Phänomen, und zwar nicht nur bei Gesellschaftsgruppen im Sinne

von „Deprived“ – Gesellschaftsgruppen mit einem schwierigen sozialen Stand oder mit anderen unterschiedlichen Bildungsmöglichkeiten. Das kann man gerade in den USA zurückblickend schon seit ewigen Zeiten sehen. Ist dies nicht einfach auch ein Phänomen, das – ich nenne es einmal so – bei allen kollektiven Ereignissen auftritt, und zwar meistens bei den negativen? Die Mondlandung ist vielleicht ein positives, je nachdem, wie man es betrachtet. Aber gerade kollektive Ereignisse – vom 11. September über den Tod von Prinzessin Diana usw. usf. – sind der Nährboden für eine aufflammende Welle von Verschwörungsmythen. Vielleicht können Sie hier noch einmal auf die Relevanz durch den Transport in den sozialen Medien eingehen. Damit geht ja eine gewisse Demokratisierung einher, und es gibt weniger Hürden, zu kommunizieren, sodass das dadurch noch einmal ein bisschen mehr in die Breite geht.

Dann habe ich noch eine Frage zu dem, was Sie in Ihrem Vortrag gesagt haben, Frau Lamberty: dass Krisen einen gewissen Wunsch nach Autoritäten oder nach autoritärer und teilweise auch populistischer Führung beinhalten. Umgekehrt stellen wir gesellschaftlich – ich nenne es einmal so – eine gewisse Erosion von Autoritäten fest. Wir haben gerade bei Herrn Hörsch über das Thema Kirche geredet. Wir erleben das über die Akzeptanz von Politik, von Entscheidungsträgern, aber auch von Eliten bis dahin, dass die gesellschaftliche Stellung eines Schulleiters oder des Bürgermeisters in einer örtlichen Gemeinschaft eine andere ist, als sie es vielleicht vor 40 Jahren gewesen ist. Das kann man erst einmal als einen gesellschaftlichen Fortschritt sehen, andererseits fallen Autoritäten weg. Wenn wir jetzt solche Krisen haben und es einen Wunsch nach Autoritäten gibt: Gibt es einen Wunsch nach anderen Autoritäten, oder haben wir da letztlich – um das einmal ganz bewusst so offen zu fragen – eine Rückbesinnung? Ich hätte da eine Tendenz, aber das ist jetzt etwas anderes.

Dann habe ich noch zwei Fragen an Herrn Hörsch. Sie haben die Studie „Lebensgefühl Corona“ erwähnt, die Sie mit durchgeführt haben. Im Rahmen dieser haben Sie mit sehr vielen Menschen gesprochen und Rückmeldungen eingeholt. Mich würde interessieren, ob Ihnen eventuell Beobachtungen vorliegen, dass sich aufgrund der Coronapandemie das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Staatlichkeit oder Staat verändert hat bzw. sich langfristig verändern wird.

Die andere Frage, die ich noch einmal an Sie stellen möchte, Herr Hörsch, ist: Wir reden ja sehr viel von Resilienz – die Kollegin Dorothea Kliche-Behnke hat es angesprochen –, und wir sprechen von krisenfester Gesellschaft. Ist das das richtige Augenmerk, wenn Sie vorhin Krise definiert haben, da Krise für eine Gesellschaft nicht immer das Gleiche und eine Gesellschaft kein monolithischer Block ist. Müssten wir eventuell nicht eher von „krisenfester Staatlichkeit“ oder von dem „krisenfesten Staat“ sprechen?

Sv. Frau Lamberty: Die Rolle von Vorbildern: Ich finde das einen total spannenden Gedanken. Es geht dabei um zwei Sachen. Das eine ist, jemanden zu haben, dem man vertraut. Vertrauen ist etwas ganz Wichtiges. Wir bewerten Informationen nicht die ganze Zeit objektiv, sondern ich weiß: Der Zeitung XY vertraue ich. Insofern nutze und bewerte ich die Information anders. Vorbilder können das sehr gut machen. Man arbeitet

da auch mit gewissen sozialen Normen. Wenn ein Star, ein Schauspieler – wer auch immer – etwas sagt – – Es kann ja auch lokal sein. In der sogenannten Community Psychology – in der Gemeinwohlpsychologie; es ist nicht so schön auf Deutsch übersetzbar – geht es nicht mehr nur um das Individuum, sondern darüber hinaus. Da arbeitet man lokal mit Menschen, denen vertraut wird: der Ortsvorsteher oder so. Ich denke, es wäre auch in der Coronakrise eine Möglichkeit gewesen, stärker mit Vertrauenspersonen zu arbeiten. Das war auch etwas, was z. B. viele Schauspieler gemacht haben, die sich gegen den russischen Angriffskrieg positioniert haben, weil sie die Hoffnung hatten, so Menschen zu erreichen.

Ich war mir gerade nicht mehr ganz sicher, ob die Frage nach der Krise als sozialem Konstrukt komplett an mich gerichtet war. Aber vielleicht von mir eine Sache dazu. Was ich an dem heutigen Tag auch so spannend finde, ist, dass Sie auf ein Thema aus ganz unterschiedlichen Perspektiven schauen. Diese „soziale Konstruktion“ ist eine ganz wichtige Komponente, aber sicherlich nicht nur ein Weg, darauf zu schauen. Wichtig ist ja nicht nur, was passiert, sondern: was machen Menschen daraus. Gerade sind die Coronazahlen extrem hoch. Aber das wird ja so nicht wahrgenommen. Das ist, glaube ich, noch einmal ein wichtiger Faktor, den man mitdenken muss. Das widerspricht sich tatsächlich gar nicht.

Ich denke, man kann den Bewältigungspuffer aufladen. Also, es gibt sicherlich Grenzen, weil die Lage ist, wie sie ist, und Menschen damit umgehen müssen. Aber man kann Resilienz trainieren. Man kann trainieren, wie man mit Situationen umgeht, ob man das Gefühl hat, einen Ausweg zu finden, dass das vielleicht auch nicht permanent ist. Da gibt es tatsächlich psychosoziale Tricks auf einer individuellen Ebene. Das schließt so ein bisschen an die Frage nach Resilienz auf gesellschaftlicher Ebene an. Man kann sich davon etwas abschauen und sehen: Wie geht man eigentlich mit Menschen um? Wie geht man auch mit deren Ressourcen um? Sollen politische Ansprachen Angst schüren oder vielleicht helfen, mit einem Problem umzugehen? Das halte ich für wichtig. In der letzten Woche – ich weiß gar nicht, ob es letzte Woche war – wurde eine Studie veröffentlicht, die aufzeigt, wie viele Menschen die Nachrichten vermeiden – und das war vor dem Krieg in der Ukraine. Diese Negativität und die damit verbundene Hoffnungslosigkeit wirken sich aus.

Zum Thema Antisemitismus: Verschwörungserzählungen sind anknüpfungsfähig an Antisemitismus. Selbst bei denen, die per se nicht antisemitisch sind, ist das in der Regel so ein kurzer Schritt und dann landet man doch im Antisemitismus. „9/11 was an inside job“ klingt vielleicht erst einmal nicht nach Antisemitismus. Hört man ein bisschen genauer hin, dann heißt es plötzlich, es wären ja keine Jüdinnen und Juden in dem Gebäude gewesen. Also, der Schritt ist schnell gemacht, und es hat auch psychologisch eine Überlappung. Denn im Verschwörungsglauben werden „die da oben“, also alle, die man als mächtig markiert – da sind wir wieder bei der sozialen Konstruktion –, als Feindbilder gesehen. Das kann die Politik sein, das kann die Wissenschaft sein, aber auch Jüdinnen und Juden werden als mächtige Gruppe konstruiert und sind damit Feindbild im Verschwörungsglauben. Diese Überlappungen sehe ich also auch.

Ja, es ist historisch ein langes Phänomen. Das sieht man ja auch daran: Die Narrative ziehen sich über die Jahrhunderte. Das, was z. B. während der Pest an Narrativen da war, ist heute auch noch da. Es zeigt sich empirisch, dass gerade bei Krisenereignissen, bei kollektiven Ereignissen Verschwörungserzählungen besonders stark aufploppen. Das nennt sich Verhältnismäßigkeitsverzerrung: Immer dann, wenn es ein großes Ereignis gibt, nehmen Menschen an, es muss auch große Ursachen haben. Daher ist man schnell dabei, zu glauben, das waren geheime Verschwörer. Ich glaube aber nicht, dass wir den Fehler machen sollten zu sagen: „Na ja, das ist jetzt durch Social Media einfach sichtbarer geworden." Ich finde, man muss umgekehrt herangehen. Social Media helfen uns zu sehen, was in Gesellschaften passiert, was uns vorher vielleicht verborgen geblieben ist. Es gibt eine ganz spannende Studie – die kann ich Ihnen im Nachgang gern zuschicken –, die sich genau damit auseinandergesetzt hat, dass die Menschen, die im Internet Hetze verbreiten, die gemein sind, die Trolle sind, in der Regel offline auch nicht so nett sind. Das wurde wissenschaftlich ein bisschen seriöser untersucht, als ich das hier jetzt ausgedrückt habe. Das Netz ist ein Spiegel – es ist manchmal ein Zerrspiegel; da gebe ich Ihnen recht –, aber es ist einfach etwas, was uns zeigt, wo die Problemlagen in der Gesellschaft liegen.

Zum Wunsch nach Autoritäten: Ehrlich gesagt, ich glaube, es gibt eine Mischung. Empirisch würde ich sagen: Der Umgang mit der Krise führt eher zu Nationalismus, Autoritarismus. Aber das ist auch nicht zwangsläufig so. Ich glaube, es gibt eine Mischung, dass man sich quasi seine eigenen Autoritätsfiguren schafft. Aber gleichzeitig sieht man schon, dass gesellschaftliche Debatten vielleicht doch oft autoritärer geführt werden, als man sich das wünscht. Bei vielen Debatten – aber das ist jetzt tatsächlich eher anekdotisch –, die ich führe, sehe ich eine gewisse Demokratiemüdigkeit, die mich doch besorgt. In diesen heißt es: Es wird nichts gemacht, was den Klimawandel angeht; wir sind damit komplett alleingelassen; bringt ja nichts. Der Politik wird nicht mehr vertraut. Auch dazu gibt es Studien, die das leider sehr eindrücklich gezeigt haben. Das Vertrauen in die Wissenschaft blieb hoch, das in die Medizin blieb hoch, aber in der Pandemie sackte das Vertrauen in die Politik leider ab. Ich glaube, damit sollte man sich auseinandersetzen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Frau Lamberty. – Habe ich es richtig verstanden, Frau Abg. Wolle, dass Sie jetzt noch eine kleine Rückfrage stellen wollen? Eine Frage wäre okay, aber vielleicht kein zusätzliches Statement.

(Abg. Carola Wolle AfD: Nein! Ganz kurz!)

– Dann machen Sie es bitte kurz.

Abg. Carola Wolle AfD: Ich habe mich jetzt aufgrund der Antworten gefragt: Heutzutage steht das einzelne Individuum deutlich mehr im Vordergrund als früher. Früher war ja die Gesellschaft, die Gemeinschaft viel wichtiger. Insbesondere in Krisen – so sage ich einmal – wird die Gemeinschaft eigentlich viel wichtiger. Für mich hat sich jetzt die Frage aufgetan, ob die Individualität, die wir sehr hoch schätzen, die überhöht ist – und

damit auch die Rechte; jeder meint, er hat immer recht –, dazu führt, dass ich quasi die Polizei, einen Lehrer, der mein Kind maßregelt, oder sonst was, diese „Hoheiten“, nicht mehr akzeptiere, anerkenne und dass deswegen z. B. Angriffe auf der Autobahn stattfinden, wenn Polizisten irgendwas machen oder wenn Ärzte und Sanitäter im Rettungseinsatz sind.

Sv. Frau Lamberty: Ehrlich gesagt müsste ich unglaublich raten, und ich bin mir nicht sicher, ob das wirklich mit der Individualisierung zusammenhängt. Diese hat sicherlich Effekte, aber nicht nur negative. Für den Verschwörungsglauben würde ich sagen: Die Individualisierung spielt dabei nicht unbedingt eine Rolle, sondern in diesem Bereich sind es tatsächlich eher die Feindbilder, die man hat. Aber für ein generelles Statement müsste ich mich noch einmal hinsetzen und Forschungsliteratur wälzen, um Ihnen eine valide Antwort zu geben.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wir wollen Sie nicht zum Spekulieren verleiten. – Wenn es keine weitere Rückfrage zu den Ausführungen von Frau Lamberty gibt, gebe ich jetzt Herrn Hörsch das Wort. – Das scheint nicht der Fall zu sein. Bitte, Herr Hörsch.

Sv. Herr Hörsch: Anknüpfend an die letzte Frage: In einer Gesellschaft der Singularitäten – um das mit Andreas Reckwitz zu sagen – sind natürlich gesellschaftliche Autoritäten, Institutionen in einem enormen Maß herausgefordert. Am deutlichsten wird das am Beispiel der Digitalisierung. Bei der Digitalisierung ist jeder von uns nicht nur Konsument, sondern jede und jeder von ihnen kann auch Produzent sein und kann senden, was er will, entgrenzt von irgendwelchen moralischen, politischen oder dergleichen Voraussetzungen. Ich glaube, das ist für jede Institution in unserer postmodernen Gesellschaft eine enorme Herausforderung, dieser Singularität zu begegnen.

Zu den einzelnen Fragen. Zunächst einmal zur Frage nach „Krise als soziales Konstrukt“. „Soziales Konstrukt“ deswegen, weil eine Krise erst eine Krise wird, wenn das ein Narrativ ist. Das bezeichnet das soziale Konstrukt. Das Ereignis im Ahrtal war keine Krise, es war eine Katastrophe. Der Orkan „Kyrill“ oder andere Umweltkatastrophen sind Katastrophen. Eschede war keine Krise. Das ist nicht der Ausdruck einer Bahnkrise, sondern das war eine Katastrophe. Ein Krieg hat ganz klare Gesetzmäßigkeiten. Da geht es um Macht, um Einfluss. Da gibt es Sieger und Verlierer. Entsprechend folgt das anderen Logiken als eine Pandemie oder dergleichen mehr, wo man wirklich von einer Krise sprechen kann. Auch eine Finanzkrise ist erst zur Finanzkrise geworden, weil es sprachlich, narrativ so gefasst worden ist. Fachlich, sachlich ging es eigentlich um eine Bankenpleite. Das ist ein Umstand, über den man sich aufregen oder freuen kann. Für den Bankensektor war das eine Katastrophe. Aber politisch betrachtet, infolge der Globalisierung, war das plötzlich etwas Krisenhaftes.

Zu der Frage von Herrn Wahl – Verhältnis Politik, Staat und Bevölkerung –: Ja, wir können sehr deutlich nachzeichnen, dass politische Plausibilitäten, die früher noch relativ einfach herstellbar gewesen sind – also vor der Pandemie –, erodiert sind, dass Menschen Politikern nicht mehr glauben. Beim Vertrauen – das hat ja Frau Lamberty auch

schon gesagt –, bei dieser Ressource, konnte man ja beim Schmelzen zuschauen. Dann wird es schwierig.

Wir sehen das z. B. bei den Wahlbeteiligungen der letzten Landtagswahlen, die nachgerade besorgniserregend waren. Dort wird dokumentiert, dass politische Plausibilitäten erodiert sind. Das hängt auch mit dem Erwartungshorizont zusammen, der nicht erfüllt worden ist. Wenn ich an die Chiffre, an das Narrativ – Ihre Schulministerin hat das auch gesagt –: „Die Schulen bleiben offen“ denke, dann finde ich das klasse, finde ich das wichtig, finde ich es richtig. Wenn ich mich allerdings an die letzten zwei Sommer erinnere und das Wie aufrufe: keine Luftfilter – in manchen Bundesländern ein Luftfilter pro Schule; da lachen ja die Eltern morgens beim Frühstück –, lüften gegen Corona. Angesichts dessen, dass man im Winter weniger heizen soll, werden Eltern ja jetzt schon hibbelig. Digitale Plattformen haben nicht funktioniert, obwohl alle, die Verantwortung tragen, gesagt haben: „Wir regeln das über die Sommerferien.“ Da werden Erwartungshorizonte geschürt und sehenden Auges unterlaufen. Der Erfahrungsraum der Menschen ist eine einzige Enttäuschung. Das ist das, was wir wahrnehmen.

Zu der zweiten Frage von Herrn Wahl: Ich bin kein Freund des Begriffs einer resilienten Gesellschaft – da wird mir der Kollege Endreß, der heute Nachmittag spricht, sicherlich vehement widersprechen; deswegen darf man auch unterschiedliche soziologische Perspektiven einnehmen –, weil man da einen Begriff aus der Psychologie wirklich systemfremd adaptiert und aus meiner Sicht zu sehr ausdehnt.

Was ich Ihnen empfehlen würde – wenn ich Ihnen eine Empfehlung geben dürfte –, dann würde ich Ihnen als Titel Ihrer Enquete empfehlen – wahrscheinlich ist es dafür zu spät –: „Starke Gesellschaft im Zeichen von Dauerkrisen“. Denn es geht ja darum, sich Gedanken zu machen, wie wir die Gesellschaft so bestärken, dass sie im Modus von Dauerkrisen – da bin ich sehr nahe bei Reckwitz – zunächst einmal lebt. Das ist nicht von der Hand zu weisen, weil die Herausforderungen immer globaler Natur sind und wir die Katastrophen nicht einfach nur begrenzen können, weil man es nicht immer nur mit Umweltkatastrophen zu tun hat und weil wir dann, wenn wir von „Starker Gesellschaft im Zeichen von Dauerkrisen“ reden würden, auch der Prävention und den Prophylaxen einen viel größeren Stellenwert einräumen könnten.

Schließlich zu der Frage nach der Rolle von Vorbildern. Ja, wenn ich in kirchlichen Kontexten unterwegs bin, habe ich immer einen Chart dabei, das Mose vor dem Meer und das Volk Israel hinter ihm zeigt. Die sind ihm damals durch dieses Meer gefolgt, und zwar nicht, weil sie irgendwie Lust und Laune darauf hatten, sondern weil sie dieser charismatischen Person vertraut haben. Da kommen wir wieder zu der Ressource Vertrauen. Mein Mentor hat mir einmal mit auf den Weg gegeben – das ist meine tiefe persönliche Überzeugung, aber auch meine soziologische Überzeugung; obwohl es zunächst einmal paradox klingt, was ich Ihnen jetzt sage –: Man geht immer dann am sichersten, wenn man nicht genau weiß, wohin.

Warum ist das so? Weil dann die Ressource Vertrauen ins Spiel kommt. Wenn Politikerinnen und Politiker und entsprechende Akteure für etwas sorgen müssen und sollen, dann dafür, dass die Bevölkerung ihnen auch in schwierigen, herausfordernden, krisenhaften Zeiten Vertrauen schenkt, dass man da gut durchkommt. Ich rede im kirchlichen Kontext auch häufig davon, dass die Ära einer volkskirchlichen Blütezeit, wie wir sie die letzten 50, 60 Jahre kannten, zu einem Ende gekommen ist. Das ist konfessions- und kirchengeschichtlich sowieso nur der Ausnahmefall. Ich muss gesellschaftspolitisch einfach auch sagen, dass die Ära der Wohlstandsgesellschaft, wie wir sie die letzten 60 Jahre gekannt haben, einfach auch zu einem Ende kommt und wir jetzt – im biblischen Sinne – nach sieben fetten Jahren auch sieben magere vor uns haben. Das war immer so in der Menschheitsgeschichte.

Wir sollten uns bei der ganzen Krisenrhetorik auch ein bisschen dieses Apokalyptische abgewöhnen und es etwas im Rahmen halten. Ich glaube, das täte allen Beteiligten recht gut. Ansonsten hat man immer das Gefühl, wir haben eine Endspiel. Die Menschheitsgeschichte ist aber kein Endspiel. Keiner von uns weiß, wann das Ende der Menschheit irgendwann einmal dasteht. Aber wir tun immer so, als wäre die Gaskrise, die uns im Winter sicherlich beschäftigen wird, jetzt das Endspiel. Wir haben es auch bei der Coronapandemie erlebt. Die Menschen erleben es eben nicht als Endspiel. Dazu möchte ich Sie einfach ermuntern.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Hörsch, für den Appell und auch das Mutmachen am Schluss. Ich darf Ihnen sagen, weil Sie es nicht sehen können: Herr Professor Dr. Endreß ist bereits anwesend und hat Ihnen durch Kopfnicken schon widersprochen.

(Heiterkeit)

Sie können ja nachher noch dabei sein. Er wird sicherlich nachher etwas dazu sagen.

Frau Lamberty, Herr Hörsch, vielen Dank an Sie beide für Ihre wichtigen Impulse, für Ihre Beiträge. Das war für uns enorm wichtig.

(Beifall)

Vielleicht wird man sich an der einen oder anderen Stelle in der Zeit der Arbeit der Enquete noch einmal sehen oder auch treffen.

Wir haben heute Vormittag den ursprünglichen Zeitplan ein bisschen überzogen und sind in die Zeit gekommen, in der schon der Beginn der Mittagspause sein sollte. Aber so ist es nun einmal, wenn es viele Fragen gibt. Aber ich glaube, es war auch wertvoll, dass wir das gemacht haben.

Trotzdem geht es um 13:30 Uhr hier im Plenarsaal weiter.

Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

(Unterbrechung der Sitzung von 12:33 Uhr bis 13:42 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich darf Sie nach der Mittagspause wieder im Plenarsaal begrüßen. Wir starten jetzt mit leichter Verzögerung in den zweiten Teil unserer heutigen öffentlichen Anhörung. Herr Rack steht schon parat, und Herr Dr. Siegel kommt gerade herein. Herr Dr. Siegel, Sie dürfen hier vorne links Platz nehmen.

Dann komme ich auf das Verfahren zu sprechen. Ihnen ist bekannt, dass Sie eine Vortragszeit von 20 Minuten haben. Wenn Sie weniger Zeit benötigen, begrüßen wir das sehr, weil es im Anschluss seitens der Fraktionen Nachfragen gibt, die am Vormittag durchaus zahlreich waren. Teilen Sie die Zeit daher bitte gut ein.

Jetzt hat aber zunächst einmal Herr Rack die Möglichkeit, uns in 20 Minuten seine Präsentation und seinen Vortrag darzubieten.

(Eine Präsentation *[Anlage 4]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Rack: Liebe verehrte Kolleginnen und Kollegen, lieber Vorsitzender, liebe Zuschauer! Ich bin von Politics for Tomorrow und vom Open Government Netzwerk Deutschland. Da hört man bereits heraus, dass es vor allem um Open Government und um die Fragestellung geht, was das mit Krise zu tun hat und wie das bei Krisen helfen kann.

Heute geht es um das Definitorische. Das ist keine einfache Aufgabe, und die Frage ist: Lässt sich das überhaupt abschließend lösen?

Was macht man? Heutzutage schaut man bei Wikipedia nach und sieht, dass das Wort „Krise“ ein altes Wort aus dem Griechischen ist. Dann sehen wir in die Daten. Auf dieser Folie sehen Sie einen Chart vom Google Books Ngram Viewer. Letztendlich ist das ein deutscher Textkörper vor allem aus der Bayerischen Staatsbibliothek. Wenn man dort nachschlägt, wie es um das Wort „Krise“ steht, ist zu erkennen, dass sich das eigentlich erst mit der Moderne hebt, sich also verbreitet, während das Wort „Staat“ ein wirklich staats- und langtragendes Wort ist. Das Wort „Krieg“ hat sich wiederum ab dem 17. Jahrhundert stark gehoben; vielleicht waren es vorher Schlachten, Seuchen und Epidemien.

Vorsitzender Alexander Salomon: Das ist sehr klein. Vielleicht sagen Sie deshalb die Farbe dazu, damit wir das ein wenig besser nachvollziehen können.

Sv. Herr Rack: Ja; die Begriffe „Krieg“ und „Staat“ sind unglücklicherweise in einem ähnlichen Rot dargestellt. – Uns geht es jetzt aber vor allem um den Begriff „Krise“, und da ist es, wie gesagt, interessant, dass sich dieses Wort, obwohl es so alt ist, erst in der Moderne hebt.

Was macht man noch? Man schaut, wie das Suchverhalten vor allem der Menschen in Deutschland zu diesem Thema ist. Man kann ganz gut sehen, wie die Menschen das Wort suchen, und es ist auch offenkundig, dass es mit Beginn der Coronapandemie und noch einmal zwischen dem 20. und 26. Februar – man kann vermuten, dass es sich um den Konflikt zwischen Russland und der Ukraine handelt – zu starken Suchanfragen bzw. zu richtigen Peaks kommt. Interessant ist auch, dass das Wort „Krise“ im Zeitraum der letzten fünf Jahre am meisten in Berlin und Baden-Württemberg gesucht wird.

Wenn man das mit dem Suchwort „Inflation“ vergleicht, sieht man, dass „Inflation“ in das Interesse der Menschen eher hineinkriecht. Die Krise bleibt hingegen als Peak. Wenn es dann um einen Vergleich der Suchbegriffe „Inflation“ und „Krise“ geht, sind es die Sachsen und die Thüringer, die häufiger den Begriff „Krise“ als den Begriff „Inflation“ suchen.

Dann haben wir den Zeitraum ungefähr auf den Beginn der Pandemie verkürzt, um festzustellen, ob es Verzerrungen gab. Bei den Suchanfragen zu „Krise“ waren nach wie vor Berlin und Baden-Württemberg führend. Beim Vergleich der Begriffe „Inflation“ und „Krise“ lässt sich hingegen feststellen, dass in dem entsprechenden Zeitraum Thüringen und das Saarland am stärksten nach diesen Begriffen suchten. Wir haben dann noch einen generellen Blick auf die Suchanfrage „Inflation“ gerichtet und festgestellt, dass die Menschen in Sachsen-Anhalt diejenigen sind, die gemessen an dem jeweiligen Suchverhalten aus der dortigen Geografie das Wort in der Suchanfrage am wenigsten bemühen.

Wenn wir schauen, welche Krisen es sonst noch gibt:

Bei der Finanzkrise gab es natürlich auch einen Peak. Jeder kennt die Zeit damals.

Dann haben wir die Chipkrise, die eindeutig existiert. Ein Peak zeigt sich hier vor allem im Oktober 2021. Es lässt sich aber auch feststellen, dass die Suchanfragen zur Chipkrise, die es vor allem in Baden-Württemberg und Hessen gab, immer schnell nachlassen.

Des Weiteren haben wir die Energiekrise, die ein wenig wie ein Dauerbrenner aussieht. Über die 2010er-Jahre war das ein Thema, das im Gegensatz zu vorher eher weniger gesucht wurde. Im Oktober hat es sich parallel zur Chipkrise 2021 wieder verstärkt. Dann ging es wieder herunter, und danach kam es noch einmal zu einem Peak.

Außerdem haben wir die Ölkrise, die, abgesehen von einigen Outliers zwischendurch, offenbar ein kompletter Dauerbrenner ist.

Ferner haben wir die Wirtschaftskrise. Dieser Begriff wurde, ebenso wie damals die Finanzkrise, in der Zeit 2007, 2008 und 2009 und jetzt zu Beginn der Pandemie stark abgerufen, sodass es hier jeweils starke Peaks gibt.

Dann haben wir noch, um das nicht zu vergessen, die Klimakrise. Hier sieht man, dass es am Anfang der 2010er-Jahre offenbar ein stetes „Mehr-oder-Weniger-Interesse“ gab. Danach ist einigermaßen Ruhe eingekehrt. Dramatischer wurde es in den Suchanfragen wieder in der Zeit, ich würde einmal sagen, 2017, 2018 – wahrscheinlich wurde damals ein IPCC-Bericht veröffentlicht –, und hatte jetzt auch noch einmal Peaks.

Auf dieser Folie ist noch einmal das Suchverhalten nach dem Begriff „Coronakrise“ in einem verkürzten Zeitraum dargestellt, nur, um einmal zu sehen, ob es sie wirklich gab. Die Coronakrise gab es. Hier ist im Hinblick auf die Suchanfragen ein ganz starker Peak zu verzeichnen. Interessanterweise wurde es dann aber, zumindest, was das Wort „Coronakrise“ angeht, sehr ruhig. Wahrscheinlich hat man einfach nach mehr Detailwörtern gesucht.

Jetzt noch ein Blick auf den EU-Indikator für ökonomische Resilienz, und zwar beschreibend bzw. als Beobachtung, weil es mit dem Definitorischen schwer ist: Es kann eine Scheinkorrelation sein, aber es gibt hier auf jeden Fall einen Zusammenhang mit der Qualität der öffentlichen Verwaltung. Aus dem EU-Qualitätsindex für Verwaltung aus dem Jahr 2017 und dem EU-Indikator für ökonomische Resilienz aus dem Jahr 2018 gehen hervor, dass zwischen der Qualität der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen Resilienz offenbar ein Zusammenhang besteht.

Interessant ist auch der Bericht von Ipsos zu Populismus aus dem Jahr 2019. Danach steht Deutschland bei der Frage: „Wie stark finden Sie, dass Sie das Expertentum in Ihrem Land versteht?“ einigermaßen solide da. Allerdings hat sich in Deutschland im Vergleich zum Jahr 2016 die Meinung verdoppelt, dass man vom Expertentum nicht verstanden wird. Im Vergleich zu anderen Ländern ist diese Meinung in Deutschland ebenfalls stärker gestiegen.

Ich möchte zusammenfassend feststellen:

Das Wort „Krise“ findet sich fast nur in der Literatur der Moderne, obwohl es ein uraltes Wort ist. Ist dafür ein wachsendes Krisenbewusstsein ursächlich oder steht dahinter „weniger schicksalhaft“, also gottgegeben? Inwiefern hat sich das vielleicht einfach verändert, wenn man das jetzt in einem gesamthistorischen Zusammenhang sieht?

Was die Suchanfragencharakteristik anbelangt, gibt es die Charakteristika „mit und ohne Grundrauschen“, aber eigentlich immer mit starken Spitzen. Zudem werden Krisen offenbar ausgerufen, und in diesem Zusammenhang ist eine Frage, wer sie ausruft.

Die regionalen und kleinräumigen Unterschiede beim Kriseninteresse haben wir gesehen. Ursachen hierfür sind die unterschiedliche Betroffenheit, eine unterschiedliche Festigkeit – wir reden von einer krisenfesten Gesellschaft – und eine unterschiedliche Kultur z. B. in Sachen Selbstverantwortung und mehr Gelassenheit bzw. auch ein anderes Verhältnis zu Verlustrisiken und Verlustängsten. Offenbar gibt es aber Unterschiede, die man herausfinden müsste, wenn man sich mit einem heterogenen Gebilde wie einem Bundesland, einer Nation oder auch darüber hinaus beschäftigen möchte.

Die Qualität der öffentlichen Verwaltung scheinkorreliert im Gros mit wirtschaftlicher Resilienz.

Die Bevölkerung fühlt sich noch auf einem relativ hohen Niveau von ihren Expertinnen und Experten verstanden. Das hat sich in Deutschland aber von 2016 bis 2019 um das Doppelte verschlechtert.

Stellen wir jetzt zum Thema „Hybride Krisen und Open Governance“ Annahmen:

Krisen sind seit Beginn der Aufklärung und des technischen Fortschritts nicht mehr gottgegeben, sondern sie werden als durch den Menschen beeinflussbar begriffen.

Krisen sind nicht solitär – ein Unglück kommt selten allein –, sondern sie sind vielmehr ein interdependenter Kanon an Zustandsänderungen und Erfordernissen von Entscheidungen und Strategien. Damit ist das eigentlich Teil des Lernens.

Krisen sind fraktale Gebilde aus inneren und äußeren Unbekannten und Variablen, die sich in immer mehr Detailtiefe aufklappen. Je komplexer das ist, desto krisenhafter ist das Empfinden. Das gilt ebenso für die Krisenvorsorge, was die Gefahr eines moralisierten Prudentialismus – das ist quasi eine starke kulturelle Risikoaversion – birgt. Die Vorbeugung kann man natürlich genauso detailverliebt betreiben, wobei die Frage ist, inwiefern so etwas in gewisser Weise alltagstauglich und letztendlich mental gesund ist.

Es gibt Krisen des Individuums und des Kollektivs sowie dessen Individuen. Das kann sich unterschiedlich stark beeinflussen und eine unterschiedliche Betroffenheit mit sich bringen. Krisen sind daher einer der Gründe zur Bildung von Gemeinschaften in pluralistischen Gesellschaften und deswegen auch in vielfältiger, hybrider Gestalt.

Welche Erfordernisse kann man darin sehen? Krisen erfordern eine Festigkeit, wenn wir von einer krisenfesten Gesellschaft sprechen, die zwischen belastbarer Grundfestigkeit und einer anpassungsfähigen Elastizität der Systeme sowie deren einzelnen Aktoren funktioniert. Je besser die Systembasis, das Gemeinwesen, die Infrastruktur und die

Prozesse in Schuss sind, desto besser und flexibler kann die Umsetzung von Krisenreaktionen auf verlässliche Funktionen gründen.

Die fraktale und vielfältige Gestalt von Krisen erfordert eine innere Führung – das ist ein Begriff aus dem Militär, der auch bei der Bundeswehr wieder stärker zum Tragen kommt – auf einem intelligenten Weg zwischen einem einvernehmlichem Handlungsrahmen und individuellen Ermessensräumen – das heißt, der Elastizität – entlang einvernehmlicher Ziele und Linien.

Beim heutigen mentalen Freiheitsgrad kann das nur auf einer breiten gemeinschaftlichen und offenen Informations- und Evidenzgrundlage in einer offenen Selbststeuerungsmentalität – Open Governance/Selbstwirksamkeit – und unter Einsatz von IKT für eine Analyse, Kommunikation und Aushandlung in gebotenen Zeithorizonten, im Vertrauen und bei einem geringen Schaden am Zusammenhalt gelingen.

Wie stellt man das her oder verbessert das? Damit komme ich zu den Vertrauensmechanismen und zu Multilevel Governance sowie den damit verbundenen Erfordernissen. Zur Sicherung der Grundstärke bei Gemeinwesen, Infrastrukturen und Prozessen vor und in der Lage braucht es einer belastbaren und kompetenten Zivilgesellschaft, um Selbstwirksamkeit ausüben und organisieren zu können sowie am kollektiven Lernen teilzuhaben, aber auch, um die Sicherstellung der Grundstärke gemeinsam mit den Institutionen zu evaluieren. Das bedeutet messen, anpassen, Kontrolle und lernen.

Darüber hinaus bedeutet es die Stärkung der vierten Gewalt – wir haben unsere drei Gewalten, nämlich die Legislative, Exekutive und Judikative –, wenn wir den Journalismus sowie die Fragen – was ist eigentlich noch alles Journalismus? Was trägt in dieser Außenbetrachtung dazu bei? Wie viel davon ist Zivilgesellschaft, wie viel davon sind soziale Medien usw.? – einmal als Organ, das in die Zusammenarbeit mit den anderen drei Gewalten tritt, als die vierte Gewalt nehmen.

Bei den anstehenden Herausforderungen ist es erforderlich, dass die bisherigen Instrumente für Verbindlichkeit und Rechenschaft der staatlichen Institutionen und somit die Instrumente für Vertrauen durch präzisere, rechtzeitigere und globalere Mechanismen des Berichtswesens – hier ist es wichtig, das Wort „globalere“ hervorzuheben – mit der Unterstützung der Zivilgesellschaft und der Technologien der Informationsverarbeitung ergänzt werden.

Ich spreche davon, dass wir ein öffentliches Monitoring betreiben und ausbauen können, sowie davon, dass es Watch Dogs – das ist ein hartes Wort, aber im Grunde erfüllt das eine Funktion, die nicht unsympathisch ist – und Journalismus gibt. Das von Nichtregierungsorganisationen und von Social Entrepreneurs untermauert zu stärken und durch eine stärkere Multilevel Governance zu flankieren, ist nicht nur in unserem starken Föderalismus, sondern auch in anderen Verfassungen oder Nationen eine Herausforderung.

Wie kann man das erreichen? Es bauen sich zunehmend Möglichkeiten auf, das zu messen. Wenn man von den Bedingungen, von den Grundlagen her kommt, ist eine Grundlage eine evidenzinformierte Entscheidung und die Verbesserung des Lernens, die Bereitstellung und die Nachnutzung von Daten sowie generell eine bessere Bereitstellung von Informationen, um diese dann auf eine gemeinsame Informationsgrundlage zu gründen. Die USA haben diesbezüglich 2019 den sehr interessanten Foundations for Evidence-Based Policymaking Act verabschiedet. Die Franzosen machen das über ein anderes Gesetz, das „Loi pour une République numérique“. Des Weiteren gibt es ein Assessment von Bloomberg dazu. Zudem existiert seit Neuestem das Global Data Barometer, im Rahmen dessen darauf geschaut wird, welche Nationen welche Daten zur Verfügung stellen.

Als Grundlage für eine Open Governance, ein Open Government, ein Open Parliament und ein Open Justice – das ist das, wo ich auch selbst stark involviert bin – gibt es den Independent Reporting Mechanism der Open Government Partnership. Dabei handelt es sich um das unabhängige Berichtswesen eines globalen Netzwerks, dem mittlerweile 78 Nationen angehören, das zunehmend auf die subnationale Ebene geht – Deutschland nimmt seit 2016 daran teil – und das sich praktisch durch eine Selbstverpflichtung in Aktionsplänen in ein messbares Berichtswesen begibt. Im Moment arbeiten wir daran, wie sich dieses Berichtswesen auf die kommunale Ebene ausdehnen lässt. In diesem Zusammenhang gibt es bereits unterschiedliche Aktivitäten und teilweise eine Forschung in Spanien, hier und auf den Philippinen.

Im Hinblick auf die generelle Innovationsfähigkeit im öffentlichen Sektor ist das Observatory of Public Sector Innovation der OECD sehr aktiv, das greifbar, messbar zu machen. Darüber hinaus sind die Dänen hier mit einem Innovationsbarometer stark, das wir jetzt zunehmend auf deutsche Bedarfe bzw. Feinheiten anpassen.

Des Weiteren haben wir das Thema Nachhaltigkeit. Ganz bekannt sind die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, die zunehmend einen Rahmen der Governance, der Steuerung und der Selbststeuerung darstellen. Nachdem die UN SDG quasi konstitutionell wurden, hat es eine Zeit gedauert, bis die Forschung diese in belastbare Indikatoren verwandelt hat, die jetzt jedoch immer mehr werden.

Noch offen, aber ebenfalls sehr interessant ist, wie das ebenenübergreifende Zusammenspiel, die Multilevel Readiness, besser gelingt. Wie kann man auch das in gewisser Weise in selbstverpflichtende Mechanismen bekommen, um dort eine Accountability, eine Verbindlichkeit herzustellen?

Herr OB Kurz von der Stadt Mannheim ist sehr stark involviert, wenn es darum geht, das Thema „Urban-20-Städte“ überhaupt aufzumachen. Das sind die Städte, die im Rahmen der G20 gerade ihr Mitspracherecht politisch einfordern. Parallel dazu ist das Ganze jetzt auch zu einer U7-Bewegung geworden, und Herr OB Peter Kurz ist für die U7, für die urbane Ebene, Sonderberichterstatter. Insgesamt sind das natürlich Ziele dieses Netzwerks, aber auch des Parliament of Mayors, dem er vorsitzt. Insofern ist es

auch in dieser Hinsicht interessant, was hier passiert und wie das in Zukunft aussieht. Denn in Gesprächen mit anderen Nationen, wie z. B. kürzlich mit dem Ministerium für die lokale Ebene in Malaysia, kristallisiert sich überall das Problem heraus, dass es auf lokaler Ebene zwar Aktivitäten gibt, die global eine Wirksamkeit entfalten können, aber bei denen es Schwierigkeiten im Zusammenspiel mit der nationalen Ebene oder mit der Bundesebene gibt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Darf ich kurz dazwischengehen? Ich möchte keinen Druck aufbauen, aber es könnte eine zeitliche Krise entstehen,

(Heiterkeit)

weil eigentlich nur noch knapp eine Minute übrig ist, aber erst die Hälfte der Präsentation vorbei ist, wenn ich das richtig sehe.

Sv. Herr Rack: Ich habe die Präsentation so aufgebaut, dass ich sie auch früher beenden kann.

Vorsitzender Alexander Salomon: Okay, wunderbar. Ich will, wie gesagt, auch keinen Druck aufbauen.

Sv. Herr Rack: Okay. – Ganz bekannt ist natürlich die Fragestellung der Lieferketten. Das Lieferkettengesetz ist jetzt in Verabschiedung, und ich frage diesbezüglich immer, wo sich darin der Datenkettenpassus befindet. Lieferketten sind natürlich irgendwo Lieferketten und lassen sich ganz gut abbilden. In der Hinsicht gibt es auch die interessante Initiative EITI – Extractive Industries Transparency Initiative –, die weltweit misst, wie viele Rohstoffe eine Nation der anderen Nation aus der Erde holt.

Dann haben wir das Thema „Better Life/Well-being“. Die OECD arbeitet diesbezüglich stark daran, ein Well-being zur Lebensqualität und zu den Lebensbedingungen aufzubauen, denn das ist das Endziel, das erreicht werden will.

Das Ganze wird durch eine starke Zivilgesellschaft flankiert und über Nichtregierungsorganisationen, Philanthropie und Social Entrepreneurs finanziert. Diese betreiben ein Public Oversight und unterstützen die Parlamentarier also praktisch in ihrer Aufsichtsfunktion mit ihrer Expertise und mit ihren Fachkenntnissen gerade im analytischen Bereich. Das ist eigentlich das, was es braucht, damit es in multiplen Krisenzeiten nicht zu fahrig wird.

Es wurde vor der Mittagspause bereits benannt: Um Krisen gut zusammen sowie mit Selbstverantwortung und innerer Führung zu meistern, müssen die Akteurinnen und Akteure auf dieselben guten Bedingungen zurückgreifen können. Dafür braucht es noch einmal besserer Möglichkeiten, um für das Ganze überprüfbare Rahmenbedingungen zu schaffen.

Damit schließe ich meinen Vortrag.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich gebe jetzt das Wort Herrn Dr. Siegel.

(Eine Präsentation *[Anlage 5]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Siegel: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Freitagnachmittag, und es ist in Stuttgart, wie so oft zu dieser Jahreszeit, eher schwülheiß. Zudem haben Sie auch schon einiges hinter sich. Ich kann Ihnen jedoch versprechen, dass Sie sich keine Sorgen machen müssen, jetzt in zwölf Minuten 250 Grafiken des Geschäftsführers von infratest dimap ansehen zu müssen, vielmehr werde ich einige Ausführungen aus der Perspektive der Politikwissenschaft und ergänzend dazu aus der Meinungsforschung präsentieren, die Ihnen bei der weiteren Arbeit vielleicht helfen können.

Wenn ich den Stream heute Morgen korrekt verfolgt habe, war ein wesentliches Fazit, dass man den Titel der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zumindest dahin gehend mit einem Fragezeichen definieren kann, was krisenfest heißt. Was ist eine krisenfeste Gesellschaft? Mir wäre es nach 30 Jahren Gesellschaftsforschung neu, dass man sagen kann: „Jetzt sind wir krisenfest“, oder „Wir sind nicht krisenfest.“

Ihnen geht es in der Sache aber darum, aus der Erfahrung der vergangenen Jahre für die Zukunft Antworten auf krisenhafte Herausforderungen zu finden. Diesbezüglich war die zweite Lehre des Vormittags aus den unterschiedlichen Vorträgen meines Erachtens ganz klar, dass man Krisen sehr differenziert unterscheiden muss, um sie richtig zu verstehen, und mit allzu verallgemeinernden Modellen vorsichtig sein sollte. Nun könnte man sagen, das ist der typische Vertreter einer Sozialwissenschaft, der es im Gegensatz zu Unternehmensberatungen oder den Wirtschaftswissenschaften nie gelingt, komplexe Sachverhalte mit einfachen Modellen gut darzustellen und erfolgreich zu verkaufen. Letztendlich ist das aber dem Gegenstand geschuldet.

Ich möchte mit einem kleinen Exkurs beginnen, bei dem die Überschrift „Demokratie und Krise“ lautet. Das Phänomen der ständigen Beschäftigung mit Krisen und vor allem, selbst krisenhafte Erscheinungen hervorzurufen, ist so alt wie die Demokratie und die Schriften zur Demokratie. Was wir als Politikwissenschaftler als Demokratietheorie bezeichnen, ist das, was der Demokratie von Anfang an nachgesagt wurde, nämlich dass sie selbst auch Krisen erzeugt. Erst vor ungefähr 150 Jahren gab es dann einen Swing in der politischen Theorie, der die Demokratie deutlich positiver besetzt hat.

Man muss wissen, dass das Thema immer wiederkehrender Krisen in der Demokratie nichts Neues ist. Aus diesem Grund würde ich auch stark dafür plädieren, die gegenwärtigen Diskussionen um multiple Krisenphänomene ein Stück weit historisch zu verorten, und werde das an einer Stelle auch versuchen.

Sie müssen sich nicht mit den Krisentheorien der 1970er-Jahre beschäftigen – weder mit der neomarxistischen Lehre noch mit der damals neokonservativen Lehre, wonach das Problem an der Demokratie sei, dass die Sozialpolitik und der Wohlfahrtsstaat ständig wachsen würden, die Bürgerinnen und Bürger immer höhere Ansprüche definierten und der Staat aufgrund der wachsenden Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger in die Knie gehe. Trotzdem ist es wichtig zu wissen, dass es solche Thesen und Befunde schon seit mehr als einem halben Jahrhundert gibt.

Für die Arbeit der Enquetekommission ist jedoch das Thema „Teilbereiche von krisenhaften Zuspitzungen infolge von sozialem Wandel“ vermutlich deutlich relevanter. Was soll das konkret heißen? Beispiele dafür sind die Mitgliederkrise von traditionellen politischen Parteien, der Mitgliederverlust von Kirchen, aber auch der Mitgliederverlust von Gewerkschaften. Diese gesellschaftlichen Großorganisationen befinden sich aufgrund sozialer Wandlungsprozesse in Dynamiken, die alles andere als einfach sind. Ob jedoch immer gleich der Begriff „Krise“ verwendet werden muss, ist hingegen eine andere Frage. In Ihre Fragestellung spielt das allerdings mit hinein, weil es durch die nachlassende Bindekraft dieser gesellschaftlichen Organisationen nicht einfacher wird, einen Konsens zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Interessengruppen und Segmenten wie beispielsweise sozialen Schichten herzustellen.

Aktuell beschäftigt sich ein Teil der Politikwissenschaft damit, was ich als „Repräsentationskrise“ bezeichnet habe. Dabei handelt es sich um Befunde, denen zufolge die Legitimation der repräsentativen Demokratie mit ihren Institutionen und Verfahren von einem immer größer werdenden Teil der Bevölkerung zunehmend infrage gestellt wird. Das schlägt sich u. a. in populistischen Bewegungen nieder und führt dazu, dass die Bindekraft von klassischen repräsentativen Verfahren nachlässt. In der Bevölkerung wird deshalb das Interesse an direktdemokratischen Verfahren stärker artikuliert.

Hier kommen wir auf Ihr Kernthema. Diesen Exkurs konnte ich Ihnen jedoch nicht ersparen, denn das Problem, dass ein Teil unserer Gesellschaft die wesentlichen Pfeiler der repräsentativen Demokratie und ihre Funktionsfähigkeit grundsätzlich anficht, erschwert den Regierungen, Parlamenten und zivilgesellschaftlichen Akteuren das konkrete Krisenmanagement, weil eben ein Teil dieser Gesellschaft evidenzbasiertes Policy Making – wir haben es von meinem Vorredner gerade gehört – als wesentliches, rationales Steuerungselement zu Problemlösungen und damit auch zur Krisenbewältigung relativiert.

Mit anderen Worten: Wenn wir den feuilletonistischen Überschriften des postfaktischen Zeitalters ein Stück weit glauben – man muss sie nicht ganz unterschreiben, aber es gibt bestimmte Tendenzen –, dann definiert das ein Problem der verhandelnden Akteu-

re in der Politik, sei es in Regierungsverantwortung oder als Abgeordnete in Landtagen, aber auch an der Schnittstelle zur Zivilgesellschaft oder zu anderen gesellschaftlichen Organisationen. Das sind, wenn man so möchte, endogene Krisentendenzen der Demokratie, die sozusagen hausgemacht sind; denn sie werden nicht durch Naturkatastrophen oder Pandemien übergestülpt, sondern sind Teil eines gesellschaftlichen Wandels. Gleichwohl würde ich den Begriff „Krise“ an dieser Stelle teilweise stark infrage stellen, weil es sich um gesellschaftliche Transformationsprozesse handelt, die zu schwierigen Herausforderungen führen. Das soll wiederum nichts anderes heißen, als dass bisherige Routinen nicht mehr so wie in der Vergangenheit funktionieren.

Jetzt kommen wir zu dem, was Sie als Vertreter des Souveräns in diesem schönen Saal der repräsentativen Demokratie wahrscheinlich zu Recht mehr bewegt, nämlich die heute schon häufig genannten multiplen Krisenphänomene. In diesem Zusammenhang sind meines Erachtens, aus dem Blickwinkel des Politikwissenschaftlers und Meinungsforschers, folgende Fragen sehr interessant: Wie gut reagieren die Politik, der Staat, wenn es zu krisenhaften Erscheinungen wie einer Wirtschaftskrise kommt – Herr Bofinger hat Ihnen heute Morgen bereits verschiedene Subtypen, Angebots- und Nachfrageschocks vorgestellt? Wie schnell kann eine demokratische Politik darauf reagieren? Hierbei geht es um die Reformelastizität, ein Thema, dem ich mich früher sehr stark gewidmet habe, als es um den Umbau des Sozialstaats ging. Wie gut vorbereitet sind die Gesellschaft und die Politik? Sind Lernprozesse erkennbar, und zwar nicht nur innerhalb einer Krise, da man annehmen würde, dass man nach sechs Monaten Pandemiebekämpfung etwas schlauer ist als nach sechs Tagen, sondern über verschiedene Krisen hinweg? Wird der kollektive Wissens- und Erfahrungsschatz aus vergangenen Erfahrungen in die Krisen- oder Risikoprävention transportiert?

Den Meinungsforscher interessiert natürlich vor allem, wie sich krisenhafte gesellschaftliche Herausforderungen auf die Einstellungen und auf die Werte der Bürger auswirken. Wie ist die Akzeptanz von Maßnahmen? Gibt es im Verlauf und in der Folge von Krisen grundlegende Veränderungen bei den Werteorientierungen oder bei den Einstellungen? Das ist eine Frage, die hochgradig spannend ist.

Man könnte diese Frage konkretisieren, was in verschiedenen Forschungsprojekten auch gemacht wird. Ist z. B. unsere Gesellschaft – damit meine ich immer das Gros, die Mehrheit der Gesellschaft – nach den Coronaerfahrungen insgesamt eher bereit, einen Expertenrat, etwa aus der epidemiologischen Forschung oder aus der Medizin, zu akzeptieren und bestimmten Verhaltensaufforderungen zu folgen, solange diese auch nicht immer in Gesetze münden, oder hat Corona einen Teil der Bevölkerung genau zum Gegenteil bewegt? Empirisch ist noch offen, ob das so ist.

Das ist eine der Krisen, die viele von uns wahrscheinlich semantisch im Kopf haben, wenn wir über das reden, was der Gegenstand dieser Enquetekommission ist. Diese Krisen sind wiederum von außen herangetragen, und es sind unterschiedliche Krisentypen.

Hierzu möchte ich zwei Dinge sagen. Das eine ist, dass wir in der Öffentlichkeit eine Tendenz in den Narrativen haben, als ob wir uns quasi von einer Krise in die nächste bewegen und unsere Politik gehetzt und von einer Krise in die nächste getrieben ist. Das würde ich sehr gern ein gutes Stück weit relativieren. Ich habe Ihnen deshalb einfach einmal ein paar Bulletpoints mitgebracht: Finanzkrise und daran anschließend eine Staatsschulden- und Eurokrise, Flüchtlingskrise, Covidpandemie, Ukrainekrise. Diese Krisen haben zuallererst einmal nur bedingt etwas miteinander zu tun, denn es sind sehr unterschiedliche Herausforderungen.

Ich hätte Ihnen aber genauso gut eine Zusammenfassung der 1970er-Jahre, von 1970 bis Anfang der Achtzigerjahre, geben und die beiden Wirtschaftskrisen, die Ölpreiskrise sowie die Krise der inneren Sicherheit in Deutschland aufgrund der RAF nennen können. Daher Vorsicht gerade für politische Entscheidungsträger: Verstärken Sie nicht bestimmte Reflexe, die in der Öffentlichkeit stattfinden, indem Sie über alle neuen gesellschaftlichen Herausforderungen das Wort „Krise“ schreiben und gleichzeitig den Menschen sagen: Es ist ganz furchtbar, wir bewegen uns von einer Krise zur nächsten. Wie wir aus Studien der Sozialpsychologie, aber auch aus der Meinungsforschung wissen, spiegelt das im Übrigen auch nicht das Alltagsempfinden der meisten Menschen wider.

Der eine oder andere mag sich große Gedanken darüber machen, dass wir jetzt z. B. in der Wahrnehmung des Ukrainekriegs in der Bevölkerung bestimmte Erschöpfungstendenzen haben, weil es die Sehnsucht gibt, auch andere Nachrichten zu konsumieren, andere Dinge zu tun. Das liegt jedoch in der Psyche der Menschen und in der Bewältigung. Insofern spiegelt das auch nicht das wider, was Sie und mich, die ein politisches Interesse an verschiedenen Fragen deutlich überdurchschnittlich auszeichnet, beschäftigt, sondern es spiegelt das wider, was weite Teile der Bevölkerung mit einem deutlich niedrigeren politischen Interesse und anderen alltäglichen Problemlagen als unseren, die wir im weitesten Sinn zur Elite dieses Landes gehören, beschäftigt.

Aus meiner Sicht wird sich das in den nächsten Wochen und Monaten tendenziell auch noch einmal deutlich verstärken, weil sich insbesondere Menschen aus unteren sozialen Schichten vor allem mit dem Thema Inflation sowie den entsprechenden Problemen im Alltag und weniger mit den Details von Waffenlieferungen an die Ukraine beschäftigen, wie das in unseren Kreisen und in unseren Medien häufig der Fall ist.

Das andere ist: Vorsicht vor einer zu inflationären Verwendung des Begriffs „Krise“. Wenn Sie, die politischen Repräsentanten, das weiter transportieren, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, wenn irgendwann gesagt wird: „Ihr werdet eigentlich dafür bezahlt, dass Ihr Krisen verhindert“, und Ihr erzählt uns jetzt, dass Ihr euch von einer Krise zur nächsten bewegt. Im Endeffekt ist es keine Strategie und keine kurzfristige Taktik, ständig alles mit dem Wort „Krise“ zu belegen. Denn irgendwann haben wir dann noch eine Pünktlichkeitskrise im öffentlichen Nahverkehr, weil die Busse im Landkreis Neu-Ulm an fünf Tagen hintereinander zu spät kamen und der Landrat sagt, dass wir jetzt eine Krise in der Qualität und in der Versorgung des ländlichen Raums hätten. Ich

würde mir hier an der einen oder anderen Stelle mehr Abgewogenheit und Zurückhaltung wünschen.

Jetzt kommen wir zu dem Thema – bei diesem Thema lasse ich mich gern von anderen Gutachtern widerlegen, falls andere Gutachter, die zu einem späteren Zeitpunkt in die Enquetekommission eingeladen werden, hierzu etwas anderes berichten –, dass es in der Politikwissenschaft – weder in derjenigen, die sich mit politischer Steuerung, noch in derjenigen, die sich mit politischer Kommunikation beschäftigt – kein akzeptiertes Krisenmodell gibt. Der Grund dafür ist, dass die Krisen so unterschiedlich sind und daher die Verallgemeinerungsfähigkeiten begrenzt sind. Es gibt jedoch ein paar – ich habe Ihnen einige Beispiele dafür schlagwortartig zusammengestellt –, allerdings kommt jede Krise zu einem anderen historischen Zeitpunkt mit unterschiedlichen Auswirkungen.

Sie hatten heute Morgen eine Psychologin gehört, die über die Gesellschaft gesprochen hat. Wenn wir jetzt aber beispielsweise die klassische Versorgungsinfrastruktur in Baden-Württemberg, in anderen Bundesländern oder in anderen Ländern anschauen, dann wissen Sie, dass es Kriseninterventionsmodelle gibt, die Psychiater und Psychologen anwenden, wenn sich ein Mensch in einer schweren psychischen Krise befindet. Die Psychiater und Psychologen werden in Fortbildungen natürlich mit diesen Krisenmodellen konfrontiert und sagen dann: Es gibt drei Varianten. Ich bevorzuge das erste Modell, wenn es darum geht, dass es eine von Drohung bedingte Krise ist; ich bevorzuge das zweite Modell, in dem es vor allem um Konflikte in der Familie geht usw. So etwas haben wir nicht im Repertoire. Aus der politikwissenschaftlichen Forschung würde niemand, den ich als etabliert bezeichnen und in der ersten Liga der Forschung verorten würde, sagen: Das ist das Krisenmodell, mit dem wir Politikwissenschaftler arbeiten.

Was es natürlich gibt und was die Schnittstelle zu politischem Handeln schon direkt betrifft, sind einzelne Krisenmanagementtools, wie Sie sie beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe finden. Dort gibt es auch verschiedene Ratgeber zur Kommunikation, zum Informationsmanagement und natürlich zur Krisenprävention, die in Deutschland gerade, wenn es um den Hochwasserschutz und ähnliche Dinge geht, ein großes Thema ist. Ich muss Ihnen allerdings auch sagen, dass man trotz aller Kritik an der hiesigen Infrastruktur von Katastrophenschutz bei der einen oder anderen Gelegenheit und vielleicht sogar im internationalen Vergleich zu ganz anderen Ergebnissen kommt, weil wir als Land auch über eine Dezentralisierung von Verantwortung über nachgelagerte Behörden, über zivilgesellschaftliche Akteure etc. eigentlich sehr gut aufgestellt sind.

Kommen wir jetzt auf das Aktuelle zu sprechen. Es gibt vor allem von denjenigen Politikwissenschaftlern, die sich mit dem staatlichen Regieren beschäftigen, Versuche, Krisenphasenmodelle zu erarbeiten. Ein Tool hat z. B. Professorin Juliette Kayyem von der Harvard School of Government entwickelt, und sie hat mir gestattet, Ihnen das heute darzulegen.

Bei diesem Tool geht es darum, die Covid-19-Phasen aus einer gesamtgesellschaftlichen Krisenmanagementperspektive heraus abzubilden. Die Punkte dieses Tools sind Protection, Prevention, BOOM – das ist das, was ich als Einschlagsphase bezeichne –, Antwort und Adaption. Das ist durchaus interessant, denn das unterscheidet sich gar nicht so sehr von dem, womit zum Teil in sozialpsychologischen Konzepten gearbeitet wird. Dieses Modell kann man wunderbar als Schablone, als exploratives Tool, heranziehen, um zu versuchen, einen Weg zu finden, wie etwas ablaufen könnte. Gleichzeitig muss man aber auch feststellen, dass die Erklärungskraft über unterschiedliche Krisen hinweg sehr unterschiedlich ist. Es gibt allerdings, wie gesagt, solche Tools, und es wäre für die Arbeit der Enquetekommission sicherlich kein Schaden, sich diese Tools an der einen oder anderen Stelle einmal anzusehen.

Man muss jedoch auch klar sagen, dass Sie, wenn Sie allein die Covidverlaufsphasen sowie die Fragen der Steuerung durch die Regierungen, durch privatwirtschaftliche Akteure und durch die Zivilgesellschaft nehmen und das neben Krisen wie die Finanzkrise 2008/2009 legen, ganz große Unterschiede im Hinblick auf die zeitlichen Abläufe, auf die Involvierung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure und auf die Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger sowie deren Einstellungen zum Krisenmanagement während des Krisenverlaufs feststellen werden. Als Anhang zu dieser Powerpoint-Präsentation habe ich deshalb verschiedene Umfrageindikatoren aus der BSE-Krise, aus der Finanzkrise und zu Fukushima zusammengestellt – auf diese werde ich heute allerdings nicht eingehen. Dabei geht es um sehr unterschiedliche Dinge, und zwar auch, was den Verlauf dieser Krisen und die Frage des Vertrauensvorschusses an die Politik anbelangt.

Worunter man beim Großteil der Literatur einen Haken setzen kann, ist das, was Sie auch immer in den Zeitungen lesen, wenn es um die erste Einschlagsphase geht. Das kann z. B. der Tag sein, an dem Russland in die Ukraine einmarschiert ist, an dem die Pandemie wirklich angekommen ist oder an dem ein großes Erdbeben stattfindet. Denn in dieser Initialphase oder ersten Reaktionsphase herrscht aus beiden Perspektiven, die ich Ihnen heute mitgebracht habe, relativ große Einigkeit.

Was die politische Steuerungsperspektive – das ist die Stunde der Exekutive – anbelangt, besteht ein generalisierter Vertrauensvorschuss. Da wird man auch keine großen konsultativen und Konzertierten Aktionen aufsetzen können. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten jedoch – das ist die andere Perspektive –, dass von der Politik relativ schnell signalisiert wird: Wir haben – erstens – verstanden, dass wir vor einer schweren Herausforderung stehen. Zweitens: Das sind die ersten Maßnahmen, und drittens halten wir Sie über unsere weiteren Anstrengungen auf dem Laufenden. Je weiter es auf dem entsprechenden Schaubild dann aber nach rechts geht, desto unterschiedlicher sind die Verläufe über die unterschiedlichen Krisen hinweg und desto geringer sind die Verallgemeinerungsfähigkeiten.

Wenn ich aus 30 Jahren Beobachtung des politischen Betriebs in Wissenschaft und angewandter Meinungs- und Wahlforschung ein Fazit ziehen soll, an welcher Stelle sich

doch ein paar verallgemeinerungsfähige Aussagen treffen lassen, dann sind das die folgenden fünf K zur Krise:

Erstens – ich habe es gerade gesagt –: In der ersten Phase ist entscheidend, dass die entsprechende Regierungsebene und die zuständigen Minister das Krisenmandat annehmen, dass sie sich dem stellen und nicht abtauchen, ausweichen und defensiv werden, und dass sie die Möglichkeiten in dieser frühen Initialphase aufgreifen. Wenn sie das nicht machen, und dazu hatten wir im Zuge des Hochwassers im vergangenen Jahr entsprechende Beispiele, werden sie von der Öffentlichkeit und in Demos in aller Regel zu Recht abgestraft.

Zweitens: Kommunikation hat dieser Tage über sämtliche politische Prozesse hinweg eine hohe Priorität, und in der Krise gilt das ganz besonders. Hier sind Kriterien wie Klarheit in der Kommunikation, aber auch Kriterien der Entscheidungsfindung wichtig. Insbesondere ist es aber wichtig, keine vorschnellen Aussagen wie „Wir haben alles im Griff, es wird soundso viel kosten, oder es wird soundso lange dauern“ zu treffen. Das sind Kardinalfehler der politischen Kommunikation, die Sie immer wieder beobachten können und die auch bei Covid zu beobachten waren. Gerade in der Ukrainekrise vernehmen wir jetzt aber einen Lernprozess bei den entscheidenden Akteuren in der Bundesregierung, sich deutlich mehr zurückzuhalten, die Unsicherheit zu transportieren und gleichzeitig Handlungsbereitschaft zu zeigen. Das ist der Spagat.

Drittens: Die Koordination des Krisenmanagements muss in Deutschland wegen des Föderalismus und der nachgelagerten Behörden besonders stark ausgeprägt sein. Das stellt natürlich ein Risiko im Sinne einer schnellen Implementierung von bestimmten Dingen dar. Gleichzeitig ist damit aber die Chance der Einbeziehung von unterschiedlichen Experten und unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems verbunden.

Viertens: Konsultationen zur Legitimation sind, wenn eine Krise länger dauert und komplex ist, vor allem in Deutschland mit den Traditionen von Korporatismus, also u. a. dem Zusammenspiel von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, unvermeidbar. Die neueste Initiative, dass ein Bundeskanzler in dieser hochinflationären Situation eine Konzertierte Aktion macht, ist deshalb auch nicht zufällig, sondern fast unausweichlich, wenn man die politische Kultur nimmt. Darauf hätte man eigentlich vor einigen Wochen schon wetten können.

Fünftens: Mit Kursanpassungen und -korrekturen tut sich die Politik nicht immer leicht. In einem längeren Krisenverlauf sind sie aber normal, und deshalb muss man sie offensiv kommunizieren und damit vor allem aus dem klassischen Problem der Krisenkommunikation herauskommen. Zudem gibt es durchaus Tools und Rezepte, um zu vermeiden, dass man sich Anpassungen des eigenen Kurses zu späteren Zeitpunkten von Kritikern als Fehler vorhalten lassen muss, mit denen die politischen Akteure unterschiedlich intelligent umgehen. – Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir noch zwei Minuten geben, …

Vorsitzender Alexander Salomon: Versuchen Sie es bitte in einer Minute.

Sv. Herr Dr. Siegel: … um Ihnen zu zeigen, was bei Corona aus der Perspektive der Meinungsforscher passiert ist, denn das bestätigt, was ich vorher zur Initialphase und der dann letztendlich erodierenden Akzeptanz sowie zu den Lernprozessen in der Bevölkerung gesagt habe.

Am Anfang der Coronakrise verzeichneten Meinungsforscher Zustimmungswerte zu einzelnen politischen Maßnahmen und Zufriedenheitswerte mit einzelnen Politikern wie niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik bzw. wie noch nie seit den 1960er-Jahren und damit, seitdem es eine vernünftig archivierte und dokumentierte Meinungsforschungsinfrastruktur gibt.

Zu Beginn waren das Vertrauen und das generalisierte Mandat an die Politik sehr groß. In einer repräsentativen Umfrage finden Sie so gut wie nie eine Zustimmung von 95 % zu einer politischen Maßnahme. Warum nicht? In einer pluralistisch verfassten Demokratie gibt es in deutschen Landtagen oder im Deutschen Bundestag nicht umsonst fünf, sechs, sieben Parteien, die zu jedem Thema aus völlig nachvollziehbaren Gründen unterschiedliche Ansichten haben können. Hier gab es jedoch, wie gesagt, einen großen Basiskonsens, und das Blaming der jüngeren Generation zu dieser Zeit war völlig unbegründet.

Zu Beginn bestand auch Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung – das sind alles Werte vom März 2020 –: Drei Viertel der Bevölkerung waren zufrieden. Solche Werte messen wir normalerweise nie. In der Ära Merkel hatten wir zwar sehr hohe Zustimmungswerte zu einzelnen Politikern wie der Bundeskanzlerin und zu bestimmten Dingen, aber einen Zustimmungswert von drei Viertel gab es in aller Regel nicht.

Vertrauen in Gesundheitseinrichtungen und Ärzte zeigten ebenfalls drei Viertel der Bevölkerung. Damit war auch hier das Vertrauen groß. Im Hinblick auf die Arbeit von Behörden und Gesundheitseinrichtungen gaben in Baden-Württemberg im März 2020, also in der Initialphase, wiederum zwei Drittel an, dass die Behörden und Gesundheitseinrichtungen die Situation unter Kontrolle hätten.

Ich möchte Ihnen sagen, dass es ähnlich wie bei Fukushima ist. Es ist überhaupt nicht plausibel, zu sagen, dass die Coronapolitik der Regierungen, der Parlamente und der zivilgesellschaftlichen Akteure im Laufe der Zeit schlechter geworden ist – dafür gibt es auch nur ganz wenige Indikatoren –, sondern im Verlauf einer längeren Krise werden einfach kumuliert mehr Fehler gemacht. Es ist also nicht so, dass die Politik am Anfang dieser Pandemie kompetenter als am Ende war – so viel Lernprozesse können wir unterstellen –, sondern wir haben hier dieses typische Thema, dass es am Anfang in weiten Teilen der Gesellschaft sehr hohe Vertrauensvorschüsse gab, wobei sich die Anhänger der AfD bereits hier und später noch mehr von den anderen unterscheiden. Des

Weiteren war im April 2020 die Zufriedenheit mit dem Coronakrisenmanagement weiterhin sehr hoch.

Außerdem haben wir beobachtet – daraus sollten Sie jetzt aber bitte auf keinen Fall den Schluss ziehen, dass sich das Krisenmanagement im Krisenverlauf verschlechtert hat und mehr und mehr Fehler gemacht geworden sind –, dass wir hier einen typischen Verlauf haben und zu einer normalen unterschiedlichen Auffassung und Zufriedenheit in der Bevölkerung zurückkehren. In Demokratien messen wir eben keine Zustimmung zu einer Regierungskoalition von 60 % oder 70 %, und zwar weder zu Grün-Schwarz in Baden-Württemberg noch zur Ampel in Berlin, noch zu einer CSU-geführten Regierung in Bayern – es sei denn, wir haben außerordentliche Zeiten.

Auf der Basis dieses Verlaufs sollten Sie jedoch keine Diskussionen befeuern, die von einem Politikversagen, von einem mangelnden Lernprozess oder von anderen pauschalen Urteilen über das Coronakrisenmanagement handeln. Denn damit würden Sie einen Narrativ bedienen, den die demokratische Politik in Deutschland und in Baden-Württemberg bei der Coronapandemiebekämpfung nicht verdient hat. Was den Bund anbelangt, lässt sich ebenfalls eine umgekehrte Büroklammer feststellen.

Natürlich kann man im Laufe einer Krise vieles besser machen, und im Laufe der nächsten Pandemie wird vielleicht auch die Regierung Lehren aus der Coronakrise gezogen haben. Wichtig ist jedoch Folgendes: Je länger sich Bürgerinnen und Bürger mit einzelnen Themen beschäftigen – sei es mit einer Pandemie oder mit den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen des Kriegs in der Ukraine –, desto mehr Informationen werden zumindest diejenigen aufnehmen, die sich mehr oder weniger regelmäßig mit Politik beschäftigen, und desto mehr werden dann auch Mechanismen wie eine pluralistische Meinungsvielfalt, unterschiedliche Interessen oder der Zwang zur Konsensfindung bei unterschiedlichen Ansichten über gemeinsame Herausforderungen wirken, die das Fundament unserer Demokratie ausmachen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Siegel. – Es gibt auch schon Nachfragen. Für die Fraktion GRÜNE erhält Frau Abg. Krebs das Wort. Bitte.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Herr Rack und Herr Dr. Siegel, vielen Dank für die beeindruckenden Vorträge. Ich muss jetzt einfach auch werten: Herr Dr. Siegel, mich hat Ihr Vortrag ein Stück weiter gebracht, und er hat mir den Begriff „Krise“ gut erklärt. Das soll aber nicht heißen, dass Ihr Vortrag, Herr Rack, nicht so gut war, vielmehr war er für mich einfach etwas abstrakter. Dennoch möchte ich mit Ihrem Vortrag, Herr Rack, beginnen.

Ich kann mich jetzt vor allem an die Pyramide erinnern – diese haben Sie leider auf Englisch gezeigt; ich spreche nicht so gut Englisch –: Der Begriff „Well-being/Health“ ist uns durchaus geläufig, und er ist auch aufgrund diverser Reisen des Sozialausschusses in skandinavische Länder sehr präsent. Meine Frage dazu wäre, wie Sie Folgendes bewerten: Müsste das Thema Gesundheit vor allem in Gesundheitskrisen und in der sich anschließenden Nachbereitung mehr im Vordergrund stehen? Ich möchte hier das Stichwort „Health in All Policies“, das Ziel, dass wir hinbekommen wollen, und das Thema Gemeinwohl nennen. Könnten Sie dazu etwas sagen?

Herr Siegel, ich habe bei dem, was Sie ausgeführt haben und vor allem bei den Phasen, die Sie genannt haben, relativ gut verstehen können, was Sie damit gemeint haben. Für mich stellt sich jetzt aber folgende Frage: Die Pandemie verursachte erst einmal einen Primärschaden, einen gesundheitlichen Schaden, denn es sind Menschen gestorben. Gleichzeitig gibt es eine große Anzahl von Kollateralschäden. Lässt sich das so standardisieren, dass ein Krisenereignis geschieht und es dadurch explosionsartig zu Kollateralschäden kommt, und muss man auf diese Kollateralschäden in gleicher Weise, also mit der gleichen Kette reagieren? Könnten Sie dazu etwas sagen? Daran anschließend habe ich die Frage: Gibt es Vergleichbarkeiten von Strategien zumindest auch im Kontext der internationalen Bewältigung?

Das Letzte, was mir dazu auf dem Herzen liegt, ist die Frage an Sie beide, wie Sie die internationale Verantwortung von uns als reichem Land gegenüber anderen Ländern bewerten, die auch alle unter dieser Pandemie leiden. Sind wir damit schon durch, oder wie müssen wir damit in der Zukunft noch umgehen? In Deutschland geht es uns mittlerweile, obwohl wir immer noch die Kollateralschäden zu bewältigen haben, relativ gut. Wie sieht es allerdings insgesamt mit der internationalen Verantwortung aus?

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich möchte daran erinnern, kurze Fragen zu formulieren, weil die Zeit voranschreitet, wobei das keine Kritik am vorherigen Fragenstil ist. – Jetzt hat Herr Abg. Dr. Miller für die CDU die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank für Ihren Vortrag, Herr Rack. Sie hatten darin am Anfang die Grafiken mit der Häufigkeit der Suche nach Begriffen wie „Krise“ und die Entwicklung in diesem Zusammenhang gezeigt. Kann man aus den Statistiken etwas ableiten, das darüber hinausgeht, dass das Interesse der Bevölkerung am Anfang natürlich hoch ist und dann abflacht, oder ist das schlicht eine Beobachtung, die Sie gemacht haben? Gibt es da etwas, das ich noch nicht auf dem Schirm habe?

Herr Dr. Siegel, auch Ihnen vielen Dank für den Vortrag und für die vielen Abschichtungen in endogen und exogen bedingte krisenhafte Entwicklungen, in unterschiedliche Krisentypen und in unterschiedliche Funktionen, die Sie gemacht haben. Das waren sehr viele Informationen. Ich habe eine praktische Frage, weil wir am Ende die sehr komplexe Aufgabe haben, den Begriff „Krise“ zu definieren. Sie haben dargelegt, es

gebe verschiedene Krisentypen, man müsse die verschiedenen Krisentypen in den Blick nehmen, und man sollte nicht versuchen – so habe ich das verstanden –, ein Konzept zu erstellen und damit alles totzuschlagen, sondern auf die speziellen Krisentypen eingehen. Ist es überhaupt möglich, die einzelnen Krisentypen zu identifizieren, oder würden Sie doch eher wieder größere Gruppen wie Naturkatastrophen bilden und dann nach unterschiedlichen Naturkatastrophen differenzieren? Würden Sie vielleicht auch sagen, dass man mit einer individuellen, kollektiven Krise und mit exogenen Einwirkungen, wie Sie es dargelegt haben, recht viel abgedeckt hat und dass man nicht noch spezieller – Angriffskrieg usw. usf. – hineingehen muss? Nur für uns, sozusagen im Hinblick auf den Arbeitsauftrag: Würden Sie empfehlen, das sehr genau zu machen oder das eher abstrakt zu halten, obwohl es viele Krisentypen gibt?

Danke.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Wir hatten heute Morgen in mehreren Vorträgen die Bedeutung der Abgrenzung von Katastrophe und Krise in der politischen Differenzierung thematisiert. Diesbezüglich habe ich vor allem an Sie, Herr Dr. Siegel, die Frage, ob in der öffentlichen Wahrnehmung zwischen Katastrophe und Krise unterschieden wird.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank an die beiden Sachverständigen für die Vorträge. Die Fragen, die ich dazu habe, richten sich an Sie beide.

Herr Rack, Sie haben dargestellt, dass auf verschiedenen Ebenen auf Krisensituationen eingegangen werden muss. Außerdem haben Sie die Wichtigkeit funktionierender Strukturen in den drei bzw. vier Gewalten auf verschiedenen Ebenen dargestellt. Wie bewerten Sie diesbezüglich die aktuelle Situation? Des Weiteren interessiert mich in diesem Zusammenhang vor allem auch das Thema Digitalisierung. Welche Rolle kann die Digitalisierung dabei spielen, dass diese Funktionalität besonders gut gewährleistet ist? Sprich: Wie kann man den Zugang zu Open-Government-Handlungen gewährleisten, und kann die Digitalisierung dazu einen Beitrag leisten? Wo stehen wir hier?

Herrn Dr. Siegel möchte ich die Frage stellen: Was ist aus der Sicht der Bevölkerung bei der Annahme von Krisen durch die Politik gut? Das ist ganz entscheidend, und Sie sind auch ein wenig darauf eingegangen, was von der Bevölkerung als eine gute Reaktion von Politik und von Regierungen und was als weniger gute Reaktion wahrgenommen wird. Ist es besser, klar zu adressieren: „Wir sind in einer Krise, wir haben Probleme, es kommen schlechte Zeiten“ – solche Aussagen gab es auch gerade aktuell von verschiedenen Politikern –, oder ist es besser, sich optimistisch zu verhalten und zu sagen: „Wir schaffen das“ – das war auch einer dieser Krisensätze? Es wäre schön, wenn Sie das beleuchten könnten.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank an die Sachverständigen für die Vorträge. – Herr Dr. Siegel, Sie haben gesagt, dass der Begriff „Krise“ inflationär benutzt werde und inzwischen jede gesellschaftliche Herausforderung eine Krise sei. Schürt das nicht die Ängste davor, bzw. schürt das nicht sogar Gleichgültigkeit? Was macht darüber hinaus aus Ihrer Sicht eine Krise tatsächlich aus? Wann spricht man also von einer Krise, damit man diesen Begriff eben nicht inflationär benutzt?

Danke schön.

Sv. Herr Rack: Ich beginne mit dem Thema Well-being, das in Deutschland oft als Wohlbefinden gehandelt wird, und zu dem sich auch immer mehr das Thema Glück hinzugesellt. Erst einmal hört sich das supersoft an, was das politisches Handeln anbelangt. Ich habe das aber deshalb angeführt, weil dieses Thema erstens auf kommunaler Ebene, vor allem bei den kommunalen Spitzen, wirklich en vogue ist, weil sie verstanden haben, dass Glück und Wohlbefinden eine elementare, eine fast biblische Sehnsucht sind, und weil wir zweitens, bei allem was wir machen – warum wir uns sozialisieren, zusammenarbeiten und Technologien entwickeln –, eigentlich darauf einzahlen sollten. Insofern ist das eine Erdung, um klar im Blick zu haben, wohin man mit seinen Aktivitäten und mit seiner Governance will.

Was erfüllt den Weg dorthin? Wie bekommen wir da mehr Verbindlichkeit hinein? Wie bekommen wir das gemessen, vereinbart und in ein Berichtswesen gegossen, um auch rückblickend kritisch zu schauen, wo Verbesserungen stattfinden können und wo gelernt werden kann? Deswegen hatte ich das auch angeführt.

Zum Thema Analysen: Ehrlich gesagt habe ich das im Prinzip gestern schnell einmal in Google Trends abgefragt, um sich ein Bild zu verschaffen. Für Meinungsforscher ist das bestimmt nicht supervalide, aber das liefert gute Hinweise, und ich wollte zu Analysen ermuntern. Das kam aber auch daher, dass ich mich nicht zu intensiv mit dem Begriff „Krise“ befassen wollte, denn ich habe geahnt, dass das ausufernd wird, weil die Perspektiven darauf auch in der Ausformung Krise so multipel sind. Wir sind jetzt auch tatsächlich den ganzen Nachmittag beschäftigt und haben dann noch die Abgrenzung zu Katastrophen usw.

Ich finde erst einmal das Beobachten oder das Anschauen einer Sache vor allem über Daten interessant, weil einem das Erkenntnisse oder vielleicht auch Belege darüber gibt, dass regionale Unterschiede vorhanden sind. Wer weiß jedoch, woher diese Unterschiede kommen? Forschung beginnt dabei, dass man manchmal einfach ein Bild erzeugt bekommt, ein Muster erkennt und sich dann auf den Weg begeben muss, um herauszufinden, warum sich z. B. die Menschen in Thüringen und in Sachsen-Anhalt offenbar weniger um die Inflation scheren als wir in Baden-Württemberg. Das war also der Grund, warum ich das angeführt habe. Außerdem wollte ich ermutigen, einmal mit Daten zu spielen, weil Deutschland nicht so die datenfantasievolle Nation ist. Da gibt es andere, die bei diesem Thema mehr machen und daran auch einen stärkeren Lustgewinn haben.

Abgrenzung „Krise/Katastrophe“: Wie das im Laufe des Vormittags schon häufiger gesagt wurde, hat eine Krise die Eigenschaft, an einem Wendepunkt zu sein, an dem sehr grundsätzliche Entscheidungen getroffen werden müssen. Eine Katastrophe ist hingegen im Prinzip eine Zerstörung von irgendetwas, das noch nicht eingetreten ist, wobei ich das nicht so gut beurteilen kann.

Es gibt Katastrophen, die man nicht in irgendeiner Weise wegdenken oder ignorieren kann. Für manche sind Dinge aber einfach mehr eine Katastrophe als für andere. Wenn etwas wahrscheinlich eine Katastrophe ist, dann sind das klimatologische Veränderungen, die ihre Wirkung haben werden. Die Katastrophe findet sich aber, glaube ich, trotzdem im Bereich dessen, was zur Setzung dazugehört. Deswegen hatte ich in meinem Vortrag die Frage aufgeworfen: Wer ruft was aus? Das geht auch in die Richtung: Welche Rolle spielen die Medien, welche Rolle spielen die Sozialen Medien in einer Krise oder Katastrophe? Vielleicht können Sie, Herr Dr. Siegel, das aber präziser beantworten.

Zum Stand der Digitalisierung: Ich komme vor allem aus der Ecke, in der es um die souveräne Digitalisierung geht, und da gibt es mehrere Dimensionen. Der Bereich der Daseinsvorsorge, die Kommunen, die Länder, der Bund und Europa, sieht die Souveränität natürlich aus der Perspektive der öffentlichen Hand und dabei vor allem in der Unabhängigkeit des digitalen Marktes, der digitalen Gestaltung sowie der Regulierung gegenüber anderen Geografien auf der Welt, die über die Digitalisierung auch normativ auf uns einwirken.

Darüber hinaus gibt es die Form der Souveränität des Individuums, die man genau genommen mehr als Autonomie übersetzen muss. Das bedeutet, man hat quasi eine Unabhängigkeit in der Digitalisierung, beispielsweise bei der Abhängigkeit von Lizenzen, der Entscheidungshoheit über die personenbezogene Datennutzung oder überhaupt von Daten, die man praktisch mit erzeugt. Das ist also noch einmal eine andere Dimension der Souveränität.

Was Deutschland anbelangt, beginnt das bereits bei der digitalen Infrastruktur und dem alten Thema „Kupfer und Glasfaser“ und geht dann über die Dimension, wie man digitale Standards über föderale Strukturen schafft, bis hin dazu, dass zentrale Register, wenn es um Registerfragen geht, in der Mehrfachnutzung für digitale Dienste einfacher sind als eine heterogene Registerlandschaft. Das Geheimnis von Estland ist ein relativ zentrales Register: X-Road. Bei uns sind die verschiedenen Zuständigkeiten und deren elektrische Datenverarbeitung in der Historie hingegen so entstanden, indem alle ihre eigenen Register vorhalten müssen und der Verwendungszweck bzw. der Erhebungszweck der Daten nicht aus den Registern herausdarf. In Estland hat man große Register und je nach staatlicher Funktion Zugriffsrechte auf bestimmte Daten innerhalb dieser Register. Dort wird das quasi über die Zugriffsrechte geregelt. Als weiteres Sicherheitssystem wird außerdem protokolliert – ich glaube, das ist hier noch nie groß diskutiert worden –, welche Zugriffe getätigt werden.

Insgesamt wäre es natürlich schön, wenn auch im Bereich der individuellen digitalen Souveränität – damit kommen wir zum digitalen Ehrenamt – das Wie letztendlich gemeinsam digital gestaltet wird und sich die Zivilgesellschaft selbst mit digitalen Möglichkeiten ausstattet, um an der Analyse von staatlichem Handeln teilzuhaben. Das sind für mich wichtige Themen, bei denen es darum geht, wie man auf gemeinsame Ressourcen, aber auch auf andere Töpfe zugreifen kann bzw. wie sich das mit dem Ruf zur Philanthropie stärken lässt. – Ich hoffe, ich konnte Ihre Fragen einigermaßen beantworten.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ja, und es gibt auch noch eine zweite Runde. – Jetzt würde ich Herrn Dr. Siegel bitten, direkt daran anzuschließen.

Sv. Herr Dr. Siegel: Gibt es ein Redezeitbudget für die Antworten, oder kann man so lange antworten, wie man möchte?

Vorsitzender Alexander Salomon: So lange wie Sie möchten, könnte ein wenig lange sein. Probieren Sie, es in fünf Minuten hinzubekommen – wahrscheinlich werden es dann doch ein paar Minuten mehr.

Sv. Herr Dr. Siegel: Ich versuche, mich kurz zu fassen. Es geht nur darum, zu wissen, worauf man sich einlässt. – Es ist schon eine Weile her, dass die Frage nach Kollateralschäden gestellt wurde. Ich hoffe deshalb, dass ich mich an diese Frage noch genau erinnern kann. Ich denke nicht, dass man dazu sehr generalisierte Aussagen treffen kann. Mein Versuch war, Ihnen zu sagen, dass es, glaube ich, gut ist, zu fragen, wann man als Enquetekommission den Begriff „Krise“ verwendet. Dazu werde ich Ihnen heute aber sicherlich keine Empfehlungen aussprechen, weil der Prozess, den Sie aufgesetzt haben, maßgeblich dazu beitragen soll, das zu klären.

Die Verallgemeinerungsfähigkeit von Kollateralschäden ist natürlich noch geringer als die Verallgemeinerungsfähigkeit von Krisentypen; denn es geht auch um die Frage, wen etwas direkt oder indirekt bzw. materiell und nicht materiell betrifft. Im Coronakontext gibt es materielle Schäden, indem z. B. Existenzen von Freiberuflern quasi vernichtet wurden. Andere Menschen hatten eher psychosoziale Kosten – denken Sie z. B. an die Forschung zu den Betreuungssituationen von Familien mit kleinen Kindern oder an die Schulschließungen. Die Kollateralschäden sind deshalb auch wieder irgendwie zu differenzieren. Das macht es Ihnen zwar nicht einfacher, aber es hilft der Politik auf der langen Wegstrecke, nicht mit pauschalen Plattitüden zu arbeiten, sondern die Menschen mit einer gewissen begrifflichen, semantischen Differenzierung abzuholen.

Zur internationalen Verantwortung: Das ist ein großes Thema, über das ich sehr lange sprechen könnte. Deswegen habe ich den Vorsitzenden auch nach dem Redezeitbudget gefragt. Hier besteht durchaus eine Verantwortung – wobei ich glaube, dass ich auch hierfür heute nicht der richtige Ansprechpartner bin –, und dazu habe ich selbstverständlich Ansichten als Staatsbürger. Des Weiteren gibt es natürlich Studien, die zeigen, dass hier eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung herrscht, die dann nach Parteianhängerschaft, nach sozialer Herkunft und politischem Interesse variiert.

Bevor ich auf die zweite Frage eingehe, wollte ich noch Folgendes kurz ansprechen: Ich habe die Forschung zu Subjective Well-being nicht so verstanden, dass es darum geht, dass die Politik für das Lebensglück des Einzelnen zuständig ist. Die Forschung zu Subjective Well-being liefert aus meiner Sicht im besten Fall nachvollziehbare empirische Indikatoren, die die Lebensqualität und damit die Lebenszufriedenheit der Menschen vor Ort beeinflussen, z. B. durch den Zugang zu Infrastruktur, Verkehr, zu medizinischer Versorgung etc. pp.

Grundsätzlich sage ich Ihnen als Politikwissenschaftler, dass ich ein großer Anhänger des deutschen Sozialstaats und seinen segensreichen Wirkungen für die Befriedung der Gesellschaft bin. Gleichzeitig glaube ich, dass es keine politische Theorie gibt, die nachdrücklich Eingang in expertokratisch bedingtes Wissen findet, und die davon ausgeht, dass staatliches Handeln das Glück eines jeden Einzelnen garantieren können muss. Das ist eine Utopie, die zwar schön ist, aber in der Praxis falsche Erwartungen wecken kann.

Zu den Krisentypen: Das ist schwierig, denn weder Sie noch ich werden diesbezüglich einen Katalog erstellen können. Allerdings kann man grobe Typenarten unterscheiden, und eines ist ein großer Unterschied: Habe ich es mit einem Einschlag im Sinne von einem exogenen Schock zu tun, wie am 24. Februar dieses Jahres? Habe ich es mit einer Pandemie zu tun, die in wenigen Wochen auf mich zurollt? Oder habe ich es mit den langfristigen Folgen eines Klimawandels zu tun? Die ersten Studien, die aufzeigten, dass ein Klimawandel stattfinden wird, stammen genauso aus den 1970er-Jahren wie die ersten Studien zu den Grenzen des Wachstums in den Industriegesellschaften, die nicht auf Kosten von anderen Gesellschaften in anderen Erdteilen gehen.

Im ersten Fall hat man eine langfristige strukturelle Herausforderung weit über den Nationalstaat hinaus. Im zweiten Fall hat man eine pandemische Krise. Im dritten Fall hat man eine Naturkatastrophe in bestimmten Gebieten wie NRW oder Rheinland-Pfalz. Ich glaube, dass man sich ohne diese grundsätzliche Unterscheidung „lang, strukturell, kurz, exogen“ mit einer semantischen Differenzierung von Katastrophe und Krise schwertun wird. In der öffentlichen Meinung wird es mit Sicherheit keine klare semantische Differenzierung geben – das hat auch Herr Rack gesagt. Denn im Prinzip reproduzieren viele Bürgerinnen und Bürger, die nicht selbst maßgeblich öffentliche Worte und öffentliche Meinungen prägen. Vielmehr haben sie als Staatsbürger das aktive und passive Wahlrecht, engagieren sich mehr oder weniger zivilgesellschaftlich und sind an solchen semantischen Unterscheidungen nur bedingt interessiert. Letztendlich übernehmen sie aber natürlich Begriffe, die in der Öffentlichkeit geprägt werden, und bei denen die Medien, die in Deutschland Gott sei Dank unabhängig sind, aber auch politische Akteure wie Sie maßgeblich dazu beitragen, ob sofort von einer Katastrophe gesprochen wird. Es ist also ein Unterschied, ob beispielsweise gesagt wird, die Bahn befinde sich in einer Krise, weil sie ein Problem des Qualitätsmanagements im Hinblick auf die Pünktlichkeit hat, oder ob gesagt wird, die Infrastrukturversorgung in Deutschland sei katastrophal.

Damit komme ich zur Frage der Abgeordneten der AfD. Aus rein normativer Sicht ist der bewusste und vorsichtige Umgang mit Sprache einer der wesentlichen Verantwortlichkeiten, die alle Parteien und deren Vertreter in der Öffentlichkeit so oft es geht einnehmen sollten. Begriffe wie „Flüchtlingskrise“ oder „Flüchtlingswelle“ sind deshalb natürlich genauso problematisch, wenn man sie schnell und unkritisch übernimmt, wie wenn man, um bei dem Beispiel von vorher zu bleiben, sofort von einer Krise des ÖPNV in Bayern spricht, nur weil der öffentliche Nahverkehr in einem bestimmten Landkreis im schwäbischen Bayern Probleme hat. Dabei wünsche ich im weiteren Verlauf viel Erfolg und stehe jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung, um hier etwas Ordnung, Schichtung, Sichtung und einen verantwortungsvollen Umgang hineinzubringen.

Noch eines, weil Frau Lamberty heute Morgen einen sehr kompetenten Beitrag zu der Frage „Krisenmessungen objektiv und subjektiv wahrnehmen“ geleistet hat: Am Ende ist es in einer liberalen Gesellschaft natürlich immer so, dass die subjektive Wahrnehmung der Menschen in der Politik wichtiger ist als objektive Indikatoren. Das wünschen sich viele Wissenschaftler und auch ich teilweise anders. Genau diese Wissenschaftler, die davon ausgehen, dass sie besonders wissensreich und intelligent sind, dürfen jedoch nie vergessen, dass sie sich in der außerordentlich privilegierten Position befinden und sich mit vielen unterschiedlichen Indikatoren – seien es der Klimawandel, soziale Ungleichheit oder Integrations- und Desintegrationsprozesse – zu befassen haben.

Demgegenüber ist es auch nicht die Aufgabe der Bürgerinnen und Bürger, diese semantische Differenziertheit und diesen Grad der Informiertheit zu replizieren. Denn das wäre ein Verständnis des Citoyens, des Bürgers, das massiv naiv ist und das nach allem, was wir aus der politischen Bildungsforschung wissen, von einem Menschenbild ausgeht, das nicht realistisch ist. Deshalb haben Sie hier eine Expertenkommission als Teil dieser wertvollen Institution der repräsentativen Demokratie, und es ist Ihre Aufgabe, das in eine möglichst einfache und nachvollziehbare Sprache für möglichst viele Gesellschaftsschichten zu transportieren.

Vorsitzender Alexander Salomon: Wir probieren es. – Es gibt jetzt noch Fragen von Frau Abg. Dr. Pfau-Weller von der CDU-Fraktion, die digital zugeschaltet ist, und von Herrn Professor Dr. Busemeyer von der grünen Fraktion. Gibt es weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. – Dann sind Sie an der Reihe, Frau Abg. Dr. Pfau-Weller.

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich habe zwei Fragen an Herrn Rack. Herr Rack, Sie sprachen von der Qualität der öffentlichen Verwaltung. Könnten Sie kurz ausführen, inwiefern Sie das messen oder definieren würden? Sie haben uns auch die Folie mit dem Berichtswesen und den verschiedenen Berichten gezeigt. Kann man das so verstehen, dass das für Sie die Parameter von idealen Bedingungen oder einer resilienten Gesellschaft sind?

Eine weitere Frage habe ich an Herrn Dr. Siegel. Herr Dr. Siegel, Sie haben uns anhand der Coronapandemie gezeigt, dass die Dauer der Krise Einfluss auf die Akzeptanz hat. Des Weiteren hatten Sie ausgeführt, dass es unterschiedliche Arten von Krisen

gibt. Lässt sich hier ebenfalls eine unterschiedliche Akzeptanz in der Bevölkerung feststellen, oder kann man das nicht verallgemeinern?

Dr. Marius R. Busemeyer, externes Mitglied: Vielen Dank für die Vorträge. Ich habe eine Frage an Nico Siegel. Auf der einen Seite finde ich es sehr gut, dass der Begriff „Krise“ hier ein wenig relativiert wurde. Wir hatten das heute Morgen auch schon bei einem Vortrag von Herrn Bofinger, was die wirtschaftlichen Krisen anbelangt. Auf der anderen Seite sehen wir schon signifikante Veränderungen in der Art und Weise, wie die repräsentative Demokratie in den letzten Jahren funktioniert.

Es wurden Populismus und Expertokratie erwähnt. Ich würde sagen, dass das die zwei großen Veränderungstendenzen sind, die wir in den letzten zehn, 15 Jahren sehen. Haben wir also nicht doch eine Krise der repräsentativen Demokratie, und wenn ja, worin besteht diese? Sind diese zwei Entwicklungen möglicherweise auch Ursachen, die die Krise potenziell verstärken, oder sind sie vielleicht ein Gegenmittel gegen die sogenannte Krise der repräsentativen Demokratie?

Danke.

Sv. Herr Dr. Siegel: Die Akzeptanz der Krise ist von der Krise abhängig. Die Anlagen zu dem Vortrag beinhalten auch Werte zur BSE-Krise. Dabei wird deutlich, dass es hier im Vergleich zu Corona ein sehr geringes Vertrauen in die Politik gab.

Bei Fukushima gerieten die verantwortungsdelegierten Repräsentanten einer Demokratie in ein klassisches Dilemma, denn damals hat zumindest ein Teil der Parteien seinen Kurs, was die Zukunft der Kernenergie angeht, relativ kurzfristig revidiert. Als politischer Akteur haben Sie dann ein Entscheidungsdilemma und müssen damit leben, dass die Folgebereitschaft Ihrer Klientel immer eher mager ausfällt.

Erstens: Sie ignorieren die neuen Erkenntnisse aus einer solchen Reaktorkatastrophe und halten an Ihrer Linie fest, aber lesen in Umfragen u. a. von uns, dass die Menschen einen Ausstieg möchten und die Risiken als nicht wirklich zu managen betrachten. In diesem Fall werden Sie sich kurz- und mittelfristig mit dem Vorwurf auseinandersetzen müssen, dass Sie die Zeichen der Zeit und Erkenntnisse nicht wahrnehmen.

Zweitens: Wenn Sie Ihren Kurs korrigieren, wird Ihnen ein Teil Ihrer politischen Wettbewerber, die schon immer aus der Kernenergie aussteigen wollten, und ein Teil des Volkes vorwerfen, dass das jetzt vor allem aufgrund von veröffentlichten Meinungsumfragen geschieht. Wenn zudem zeitnah Wahlen sind, wird der Vorwurf der Wahlkampfmanöver mitschwingen; auch das ist in den Anlagen zur Präsentation enthalten.

Als Volksvertreter müssen Sie insofern manchmal mit einer nicht wirklich positiven Feedbackschleife leben, und zwar unabhängig von den Entscheidungen, die Sie in bestimmten Situationen treffen müssen. Ich sehe ein großes Nicken, aber Sie werden si-

cherlich nicht mein Mitleid und auch nicht das Mitleid des Souveräns einfordern, denn es geht natürlich auch den Eliten in privaten Unternehmungen oder in öffentlichen Organisationen bei sämtlichen Entscheidungen so, dass sie in bestimmten Kontexten keine Win-win-Situation haben, obwohl sie vielleicht Berater engagieren, die sie bezahlen und die ihnen sagen, wie etwas kommen wird. Das ist das eine.

Zur Anmerkung von Herrn Dr. Busemeyer fühle ich mich nicht berufen, abschließend etwas zu sagen. Aber: Ja, wir haben eine Krise der repräsentativen Demokratie. Das war dieser Typus, bei dem ich gesagt habe, dass ich mir nicht sicher bin, inwieweit das in die Enquetekommission zentral hineinspielt. Indirekt spielt das aber auf alle Fälle hinein; denn wir haben kein belastbares Material einer vergleichenden Messung des Verlaufs der Akzeptanz einer früheren Pandemie. Es wäre aber natürlich großartig, wenn wir das hätten, denn dann könnten wir z. B. erkennen, ob diese Vertrauensverluste, die entstanden sind, vor 20 Jahren anders ausgesehen hätten, weil es damals eine höhere Bindekraft der klassischen Parteien gab.

Als Politikwissenschaftler und als Staatsbürger beunruhigt mich die Entwicklung. Vor allem beunruhigt mich die Entwicklung, wenn ein Teil der Vertreter der repräsentativen Demokratie mit angeblich minderwertigen Lösungskompetenzen gegenüber alternativen Verfahren demokratischer Beteiligung in regelmäßigen Abständen den öffentlichen Diskurs speist, ohne dass es dafür eine wissenschaftlich belastbare Grundlage gibt, ohne zu bedenken, dass damit die Probleme, die Professor Busemeyer angesprochen hat, womöglich zunehmen, und ohne über ein alternatives Politikkonzept zu verfügen, das kurz- oder mittelfristig den Anspruch erheben kann, überlegen zu sein.

Aus diesem Grund finde ich es gut, dass solche Enquetekommissionen vom Landtag und nicht von außerparlamentarischen und wie auch immer zusammengesetzten Citizen-Foren eingesetzt werden. Denn im Grunde genommen wissen wir aus 70 Jahren politischer Soziologie, dass Bürgerbeteiligungsverfahren in verschiedenen Ländern eines gemeinsam haben: Die politisch Hochgebildeten und die besseren Einkommensschichten sind stärker engagiert, haben bessere Durchsetzungschancen ihrer Interessen und prägen diese Diskurse besser als die Gesellschaftsschichten, die von unten kommen und bildungsferner sind.

Sv. Herr Rack: Ich gehe auf die Metriken und auf die Indikatoren ein. Das kann ich am besten anhand des Themas „Open Government“ und im Zusammenhang mit Open Government Partnership veranschaulichen.

Hinter Open Government steht die Idee, dass sich die Verwaltung öffnet und als Grundlage z. B. Open Data und Informationsfreiheit hat. Des Weiteren sollen es die technischen Möglichkeiten in einer Netzwerkgesellschaft erleichtern bzw. erweitert ermöglichen, die Zivilgesellschaft und staatliche Akteure zu inkorporieren. Das bedeutet schlicht: Wissensmanagement und Abstimmungen bis hin dazu, dass der Zugriff auf Technologien und damit auch auf Produktionsmittel so demokratisiert ist, dass Menschen mittlerweile ihre eigenen kleinen automatischen Entscheidungssysteme schrei-

ben und Daten analysieren können, die sie vorher nicht hätten analysieren können, weil sie die Rechenleistung dazu nicht hatten.

Man muss also einfach sehen, dass man jetzt in einer Cloud eine Rechenleistung anmieten kann, wofür früher der Rechner einer Bank benötigt worden wäre. Das kann daher jede Privatperson machen, und wenn man dann noch die Kompetenz und den Intellekt dazu hat oder sich „aufgeschlaut“ hat – beim Internet kommt einfach dazu, dass eine informelle Bildung extrem stark stattfindet –, kann man quasi als Akteur in dieses Gefüge, in das Schaffen von Wissen eintreten, aber sich auch praktisch ermächtigen, sich in das Gestalten von Gesellschaft einzumischen. Das ist einfach etwas, das sich entwickelt hat.

Darüber hinaus haben sich die Reichweiten demokratisiert. Mittlerweile erzeugen manche Menschen mit einem Tweet oder mit einem Post eine größere Reichweite als ein lokales oder sogar ein überregionales Medium. Das muss man einfach erst einmal feststellen. Insofern ist auch die Idee, das konstruktiv aufzugreifen, damit umzugehen und auf Basis der sozialen Technologien zusammenzuarbeiten, darauf schon fast eine Reaktion.

Man ist dann dazu übergegangen, zu hinterfragen, was die Prinzipien und die Grundlagen sind, um diese gute Sache zu verfolgen, und hat letztendlich die Möglichkeit geschaffen, global für mittlerweile 78 Nationen aus Selbstverpflichtungen Aktionspläne in den Bereichen Transparenz, „Technische Innovationen für soziale Technologien“ sowie Rechenschaftslegung zu erarbeiten, und dieses Berichtswesen international unabhängig evaluieren zu lassen. Diese Aktionspläne gelten zweijährig, und das Ganze landet dann in einer Datenbank, um ein Gesamtbild zu schaffen.

Ich nenne ein Beispiel. Ich habe mich nie so sehr mit Osteuropa befasst, und als das mit der Ukraine losging, habe ich als Erstes in die entsprechende Datenbank hineingesehen, um festzustellen, was die Ukraine in meinen Themen bereits gemacht hat. Da konnte ich dann ganz einfach messbar Dinge nachlesen. Das Wesentliche war die Korruptionsbekämpfung, und von Forschern waren sogar zwei Aktivitäten mit einem Stern versehen, was „besonders gut implementiert und übertragbar auf andere Teilnehmer der Open Government Partnership“ bedeutet. Das dient also dazu, schnell eine Orientierung zu bestimmten Themenfeldern zu schaffen. Gleichwohl können das aber auch die Nachhaltigkeitsziele sein. Das meinte ich damit, die Dinge in Metriken zu bringen.

Ich meinte nicht die Qualität der Verwaltung. Ich hatte mir erlaubt, eine Folie der Europäischen Kommission einzubauen. Die Folie beinhaltet einen Link, sodass Sie sich das einmal anschauen können. Ich meinte vor allem – das geht ein wenig mit Open Government einher – die Innovationsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung. Dieses Thema finde ich deshalb spannend, weil sich natürlich auch ein gewisser Typus, ein gewisses Mindset in die öffentliche Verwaltung hineinsortiert. Wie bekommen wir da eine andere Innovationsfähigkeit hin? Geschieht das aus der Verwaltung heraus oder sogar

durch einen anderen Mindset-Mix, den man über Personal- und Organisationsentwicklung befördert?

Ich hoffe, dass das jetzt ausreichend war, was die Metrik anbelangt. – War noch eine Frage an mich gerichtet, die ich vielleicht vergessen habe, aufzuschreiben?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich glaube nicht.

Sv. Herr Rack: Gut, okay. Danke.

Vorsitzender Alexander Salomon: Es gibt jetzt keine weiteren Fragen. Deswegen darf ich Ihnen, Herr Rack und Herr Dr. Siegel, vielmals danken. Herr Dr. Siegel, Sie haben sich – da bin ich mir relativ sicher – mit Ihrem heutigen Vortrag wahrscheinlich auch für weitere Fragestellungen oder Termine hier beworben; es war sehr spannend, was Sie vorgetragen haben.

Ich darf mich bei Ihnen beiden bedanken und wünsche Ihnen noch einen schönen Tag. Sie dürfen selbstverständlich aber auch dableiben – Herr Rack mindestens, und Sie, Herr Dr. Siegel, natürlich auch –, den weiteren Vorträgen lauschen und vielleicht sogar schon beim nächsten Vortrag von Herrn Dr. Kroll einmal schauen, was man da noch alles lernen kann und welche Expertise man bekommt. – Herr Dr. Kroll ist digital zugeschaltet. Herr Dr. Kroll, bitte.

(Eine Präsentation *[Anlage 6]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Herr Dr. Kroll: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte externe Mitglieder, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger! Ich freue mich sehr, dass ich heute hier sprechen darf und hoffe, dass ich noch etwas hinzufügen kann. Ich kam bei der Diskussion dazu, und ich glaube, dass mein Vortrag ein wenig ein Echo zu bestimmten Dingen sein wird, die Sie gerade diskutiert haben. Vielleicht kann aber auch das hilfreich sein.

Mein Name ist Stefan Kroll, ich bin wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter der Wissenschaftskommunikation am Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und dort auch Koordinator des Forschungsnetzwerks „Umweltkrisen – Krisenumwelten“. Jetzt stellt sich die Frage: Friedens- und Konfliktforschung und Enquetekommission „Krisen“ – wie kommt das? Wir befassen uns seit 2013 systematisch mit der Frage, wie insbesondere globale Krisen entstehen, miteinander zusammenhängen und reguliert werden.

Frau Abg. Krebs, Sie hatten die internationale Verantwortung bereits angesprochen. Eine Pandemie ist eine globale Krise, und weitere Krisen, über die wir nachdenken und für die die Gesellschaft krisenfest sein soll, haben ebenfalls diese grenzübergreifende

Charakteristik. Das ist sozusagen der Anknüpfungspunkt, und ich werde versuchen, in meinem Vortrag etwas dazu zu sagen.

Eine andere Frage, die bereits gestellt oder diskutiert wurde, ist, inwiefern Krisenkonzepte verallgemeinert werden können. Wir interessieren uns in der Tat für die vergleichende Perspektive auf Krisen. Welche Übereinstimmungen gibt es z. B. bei den unterschiedlichen Krisen wie Ernährungskrisen, Pandemien oder Klimaveränderungen in den Krisendynamiken und insbesondere in den politischen Krisendynamiken? Das betrifft wiederum vor allem die Wahrnehmung einer Krise als Krise.

In diesem Zusammenhang versuchen wir, eine Verknüpfung von spezifischem Wissen in einem Krisenfeld und dem allgemeinen Wissen darüber, was bestimmte Krisendynamiken sind und wie politische Entscheidungsprozesse dann ablaufen, herzustellen. Denn wir sind davon überzeugt, dass man beides miteinander vereinbaren muss, um ein erfolgreiches Krisenmanagement bzw. eine Krisenprävention zu organisieren, weil es einer spezifischen Expertise bedarf, da Virologie, Ökonomie, der Bereich Ernährungssicherheit oder, wie in unserem Fall, Krieg und Frieden eben unterschiedliche Gefahrenfelder sind.

Als Friedens- und Konfliktforscher neige ich dazu, die Indikatoren, die Warnindikatoren in meinem Feld besonders hoch einzustufen und besonders zu akzentuieren. Für die politische Entscheidung in Krisen bedarf es jedoch eines Ausgleichs mit anderen, mit benachbarten Feldern sowie dieser vergleichenden und übergreifenden Perspektive, um nicht zusätzliche Probleme zu schaffen. Das ist etwas, das wir in unserem Forschungsverbund untersuchen. Genauso untersuchen wir aber, wie Krisen interdependent miteinander verbunden sind, im Hinblick auf Klimaveränderungen, Sicherheit, Gesundheit und Ökonomie. Das sind alles Dinge, die Sie gerade auch schon angesprochen haben. Die Interdependenz, diese Verflochtenheit von globalen Krisenphänomenen in der Gegenwart, ist eigentlich das wesentliche Charakteristikum, das die Herausforderung, damit politisch umzugehen, weiter erhöht und erschwert.

Am Ende des Beitrags werde ich auch noch einmal expliziter darauf eingehen, welche Formate und Strukturen hier entwickelt werden müssen. Eigentlich besteht kein Krisendialog mehr, denn es handelt sich um einen Trialog zwischen Politik und Verwaltung, Wissenschaft und organisierter Gesellschaft. In der Coronakrise haben wir gesehen, dass der Austausch zwischen diesen drei Gruppen beim Krisenmanagement und dem, was optimiert werden kann, eine Rolle spielt bzw. spielen sollte. Zudem brauchen wir Formate und Standards, die bereits außerhalb der Krise entwickelt werden müssen, damit Sie effektiv handeln können, wenn es zur Krise kommt. Aus meiner Perspektive ist es die besonders lohnende Aufgabe dieser Enquetekommission, über so etwas nachzudenken.

Was möchte ich in den nächsten Minuten gern machen? Ich möchte auf die Besonderheit des Begriffs „Krise“ eingehen. Es wurde bereits besprochen, dass das ein Wende-

punkt, ein Entscheidungspunkt ist und nicht nur die Bedrohung im Vordergrund steht. Da möchte ich einsteigen.

Dann möchte ich auf Krisenkonzepte zu sprechen kommen. Diesbezüglich kann ich gut an das anknüpfen, was Sie schon besprochen haben, und das noch um drei Punkte ergänzen, nämlich was die Zeitlichkeit – latente/akute Krise –, was grenzübergreifende Krisen und was besondere Herausforderungen des Lernens aus Krisen betrifft.

Am Ende steht die Überlegung, was das aus unserer Perspektive konkret für die Arbeit einer Enquetekommission bedeutet. Was sind die Punkte, die sich die Kommission vielleicht vornehmen sollte? Das geht dann noch einmal in das Lernen für das spezifische Krisenfeld ein, um das in ein kalkulierbares Risiko in der Zukunft zu überführen, und im Hinblick auf die Pandemie, aber auch in der allgemeinen Perspektive zu schauen, was Krisenfelder sind, die man bereits jetzt unter Berücksichtigung von verschiedenen Fachdisziplinen identifizieren sollte. Es gilt dann, dafür einen Austausch zu entwickeln, um zu spezifischen Gefahrenprognosen zu gelangen.

Krise heißt entscheiden, aber auch, entscheiden zu müssen, und das ist vielleicht der Punkt. Es gibt unterschiedliche Definitionen von Krise. Im Konzept Krise kommt aber eigentlich immer eine messbare Bedrohung vor, die einen unmittelbaren Handlungsdruck erzeugt, und dieser unmittelbare Handlungsdruck ist in der Situation gegeben, in der Informationen noch nicht abgesichert sind. Das sind sozusagen die drei Elemente, die im Krisenkonzept immer vorkommen.

Ich möchte aber betonen, dass die Zukunft in einer Krisensituation immer offen ist. Der Zeithistoriker Reinhart Koselleck hat die Krise als einen Zeitabschnitt beschrieben, in dem eine Entscheidung fällig, aber noch nicht gefallen ist. In diesem Zeitabschnitt ist also noch nicht klar, was in der Zukunft passieren wird.

Sie haben darüber gesprochen, was eine Krise von einer Katastrophe abgrenzt. Die beiden bekannten Forscher aus dem Krisenmanagement Arjen Boin und Rhinard haben gesagt, dass eine Krise sozusagen ein schlechtes Ende hat und dass die Katastrophe ist. Offenheit der Krise bedeutet daher, dass sie in ihrem Ausgang noch gestaltet werden kann und regulierbar ist. Eine Entscheidung kann hier also noch eine Veränderung herbeiführen. Das ist ganz, ganz wichtig. Naheliegend ist auch, in einer Krise zu sagen, dass das Schlimmste abgewendet werden kann und Umbrüche stattfinden können, die neue Pfade ermöglichen.

Entsteht aus einer Krise immer etwas Neues? Hierzu gibt es von Reinhart Koselleck ebenfalls ein schönes Zitat: „Krise ist ein Krankheitsbegriff, der eine wie auch immer geartete Gesundheit voraussetzt, die wiederzuerlangen ist oder die in einer bestimmten Frist durch den Tod überholt wird.“ Bei den politischen Krisen der Gegenwart, über die wir sprechen, ist das glücklicherweise eigentlich nicht der Fall. Ich habe es gerade schon gesagt: Krisen werden als Situationen des Umbruchs beschrieben, und sie werden auch als Situationen des Umbruchs genutzt. Wegen dieser Regulierbarkeit und

Gestaltbarkeit sind Krisen daher auch Momente, die politisch genutzt werden können, um die Weichen neu zu stellen und grundsätzliche Transformationen durchzuführen.

Das heißt, wir haben einen konkreten Umgang mit Krisen. Wenn wir an die Coronapandemie denken, dann diskutieren wir gerade die langfristige Nutzung bestimmter Maßnahmen, die sich als wirksam erwiesen haben, wie z. B. das Tragen der Maske. Es geht aber auch um politische Strukturen, die verändert werden. Ein Beispiel dafür ist die auf Bundesebene geplante Einrichtung einer Freiheitskommission, die inzwischen auch erweitert auf den Bereich der Sicherheitspolitik überprüfen soll, inwiefern neue Maßnahmen in die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger eingreifen, und das muss dann in einen Ausgleich gebracht werden. Das ist ein besonders sinnvoller Vorschlag, der sich aus der Coronapandemie ergeben hat.

Zum Risiko der politischen Instrumentalisierung: Während der Coronapandemie waren Kontaktbeschränkungen notwendig, die in Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit eingegriffen haben. Die Europäische Kommission hat für die europäischen Staaten festgestellt, dass sich die Rechtsstaaten hier als sehr resilient erwiesen haben; die Mechanismen haben funktioniert. In der globalen Beobachtung – wir haben schon über internationale Verantwortung gesprochen – hingegen hat sich gezeigt, dass in bestimmten Regimen politische und demokratische Rechte in einem Maß eingeschränkt wurden, das nicht notwendig war, und Regierungen die Pandemie dafür genutzt haben, demokratische Räume für aktive Zivilgesellschaften einzuschränken.

Das heißt, wenn wir über Maßnahmen für eine krisenfeste Gesellschaft nachdenken, braucht es zum einen die Bereitschaft, in solchen Situationen Entscheidungen zu treffen oder Strukturen zu schaffen, damit man Entscheidungen treffen kann, und zugleich Mechanismen, die politischen Instrumentalisierungen in der Krise vorbeugen. Außerdem gehört dazu, das Potenzial der Zivilgesellschaft zu nutzen.

Herr Dr. Siegel hat die Bulletpoints dazu schon gezeigt, und es gibt noch weitere Studien, mit denen ich mich befasst hatte. Dabei geht es darum, dass gerade zu Beginn der Krise die Solidarität der Zivilgesellschaft besonders hoch ist. Das lässt dann nach, und es kommt auch zu Momenten der Demobilisierung. Das ist sicherlich etwas, das beim Lernen aus dieser konkreten Krise eine Rolle spielen sollte, um künftig Demobilisierungen zu verhindern und die organisierte Gesellschaft, die Zivilgesellschaft in Krisen zu nutzen. Es ist auch der große Vorteil von einem demokratischen Krisenmanagement, das tun zu können.

Ich gehe kurz auf die Allgegenwart der Krise in der Alltagssprache ein. In der Forschung ist es wichtig, den Begriff, wenn wir ihn analytisch nutzen wollen, abzugrenzen. Es lassen sich grob zwei Herangehensweisen beobachten. Man kann eine Krise sozusagen erforschen. Wir erforschen, was in der Bevölkerung alles als Krise bezeichnet wird, und versuchen dann, auch der Politisierung der Krise nachzuspüren. Die andere Herangehensweise, über die ich in den nächsten Minuten sprechen möchte, ist, den Begriff der

Krise etwas analytischer und enger zu fassen, um damit bestimmte Phänomene möglichst genau zu beschreiben.

Es gibt verschiedene Krisenzyklen. Ich habe hier einfach einmal die Vorkrise, die akute Krise und die Postkrise genommen – ich glaube, in der Präsentation vorher haben Sie einen etwas komplexeren Krisenzyklus gesehen –, und im Folgenden werde ich vor allem über die akute Krise sprechen, also die Phase der Krise, in der es um die Entscheidungen geht. Bei der Früherkennung reden wir natürlich über die Präkrise. Die Postkrise ist wiederum die Phase des Lernens. Sie sehen auch, dass das ein Zyklus ist; in den ökonomischen Modellen ist das noch viel stärker akzentuiert. Eine Krise ist also eigentlich ein Zyklus und wird auch als Zyklus benötigt. Insofern findet sich das auch in anderen sozialwissenschaftlichen Modellen, die sich damit befassen.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass eine Krise eine messbare Bedrohung, Handlungsdruck und Unsicherheit ist. Es gibt aber noch ein viertes Element, das aus unserer Sicht, aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive, eigentlich immer dazu kommt. Dieses Element ist, dass eine Krise von der breiteren Öffentlichkeit auch als Krise wahrgenommen werden muss, damit bestimmte gesellschaftliche und politische Dynamiken überhaupt in Gang kommen.

Herr Dr. Siegel hatte es gerade schon gesagt: Die Unterscheidung in subjektiv und objektiv führt gar nicht so viel weiter, denn in dem Moment, in dem eine vorherrschend subjektive Wahrnehmung einer Bedrohung, mit der wir konfrontiert sind, vorhanden ist, hat man eine Krise, und es sind die Folgen davon, die objektiv sind. Der Punkt der Krisenwahrnehmung führt also zu objektiven Folgen, die wir insofern sehr, sehr ernst nehmen müssen, wobei wir auch immer den Moment der Politisierbarkeit berücksichtigen müssen.

Der Zeithistoriker Thomas Mergel hat Krise als einen Begriff der Selbstbeschreibung einer Gesellschaft, die sich ihrer Reform- und Wandlungsfähigkeit sowie -bedürftigkeit vergewissert, beschrieben. Das ist etwas, das wir, wenn wir den Krisenbegriff langfristig verfolgen, immer wieder sehen: dass er auch dazu genutzt wird, bestimmte politische Veränderungen einzuleiten.

Ich habe gemeinsam mit Professor Bösch, Professor Deitelhoff und mit meinem Kollegen Dr. Thiel das „Handbuch Krisenforschung“ herausgegeben. Wir fassen den Krisenbegriff darin in einen binären Zugriff als die breite öffentliche Wahrnehmung bedrohlicher gesellschaftlicher Herausforderungen, die unmittelbare grundlegende Entscheidungen und Veränderungen zu ihrer Lösung verlangen. Die Definition verbindet damit reale Probleme, deren Perzeption und eine Handlungsebene.

Eine andere Frage war, wie wir mit der Zeitlichkeit unterschiedlicher Krisen umgehen. Herr Dr. Siegel, Sie hatten diesbezüglich bereits drei sehr schöne Beispiele genannt, und das Beispiel Klima ist das Thema, mit dem sicherlich die größte Bedrohung verbunden ist, mit der wir gegenwärtig global konfrontiert sind. Gleichzeitig ist das eine Be-

drohung, deren Lösung allein über eine Krisenkommunikation eine Herausforderung sein wird, weil es einer langfristigen Transformation bedarf, die mit dem Begriff „Krise“, der meist auf etwas Akutes fokussiert, schwierig zu verbinden ist.

Aus diesem Grund gibt es verschiedene Ansätze, schleichende oder latente Krisen in der Forschung zu beschreiben – Creeping Crisis ist der englische Begriff, der hier häufig verwendet wird. Es handelt sich dabei um Bedrohungen, die vorhanden sind und auf die in der Diskussion von Expertinnen und Experten auch hingewiesen wird. Auf die Klimaveränderungen – ich bleibe jetzt einfach bei diesem Beispiel – wird seit den Siebzigerjahren hingewiesen. Die Wahrnehmung als Krise ist hingegen deutlich jüngeren Datums. Die Coronapandemie hat wiederum dazu geführt, diese Wahrnehmung aus der Öffentlichkeit zumindest für eine bestimmte Zeit zu verdrängen – mit großen Schäden. Auch beim russischen Krieg in der Ukraine merken wir, dass wir eine akute Krise haben, die andere Probleme in den Hintergrund drängt, was weitere Probleme nach sich ziehen wird.

Es ist also eine Bedrohung vorhanden, die in der Öffentlichkeit noch nicht als Krise wahrgenommen wird. Von den verantwortlichen Akteuren wird das deshalb nicht als Krise adressiert, was jedoch die von diesen Bedrohungen ausgehende Gefahr steigert. Deswegen ist hier die Rolle von Expertinnen und Experten von besonderer Bedeutung, weil sie nämlich dabei helfen können, diese Risiken früher zu erkennen, und durch ihre Beratung dazu beitragen, dass sich solche Bedrohungen nicht zu einer Krise verdichten.

Zur internationalen Verantwortung: Das ist etwas, das mir als Experten für internationale Beziehungen natürlich besonders wichtig ist. Die Krisen, über die wir in der Gegenwart in der Regel sprechen, sind zum einen geografisch grenzüberschreitend und zum anderen in bestimmten gesellschaftlichen Funktionsbereichen übergreifend – ich hatte Klima und Sicherheit genannt, und über Gesundheit und Ökonomie haben Sie heute, glaube ich, bereits intensiv diskutiert. Das Krisenmanagement ist deswegen auch für eine Landespolitik etwas, das kooperativ grenzübergreifend erfolgen sollte.

Darüber hinaus sollte insbesondere – hier sind wir wieder bei dem Punkt der Generalisierbarkeit – eine Multiperspektivität und eine Interdisziplinarität von Fachwissen eingebunden werden, weil wir eben unterschiedliche Gesellschaftsbereiche haben, die in Krisensituationen auftreten können. Um dem wiederum begegnen zu können, muss man sehr breit aufgestellt sein, wobei dem die verschiedenen Expertinnen- und Expertenräte oder jetzt auch die Enquetekommission Rechnung tragen. Das ist eine sehr positive Entwicklung.

Ich möchte gern noch auf das Lernen aus der Krise eingehen. Erst einmal ist eine Krise deshalb eine Krise, weil die bestehenden Routinen und Normen darauf nicht anwendbar sind. Außerdem ist eine Krise deshalb eine Krise, weil sie eine einzigartige Herausforderung darstellt und eine neue Antwort braucht. Deswegen ist die Krise also, wie gesagt, eine Krise, und es ist sehr schwierig, aus einem solchen Prozess zu lernen. Ei-

gentlich gelingt es uns nur, das für das spezifische Feld in ein kalkulierbares Risiko zu verwandeln, und es schützt uns nicht davor, in einem ganz anderen Bereich wieder von einer Krise getroffen zu werden.

Die russische Invasion ist vielleicht ein solches Beispiel, wobei ich als Friedensforscher sagen würde, dass wir schon vor über einem Jahr darauf hingewiesen haben: dass die Entwicklungen dort sehr, sehr bedenklich sind. Wir hatten also auch hier einen gewissen Vorlauf und Vorwarnmechanismen, die hätten wirken können.

Ein weiterer Punkt ist das Governing by Looking Back, also ein Regieren durch ein Zurückschauen in solchen Situationen. Welche Maßnahmen ergriffen werden sowie die Orientierung an der Vergangenheit verbindet bestimmte Krisen über die Zeit miteinander. Obwohl Krisen also einzigartig sind, haben wir faktisch Lernprozesse. Umso wichtiger ist es, diese Lernprozesse offensiv und transparent zu führen.

In diesem Zusammenhang ist die politische Variante, die Sie mit einer Enquetekommission gewählt haben, sehr viel mehr zu begrüßen als z. B. ein Untersuchungsausschuss, weil es auch einer Fehlerkultur bedarf. In diesen Entscheidungssituationen kommt es zu Fehlentscheidungen, und wenn für die Zukunft für das spezifische Krisenfeld, aber auch für Prozesse etwas gelernt werden soll, braucht man eine gute Fehlerkultur und eine politische Offenheit. Die Krisenforschung hat auch gezeigt, dass politische Institutionen oft kein großes Interesse daran haben, über die vergangene Krise zu reden, um ein Auflisten von Fehlern zu vermeiden.

Außerdem ist für das Lernen aus Krisen die Unterscheidung, die ich bereits mehrfach genannt hatte, zwischen einem Lernen für das spezifische Krisenfeld – hier also eine Gesundheitskrise – und einem Lernen für allgemeine Prozesse sehr wichtig. Diesbezüglich würde ich in meiner Funktion und als jemand, der auch intensiv in der Wissenschaftskommunikation arbeitet, vor allem den Dialog zwischen Wissenschaft und politischer Praxis nennen, durch den wir besonders viel lernen und für die Zukunft gewinnen können.

Damit sind wir sozusagen beim letzten Teil. Der Krisendialog ist eigentlich – ich hatte das vorhin gesagt – ein Trialog. Wir haben die Akteure Politik und Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft sowie die Fachpraxis, die im Krisenmanagement oder auch in der Früherkennung miteinander interagieren. Diese Akteure haben jedoch ganz unterschiedliche Rollen, die benannt werden müssen, um einen Vertrauensverlust, wie das von Herrn Dr. Busemeyer angesprochen wurde, oder eine Krise der repräsentativen Demokratie zu vermeiden. Es gilt, deutlich zu machen, dass eine intensive wissenschaftliche Beratung in der Krise keine Expertokratie ist, die politische Entscheidungen ersetzt; das ist auch gar nicht unsere Rolle. Als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollten wir dementsprechend agieren und gleichzeitig immer wieder darstellen, was unsere Rolle ist. Wir sind in der Verantwortung, unsere Expertisen so anzubieten, dass sie sowohl von Politik und Verwaltung als auch von Zivilgesellschaft und Fachpraxis genutzt werden können. Aus diesem Grund sind wir dafür verantwortlich, intern Qua-

litätssicherungsprozesse zu haben, die eine hohe Qualität unserer Analysen gewährleisten. Außerdem sind wir in der Verantwortung, deutlich zu machen, dass es meistens unterschiedliche Szenarien sind, die sich entwickeln können und die auch in der akuten Krise in der Regel nicht auf eine Alternativlosigkeit zulaufen. Das ist sozusagen unsere Verantwortung in der Wissenschaft intern sowie dann in den Austausch mit den anderen Partnern zu gehen.

Was heißt das aus unserer Sicht ganz konkret für diese Enquetekommission? Es müsste in diesem Dialog darum gehen, jetzt Gefahrenfelder zu identifizieren, für die in der Zukunft Krisen wahrscheinlich erscheinen. Das sollte dann regelmäßig in einem kontinuierlichen Dialog überprüft werden. Zudem sollten Frühwarnungen aus der Wissenschaft inklusive Qualitätsmanagement so weiterentwickelt werden, dass sie von den Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern gut verarbeitet und genutzt werden können. So ist es möglich, Vertrauen und Verständnis füreinander aufzubauen. Denn die Forschung zur Beratung, im Bereich der Frühwarnung von Krisen und im Bereich internationaler Konflikte zeigt auch, dass es ein Vertrauen in die Entscheiderinnen und Entscheider sowohl in diejenigen, die beraten, als auch in deren Methoden braucht. Dafür bedarf es wiederum Verständnis füreinander. Das ist aktuell allerdings noch nicht so ausgebaut, wie das der Fall sein müsste.

Ganz wichtig ist aber auch der Hinweis: Mehr Daten heißt nicht, dass sich das Problem oder die Entscheidung allein daraus ergibt. Es gibt nicht für jedes Problem und vor allem nicht für jede Krise eine Lösung. Ein solches lineares Verständnis würde an der Komplexität von sozialen Prozessen vorbeigehen. Das ist wichtig; denn häufig wird übersehen, dass sich die Lösung des Problems oder der Krise, mit der wir konfrontiert sind, nicht unmittelbar aus mehr Daten oder aus der Beratung ergibt. Es braucht also auch hier diesen gemeinsamen Prozess und Austausch, um zu Problemlösungen und zu einem Krisenmanagement zu gelangen.

Zum Schluss möchte noch einmal betonen: Wir brauchen zum einen das spezifische Wissen in einem bestimmten Feld. Zum anderen brauchen wir auch das vergleichende Wissen, um nicht Gefahren in einzelnen Feldern überzubetonen und um sie in einen Ausgleich zu bringen. Umso wichtiger ist es, in der Krisenberatung eine Multiperspektivität und eine Interdisziplinarität zu haben.

Damit beende ich meinen Vortrag und freue mich auf Ihre Fragen nach dem nächsten Vortrag.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. Es ist erstaunlich, was man alles in 20 Minuten unterbekommen kann. – Ich gebe jetzt Herrn Professor Dr. Endreß das Wort. Er ist Professor für Allgemeine Soziologie an der Universität Trier. Bitte, Sie haben 20 Minuten Zeit.

Sv. Herr Dr. Endreß: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Ich bedanke mich einleitend ganz herzlich für die Einladung in Ihre Runde. Es ist bereits ein langer Tag gewesen, und das eine oder andere Stichwort wird sich wahrscheinlich auch wiederholen, aber so ist das nun einmal. Sie sind heute zusammengekommen, um über Definitionen und über die Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“ miteinander zu verhandeln. In diesem Zusammenhang haben Sie mir im Vorfeld zwei Fragen zur Beantwortung vorgelegt.

Erstens: Was bedeutet Krise und Krisenfestigkeit? Und zweitens: Welche Nachhaltigkeitstransformationen sind zur Herstellung eines resilienten Gemeinwesens erforderlich? Das ist ersichtlich zu viel für eine umfassende Behandlung. Für Sie scheint aber insbesondere das Verständnis von Krise und Resilienz und deren Zusammenhang im Vordergrund zu stehen, und darauf will ich mich hier konzentrieren.

Ich bündele meine Überlegungen anfangs in eine zugespitzte These. Aus meiner Sicht kann Krisenfestigkeit niemals Krisenfreiheit bzw. Krisenlosigkeit bedeuten. Im Gegenteil: Ich erachte Krisen sowohl für die menschliche Lebenspraxis als auch für das politische Handeln als notwendig und als konstitutiv. Dementsprechend ist meines Erachtens Resilienz auch nicht, wie vielfach zu hören, mit Krisenlosigkeit im Sinne eines schlichten Zurücks zu einem vermeintlich idealen vorgängigen Zustand zu verstehen oder damit gleichzusetzen.

Die erste Frage nach der Beantwortung der Bedeutung von Krise ist zugleich eine Frage nach dem Begriffsverständnis von Krise. Der Begriff „Krise“ wird zumeist in seiner diffusen alltäglichen Verwendung in die politische Sprache überführt. Alltäglich ist der Krisenbegriff aber oftmals mit einem Ereignischarakter versehen, der den Eindruck entstehen lässt, wir hätten es zunehmend mit mehr Krisen als einem beobachtungsunabhängigen Phänomen zu tun. Im Unterschied dazu verstehe ich – da schließe ich mich dem einen oder anderen Vorredner an – Krise als Deutungskategorie für vom Publikum als dringlich erachtete, aber eben auch dauerhaft komplexe Problemlagen. Ist also von einer Krise die Rede, ist damit eine sich vollziehende Auflösung der routinierten gesellschaftlichen Normalität beobachtet bzw. zum Gegenstand geworden.

Gesellschaftliche und politische Krisendefinitionen und Krisendiagnosen sind entsprechend jeweils vom historisch gesellschaftlichen Kontext ihrer Entstehung abhängig. Um die Logik dieser Deutung besser zu verstehen, ist meines Erachtens eine kurze begriffsgeschichtliche und zeitanalytische Reflexion unerlässlich.

Der Begriff „Krise“ entstammt – das haben wir schon gehört – dem Griechischen. Dort war er neben seinem juristischen und theologischen Gebrauch auch in der Medizin zu Hause und markierte dort insbesondere den Höhe- bzw. Wendepunkt von Krankheitsverläufen. Diese Bedeutung gewinnt er durch den Zusammenfall von objektiven Befunden und subjektiven Beurteilungen oder Prognosen, wobei der zentrale Bezugspunkt die Entscheidungssituation unter dem Gesichtspunkt der begründeten Opposition von Gesundheit oder Krankheit ist. Diesem ursprünglichen Begriffsgebrauch ist meines Er-

achtens schon der zentrale und entscheidende Moment, nämlich der Entscheidungszwang einerseits und die Begründungsverpflichtung andererseits, angelegt.

Im Kern umfasst der Begriff „Krise“ eine zeitliche Konstellation in dreifacher Hinsicht:

Erstens: Der Begriff steht zunächst für die jeweils aus der Sicht des oder der Beobachtenden aktuell zu konstatierende Instabilität der Verhältnisse. Es wird also eine beunruhigende Gegenwart diagnostiziert.

Zweitens: Der Begriff dient zugleich als Bezeichnung für einen Schwellen- bzw. Tipping-Point, also für eine Phase, für die angenommen wird, dass sich in ihr vor dem Hintergrund der bisherigen Entwicklung der weitere Verlauf der Dinge entscheiden könnte. Die Gegenwart wird daher im Lichte einer vermeintlich vorkrisenhaften Vergangenheit gedeutet.

Drittens: Der Begriff steht außerdem für das aus diesen Beobachtungen abgeleitete Risiko, also für die Unsicherheit, die Unbestimmtheit und die Gewagtheit jedweder Prognose für oder über die Zukunft.

Krise wird daher als Prozess verstanden, als etwas vor dem Hintergrund des Vergangenen Aufschlagendes, aktuell Thematisches sowie potenziell Vergehendes. Das begriffliche Korrelat von Krise scheint jeweils irgendeine Vorstellung von Balance, Gleichgewicht oder einer selbstverständlich unterstellten Normalität zu sein.

Im Zuge des 18. Jahrhunderts vollzieht sich dann eine Verallgemeinerung des Begriffs. Reinhart Koselleck hat uns das in vielfältigen Studien dargelegt. Es handelt sich um eine Veränderung, die das generalisierte Begriffsverständnis an die Identifizierung von Modernität koppelt und die damit zugleich als Ausdruck des Erlebens einer sowohl zeitlich forcierten als auch sachlich intensivierten Veränderungsdynamik zu verstehen ist.

In diesem Zug vollzieht sich dann eine geradezu paradoxe Veränderung. Die Zeiten werden zwar als dynamischer gedeutet, aber das Begriffsverständnis von Krise wird geradezu statischer. Forcierte und intensivierte Dynamik scheinen ab nun als Dauerzustand begriffen zu werden. Für das Begriffsverständnis erfolgt also eine Verlagerung auf den Zeitraum vor der Lösung, auf die aktuelle Situation der Unsicherheit oder der Bedrohung, die dann potenziell immer diagnostizierbar ist. Deshalb haben wir das, was wir gegenwärtig haben: stets irgendeine und ganz viele Krisen.

Die Krise wandelt also ihren temporalen Charakter. Sie wird von einem entscheidungsrelevanten Übergang zu einem hinzunehmenden Dauerphänomen und damit zu einem Charakteristikum, wie auch Koselleck ausgearbeitet hat, westlicher Modernität schlechthin. Solchermaßen sind dann in dieser Vorstellung stabile Zeiten, also Zeiten jenseits einer Krise, aus dem Geschichtsverständnis gewissermaßen eliminiert. Die Zei-

ten sind also sozusagen immer schon und immer wieder aus dem Gleichgewicht; so die moderne Wahrnehmung.

Diese Verengung des Begriffsverständnisses von Krise veranschaulicht also den historisch changierenden Charakter dieses Begriffs selbst, und das ist ein Teil der Antwort, die Sie brauchen: dass es keinen über die Zeiten übergreifenden Krisenbegriff gibt. Das kennen wir in den Kulturen, die wir kennen, nicht. Hat man sich das klargemacht, dann ergibt sich zugleich eine andere an das klassische Begriffsverständnis anschließende Perspektive auf die mit dem Etikett „Krise“ gedeutete Situation. Denn so verstanden, öffnet jede Krise eine vormals als mehr oder weniger geschlossen wahrgenommene Situation – ich komme darauf noch zurück. Der Punkt ist dann: Entscheidungskrisen sind sozusagen der Prototyp von Krisen.

Halten wir zunächst fest: Keine Krise kommt überraschend; keine Krise steht für sich, sondern sie ist vielmehr ein Verflechtungsphänomen, typischerweise mit Kaskadeneffekten. Krisen stellen die Routine des Lebens dar, und ihre kommunikative Dramatisierung ist inzwischen gerade ein Element dieser Routine, und in dieser Produktion von Routine ist Politik ihrerseits sowohl kommunikativ als auch pragmatisch ein Akteur. Krisen eröffnen damit aber immer auch den Blick auf objektive Möglichkeiten für Veränderungsprozesse, selbst, wenn diese vielfach gerade aufgrund der herausgeforderten Routinen im Alltag nur schwer zu erkennen sind.

Was kann man vor diesem Hintergrund unter Krisenfestigkeit verstehen, bzw. wann ist ein Gemeinwesen als krisenfest bestimmbar? Bei der Beantwortung schließe ich an die angekündigte Abgrenzung von Krisenfestigkeit und Krisenlosigkeit an. Eine krisenfeste Gesellschaft ist k e i n e Gesellschaft ohne Krisen. Denn eine Gesellschaft ohne Krisen wäre eine Gesellschaft der Stagnation, der strukturellen Immobilität. Ein Gemeinwesen ohne Krisen wäre ein erstarrtes Gemeinwesen – unfähig zu lernen, weil unfähig Fehler zu machen, diese zu reflektieren und so entweder Transformationen auf den Weg zu bringen oder gar Neues zu erzeugen. Im Gegenteil: Ein krisenfestes Gemeinwesen ist somit eines, das sich erstens aufgrund bisheriger Krisenerfahrungen eine elastische institutionelle Infrastruktur erarbeitet, das sich zweitens zukunftsoffen aufstellt und das sich drittens auf dieser Grundlage auf absehbare Krisen im Modus objektiver Möglichkeiten versucht einzustellen.

Krisenfestigkeit bewährt sich also nicht durch die Verhinderung von Krisen, sondern primär durch die Etablierung einer elastischen Infrastruktur des Krisenlernens. Das heißt zugleich, dass es den politischen Willen braucht, in mittel- bis langfristiges Denken in die Entfaltung von Denkhorizonten zu investieren, die sonst gern vom Dringlichkeitsimperativ eines alltäglich reklamierten politischen Handlungsdrucks verschlungen werden.

Diese Überlegungen leiten zur zweiten Frage nach der Herstellung eines resilienten Gemeinwesens über. Krisen in ihrer Geschichtlichkeit und Prozessualität ernst zu nehmen bedeutet, sowohl vergangene als auch in der Gegenwart ihren Ausgang nehmen-

de Prozesse, die als Krise verhandelt werden, daraufhin zu befragen, welche Entscheidungserfordernisse sie mit sich bringen und welche Entscheidungen aufgrund welcher Kriterien – also wieder der Begründungszwang – entsprechend wie getroffen werden müssen oder getroffen worden sind.

Zugleich sind sie auch sensibel für Nebenfolgendynamiken, auf diese hin zu analysieren und die daraus zu ziehenden Konsequenzen auf gegenwärtige Situationen zu beziehen. Krise erscheint dann nicht als moderner Normalzustand des Pathologischen, sondern als verstetigtes Reflexionsgesetz angesichts des prinzipiell krisenhaften und prozessual zu denkenden Sozialen.

Um über die Konturen eines resilienten Gemeinwesens konkret sprechen zu können, bedarf es neben der zeitanalytischen Einordnung natürlich auch einer Reflexion der vielfältigen – der politischen, ökonomischen, ökologischen, rechtlich-moralischen, psychophysischen, operativ-logistischen usw. – Herausforderungen.

Nur zwei Stichworte: Im Zuge der Coronapandemie war deutlich festzustellen, wie institutionell verfahrensbezogene Entscheidungsfindungshürden, institutionelle Hierarchien und mangelnde Fehlerkulturen die kurz- und langfristig orientierten Handlungspotenziale einschränken. Im Umgang mit dem Klimawandel zeigt sich, wie sehr das politische Denken nach wie vor in bzw. auf zu kurz- und mittelfristige Zeithorizonte hin – typischerweise Legislaturperioden – angelegt ist.

Möglicherweise liegt also in der Krise nach der Krise potenziell die eigentliche Krise. Denn die Deutung der Situation als krisenhaft stellt auf Vergangenes ab, während eine auf Resilienz abstellende Krisenreflexion den Blick zuallererst auf die Zukunft zu lenken und damit auch das in jeder Krise objektiv identifizierbare Innovations- und Lernpotenzial, also auch langfristige objektive Möglichkeitshorizonte und gesellschaftliche Entwicklungen, in den Blick zu nehmen vermag. Damit gilt es zu verhindern, dass institutionelle Schranken das Krisenlernen be- oder verhindern.

Generell scheint mir, dass die schnelle und mitunter ausschließliche Fokussierung auf politische Verantwortlichkeiten eine strukturelle Lernblockade für das resiliente Gemeinwesen darstellt. Im Gegensatz zu vielfach anzutreffenden Gleichsetzungen mit Krisenfestigkeit im Sinne eines Bounce back, also der Idee, in einen vorherigen Zustand zurückzupendeln, möchte ich deshalb vorschlagen, Resilienz umgekehrt als Prozessmodell zu fassen. Resilienz bedeutet dann für ein Gemeinwesen, nicht nur auf kurzfristige Prozesse der Ad-hoc-Bewältigung abzustellen, sondern stets die Potenziale mittel- und langfristiger Anpassungen und Transformationen auszuloten.

Resilienz bedeutet nicht, zur vermeintlichen Vergangenheit zurückzukehren und ehemalige sogenannte Gleichgewichte wiederherzustellen, sondern aus den Herausforderungen in der Vergangenheit in der Gegenwart für die Zukunft zu lernen. Resiliente Gemeinwesen wären dann solche, die sich vor dem Hintergrund krisenhafter Erfahrungen selbst zu gestalten vermögen und so womöglich neue Gleichgewichte schaffen.

Entsprechend stellen Resilienz und Krisen oder auch Resilienz und Vulnerabilität gerade keine Gegensätze dar. Im Gegenteil: Sie sind vielmehr notwendig aufeinander verwiesen.

Damit stellt sich die Frage, wie die institutionelle Infrastruktur eines dann als resilient charakterisierbaren Gemeinwesens gebaut sein sollte. Ein solches Gemeinwesen braucht erstens Ideen, Leitlinien. Zweitens muss es die in ihrer Gegenwart und für die Zukunft absehbaren Interessen erkennen und kanalisieren sowie Institutionen entwickeln, die es in ihrem Zusammenspiel gestatten, in hinreichendem Maß objektive Möglichkeitsspielräume gesellschaftlicher Lebenspraxis zu denken. Es geht solchermaßen um ein Gemeinwesen, das in hinreichendem Maß, also in objektiven Möglichkeiten, denkt. Nur so lässt sich dauerhaft strukturell Neues überhaupt ermöglichen.

Dabei erscheint es mir insbesondere wichtig, Innovationen nicht ökonomisch oder technisch eng zu führen, sondern diese mit Blick auf die Multidimensionalität von Gemeinwesen breiter zu denken. Kurzum: Es geht um eine Gesellschaft, die für einen auf ein dauerhaftes Lernen umgestellten Umgang mit Herausforderungen hinreichend elastisch und plastisch ist. Es bedarf also der Etablierung eines Systems institutioneller Elastizität, das der menschlichen, der wissenschaftlichen, der politischen und der zivilgesellschaftlichen Gestaltungsfähigkeit und Gestaltbarkeit hinreichend Spielräume eröffnet.

Mit Blick auf die angesprochenen Krisenphänomene, die auch für Baden-Württemberg relevant sind: Corona wird bleiben. Es kommt also darauf an, sich auf ein Leben mit Corona einzustellen – in welcher Form auch immer. Aus Corona lernen heißt aber auch, politische Strukturen und Entscheidungsprozesse zu überdenken und vor allem eine politische Fehlerkultur zu entwickeln, die Fehler nicht nur akzeptiert, sondern als notwendiges Element des politischen Prozesses begreift und kommuniziert.

Der Klimawandel ist vielleicht nicht mehr in Gänze vermeidbar, aber die nach wie vor bestehenden Möglichkeiten seiner Begrenzung müssen ausgeschöpft werden. Zugleich darf der Blick nicht nur auf eine kurzfristige Schadensbegrenzung verengt werden, sondern es muss offen und vor allem in langfristiger Perspektive diskutiert werden, welche Chancen der Klimawandel einerseits bietet und welche Anpassungs- und Transformationsanstrengungen andererseits notwendig sind, um mit dem Klimawandel nicht nur in regionaler und nationaler, sondern auch in globaler Perspektive umzugehen.

Die demokratietheoretischen Herausforderungen, u. a. im Zuge der sogenannten Coronaproteste, werden sich nicht auflösen, sondern werden sich möglicherweise auf andere Diskussionsfelder verlagern. Für ein resilientes Gemeinwesen bedeutet das, dass diese Herausforderungen und Ambivalenzen einerseits ehrlich wahrgenommen, thematisiert und ausgehalten werden müssen, andererseits aber eben auch die Kernaspekte der bundesrepublikanischen Demokratie engagiert weiterentwickelt und verteidigt werden sollten.

Für diese Beispiele gilt: Von Resilienz oder von einem resilienten und krisenfesten Gemeinwesen kann dann gesprochen werden, wenn diese Herausforderungen nicht nur kurzfristig, sondern in mittel- und langfristiger Perspektive sondiert werden. Mit Blick auf die Transformationspotenziale heißt das: Sie können den Kern sicherstellen, der ein demokratisches Gemeinwesen auszeichnet: seine institutionelle Elastizität.

Meine Damen und Herren, wir sind mit einer Paradoxie konfrontiert, lassen Sie mich das zusammenfassend sagen. Allenthalben wird die eingeschränkte Handlungsmächtigkeit des Staates hervorgehoben und zugleich ganz selbstverständlich ein Maßnahmenpaket nach dem anderen mit dem Versprechen verabschiedet, dass der Staat es schon richten werde, während wiederum zugleich kommuniziert wird, dass absehbare Durststrecken anzukündigen sind und ein erfolgreiches Umdenken einzufordern ist.

Sowohl ein Zurück als auch ein „Weiter so!“ fallen meines Erachtens als strategische Optionen schlichtweg aus. Das heißt zugleich, dass aktuelle Ansprüche, Anrechte und Anforderungen rundum auf dem Prüfstand gestellt werden müssen. Diese Einsicht muss konsequent, konsistent, kooperativ und kommunikativ – ich hätte ein Vier-K-Modell vorgeschlagen; das kann ich hinterher noch erläutern – zur Richtschnur politischen Handelns und Sprechens werden.

In meinen Augen ist das nicht zuletzt eine Frage des angemessenen Politikstils und der politischen Kultur insgesamt. Die Politik muss lernen, Fehler zu kommunizieren und Fraglichkeit sowie das mühsame Vorantasten in unbekanntem Gelände als legitimes politisches Operieren auszuflaggen. Die Politik muss also lernen, Pluralität und Heterogenität auszuhalten und ohne Moralisierung und Polarisierung zu vermitteln.

Die Figur des Kompromisses, so scheint es mir, bedarf einer dringenden Rehabilitierung, womit zugleich stets die Notwendigkeit der Erklärung – Begründungszwang – von Politik und politischen Entscheidungen einhergeht. Zugleich gilt es – und das erscheint nur auf den ersten Blick paradox –, dort klare Grenzen zu setzen, wo der Kern des demokratischen Gemeinwesens infrage gestellt oder gar angegriffen wird.

Was diesen Kern ausmacht, muss auch Thema eines offenen und lernenden Prozesses sein, der die Perspektiven von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in seinen Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten berücksichtigt. Das heißt, es muss ein Prozess sein, der nicht durch eine vormalige Festlegung irgendeiner Leitkultur abschließbar scheint, sondern der stets unabschließbar ist und dabei nicht als Belastung oder Zumutung, sondern vielmehr als Kern der Verwirklichung eines demokratischen Gemeinwesens verstanden werden sollte.

Dieser Hinweis ist nicht im Sinne einer schlichten Blaupause gemeint. Denn zu jeder soziologischen Reflexion gehört die Einsicht, dass jedwede institutionelle Regelung für Gesellschaften stets integrierende und desintegrierende Elemente enthält und mit jeder politischen Strategie – auch das kann soziologische Reflexion verdeutlichen – notwendigerweise strukturelle Ambivalenzen einhergehen.

Abschließend etwas Positives: Dieser Landtag begründet eine Enquetekommission, die öffentlich und unter Anhörung zahlreicher Expertinnen und Experten sowie unter Einbeziehung von Bürgerforen über die Erfordernisse des Landes Baden-Württemberg angesichts absehbarer und möglicher, potenzieller Herausforderungen debattieren und Handlungsempfehlungen entwickeln möchte. Das, so scheint mir, ist ein eminenter Aspekt der Verwirklichung eines resilienten Gemeinwesens und einer lebendigen Demokratie. Resilienz darf, wie gesagt, weder als Impfstoff noch als Lösungsstrategie verstanden werden, sondern ist vielmehr Perspektive für prozessorientiertes Denken.

Vielen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank für Ihren Vortrag, Herr Professor Dr. Endreß. – Dann kommen wir wieder zu einer Fragerunde. Ich habe gesehen, dass sich Herr Abg. Hildenbrand für die Fraktion GRÜNE gemeldet hat. Danach geht es mit Herrn Abg. Dr. Miller von der CDU-Fraktion weiter.

Abg. Oliver Hildenbrand GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, und vielen Dank an die beiden Vortragenden. – Ich möchte den Begriff des Pausenknopfs aufgreifen, den wir in einem früheren Vortrag des heutigen Tages schon einmal gehört hatten, und an Sie beide die folgende Frage richten: Wie kann, wenn eine akute Krisensituation vorherrschend ist und die Verwaltung, die Politik, der Staat sehr stark mit dem Krisenmanagement gefordert sind, gewährleistet werden, dass obgleich der Aufgabenstellungen, die dennoch fortlaufend zu bearbeiten sind, weil ein Vernachlässigen zu erheblichen Folgen führen würde, dieser Pausenknopf nicht immer dann gedrückt wird, wenn eine akute Krisenlage zu bewältigen ist? Wenn wir von einem Zeitalter der multiplen Krisen sprechen, werden wir es immer wieder mit einem Krisenmanagement zu tun haben, und zwar in gewisser Hinsicht auch fortlaufend. Ich finde deshalb diese Warnung vor dem Pausenknopf tatsächlich bedenkenswert. Daher würde mich interessieren, ob Sie Hinweise oder Ideen haben, wie man verhindern kann, dass dieser immer gedrückt wird.

Danke schön.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Herr Dr. Kroll, vielen Dank für die ausführliche Darstellung und die Einführung unterschiedlicher Begriffe. Sie haben auch von der latenten Krise gesprochen, die, wie man auf Ihrer Folie gesehen hat, keine Krise ist. Diesbezüglich habe ich folgende Fragen: Kann die Politik latente Krisen schon wahrnehmen und darauf reagieren? Sollte man bereits da ansetzen? Wie ist hier ihr Verständnis? Sehr gut fand ich auch den Konnex mit der Wahrnehmbarkeit, dass Krisen, die vielleicht keine objektiven Krisen sind, zu objektiven Krisen werden können, wenn man sie subjektiv als solche empfindet. Wie kann man die latente Krise in unsere Krisenbegriffsdefinition einbauen?

Herr Professor Endreß, ich hatte mir Ihren Satz aufgeschrieben, dass keine Krise überraschend kommt. Vielleicht könnten Sie das noch einmal ausführen. Ereignisse können auch überraschend kommen, und danach kann sich relativ schnell auch eine Krise entwickeln. Vielleicht ist das ein falsches Begriffsverständnis. Könnten Sie darstellen, was Sie damit gemeint haben?

Ich fand auch Ihre Ausführungen zur Resilienz sehr spannend. Das hatte ich tatsächlich immer anders verstanden und bin daher dankbar. Ich habe in dieser Woche das Buch von Markus Brunnermeier mit dem Grashalm gelesen, der bei einem Sturm schnell wieder zurückfedert und man dann eigentlich wieder in dem Gleichgewicht wie zuvor wäre. Bei Ihnen ist die Resilienz jetzt eher ein Zustand und eine Perspektive und kein Zurückfedern in den Ursprungszustand. Insofern ist das auch vom semantischen Begriffsverständnis von Resilienz etwas weg. Könnten Sie mit ein paar Worten erläutern, warum Sie das nicht als ein Zurückfedern in diesem, ich sage einmal, bildlichen Sinn verstehen?

Vielen Dank.

Abg. Florian Wahl SPD: Herzlichen Dank an die Sachverständigen für die Beiträge, die für unsere weitere Diskussion gerade auch heute sehr wertvoll sind. – Herr Dr. Kroll, im Hinblick auf den von Ihnen dargestellten Trialog – Politik und Verwaltung, organisierte Zivilgesellschaft und Wissenschaft – ist für mich nicht ganz klar geworden, wie diese multiperspektivische und interdisziplinäre Verknüpfung zwischen den drei Instanzen funktionieren soll. Könnten Sie darauf noch einmal eingehen?

Zu dem Begriff „Latente Krise“: Sollte es eigentlich nicht immer das Ziel sein, zu vermeiden, dass sich etwas zu einer echten Krise entwickelt? Gibt es darüber hinaus auch kontrollierte Krisen – vielleicht könnten Sie hierfür auch Beispiele nennen –, die zu einem neueren, zu einem besseren Zustand führen, ohne dass die Krisenfolgen für die Gesellschaft und für den Einzelnen zu heftig oder zu krass sind? Das wären die Nachfragen, die ich an Sie hätte, Herr Dr. Kroll.

Herr Professor Endreß, ich würde gern noch einmal auf den Resilienzbegriff zurückkommen, der uns immer wieder umtreibt, der uns wahrscheinlich weiterhin umtreiben wird und der bereits bei der Einsetzung dieser Enquete ein Thema war. Ich habe Sie so verstanden, dass Sie Resilienz auch als einen Prozess verstehen. Meine Frage wäre, ob es bei diesem dauerhaften Lernen, auf das Sie sich immer wieder bezogen haben, am Ende darum geht, dass die resilient werdende Gesellschaft nicht immer auf Kosten von vulnerablen Gruppen lernt. Wie lässt sich das also vermeiden, bzw. kann ein Resilienzkonzept sicherstellen, dass das Lernen durch Krisen nicht immer auf Kosten derselben Gruppen stattfindet? Das sind meine Fragen zu Resilienz in Verbindung mit Vulnerabilität.

Herzlichen Dank.

Abg. Nikolai Reith FDP/DVP: Uns ging es ebenfalls so, dass wir jetzt viele Begriffe aufgenommen haben. Herr Dr. Kroll, Sie haben Krise in drei Phasen – die Vorkrise und damit die Früherkennung, die akute Krise, in der entschieden werden muss, und die Postkrise, also das Lernen – aufgeteilt. Gibt es aus Ihrer Sicht diesbezüglich eine Gewichtung? Könnten Sie diese drei Phasen zudem in den Kontext der Coronakrise, die wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, einbinden?

Interessant fand ich auch Ihre Ausführungen zur Rolle der Experten. Nach meinem Eindruck waren die Bundespressekonferenzen am Anfang hauptsächlich Bundespressekonferenzen des RKI. Ist das etwas, das aus Ihrer Sicht zu einer größeren Akzeptanz und zur Sicherheit in der Bevölkerung führt? Könnten Sie in diesem Zusammenhang auch auf den Zeitablauf eingehen, weil das durchaus unterschiedlich bewertet werden kann?

Herr Professor Endreß, auch ich habe mir den Satz aufgeschrieben: Keine Krise kommt überraschend. Wenn man sich die Klimakrise anschaut, würde ich sofort sagen: Klar, das weiß man schon relativ lange; da entwickelt sich vieles hin. Wenn ich mir hingegen die Ukrainekrise anschaue, war das selbst den Menschen, die vielleicht ein wenig näher dran sind, oder auch den Menschen in den Nachrichtendiensten nicht so klar. Vielleicht war das wie der Vulkan, von dem wir heute Morgen gesprochen haben: Es war klar, dass das passiert, aber man wusste nicht, wann. Könnten Sie dazu noch einmal etwas sagen? Denn für mich ist eine Krise auch in der persönlichen, subjektiven Wahrnehmung etwas, das mich zumindest in dem Moment überrascht. Das kann aber daran liegen, dass das an einem Defizit des Bewusstseins in meiner Person liegt.

Als wichtige Lösungskompetenz haben Sie die Elastizität angesprochen. Könnten Sie konkrete Beispiele nennen, wie die Gesellschaft, die Legislative und die beteiligten Akteure Elastizität aufweisen, aufbringen und ausbauen können?

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Das waren sehr interessante Vorträge, und zwar insbesondere von Ihnen, Herr Professor Endreß. Ich habe Organisation studiert, und daher war das noch einmal sehr erhellend.

Herr Dr. Kroll, an Sie habe ich die Fragen: Wie wird eine Bedrohung zur Krise? Wer ist für die Adressierung als Krise zuständig? Wo sehen Sie die Rolle der Medien, die in der Grafik auf Ihrer letzten Folie nicht vorkamen, obwohl sie offensichtlich eine sehr große Rolle spielen?

Herr Professor Endreß, ich bin, wie gesagt, Organisatorin und habe zehn Jahre Organisationsberatung gemacht. Wenn ein Problem anstand, stand bei uns die Analyse immer an erster Stelle. Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass wir bei den Problemen, bei den Krisen, die wir im Moment bewältigen – aktuell ist das die Coronakrise –, eigentlich erst

einmal umfassend analysieren müssten, welche Prozesse gut und welche mittelgut gelaufen sind und wo die Probleme lagen, um dann aus den Problempunkten zu lernen. So habe ich die Organisationsberatung auch gelernt, und das ist hier nicht viel anders.

Außerdem hatten Sie angesprochen – das halte ich auch für sehr wichtig –, dass man die Proteste, egal, um welches Thema es sich handelt, ernst nehmen muss. Es gilt, nicht zu moralisieren, sondern zu diskutieren und die Themen direkt anzusprechen, um dann entsprechend auszugleichen. Diese Polarisierung und Heterogenität sind, wie Sie sagen, ein Teil unserer Demokratie, und damit müssen wir leben und umgehen lernen.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der ersten Fragerunde, aber Sie können sich schon einmal melden, wenn Sie weitere Fragen haben. Herr Krüger, Sie stehen bereits auf der Rednerliste; ich habe Sie gesehen. – Zuerst möchte ich aber das Wort Herrn Dr. Kroll für die Beantwortung geben.

Sv. Herr Dr. Kroll: Vielen Dank. – Das sind sehr viele und sehr spannende Fragen. Ich versuche, die Fragen ganz, ganz knapp von Anfang bis Ende durchzugehen.

Herr Abg. Hildenbrand, Ihre Frage zum Pausenknopf: Mit dem Hut eines Wissenschaftlers auf dem Kopf ist erst einmal der Hinweis wichtig, dass der Pausenknopf eine Gefahr darstellt. Das Drücken des Pausenknopfs führt dazu, dass andere Aufgabenstellungen vernachlässigt werden, wie es beispielsweise zu Beginn der Coronakrise, als der UN-Klimagipfel in Glasgow um ein Jahr verschoben wurde, der Fall gewesen ist. Gestern ist ein Bildungsbericht erschienen, der deutlich gemacht habe, dass es in diesem Bereich wesentliche Defizite gibt, die durch das Pandemiemanagement entstanden seien. Das heißt, der Pausenknopf stellt ein großes Risiko dar. Wir müssen überlegen, wie wir mit diesem Pausenknopf umgehen. Das ist genau das, wonach Sie fragen.

Am Ende meines Vortrags habe ich darauf hingewiesen: Wir brauchen eine dauerhafte Kommunikation, einen dauerhaften Austausch zwischen unterschiedlichen Akteuren. Dieser Austausch bietet die Chance, bestimmte Risiken frühzeitig wahrzunehmen, aber auch Ressourcen zu entwickeln, um in solchen akuten Situationen anders agieren zu können, um schneller und effektiver zu beraten und zu Entscheidungen zu kommen.

Eigentlich richtet sich die Frage an einen Verwaltungswissenschaftler, eine Verwaltungswissenschaftlerin, weil ich denke, dass man die Abläufe innerhalb der Verwaltung sehr, sehr ernst nehmen muss. Wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung am Limit sind und es zu einer Krise kommt, dann entsteht faktisch ein Moment der Überforderung. Das heißt, wenn man krisenfest planen will, dann muss man entweder vorhandene Ressourcen so einsetzen, dass ein gewisser Puffer entsteht, oder man braucht zusätzliche Ressourcen, die zu Effizienzgewinnen in den Entscheidungsprozessen der akuten Krise kommen. Das wäre meine Empfehlung. Ansonsten möchte ich

unterstreichen: Der Einsatz dieses Pausenknopfs sollte – das ist ein wichtiger Lerneffekt aus der Coronapandemie – bei künftigen Bedrohungen vermieden werden.

Es gab verschiedene Fragen zur latenten Krise, insbesondere wie wir damit umgehen können und ob es Formen der kontrollierten Krise gibt.

Zunächst zu Herrn Wahl und der Frage der kontrollierten Krise: Wenn wir im Zustand der Kontrolle wären, wären wir, so würde ich sagen, beim Risiko. Dies ist auch das Ziel des spezifischen Lernens in einem Krisenfeld, beispielsweise indem wir Lehren aus der Pandemie ziehen. Herr Endreß hatte gesagt, die Coronapandemie werde uns weiterhin begleiten. Das heißt, die Coronapandemie müsste aus dem Bereich Krise in ein kontrolliertes Risiko überführt werden; dann haben wir eine Verbesserung. Ich würde sagen, man müsste die Begriffe „Kontrolle“ und „Krise“ zusammenbringen. Aus ökonomischer Perspektive würde ich sagen: Es gibt eher Krisenzyklen, und dort haben wir Funktionen für ökonomische Prozesse definiert. Ansonsten würde ich sagen, steht der Begriff „Kontrolle“ dem entgegen.

Kann die Politik latente Krisen wahrnehmen? Hier ist, glaube ich, die Rolle der Expertinnen und Experten am wichtigsten. In diesem Fall kommt auf die Expertinnen und Experten die Aufgabe zu, bestimmte Szenarien deutlich zu machen und darauf hinzuweisen, dass latente Bedrohungslagen erkennbar sind, die sich zu Krisen entwickeln könnten. Dies muss eben auch außerhalb von Krisenprozessen in Foren – über die wir derzeit noch nicht verfügen – bzw. in Gesprächskanälen, die dann schnell aktivierbar sind, diskutiert werden können, um das Umschlagen in eine Krise zu vermeiden.

Ich glaube aber, es wäre für die Politik eine Überforderung, latente Krisen allein zu erkennen; dafür sind die Expertinnen und Experten wichtig. Es ist auch von großer Bedeutung, eine Multiperspektivität bei den Expertinnen und Experten zu haben. Beispielsweise werde ich als Friedensforscher immer die Risiken für bestimmte Konflikte besonders akzentuieren. Für eine politische Entscheidung ist es hingegen wichtig, zusätzliche Risiken zu erkennen, um die Logik des Pausenknopfs bzw. die Logik des Überbetonens bestimmter Risiken zu vermeiden. Hier braucht es wirklich unterschiedliche Akteure und Multiperspektivität, um zu einer guten Balance zu kommen. Das ist, glaube ich, sehr, sehr wichtig.

Dann gab es noch die Nachfrage nach dem Trialog und wie die organisierte Gesellschaft, die Zivilgesellschaft hier systematisch mit eingebunden werden kann. Dies ist ein Thema, woraus wir aus der aktuellen Pandemie am wenigsten ziehen können, weil durch die Lockdowns die Potenziale der Zivilgesellschaft, der organisierten Gesellschaft in der Anwendung von Hygienekonzepten – – Als Normenforscher beschäftige ich mich beispielsweise damit, wie Normen lokal zur Anwendung kommen und sich weiterentwickeln. Hygienekonzepte wurden zu Beginn der Pandemie von Verbänden, von Kirchen, von Vereinen für ihre Mitglieder „übersetzt“ – und das wurde dann auch wieder unterbrochen. Dies ist ein schönes Beispiel dafür, wie eine Zivilgesellschaft, eine organisierte Gesellschaft in einer Demokratie dafür genutzt werden kann, um sich am Pandemiema-

nagement zu beteiligen. Ich denke, das sollte in der weiteren Diskussion darüber, welche Lehren man aus der Pandemie zieht, nochmal berücksichtigt werden, weil hier vorhandene Potenziale eventuell gar nicht genutzt wurden.

Herr Reith, Sie hatten nach den drei Phasen und der Gewichtung gefragt. Hieran lässt sich – ich habe nicht allzu viel Zeit –, glaube ich, ganz gut veranschaulichen, an welchen Stellen unterschiedliche Expertisen hineinwirken. In der Phase der akuten Krise brauchen wir Expertinnen und Experten aus dem Bereich der spezifischen Krise, die dabei helfen, Entscheidungen zu treffen. Das ist, wenn wir jetzt über die Pandemie sprechen, die Stunde der Virologinnen und Virologen – wie gesagt: im Rahmen. Wir brauchen Mechanismen, die sich in der Balance halten. In der Phase der Früherkennung und in der Phase des Krisenlernens spielt die vergleichende Expertise eine starke Rolle, gefolgt von der allgemeineren Krisenexpertise.

Ich würde sagen, diese Phasen sind alle wichtig. Die akute Phase ist die, die sich am meisten in die Aufmerksamkeit drängt. Die anderen Phasen sind aber genauso wichtig, um akute Phasen zu vermeiden. Die Rollen der unterschiedlichen Expertinnen und Experten sind hier ein Punkt.

Zur Frage über Bundespressekonferenzen und wie dabei aufgetreten wurde: Für die Wissenschaftskommunikation gibt es hier, glaube ich, am meisten zu lernen. Das betrifft zum einen den Bereich Dialog, Trialog und wer welche Rolle hat. Ferner muss deutlich werden, dass in einer Demokratie Entscheidungen von politischen Institutionen, von Parlamenten oder beim Krisenmanagement von der Exekutive getroffen werden und dass diejenigen, die beratende Rollen einnehmen, nicht über die Grenzen der beratenden Rolle hinausgehen.

Es gibt bestimmte Themen, die in der Wissenschaftscommunity bereits sehr kritisch diskutiert werden, beispielsweise die Personalisierung der Wissenschaft durch bestimmte Starvirologen, die sicherlich nicht immer glücklich war. Es gibt sicherlich Lernprozesse, über die in der Wissenschaft inzwischen schon sehr dynamische Diskussionen geführt werden: Das Thema Qualitätssicherung hatte ich schon genannt, es betrifft aber auch die Krisenkommunikation und die Öffentlichkeitsarbeit. Ich glaube, es ist kein Fehler, wenn in einer Krisensituation für die Bevölkerung deutlich wird, dass unterschiedliche Akteure in ihren Rollen zusammenwirken.

Das bringt mich zu den letzten Fragen: Wer ist eigentlich zuständig? Welche Rolle spielen die Medien? Die Rolle der Medien – das ist richtig – wurde auf der letzten Folie nicht akzentuiert. Sie ist aber bei der Rolle der organisierten Gesellschaft mitgedacht worden, genauso wie Unternehmen. Ich nehme dies als Kritik aber gern an. Die Rolle der Medien müsste deutlicher werden, da Medien gerade in den Bereichen Krisenwahrnehmung und „Information in der Krise“ eine ganz entscheidende Rolle spielen und auch eine ganz entscheidende Verantwortung tragen. Diesbezüglich würde ich sagen, dass – ähnlich wie im Bereich Wissenschaftskommunikation – ein sehr guter selbstreflexiver Pro-

zess über die aktuelle Pandemie läuft. Ich käme hier aber auch insgesamt zu einer positiven Bewertung: dass sehr früh, sehr umfassend informiert wurde.

Ein großes Problem in der Pandemie war gerade das Thema Desinformation. Dazu haben wir heute Morgen von Frau Lamberty auch schon etwas gehört. Insofern ist mir die Rolle der Medien, gezielt gegen Desinformationen zu arbeiten, besonders wichtig. Es ist aber völlig richtig: Dadurch, dass in unserem Krisenkonzept Krisenwahrnehmung eine ganz zentrale Rolle spielt, sind die Medien und ihre Rolle in der Krisenkommunikation ein ganz zentraler Punkt.

Wer ist zuständig für Krisen? Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ich glaube, dass es nicht hilfreich ist, alles auf die Exekutive, die Politik und die Verwaltung insgesamt zu beschränken. Wenn wir uns in einer akuten Krise befinden, können wir nur erfolgreich sein, wenn die drei Akteursgruppen, die ich genannt habe, zusammenwirken, eine gemeinsame Verantwortung entwickeln und ihre Rollen optimal nutzen. Damit sie das tun können, müssen sie sich außerhalb der Krise vorbereiten, damit es funktionieren kann.

Sv. Herr Dr. Endreß: Auch ich bedanke mich für die reichhaltigen Fragen. – Ich beginne auch mit der Frage nach dem Pausenknopf. Aktuell drücken Sie ihn ja – reflexiv, zurückgespielt –; dann haben wir schon mal einen Teil der Antwort, ganz einfach. Der Pausenknopf ist kein Argument gegen Tagespolitik, die natürlich geschehen muss, sondern ein Argument dafür, mit einem zeitlichen Schichtmodell von Politik zu operieren und sich kontinuierlich solchen Beratungsprozessen zu unterziehen und diese einzubeziehen, um dadurch mittel- und langfristig Modelle und Möglichkeiten zu entwickeln. Das funktioniert nur in Wechselseitigkeit, das ist völlig klar. Sie können die unmittelbare Vordringlichkeit des Befristeten nicht überspringen – das ist auch gar keine Frage, das war auch nicht so gemeint. Ich komme aber an zwei Stellen noch einmal darauf zurück. Ich möchte aber noch einmal sagen: Diese Kommission drückt den Pausenknopf.

Damit lässt es sich, glaube ich, gut zur zweiten Frage, die Sie gestellt haben, nach der Latenz von Krisen, überleiten. Ich habe gesagt, dass keine Krise überraschend kommt, und Sie hat es überrascht, dass ich das gesagt habe, und ich wiederum bin über Ihre Überraschung überrascht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Nehmen wir einfach noch mal die Latenz und schauen uns Baden-Württemberg an – ich komme aus einem Bundesland, das infrastrukturell längst nicht so opulent aufgestellt ist wie Ihr Bundesland; die Differenz ist markant –: Ihr Reichtum und Ihre infrastrukturelle Opulenz leben von einer bestimmten Industrie und deren Zulieferindustrie. Deren Krise ist absehbar. Das ist eine latente Krise; ganz einfach. Bereiten Sie sich darauf vor. Entwickeln Sie Politikmodelle, Fördermodelle, Konzeptionen für den Mittelstand, für die Bilia-Betriebe. Das würde ich als konkrete Aufgabe bezeichnen.

Der Kollege hat die Differenz von manifest und latent angesprochen: Nicht erst handeln, wenn die Krisen manifest geworden sind. Das ist absehbar. Daher: Tun Sie etwas. Das ist Ihr Job, um das so hart zu formulieren – genauso wie es in der Klimakrise, in der Klimapolitik viel früher Ihr Job gewesen wäre. Zudem hängt die Unterscheidung immer ganz entscheidend davon ab, welchen Beobachtungspunkt wir einnehmen und welche Perspektive wir aktualisieren. Dies wiederum hängt mit dem Begriff „Resilienz“ zusammen.

War der Überfall Russlands auf die Ukraine überraschend: Ja, oder Nein? Die Antwort richtet sich nach der Frage, welchen Zeithorizont Sie in den Blick nehmen oder mit welchem historischen Profil Sie argumentieren. Wenn Sie nur den 23. Februar 2022 in den Blick nehmen: Ja, dann kam es überraschend. Wenn man sich die Verwerfungen in Osteuropa bzw. in Ost-Mitteleuropa – die Dynamiken, die Reden – ein wenig längerfristiger anschaut, stellt man fest: Es war sehr viel früher klar, dass die Situation dort zu irgendeinem Zeitpunkt eskalieren wird – notwendigerweise. Ich will es nicht beschreien, aber ich befürchte, die Entscheidung der Europäischen Union, Georgien auf den Wartestand für eine Mitgliedschaft zu setzen – man mag dafür sein oder nicht; das ist eine ganz andere Frage –, könnte ein Freibrief für eine weitere russische Expansionspolitik sein.

Drittens: Resilienz: Warum kein Zurückfedern? Zurückfedern ändert nicht den Standpunkt, sondern führt dazu, dass man stehen bleibt, weil es einfach nur ein Zurückfallen in ein vorheriges Modell ist. Der Hintergrund – wenn ich das kurz ansprechen darf, das war, glaube ich, am heutigen Vormittag schon Thema – ist ein Resilienzverständnis, welches dominant der Pädagogik und der Psychologie sowie der entsprechenden Beratungsliteratur entstammt. Das ist die Literatur, die wir auch inflationär überall in den Läden stehen sehen; nicht wahr? Nach diesem Verständnis ist Resilienz typischerweise ein individualistisch zugeschnittenes Konzept. Die Wahrnehmung dieses Modells, dieser Variante des Modells dominiert den öffentlichen Diskurs – keine Frage, d’accord, da gebe ich Ihnen recht. Es dominiert auch das Buch, das Sie erwähnt und gelesen haben. Diese Wahrnehmung ist aber – so muss man sagen – nur eine winzige Parzelle des Diskurses.

Der Resilienzbegriff wurde insbesondere im Kontext der Human- und Sozialökologie auf Makrokonstellationen, also typischerweise auf gesamtgesellschaftliche Ökosysteme mit Humanimplikationen, übertragen. Das ist seit Anfang der Siebzigerjahre der Fall. Diese Modelle argumentieren viel stärker mit Diskontinuitäten, Disruptionen, unterschiedlichen Optionalitäten usw. Es handelt sich bei diesen Modellen also um eine weitaus komplexere Vorstellung von Krisen, deren Umgang und den Bewältigungsszenarien, als es das schlichte Bounce-back-Modell nahelegt. Deshalb kann ich davon nur abraten. Wenn wir einmal über den Begriff „Resilienz“ reden sollten, würden wir uns hier in dieser Runde miteinander ganz andere Modelle anschauen.

Die vierte Frage: Wie kann man verhindern, dass resilient werden oder gesellschaftliches Lernen – die Frage kam von Ihnen, Herr Wahl, wenn ich mich recht entsinne – auf

Kosten derselben Gruppen gehen? Nun gut, das hängt davon ab, wie eine Gesellschaft ihre Problemhorizonte definiert, wie die Gruppen vertreten sind, das hängt davon ab, inwiefern Marginalisierungsprozesse verhindert werden, usw. usf. Es hängt also davon ab, wie sensibel sich Politik auf unterschiedliche Bevölkerungsfraktionen und -teile, soziale Gruppen, Verbände usw. einstellt. Dafür gibt es kein A-priori-Gesetz in irgendeiner Weise, sondern es ist abhängig von politischer Beobachtungssensibilität. Lassen wir das erst einmal so stehen.

Fünftens: Elastizität; gibt es Beispiele dafür?: Es gibt ein wunderbares Negativbeispiel, das mich eigentlich noch einmal zurück zur Omnipräsenz der Rede über Krise führt. Wir hatten gerade vor zwei Jahren in der Bundesrepublik einen relativ breiten Diskurs über die Frage: Sind wir auf dem Weg zurück zu Weimarer Verhältnissen? Das ist in meinen Augen ein historisch extrem schräges Bild. Ich glaube, ich habe es schriftlich auch ausführlich begründet, weshalb ich das so sehe. Ein Aspekt, der in dieser Diskussion eine zentrale Rolle spielt, ist die ideologische Versäulung der Parteien während der Weimarer Zeit. Das wäre ein Beispiel für eine extreme sowohl parteipolitisch fehlende als auch inhaltlich fehlende Elastizität der jeweiligen Parteien. Dann hat man nur noch ideologisch konfrontativ gegeneinanderstehende Blöcke – einmal abgesehen von Radikalisierungsdynamiken, die es sowieso in der Weimarer Zeit gab. Davon sind wir weit entfernt; das ist gut so. Aber das ist ein Beispiel.

Zweitens hängt daran elementar, dass es eine Konfliktverarbeitungskultur, also institutionelle Foren der Konfliktverarbeitung, auch im politischen Bereich, in hinreichendem Maß geben muss. Das sollten keinesfalls immer Ausschüsse sein, sondern vielleicht häufiger auch mal öffentliche Anhörungen, wie wir sie gegenwärtig erleben. Dazu gehören übrigens auch – dies würde ich gern noch auf eine Bemerkung von vorhin zurückspielen – zivilgesellschaftliche Institutionen oder Organisationen, also der gesamte Korpus sogenannter intermediärer Gruppen, die man auch intermediäre Strukturen nennt.

Sie haben völlig recht: Soziale Ungleichheit schlägt in die Beteiligungslogiken solcher Foren durch. Das kann aber kein Argument gegen entsprechende Beteiligungsprozesse sein. Vielmehr muss es ein Argument dafür sein, andere potenziell mit einzubinden oder anzuhören. Das bedeutet beispielsweise konkret auf Ihren Prozess hin umgesetzt: Es wäre sicherlich sinnvoll, einfach einmal Praktiker zu hören: Polizeibeamte, Feuerwehrbeamte usw. Es sollten auch nicht immer nur öffentliche Sprecherpositionen zu Wort kommen, sondern Mitarbeiter, die viel besser über konkrete Problembearbeitungsszenarien und ihre Einschätzung zur institutionellen Infrastruktur in dieser Republik berichten können. Ich bin Koordinator der Polizeischule für das Land Rheinland-Pfalz. Auch da merkt man, dass es ein Unterschied ist, ob man mit den Spitzen eines Verbands redet oder konkret mit den Mitarbeitern vor Ort, die anderes sehen und eine völlig andere Perspektive auf den sozialen Ort haben.

Sechstens: Institutionen, und man braucht Analysen: Ja, das ist sicherlich richtig. Auf der anderen Seite stelle ich zwei Rückfragen. Erstens: Diese Gesellschaft war mal auf Pandemien vorbereitet und hat all diese Verfahren zurückgeschraubt und die Vorräte

reduziert, weil man davon ausgeht, dass nichts passiert. Das ist ein einschläferndes Sicherheitsgefühl, das sich in einer Gesellschaft breitgemacht hat, die im Kern weitgehend nur Wohlstand kennt und denkt: „Es wird schon nichts passieren.“ Wir haben uns zum Teil selbst diese Falle gebaut; das müssen wir einfach sehen.

Dasselbe gilt – ich komme aus Rheinland-Pfalz; denken Sie an das Ahrtal – für die Abschaffung der Sirenen als Alarmszenario. Sirenen hätten möglicherweise Leben retten können. Davon könne wir heute ausgehen, vor allem deshalb, weil Digitalität offenkundig keine hinreichende Ersatzinfrastruktur für Notfallszenarien bietet. Wenn der Strom nicht funktioniert und die Sendemasten kaputt sind, funktioniert nichts mehr; nicht wahr? Das ist, glaube ich, nicht nur in Rheinland-Pfalz mit dem Hunsrück und den Tälern in der Eifel ein Problem. Sie kennen beispielsweise den Schwarzwald mit einigen „digitalen Löchern“, um das mal so zu formulieren, auch wenn Ihre Infrastruktur besser ausgebaut und raffinierter ist, als die gegenwärtig in Rheinland-Pfalz verfügbare.

Das wären ein paar kurze Antworten dazu. Entschuldigung.

Vorsitzender Alexander Salomon: Alles gut, Herr Dr. Endreß. Ihre Antworten waren erhellend. – Jetzt folgen noch Herr Krüger für die grüne Fraktion und Herr Rack für die FDP/DVP-Fraktion, die sich noch gemeldet hatten.

Marco Krüger, externes Mitglied: Vielen Dank für die beiden Vorträge. – Ich habe zwei relativ kurze Fragen. Die eine Frage bezieht sich auf das Thema Resilienz. Da geht es ja ganz häufig um Literatur. Kritisiert wird, dass Resilienz sehr häufig „mit Krisen leben“ und nicht „Krisen verhindern“ bedeutet. Wie bekommen wir es hin, das alte Sprichwort: „Lieber Gott, gib mir die Kraft, zu verhindern, was zu verhindern ist, zu ertragen, was nicht zu verhindern ist und das eine vom anderen zu unterscheiden“ auf Krisen zu übertragen? Wie schaffen wir es, einen Resilienzansatz nicht fatalistisch zu denken, sodass wir dann einfach aus allen Krisen lernen.

Die zweite Frage lautet: Wer ist denn mit „krisenfest als Gesellschaft“ gemeint? Herr Endreß, Sie sprachen schon von institutioneller Elastizität – davon bin ich ein großer Freund –, aber häufig wird im Zusammenhang mit Resilienz das Individuum angesprochen. Gerade, wenn Kritikerinnen und Kritiker der Resilienz sagen: „Das ist dann halt die Verantwortungsübertragung auf die Regierung“, stellt sich die Frage, wie wir es hinbekommen, dass es nicht zynisch wird, dass wir nicht sagen: „Die Armen müssen jetzt einfach elastisch und ressourcenvoll sein.“

Die dritte Frage – jetzt sind es doch drei Fragen geworden – ist auf beide Redner gemünzt: Wie schaffen wir es, vielleicht auch partielle Krisen mitzudenken, beispielsweise die Pflegekrise? Diese entsteht durch den Pflegekraftmangel, wird im Alltag aber ganz gut bewältigt, da der Pflegekraftmangel von einigen Pflegekräften kompensiert wird. Diese Krise wird, das ist absehbar, durch den demografischen Wandel zu einer manifesteren Krise. Wie schaffen wir das? Ab wann ist eine Krise schon eine Krise, die man bearbeitet, und bis wann ist es noch eine partielle Krise, die nur Milieus betrifft?

Vielen Dank.

Oliver Rack, stellv. externes Mitglied: Herr Kroll, Herr Endreß, vielen Dank für die sehr schönen Vorträge. – Herr Kroll, bei Ihnen ist mir aufgefallen: Bei Ihrem Rückblick haben Sie gesagt, es müsse zügig, schnell Expertise herangeschafft werden, vor allem aus dem Gesundheitssektor bzw. dem epidemiologischen Bereich. Etwas wurde aber, glaube ich, noch schneller benötigt – die Epidemiologen hatten auch ein kurzes Fluchtverhalten, um überhaupt Zeit zu gewinnen und einen Außenblick, einen weiteren Blick auf die Sache zu bekommen –: die Kompetenz in der Digitalisierung.

Klar war: Es ging zunächst darum, physische Kontakte jeder Art zu vermeiden. Dafür stand die Digitalisierung zum Glück sofort als mögliche Welt zur Verfügung, bloß das Know-how fehlte oft. Dies wurde im Wesentlichen durch die Zivilgesellschaft getragen. Wenn es nicht Programme wie BigBlueButton oder Jitsi gegeben hätte, wenn es nicht – ich nenne jetzt einmal – den Chaos Computer Club, die Beratungen des Kanzleramtsministers oder das RKI gegeben hätte, wodurch uns andere Konzepte oder datenschutzrechtlich galante Lösungen angeboten wurden, wäre alles viel schlechter gelaufen. Dies ist jenes Krisenlernen, das Sie, Herr Endreß, angesprochen haben. Dafür ist die Coronapandemie eigentlich ein Paradebeispiel. Die großen Fragen lauten: Wie bekommen wir es besser verstetigt und institutionalisiert? Welche neuen Chancen kann uns die digitale Welt, die Netzwerkgesellschaft tatsächlich bieten? Wie bekommen wir es dadurch fazilitiert? Dies noch als Fragen in den Raum gestellt.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Rack. – Dann erhält zunächst Herr Professor Dr. Endreß das Wort. Und danach hören wir Herrn Dr. Kroll.

Sv. Herr Dr. Endreß: Die Veränderung der Reihenfolge bringt mich völlig aus dem Rhythmus.

Vorsitzender Alexander Salomon: Elastisch bleiben.

Sv. Herr Dr. Endreß: Das war klar, dass ich die Vorlage dafür geliefert habe. Danke. – Resilienz, Krisenlernen: Ich hoffe, ich habe die Frage richtig verstanden. Ich würde die Antwort gern in einen Aspekt einbinden, den ich vorhin wahrscheinlich vergessen habe: Natürlich gehört es zur Sensibilität der Politik, dass die Lasten der Bewältigung von Krisen nicht dauerhaft und auch nicht temporär auf einzelne soziale Gruppen abgewälzt werden. Sie nehmen Bezug auf einen bestimmten Strang innerhalb der Resilienzforschung, die weitgehend im angelsächsischen Kontext zu Hause ist und Foucault rezipiert. Sie spricht von der Responsibilisierung als der Form, in der dann quasi eine Individualisierung des Schicksals erfolgt. Ich bitte darum, auf gar keinen Fall so verstanden zu werden. Erstens wiederholt dies die „individualistic fallacy“, zweitens ignoriert das vollständig, dass sie vom Makro-, vom politischen Raum bzw. vom gesellschaftlichen Gemeinwesen reden. Ich finde es übrigens sehr gut – wenn ich das so sagen darf –, dass sie den Begriff „Gemeinwesen“ in Ihre Frage gestellt haben – nicht in den Titel dieser Kommission, aber mit Blick auf die Frage an mich –, weil Sie damit Staat und

Gesellschaft ganz unmittelbar in einem intimen Zusammenhang denken. Das schließt sozusagen an eine alte deutsche Reflektionstradition an, die leider Gottes weitgehend abgebaut wurde. Den Begriff „Gemeinwesen“ finde ich an dieser Stelle wichtig. Das heißt, auch dort ist sensibel zu perspektivieren.

Natürlich kann es nicht sein, dass beispielsweise Ausgleiche für höhere Heizkosten im Gießkannenprinzip an alle Bevölkerungsgruppen verteilt werden; ähnliche Beispiele ließen sich vielfach finden. Hier ist es ebenfalls notwendig, schwierige politische Entscheidungen zu treffen.

Wenn man – und damit komme ich zu dem zurück, was ich vorhin meinte – als Kernphänomen von Krise eine Entscheidungskrise definiert, vor der die Politik stets und ständig steht – nicht entscheiden geht für sie nicht – – Aber die Art und Weise, wie Sie entscheiden, können Sie transparent machen und zwar dahin gehend, dass erstens klar wird, vor welche Entscheidungsnotwendigkeiten Sie gestellt worden sind – also welchen Entscheidungszwängen stellen Sie sich –, und zweitens klar wird, welche Begründungsverpflichtungen Sie reflektieren, welchen Sie in welchem Maß nachkommen können oder auch nicht, und warum das jeweils so ist. Das wäre, glaube ich, ein zentraler Mechanismus zur Vertrauensgenerierung politischer Arbeit. Diese Herangehensweise ist wahrscheinlich mühsam, sie ist aufwendiger. Das geht nicht einfach nur über Drucksachen des Landtags oder des Bundestags. Es ist völlig klar: So erreicht man keine Öffentlichkeit. Vielmehr muss man Kommunikationsstrategien entwickeln und die Öffentlichkeit sensibilisieren, indem man plausibel macht – einmal ganz alltäglich gesprochen –: „Hey, man hat sich hier Gedanken gemacht und abgewogen.“

Wir alle wissen, dass Sie das ständig tun. Aber das muss in den öffentlichen Raum eindringen, und zwar mit klaren Parametern zum Abwägen von Gründen, Begründungslogiken usw. Nur so lassen sich Milieukrisen oder all das, was Sie gerade argumentiert oder als Phänomen natürlich berechtigt auf die Tagesordnung gesetzt haben, verhindern. Ich denke, es geht nicht anders.

Sv. Herr Dr. Kroll: Meine Antwort wird auch ganz knapp sein, weil es nicht viel Neues von meiner Seite gibt.

Zum Begriff der Resilienz – ich kann es nur unterstreichen –: Nur über Responsibilisierung des Einzelnen bzw. nur über Widerstandsfähigkeit und Anpassung nachzudenken und nicht die Ursachen einer Bedrohung beseitigen zu wollen, wäre ein Verständnis von Resilienz, das ich auch kritisieren würde. So geht es sowohl aus der Frage als auch aus der Antwort von Herrn Endreß hervor. Dem würde ich absolut zustimmen.

Die Lösungen für Krisen, über die wir gesprochen haben, über die in einer Enquetekommission nachzudenken sind: Es wird nicht funktionieren können, die Lösungen auf den Einzelnen zu übertragen. Damit kommen wir auch schon zu einem Begriff, den wir heute nicht diskutiert haben – ich will jetzt auch kein neues Fass aufmachen –: Eigen-

verantwortung. Es braucht ein Nachdenken darüber, wie wir an die strukturellen Merkmale einer Krise herankommen, wenn wir sie gesamtgesellschaftlich lösen wollen.

Der Begriff der partiellen Krise: Die Krisendefinition, die Krisenmanagementdefinition, mit der ich arbeite, schließt überhaupt nicht aus, Subsysteme der Gesellschaft zu erkennen, die sich in der Krise befinden. Man müsste dann eben schauen: Welches ist das Krisenmanagementkollektiv, um das es hier geht und das handeln müsste? Diese Frage stellt sich aber auch bei dem Beispiel, das Sie, Herr Krüger, genannt haben, ob es tatsächlich so ist, dass man die Pflegekrise als Container für sich sehen kann, oder ob es nicht auch hier Interdependenzen mit anderen Bereichen gibt, die wir einfach mit in die Betrachtung hineinnehmen müssen. Dann sind wir inhaltlich eigentlich schon beim Begriff „Latente Krise“ und bei Begrifflichkeiten, mit denen wir hier bisher gearbeitet haben. Aber es ist ein ganz wichtiger Punkt, auf den Sie da hinweisen. Ich würde Ihnen vollkommen zustimmen.

Die Digitalisierung ist die Kompetenz, von der wir jetzt sagen können: „Wäre sie vor der Krise ausgeprägter gewesen, hätte sie das Krisenmanagement erleichtert.“ Das war nicht der Fall; das ist sozusagen ein Fall von „Lessons Learned“. Dies betrifft eben das Thema „Gefahrenfelder identifizieren“, über das ich gesprochen habe, bei dem es jetzt auch darum gehen muss – auch aus der Perspektive der Grundlagenforschung, für die ich ebenfalls stehe –, dass wir Kompetenzen entwickeln, von denen wir derzeit möglicherweise noch gar nicht so genau wissen, was sie uns mal nützen, bzw. dass wir uns damit beschäftigen, welche Kompetenzen wir in den Gefahrenfeldern, die es gegenwärtig gibt, entwickeln müssten, damit sie verfügbar sind, wenn wir sie brauchen, damit wir nicht wieder die Erfahrung machen, dass wir Kompetenzen nicht nutzen können. Ihrer Diagnose stimme ich natürlich zu.

Dabei möchte ich es belassen. Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Kroll.

(Sv. Herr Dr. Endreß: Darf ich noch eine – –?)

– Dürfen Sie, dürfen Sie.

Sv. Herr Dr. Endreß: Herr Salomon, danke schön. – Ich wollte noch mal zurückkommen auf das Thema „Krise und Katastrophe“. Zunächst einmal stehen Sie bzw. steht das Land doch vor Herausforderungen. Wie man diese auf dem Niveau der Dramatisierung, die die deutsche Sprache bietet, einordnet, ist eine andere Sache. Überlegen Sie sich erst einmal, welche Herausforderung Sie primär adressieren wollen. Weder die deutsche Sprache noch politikwissenschaftliche, noch soziologische und schon gar nicht geschichtswissenschaftliche Studien geben Ihnen eine gute Auskunft darüber, was denn definitiv als Krise zu verstehen ist, wann eine Krise eine Krise ist oder wann

sie zur Katastrophe wird. Man kann das auch sehr schön am Sprachgebrauch nachzeichnen.

Heute Vormittag war der Erste Weltkrieg eine Krise. Man muss nur die Literatur zitieren, dann gilt der Erste Weltkrieg als d i e Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts. Das heißt also, Sie werden auch aufgrund der Dimension von Kurz- oder Langfristigkeit wohl kaum eine Antwort darauf bekommen, was eine Krise und was eine Katastrophe ist. Denn auch das ist wiederum eine Frage des Beobachtens; nicht wahr? Ab wann fängt man denn an? Das Argument war, der Erste Weltkrieg hatte einen klaren Anfang und ein klares Ende. Nun, mit einer Resilienzperspektive als Prozessmodell beginnen Sie beispielsweise sehr viel früher mit der Betrachtung.

Beim Zweiten Weltkrieg ist es genau dasselbe. Wann begann er; wann endete er? Wenn man die singuläre europäische Perspektive einmal wegnimmt, sind die Jahre 1939 und 1945 eben nicht mehr die selbstverständlichen Daten für den Zweiten Weltkrieg. Dann entwickelt man eine viel breitere Perspektive, und man nimmt andere Horizonte in den Blick. Deshalb definieren sich dann die Begrifflichkeiten und die Perspektiven auch anders. Jede gesellschaftliche Krise kann zu einer persönlichen Katastrophe werden.

Verwenden Sie Ihre Energie – das wäre mein Vorschlag; dafür haben Sie uns ja eingeladen – nicht darauf, auf der semantischen Ebene eine Entscheidung zu treffen. Damit kommt man nicht weiter. Legitimieren Sie, warum Sie mit bestimmten Begriffen arbeiten, warum Ihnen diese plausibel erscheinen, aber verbinden Sie damit nicht unmittelbar eine analytische Kategorie. Als analytische Kategorie taugt der Begriff „Krise“ in meinen Augen weder in den Sozialwissenschaften noch in den Geschichtswissenschaften.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Ich glaube, das hat fast eine Nachfrage provoziert – zumindest habe ich da jemanden zucken sehen. Ich glaube, das werden wir an anderer Stelle noch weiter debattieren können.

(Sv. Herr Dr. Endreß: Ich bedanke mich!)

Vielen Dank an Sie, Herr Dr. Kroll und Herr Professor Dr. Endreß, für Ihr Kommen, für Ihre Beiträge und dafür, dass Sie uns auf diesem Feld auch noch mal erleuchtet haben.

Jetzt würde ich es den Obleuten zur Option stellen, entweder jetzt eine fünfminütige Pause einzulegen, damit alle mal – –

(Zurufe)

– Ich wollte überhaupt einmal fragen, ob Bedarf an einer Pause besteht. Dann muss ich natürlich auch Frau Dr. Kimmich, die schon im Saal anwesend ist, ebenso wie Herrn Dr. Glade, der online zugeschaltet ist, fragen, ob sie damit einverstanden wären, dass wir die Sitzung für fünf Minuten unterbrechen.

(Sv. Frau Dr. Kimmich und Sv. Herr Dr. Glade drücken ihre Zustimmung aus.)

Herrn Dr. Neubacher habe ich allerdings noch nicht gesehen.

(Sv. Herr Dr. Neubacher: Doch, ich bin auch da! Ich bin mit der Pause einverstanden!)

– Einverstanden; wunderbar. – Dann legen wir eine fünfminütige Pause ein, damit sich jeder eine koffeinhaltige Limonade oder ein koffeinhaltiges Getränk holen kann.

(Unterbrechung der Sitzung von 16:38 Uhr bis 16:48 Uhr)

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der fünfminütigen Pause, die jetzt doch etwas länger geworden ist – das ist auch eine Regel hier im Landtag –, machen wir weiter, und zwar mit den noch folgenden drei Referentinnen und Referenten: Frau Professorin Dr. Dorothee Kimmich – die auch schon hier vor mir am Redepult steht –, Herrn Professor Dr. Frank Neubacher und Herrn Professor Dr. Thomas Glade.

Frau Professorin Dr. Kimmich, Sie sind Professorin für Literaturwissenschaftliche Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen. Sie haben 20 Minuten Zeit.

(Eine Präsentation *[Anlage 7]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sv. Frau Dr. Kimmich: Danke schön. – Guten Abend oder guten Nachmittag! Ich freue mich und bedanke mich bei Ihnen, dass Sie mich in die Sitzung eingeladen haben. Ich komme aus einer ganz anderen Branche und finde es eigentlich schön, dass Sie mich, obwohl ich Stellvertreterin einer ganz anderen Ecke bin, ebenfalls kurz anhören.

Die gute Nachricht ist – und dafür bedanke ich mich ebenfalls –, dass ich heute sehr viel gelernt habe; ich habe wahrscheinlich mehr gelernt, als ich Ihnen je wieder zurückgeben kann.

Die zweite gute Nachricht ist, dass ich wahnsinnig viel von meinem Vortrag gestrichen habe,

(Vereinzelt Heiterkeit)

weil ich viele Dinge natürlich nicht noch einmal wiederholen will. Sie werden ein paar Sachen wiedererkennen, ich würde die aber – so wie wir das eben machen und die Dinge anschauen – anders sortieren als das, was wir heute schon gehört haben.

Die dritte gute Nachricht ist, dass meine Powerpoint-Präsentation überhaupt keine Statistiken, keine Zahlen und nur ganz wenige Wörter enthält. Ich habe sie hauptsächlich geschrieben, um Sie ein bisschen zu unterhalten, weil ich das Gefühl hatte, so spät am Nachmittag sind Sie alle todmüde. Aber ich muss sagen: Sie haben echt eine gute Kondition. Das bin ich von der Uni nicht gewöhnt. An der Uni haben wir leider auch keine Anzeige, die die verbleibende Redezeit anzeigt. Ich werde sofort den Antrag stellen, dass wir auch so etwas bekommen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich beginne mit einer Folie, das ist, weil wir natürlich – – Also, wenn Sie mich überhaupt aus irgendeinem Grund eingeladen haben und ich in irgendeiner Weise eine Krisenexpertin wäre – was ich nicht bin –, dann bin ich, wie meine Kolleginnen und Kollegen, deshalb hier, weil ich Ihnen sagen kann, dass die gesamte Weltliteratur gewissermaßen aus Krisennarrativen besteht. Sie können keine Geschichte erzählen, die von guten Dingen berichtet. Deshalb müssen Sie immer irgendetwas erzählen, das krisenhaft ist. Wenn es gut ausgeht, ist es eine Komödie, wenn es schlecht ausgeht, ist es eine Tragödie. Das ist ganz einfach. Das sind die Basics meines Fachs.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Andererseits ist es allerdings auch so, dass man sagen und sich vorstellen muss, dass die meisten Menschen gewissermaßen in einem riesigen Kosmos von Krisennarrativen leben – viel größer als wir das heute diskutiert haben. Jeder Comic ist ein Krisennarrativ; jeder Film, den Sie anschauen, ist in einer bestimmten Weise ein Krisennarrativ. Die Frage, wie in diesen Texten – im Übrigen sind diese Texte auch Kriseneinübungsnarrative; wir lesen natürlich Literatur, wir schauen Filme, weil – – Wir sprechen im Bereich der anthropologischen Literaturwissenschaft vom „Homo narrans“, von einem Lebewesen, das erzählen muss, das zum Überleben erzählen muss, und zwar deshalb, weil es Krisennarrative erfindet, erzählt und auf diese Weise eine Art Dauertraining absolviert, was Krisenvorstellungen und Krisenkonzepte angeht. Das ist die einzige Expertise, die ich mitbringe.

Das andere ist, dass ich Ihnen zeigen will, dass sich nicht nur die Literatur – Drama, Theater oder irgendwelche Höhenkammliteratur –, sondern vor allem auch die Populärkultur die Fragen gestellt hat: Was ist eine Krise? Wann haben wir eine Krise? Auf diesem Albumcover heißt es: „Crisis? What Crisis?“ Das Album stammt aus dem Jahr 1975. Ich finde das Albumcover schon echt ziemlich cool, muss ich sagen. Die meisten von Ihnen – wenn ich jetzt so herumschaue – sind viele zu jung, um zu wissen, wie die Band Supertramp klingt, und weil ich mir gedacht habe, dass Sie um diese Uhrzeit wahrscheinlich schon schlafen, habe ich ein bisschen was von dem Sound mitgebracht.

(Ein Ausschnitt des Liedes „Crazy“ der Band Supertramp wird abgespielt. – Heiterkeit – Zuruf)

– Sie kennen das. Für alle anderen,

(Zuruf: Ich kenne das auch!)

außer für Herrn Siegel, habe ich ein bisschen was von dem Sound dabei. Das ist der Sound der Siebzigerjahre, aber natürlich auch schon der Sound – das sieht man auf dem Albumcover – der Ökokrise. Die Frage, die sich die Band Supertramp im Jahr 1975 stellte, stelle ich mir auch immer: Über welche Krise reden wir eigentlich? Das sind die Fragen, die ich an Sie mitgebracht habe: Warum reden wir von der Krise, wie wir es jetzt hier tun? Oder könnten wir das auch anders machen?

Auf dieser Folie sehen Sie nicht die Band Supertramp, sondern den Einband des „Club of Rome“-Berichts aus dem Jahr 1972. Herr Siegel hat schon darauf hingewiesen – so ist auch mein Eindruck –: Wir leben nicht in einer seriellen Krise. Vielmehr ist diese Krise nicht irgendeine, sondern sie prägt unsere Epoche. Seit dieser Zeit sprechen wir von der Zeit der Postmoderne oder auch vom Anthropozän. Das ist die erste Krise, die nicht nur den Menschen betrifft, sondern eben auch die Natur, die wir bis dahin für krisenfest gehalten haben. Deshalb, finde ich, muss man Krisen differenzieren und erkennen, dass es historische Abschnitte gibt, die wichtig sind.

Jetzt hatte ich Ihnen versprochen, dass ich zwei Krisennarrative identifiziert habe, unter den vielen, die Sie vorher auch schon angesprochen haben. Diese beiden Krisennarrative sind heute bereits mehrfach angesprochen worden. Ich sehe sie ein bisschen anders, und ich erzähle Ihnen jetzt ganz fix, warum ich sie ein bisschen anders sehe.

Sie werden sofort etwas wiedererkennen, nämlich den guten alten Aristoteles. Das ist derjenige, der die „krisis“ beschrieben und die Krise als einen Moment der Entscheidung identifiziert hat, als eine Diagnose, eine ansteigende Problematik, woraufhin ein Eingreifen der Politik – Wahlentscheidungen, Regierungsbeschlüsse; für die Antike wahnsinnig wichtig: die Entscheidung darüber, in einen Krieg einzutreten – erfolgt. Das Ganze gehört im Übrigen in den Gesamtbereich der Wortfamilien „Kriterium“ und „Kritik“. Ich finde es nicht ganz unwichtig, sich noch einmal vor Augen zu führen, was hier alles zusammengehört.

Genauso wichtig ist mir das zweite Krisenmodell, das im Übrigen auch aus der Antike stammt und das fast noch mehr Erfolg hatte als das eben genannte. Es handelt sich um das medizinische Krisennarrativ. Dieses hat Galen von Pergamon erfunden, und es ist ein wahnsinniger Renner geworden. Krise meint hier die Periode eines Krankheitsverlaufs, in der sich entscheidet, ob der oder die Kranke überlebt und gesund wird oder stirbt. Es gibt dort also nur diese beiden extremen Alternativen.

Ich entschuldige mich im Übrigen dafür – das müsste ich hier vielleicht auch noch sagen –, dass wir bisher ausschließlich europäische Quellen sowie europäische Autorinnen und Autoren zitiert und europäische Narrative identifiziert haben, obwohl wir von globalen Krisen sprechen. Das geht natürlich in Zukunft nicht mehr. Ich muss mich aber entschuldigen, weil ich leider keine Expertin für irgendetwas anderes bin; ich kann Ihnen nichts anderes bieten. Dies ist auch ein wenig eine Art Bankrotterklärung an eine Universitätsperson wie ich es bin, dass ich nichts dazu zu sagen habe.

In der Antike war es so, dass es ein Entweder-oder gab: entweder überleben oder nicht. Das sollte man, glaube ich, auch noch im Auge behalten. Wichtig ist allerdings beim medizinischen Krisennarrativ, dass es im Grunde so gedacht wird, dass man den Körper seinen Selbstheilungskräften überlässt. Darauf werde ich noch mehrfach zurückkommen.

Die politische Krise ist eine Krise, in die man eingreift. Die medizinische Krise ist eine begleitete Krise, in der Hoffnung, dass es der Körper selbst regelt. Es handelt sich dabei also um eine Selbstregulierungstheorie, und das hat bestimmte Auswirkungen.

Ab dem 18. Jahrhundert – das haben bereits mehrere Personen gesagt – haben wir eine sehr verstärkte Krisenzeit. Das heißt, dass sich auf eine bestimmte Art und Weise die politische, die eingreifende, die sich verändernde Krise unter bestimmten Gesichtspunkten verstetigt hat. Die Krise besteht jetzt in allen Bereichen. Das heißt, man sagt – wie Koselleck und Habermas festgestellt haben –: Die Krise wird zur strukturellen Signatur unserer Zeit. Krisen gibt es überall, vor allem im Alltag und in der Politik. Dann meint die Krise eigentlich nur noch Zustände von Unruhe, Konflikt und vor allem Störung. Damit ist sie nicht mehr ganz trennscharf.

Warum ist die Krise in der Moderne nicht nur andauernd auftretend, sondern stört uns gerade in der Moderne ganz besonders? Der Krisenbegriff ist eine Kontingenzerfahrung durch die plötzliche Erfahrung und Erkenntnis, dass alles auch ganz anders sein könnte. Diese Erfahrung ist in der Covidpandemie ebenfalls eingetreten: Alles könnte anders sein. Diese wiederkehrenden Krisenphasen werden zu einer andauernden, allgemeinen und auf allen Gebieten stattfindenden Wahrnehmung der Tatsache, dass alles auch ganz anders sein könnte. Das ist sozusagen das Gegenteil von Selbstwirksamkeit.

Warum ist es ärgerlich, dass es das Gegenteil von Selbstwirksamkeit ist? Es ist ärgerlich, weil die Aufklärung lehrt: „Der Mensch ist selbstwirksam.“ Das heißt, Krisen passen nicht zur Ideologie der Aufklärung. Wir haben in der Moderne gelernt, unser Leben in die Hand zu nehmen, die Natur zu bearbeiten, Wissenschaft zu erfinden, Krankheiten zu besiegen und uns die Welt untertan zu machen – gewissermaßen ohne Bibel. In dem Moment, in dem der Mensch tatsächlich aufbricht, dies zu machen, beginnt die Kontingenz der Krisenerfahrung: dass wir nämlich eigentlich keine Selbstwirksamkeit haben. Wir können also sagen, dass im Zeitpunkt der Moderne, der modernen Technik und Naturbeherrschung die Krisen und damit die Kontingenzerfahrung explodieren. Das ist ein Dilemma, wofür keinerlei Lösung in Aussicht ist. Es provoziert die paradoxen Re-

aktionen, dass man auf der einen Seite politisches Eingreifen fordert, es auf der anderen Seite aber gleichzeitig ablehnt. Das sind die beiden Krisennarrative: Wir müssen etwas entscheiden, oder wir überlassen das System einem Selbstheilungsprozess.

Man könnte sich also immer wieder die Frage stellen, inwiefern das Gesagte auf die augenblickliche Situation abbildbar ist. Heute haben hier schon viele gesagt, dass Gegner von Coronamaßnahmen nicht nur gegen einzelne Regelungen waren, sondern das gesamte Eingreifen der Politik als Fehler identifiziert haben. Dass solche Haltungen sowohl bei anarchistisch-linken Gruppen, bei rechten Demokratiefeinden und bei hyperliberalen Freunden des Nachtwächterstaats Anhänger rekrutieren können, ist gar nicht so verwunderlich. Es geht hier um eine grundsätzliche Ablehnung politischen Handelns und um die Begeisterung für Selbstregulierung, in der diese Anhänger übereinstimmen. Das muss nicht unbedingt schlecht sein, weil Selbstregulierung auch punkten kann. Aber es stellt sich eben die Frage, ob man sich im Klaren darüber ist, dass man eine Selbstregulierungsideologie oder -idee vertritt.

Damit haben die Proteste auch in bestimmter Weise gezeigt, was durchaus Kritik verdient: Das politische Krisenmanagement hatte ganz offensichtlich ein Ziel im Auge, und zwar die Wiederherstellung des Ausgangszustands. Es wurde bereits mehrfach angesprochen: Erleben wir Zeiten, in denen die Politik in einer bestimmten Art und Weise zu einer Verwaltung der Gegenwart geworden ist? Personen wie Hartmut Rosa würden so etwas sagen; Jürgen Habermas hat so etwas auch schon mal gesagt. Das heißt also, dass die eigene Gegenwart im Grunde unfassbar geworden ist und für eingreifendes Handeln gar nicht mehr zur Verfügung steht. Auch das, was Greta Thunberg sagt, geht in diese Richtung: „Ihr müsst endlich bei der Klimakrise etwas tun.“ Politik bedeutet eingreifen, Ihr müsst handeln. Gleichzeitig entsteht der Eindruck, dass wir uns in einem rasanten und beziehungslosen Leerlauf befinden – so sagt es Marcus Quent. Dirk Quadflieg sagt: „Es ist eine dauernde Gegenwart, in die wir uns zurückfalten.“ Es gibt also im Grunde gar keine Zukunft, auf die hin die Politik agieren könnte. Diese Art der Zukunftslosigkeit, die immer wieder nur in den Status quo, die nach einer Krise den Zustand wiederherstellen will, zurückfällt, der vor der Krise bestand, die die Gegenwart sozusagen zum Dauerzustand machen will, widerspricht offensichtlich komplett dem Krisenbegriff vieler Leute.

Das heißt, wir befinden uns sozusagen im medizinischen Narrativ der Krise, wir befinden uns nicht mehr im politischen Narrativ der Krise, sondern wir leben im medizinischen Narrativ der Krise: dass wir den Zustand wiederherstellen, der vor der Krise herrschte und damit auch zufrieden sein sollen. Es ist also wie bei einem gesunden Körper: Die Immunabwehr reguliert die Störung systemimmanent, und die Krise ist überwunden. Der neu-alte Zustand der Gesundheit ist erreicht. Das ist auch deshalb witzig, weil man sehen kann, dass im Grunde viele Gegner von Coronamaßnahmen auch Impfgegner und gleichzeitig Gegner von Eingriffen des Staates waren. An diesem Beispiel sieht man, wie die Narrative und die Metaphoriken zusammenschmelzen und die Frage nach dem Eingriff ungeklärt ist.

Diese Vorstellung, dass Politik etwas mit dem Körper und mit der Natur zu tun hat, hat die Moderne in den letzten 50 Jahren wahnsinnig fasziniert, vor allem seit der Luhmannschen Systemtheorie. Dies ist eine Theorie, die im Grunde auf biologischen Systemen aufbaut. Sie vergleicht ständig die Gesellschaft, die Gemeinschaft mit biologischen Systemen der Ökologie oder eines Biotops, das sich nach einer Störung selbst regulieren soll. Es gibt natürlich auch völlig andere Politikbegriffe, die diese Ansicht nicht teilen würden, bzw. es gibt andere Narrative.

Ich würde sagen, dass z. B. der Begriff „Resilienz“ – jetzt ist leider, oder Gott sei Dank, Herr Endreß nicht mehr da – –

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf)

– Ich wusste das nicht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Aber er hört zu.

(Heiterkeit – Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Er hört es sich nachher noch mal an!)

Sv. Frau Dr. Kimmich: Ich würde nämlich sagen – er hat zwar gesagt, er halte nichts vom Bounce-back-Modell –: Wenn es dieses Bounce back nicht mehr gebe, ist es tatsächlich so, dass der Kern der Resilienz eigentlich wegfällt. Die Resilienz ist etwas, das mit Begriffen wie gesund, widerstandsfähig, stabil, Immunsystemaufbau usw. zu tun hat. Das sind die Bilder, die man dazu finden kann. Ursprünglich stammt der Begriff „Resilienz“ aus der Materialforschung, also aus der Natur. Es handelt sich um Naturbilder. Das finde ich kritisch. Ich halte alle Naturnarrative, alle Naturmetaphern, mit denen man Gesellschaft beschreibt, für ausgesprochen schwierig. Das Zurückspringen in die ursprüngliche Form, die Widerstandsfähigkeit von Materialien mit der Widerstandsfähigkeit von Menschen zu vergleichen, finde ich problematisch. Der Mensch ist, wie ich finde, kein Baum. Abgesehen davon bin ich der Meinung, dass die Übertragung von – – Das gibt es doch überall: „Bend don’t break“ – das ist übrigens auch Werbung für Yoga oder so.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das finde ich problematisch. Aber wir müssen uns immer im Klaren darüber sein, dass diese Narrative, die ich aufzuzeigen versuche, nicht einfach ein bisschen locker flockig unsere Freizeit bedienen. Vielmehr prägen diese Vorstellungen tief unser Verständnis von Gesellschaft, von Individualität, von Zusammenhalt, aber eben auch von der Frage, ob etwas wie eine Komödie oder eine Tragödie ausgeht.

Jetzt bin ich im Grunde bei meinen Fragen angelangt, und dann schaffe ich es wahrscheinlich auch in der Zeit. Meine Frage an Sie wäre gewesen: Warum sprechen wir

hier von „krisenfester Gesellschaft“ und nicht von „krisenfester Politik“? Ich hätte eigentlich erwartet, dass man von einem „krisenfesten Staat“ oder so spricht. Denn die Frage, ob Sie in der Lage sind, eine Gesellschaft krisenfest zu machen, wüsste ich überhaupt nicht zu beantworten. Ich würde sagen, dass Herr Busemeyer, der sich damit tausendmal besser auskennt als ich, die richtige Frage nach einer krisenfesten Politik gestellt hat: Ist es nicht so, dass wir hier nicht nur von den verschiedenen Krisen sprechen müssen, die wir manifest auseinanderhalten und definieren, sondern dass wir auch darüber reden müssen, wie wir mit ihnen umgehen? Müssen wir nicht vielmehr auch von einer Krise der Politik selbst sprechen? Ist es nicht eigentlich die Aufgabe, zu sagen, dass sich diese beiden Narrative, die wir haben – der Staat muss eingreifen, der Staat darf nicht eingreifen –, so gefährlich amalgamiert haben, dass wir zu einem Verständnis von Staat und Politik gekommen sind, in der sich – ebenso wie in dieser Debatte, muss ich sagen – die Begriffe Gesellschaft, Gemeinschaft, Politik und Staat ständig abwechseln? Die Vermischung der Begriffe hat dazu geführt, dass auch ich ein bisschen durcheinandergekommen bin.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es wäre mein Wunsch: Ich würde nie von politischen Agenten, wie Sie es alle sind, verlangen, dass Sie eine Vision zu einer krisenfesten Gesellschaft haben und das gar noch durchsetzen. Ich finde, ein Staat ist einigermaßen krisenfest, wenn er die Ebenen Infrastruktur, Befehlsketten, Durchsetzungsmöglichkeiten, Rechtsetzung und Rechtsprechung – alles was man mit diesen Bildern verbindet – im Griff hat. Der Staat muss aber auch reflektieren können, warum all das, was hinter diesen Bildern steckt, in der Bevölkerung keine Akzeptanz mehr findet. Das ist das, was man, glaube ich, lösen kann.

Jetzt muss ich das als Nichtexpertin auch nicht beantworten. Aber so ein bisschen sollte ich ja wenigstens auf Ihre Fragen antworten. Ich habe mir schon auch überlegt, was ich zum Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ gesagt hätte. Nach den Erfahrungen aus meinem Fachbereich geht es immer um die Frage von Zusammenhalt und – das brauche ich jetzt nicht auszuführen – um bestimmte, unterschiedliche Modelle von Kommunikations-, Macht- und Herrschaftsstrukturen, die wir ja auch auf andere Weise analysieren, sowie darum, komplexe – ich sage jetzt nicht „elastische“, weil das, glaube ich, irgendwie auch ein schwieriger Begriff ist –, bestimmte Reaktionsmöglichkeiten entstehen zu lassen.

Auffällig ist – das ist für uns auch in der letzten Zeit tragisch gewesen – die Tatsache, dass ein beliebter Begriff sowohl der Theoriegeschichte als auch der Philosophiegeschichte – gerade wenn man aus Tübingen kommt –, nämlich der Begriff der subjektiven und auch kollektiven Identität „flöten gegangen ist“. Man muss sich im Klaren darüber sein, dass Identität ein Begriff ist, der uns natürlich lange Zeit in Richtung Zusammengehörigkeit von Gruppen geführt hat und der bedauerlicherweise ein Kampfbegriff geworden ist. Das ist eigentlich auch eine Denkkatastrophe. Wir müssen andere Begriffe suchen, um Solidarität und Gemeinschaftlichkeit wieder benennbar und denkbar machen zu können, weil die Identität offensichtlich exklusiv und auch diffamierend gewor-

den ist und ein „Othering“ voraussetzt: dass die Identität immer den anderen braucht, der dabei diskriminiert wird. Das ist außerordentlich bedauerlich. Es gibt von hauptsächlich niederländischen Forschern ein Lösungsangebot, das ich interessant finde: Das Nachdenken über Belonging. Belonging ist möglicherweise deshalb wichtig, weil es uns erklären wird, wie wir in Zukunft auch Solidarität denken können. Darüber kann ich jetzt nicht ausführlich reden, das würde jetzt auch zu lange dauern.

Mein Schlusswort lautet – ich habe es jetzt nicht ganz geschafft, im Zeitrahmen zu bleiben –: Wo kann man solche Konzepte über Belonging lernen? Ich komme aus einer Bildungseinrichtung und muss sagen: Wenn man von krisenfesten Gesellschaften redet, muss man eigentlich über Bildung reden, und zwar nicht nur über Universitäten und Gymnasien, sondern über alle Formen von Bildungs-, Ausbildungs- und Schulpolitik. Ich hätte meinen gesamten Vortrag eigentlich so abkürzen können, wenn ich gesagt hätte: „Krisenfeste Gesellschaft“: 100 Milliarden € Sondervermögen für den Bereich Bildung.

(Beifall – Heiterkeit)

Vorsitzender Alexander Salomon: Sehr geehrte Frau Professorin Dr. Kimmich, Sie haben Ihre 21 Minuten optimal genutzt.

(Heiterkeit)

Das kann ich Ihnen sagen: Sie haben mit Supertramp auch eine Premiere hier im Plenarsaal gesetzt. Ich glaube nicht, dass das hier jemals gespielt wurde. Aber ich werde es mir merken, zu gewissen Stunden auch mal ein Lied einzuspielen. Das hat nicht nur zur Erheiterung beigetragen, sondern alle waren danach auch wirklich wach – sehr gut.

Jetzt kommt Herr Professor Dr. Frank Neubacher, seines Zeichens Professor für Kriminologie und Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität zu Köln. Er ist uns digital zugeschaltet. Ich grüße Sie, Herr Dr. Neubacher!

Sie haben auch 20 Minuten Zeit. Sie können Ihren Bildschirm teilen. Die Präsentation haben wir aber auch an die Mitglieder der Enquetekommission verschickt.

Sv. Herr Dr. Neubacher: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche gerade, die Präsentation hochzuladen, habe da aber jetzt ein Problem. Woran das liegt, weiß ich nicht. Ich mache das sonst immer in der Vorlesung.

Ich würde dann tatsächlich leider ohne meine Folien arbeiten müssen, es sei denn, jemand von Ihnen wäre in der Lage, sie im Saal einzuspielen. Ich weiß, wie gesagt, nicht, woran es liegt. Es kann sein, dass es an dem System liegt, mit dem ich nicht vertraut bin. Aber ich sehe natürlich diesen „Bildschirm teilen“-Knopf und weiß nicht genau, warum das nicht klappt. Es tut mir sehr leid, aber das klappt anscheinend nicht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Leider klappt es auch nicht, dass wir es einspielen, wird mir gesagt. Vielmehr müssen Sie das selbst machen.

Sv. Herr Dr. Neubacher: Gut.

Vorsitzender Alexander Salomon: Aber, wie gesagt, uns liegt es vor. Das wird auch alles zu den Akten genommen. Das heißt, man kann das auch im Nachhinein nachvollziehen.

Wenn Sie Ihre Präsentation in den letzten Tagen nicht geändert haben, dann ist – –

Sv. Herr Dr. Neubacher: Ich habe die Präsentation nicht geändert. Ich habe sie am Mittwoch versandt. Vielleicht mag der eine oder andere sie so zur Hand nehmen. Es tut mir, wie gesagt, sehr leid. Aber ich weiß nicht, woran es liegt.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr für die Einladung. Ich führe sie darauf zurück, dass ich im Jahr 2015 eine große kriminologische Tagung ausgerichtet habe, die unter dem Thema „Krise Kriminalität Kriminologie“ stand.

Uns ging es damals um Phänomene wie Klimawandel, Cybercrime, Globalisierung, Finanzkrise, Ressourcenkrise, Wildlifecrime, Kriegsverbrechen, Terrorismus, Vertrauenskrise, Human Rights, Umweltschäden. Das alles sind nur Stichworte, die auf dem Poster waren, mit dem wir für die Tagung geworben haben. Uns ging es darum, die Kriminologie auf diese Themen eigentlich auszurichten und sie darauf aufmerksam zu machen. Denn ich muss vorausschicken, dass die Kriminologie – jedenfalls im deutschsprachigen Raum – sich mit diesen Themen bisher beklagenswert wenig beschäftigt hat.

Insofern bin ich heute nicht in der Lage, Ihnen sozusagen einen Common Sense der Kriminologie vorzustellen. Vielmehr werde ich gewissermaßen einige Schlaglichter auf Phänomene werfen und dabei versuchen, die kriminologischen Bezüge herauszuarbeiten. Wir befinden uns also jenseits der bisherigen klassischen Kriminologie, die sich üblicherweise mit einzelnen typischen Qualitätsphänomenen wie Straßenkriminalität, Gewaltkriminalität und Jugendkriminalität, aber auch mit Strafvollzugsfragen beschäftigt. Das wäre der klassische Kern der Kriminologie in Deutschland.

Ich kann Ihnen deswegen auch keine Patentrezepte versprechen. Aber ich hoffe, mit Ihnen gemeinsam da ins Nachdenken zu kommen.

Ich will vorweg eine ganz kurze Definition der Kriminologie liefern. Das bin ich Ihnen, glaube ich, schuldig.

Ich sage: Die Kriminologie ist die Wissenschaft vom abweichenden Verhalten und von den gesellschaftlichen Reaktionen darauf. Dieser zweite Teil der Definition ist sehr wichtig, weil auch die Kriminalitätskontrolle Gegenstand der Kriminologie ist. Damit meine ich nicht nur die Tätigkeit der formellen Instanzen Polizei und Justiz, sondern im Grunde alle gesellschaftlichen Reaktionen: Gesetzgebung, Reaktion der Bevölkerung, Kriminalitätsfurcht. Das alles ist für uns in der Kriminologie interessant.

Nun ist die Kriminalitätssituation in Deutschland, wie ich auf meiner Folie geschrieben habe, relativ betrachtet über Zeit und Raum gut. Das heißt natürlich nicht, dass wir uns nicht auch Sorgen machen. Aber vergleichsweise ist die Situation relativ gut. Das kann man daran sehen

> (Eine Präsentation *[Anlage 8]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

– vielen Dank für das Einblenden der Folien; das ist genau richtig –, dass die Kriminalitätsentwicklung seit den 1990er-Jahren eigentlich rückläufig ist und sich insbesondere in den Bereichen, die uns besonders Sorgen machen – Gewalt- und Straßenkriminalität –, die Lage bundesweit deutlich entspannt hat, auch und gerade bei der Jugendkriminalität. Wir haben eigentlich sehr niedrige Belegungszahlen in Justizvollzugsanstalten.

Aber Kriminalität ist nicht alles. Wir haben auch in Teilbereichen der Kriminalität Anstiege zu verzeichnen: Verstöße gegen die Betäubungsmittelgesetze, Betrugsdelikte, Cybercrime und Angriffe auf Polizeibeamte.

Über diese Kriminalität hinaus geht es heute ja auch um die Frage der Krise. Da sehen wir eine massive gesellschaftliche Verunsicherung – nicht nur durch Kriminalitätserscheinungen auch neuerer Art; Stichworte sind Cyberkriminalität und Kinderpornografie im digitalen Raum. Vielmehr sehen wir auch Verunsicherungen durch Krisen, zuletzt vor allem durch die Coronakrise, den Krieg in Europa, Inflation und Inflationsängste.

Ich glaube, dass man guten Gewissens sagen kann, dass diese und andere globale Krisen auch Auswirkungen auf uns, die lokale Ebene, haben. Das kann man erstens an den wirtschaftlichen Auswirkungen solcher Krisen sehen. Man sieht das zweitens daran, dass diese Phänomene einschließlich vieler Kriminalitätsphänomene auch internationalen Charakter haben. Das reduziert sozusagen die Erwartung, wir könnten im nationalen Maßstab die Probleme sozusagen allein richten, sodass der Eindruck entsteht: Manche Sachen sind jenseits unserer Kontrolle und schwierig zu beherrschen – Stichwort „Server im Ausland“.

Über diese wirtschaftliche Verunsicherung und die Sorgen hinaus, was die Beherrschbarkeit von Phänomenen angeht, ist es eben eine massive Beeinträchtigung unseres Lebensgefühls und unseres Sicherheitsgefühls. Das ist etwas, was in der Kriminologie schon sehr lange diskutiert wird, dass für die Frage einer Kriminalitätsfurcht, eines sub-

jektiven Kriminalitätsempfindens die objektive Lage doch sehr nachrangig ist. Das zeigt uns, dass die Wahrnehmung und das subjektive Verarbeiten solcher Krisenphänomene sehr wichtig sind und es nicht allein auf objektive Krisenlagen ankommt.

Ich will jetzt auf Fragen des Klimawandels und globaler Umweltveränderungen zu sprechen kommen. Der Klimawandel ist für uns vielleicht die größte Herausforderung, aber beileibe nicht die einzige Umweltkrise. Wir haben auch eine Ressourcenkrise, was die Frage der Verfügbarkeit von sauberem Wasser, von ertragreichen Böden und damit verbunden auch von Nahrungsmitteln angeht. Wir haben zusätzlich eine Verschmutzungskrise, was die Umweltmedien Wasser, Luft und Boden angeht. Und wir haben eine Krise im Hinblick auf Artenverlust und Biodiversität.

Als Beispiel möchte ich die Abholzung im brasilianischen Amazonasgebiet nennen. An diesem Beispiel wird sehr schön deutlich, wie sich verschiedene dieser Krisen auch miteinander verschränken. Natürlich hat die Abholzung Relevanz für das globale Klima. Es ist zugleich aber auch ein Konflikt um die Landnutzung. Es ist ein Konflikt zwischen Großgrundbesitzern, die Weideland brauchen, und ärmeren Gesellschaftsschichten. Und es ist nicht zuletzt ein Konflikt zwischen der brasilianischen Regierung und der indigenen Bevölkerung.

Ein anderes Beispiel: Artenvielfalt, illegaler Handel mit Wildtieren oder Teilen davon. Die meisten von uns werden inzwischen wissen, dass es große Probleme mit dem internationalen Elfenbeinhandel oder dem Handel mit Nashorn gibt. In diese Phänomene ist teilweise vor Ort und auch bei dem Transport und der Weiterverbreitung dieser Güter die organisierte Kriminalität involviert.

Jetzt könnten wir uns an dieser Stelle vielleicht fragen: Ja gut, was hat das mit uns zu tun? Ist das nicht ein Problem von Afrika oder Asien?

Ich möchte dieses Beispiel zeigen, um deutlich zu machen: Auch Deutschland und Europa sind eine Transitregion für Elfenbein und Nashorn. Der Zoll kann ein Lied davon singen. Vor sechs Jahren sind in Berlin am Flughafen ungefähr 600 kg Elfenbein beschlagnahmt worden.

Wir können diese Phänomene also nicht irgendwo auf einem anderen Kontinent verorten. Wir stecken da selbst mit drin – auch deshalb, weil wir teilweise auch auf der Nachfrageseite stehen. Bei der teils legalen Trophäenjagd auf afrikanisches Großwild etwa kommen die meisten Kunden aus den USA und Europa – Deutschland inklusive. Deutschland ist ein starkes Nachfrageland bei exotischen Vögeln und Reptilien gewesen, bis vor Kurzem die Regeln nach dem Washingtoner Artenschutzabkommen verschärft worden sind.

Also nicht nur verschiedene Arten von Konflikten sind miteinander verschränkt. Vielmehr will ich mit diesen Beispielen auch zeigen, dass wir – ich sage jetzt mal: der glo-

bale Norden – für viele dieser Phänomene mitverantwortlich sind. Und das geht zulasten des globalen Südens.

Ein aktuelles Beispiel wäre der „E-waste“, der Elektronikschrott, der in Amerika und Europa in Massen produziert wird, teilweise legal, aber auch illegal in Entwicklungsländer transportiert wird, wo teilweise unter gesundheitsschädlichen Bedingungen versucht wird, daraus Rohstoffe zu gewinnen.

Welche Folgen hat das? Diese Beispiele zeigen, dass teilweise durch diese Phänomene Lebensgrundlagen von Menschen beeinträchtigt werden und es dann typischerweise zu Nutzungskonflikten, zu sozialen Konflikten kommt, die dann auch in politische Konflikte transformiert werden – Konflikte um Land, um Nahrung. Aber es sind auch Generationenkonflikte. An den Demonstrationen von Fridays for Future bei uns wird ja offenbar, dass uns die jüngere Generation auch fragt: Was hinterlasst ihr uns da eigentlich?

Kriminologisch ist der Begriff „Strain“ ein Schlüsselelement in einer Kriminalitätstheorie, die sogenannte Allgemeine Drucktheorie, die besagt: Wenn Menschen unter Druck geraten, Belastungen oder Spannungen ausgesetzt werden, dann ist das in der Regel mit starken negativen Affekten – Wut, Zorn oder Verzweiflung – verbunden. Das erhöht das Risiko, selbst Delinquent zu werden, es sei denn, ich kann diese Belastungen abfedern, indem ich z. B. im sozialen Nahraum einen Ausgleich finde.

Naturkatastrophen oder Kriminalitätsphänomene sind Beispiele für negative Stimuli, die Menschen primär unter Druck setzen. Wenn dann sekundär noch dazukommt, dass ein soziales Umfeld – Angehörige, Freunde, Jobsicherheit –, das so etwas abfedern könnte, wegfällt, wird dieser Strain sozusagen potenziert und stellt im Hinblick auf die Begehung von Kriminalität ein Risiko dar.

In der Kriminologie wird international seit Längerem eine Korrelation zwischen hohen Temperaturen und der Kriminalitätshäufigkeit festgestellt. Weniger klar ist, woran das in einem kausalen Sinn eigentlich liegt. Meiner Meinung nach greift die Überlegung zu kurz: Hohe Temperaturen schaffen eine Art innere Erregung oder Reizbarkeit. Ich glaube, wir kommen der Sache näher, wenn wir sagen: Hohe Temperaturen verändern einfach das Verhalten. Denn je wärmer es ist, desto mehr halten wir uns im Freien auf, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass potenzielle Täter und Opfer aufeinandertreffen.

Um das ganz anschaulich zu machen: Während der Coronakrise 2020 ist die Kriminalität massiv zurückgegangen. Warum? Weil Kontakte massiv eingeschränkt waren. Es gab keine Massenveranstaltungen, Bars und Restaurants waren geschlossen; Alkohol ist ja auch ein Crime Facilitator.

Umgekehrt sehen wir, dass Straßen- und Gewaltkriminalität an Wochenenden, an denen Menschen ausgehen, Zeit haben, außerhäusiges Freizeitverhalten an den Tag le-

gen, vielleicht auch Alkohol und Drogen konsumieren – – Das erhöht die Kriminalitätsrisiken.

Deshalb meine ich, dass man davon sprechen kann, dass solche Ereignisse – Umweltkatastrophen, Weather-Shocks – mit einem erhöhten Kriminalitätsrisiko einhergehen, zum einen, weil sie die Motive oder die Antriebe für Delinquenz sein können. Das klassische Beispiel wäre die sogenannte Notkriminalität, dass Menschen in solchen verzweifelten Situationen aus der Not heraus sich nehmen, was sie anders nicht bekommen können.

Solche Situationen sind aber auch mit der Suche nach Sündenböcken verbunden. Daran können wir sehen, dass das auch ein politisches Klima zu vergiften droht.

Gleichzeitig schaffen solche Ausnahmesituationen auch Tatgelegenheiten. Ich denke an den Hurrikan „Katrina“ 2005 in den USA. Dabei ist es zu massiven Plünderungen, auch zu Gewalt- und Hasskriminalität gekommen, weil Sicherheitskräfte bei einem Zusammenbrechen der sozialen Ordnung, der öffentlichen Ordnung den Schutz und die Sicherheit teilweise nicht mehr garantieren können.

Aus dem Ahrtal sind mir solche Dinge nicht zu Ohren gekommen. Ich will aber nicht ausschließen, dass das nicht auch passiert ist. Ich weiß aber von Berichten, wonach Gruppen aus dem rechten radikalen Milieu versucht haben, im Ahrtal sozusagen politisches Kapital aus der Notsituation der Menschen zu schlagen. Das zeigt, dass in solchen Extremsituationen Gesellschaft, Individuen, aber auch das Gemeinwesen vulnerabel sind.

Letztes Beispiel, weil ich es hier auch erwähnt habe: Tansania. Es gibt aber auch aus Asien ähnliche Befunde, die zeigen, dass in der Folge von Weather-Shocks, Dürren oder Überschwemmungen, vermehrt Straftaten festzustellen sind. Ich bringe das mit dem in Verbindung, was ich eben „Notkriminalität“ genannt habe.

Letzte kriminologische, viktimologische Bemerkung hierzu: Wir können das bei gravierenden Straftaten feststellen. Aber das Ganze gilt auch bei Naturkatastrophen. Wer „existenziell in Lebensgefahr“ geraten ist, wer die Erfahrung gemacht hat, dass er die Kontrolle verloren hat und auf Gedeih und Verderb einem anderen oder einem Naturphänomen ausgeliefert ist, läuft Gefahr, eine posttraumatische Belastungsstörung zu erleiden. Ich kann das jetzt aus Zeitgründen nicht vertiefen, will damit aber deutlich machen, dass auch in solchen Krisensituationen psychotraumatologische Versorgung und Nachsorge nötig sind.

Ich komme jetzt auf das Thema „Krisen und Kriege“ zu sprechen. Es gibt typische Ressourcenkonflikte, wobei das zumeist partiell auch politische Konflikte sind. Ich kann hier natürlich nicht am Ukrainekrieg vorbei. Es ist überall – im Irak, in Syrien und in der Uk-

raine – zu Kriegsverbrechen gekommen. In welchem Maß sie juristisch aufgearbeitet werden, wird man sehen.

Es wird möglicherweise zu internationalen Strafverfahren kommen, wobei mir das höchst unsicher erscheint. Aber ganz sicher wird es zu Verfahren vor nationalen Gerichten kommen, auch und gerade in Deutschland. Denn wir haben seit 20 Jahren ein Völkerstrafgesetzbuch, das nach dem Weltrechtsprinzip funktioniert und die Strafverfolgungsbehörden ermächtigt, unabhängig vom Tatort und von der Staatsangehörigkeit von Täter und Opfer strafrechtliche Ermittlungen durchzuführen. Ich verweise auf die Beispiele eines syrischen Offiziers, der Anfang des Jahres vor dem OLG Koblenz wegen Folter verurteilt worden ist, und ruandischer Bürgermeister, deren Strafverfahren schon länger zurückliegen.

Ich erwähne das hier, weil wir daran gut sehen können, wie solche Konflikte andernorts irgendwann, spätestens auch über die juristische Aufarbeitung, bei uns ankommen. Ich bin ein Befürworter dieser juristischen Aufarbeitung. Aber es wird vielleicht auch da nicht ohne Konflikte oder außenpolitische Verwicklungen abgehen.

Diese Kriege und Konflikte haben ja, wie wir jetzt mit der Ukraine sehen, auch Migrationsbewegungen zur Folge, die ihrerseits Spannungen erzeugen können. Ich habe hier das Beispiel von Demonstrationen russischstämmiger oder mit Russland verbundener Menschen genannt. Ein anderes Beispiel wäre der Konflikt in der Türkei nach dem Putsch 2016, wo wir auch gesehen haben, dass das für unsere innere Sicherheit durchaus ein Thema werden kann.

Ich will noch das Beispiel Cybercrime erwähnen; ich hatte es vorhin genannt. Die Zahlen steigen deutlich. Ich will hier besonders betonen, dass mir das ein Phänomen zu sein scheint, bei dem es wirklich ernst ist.

Ich höre das gegenwärtig von vielen Experten. Ich hatte neulich den Leiter der Zentral- und Ansprechstelle Cybercrime Nordrhein-Westfalen, den Leitenden Oberstaatsanwalt, bei mir in der Vorlesung zu Gast, der das noch mal betont hat. Nach den Meldungen des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik gibt es massive Attacken auf das Internet, auf die Infrastruktur.

Das kann teilweise politisch motiviert sein. Microsoft hat gestern berichtet: Angriffe russischer Hacker gegen 42 Staaten seit Ausbruch des Ukrainekriegs. Aber sehr häufig – in den allermeisten Fällen – haben diese Angriffe einen kriminellen Hintergrund. Das überlappt sich mit Phänomenen der organisierten Kriminalität. Im Ausland sitzen Banden, die mit Ransomware – Erpressungsmaschen – global systematisch Firmen, Privatpersonen, aber neuerdings auch den Staat bedrohen, weil kritische Infrastruktur angegriffen wird. Der Landkreis Anhalt-Bitterfeld ist nur ein Beispiel dafür.

Diese Angriffe bewirken massive Schäden. Eine fleischverarbeitende Firma in den USA hat im letzten Jahr 11 Millionen $ sozusagen Lösegeld bezahlt, damit ihre Dateien wieder entschlüsselt worden sind. Dabei hat man als Opfer ja noch nicht mal die Sicherheit, dass die Kriminellen einem die Daten auch wirklich wieder entschlüsseln; ihnen ist man auf Gedeih und Verderb ausgeliefert – also große Probleme.

Ich glaube, das Problem liegt hier weniger darin, dass unsere Gesetze unzureichend wären. Die Probleme liegen hier, wie in vielen anderen Bereichen, eher auf der Implementations- oder Umsetzungsebene. Geldwäschebekämpfung wäre hierfür ein ähnliches Beispiel. Der Tatbestand ist nicht das Problem. Das Problem ist, das umzusetzen und die Financial Intelligence Units in die Lage zu versetzen, der Flut von Verdachtsmeldungen nachzugehen.

Ich will auch noch auf das Stichwort Vertrauenskrise zu sprechen kommen. Ich hatte vorhin gesagt: Es kann dann kritisch werden, wenn die Menschen das Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik verlieren. Das ist, glaube ich, ein Thema, über das wir sprechen müssen – genau wie über die Erfahrung, dass wir, z. B. bedingt durch die Migration seit 2015 und durch Corona seit 2020, in den letzten Jahren eine starke gesellschaftliche Polarisierung mit einem Erstarken der Ränder haben.

In diesem Zusammenhang erheben die Sicherheitsbehörden auch Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität: erstens von rechts, zweitens von links, drittens von Ausländern. Das wird in den Innenressorts von Bund und Ländern erhoben. Und der letzte Bericht von Anfang Mai 2021 besagt, dass zum ersten Mal etwa 40 % dieser polizeilich registrierten Delikte diesen drei Phänomenbereichen, zwischen denen die Polizei bisher üblicherweise unterscheidet, gar nicht so eindeutig zugeordnet werden konnten. Das ist mehr als doppelt so viel wie in den Vorjahren. Mit anderen Worten: Es liegt der Verdacht nahe, dass das Milieu, welches politisch motivierte Kriminalität begeht, die von Polizei und Staatsschutz registriert wird, zunehmend schwerer zuzuordnen ist. Möglicherweise erfolgt also auch mehr durch die gesellschaftliche Mitte.

Umfrage von forsa im Auftrag des deutschen Beamtenbundes, jährlich wiederholt: Etwa die Hälfte der Befragten – immerhin 2 000 repräsentativ ausgewählte Befragte – äußern die Überzeugung: Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme überfordert.

Ich will zum Abschluss noch mal auf Anstiege bei der Vorurteils- und Hasskriminalität hinweisen – Stichwort „Hetze im Netz“, die sich, wie wir gesehen haben, in den letzten Jahren auch stark gegen politische Mandatsträger richtet.

Wir sehen Anstiege bei der registrierten Gewalt gegen Polizeivollzugsbeamte. Das passt insofern ins Bild. Teilweise liegt das auch daran, dass wir hier Gesetze verschärft haben und dadurch auch mehr unter das Strafrecht fällt. Trotzdem ist das ein relevantes kriminologisches Problem.

Wir sehen auch, dass Migration das Kriminalitätsgeschehen sozusagen dynamisiert hat. Ich betone jetzt ausdrücklich auch mal die Seite, wo Kriminalität gegen Zuwandernde gerichtet ist. Das BKA hat damals ja die sehr kluge Entscheidung getroffen, das Lagebild „Zuwanderung“ so zu fassen, dass nicht nur Kriminalität von Zuwandernden, sondern auch die gegen Zuwandernde gerichtete Kriminalität registriert wird. Es war feststellbar, dass die Zahl der Brandanschläge gestiegen ist. Teilweise haben sich sogenannte Bürgerwehren gegründet. Die Zahl der Anträge auf Erteilung des kleinen Waffenscheins ist enorm gestiegen.

Damit komme ich zum Schluss und kehre noch mal zu den Umweltschäden zurück. Umweltkriminalität und Umweltkriminologie hatten in den 1980er-Jahren mal eine ganz kurze Blütezeit, bis dann die Wiedervereinigung und andere Themen relevant wurden. Ich glaube, dass wir das Thema „Umweltschäden, Umweltkriminologie“ heute wiederentdecken müssen und in einer ganz anderen, neuen Dimension von zerstörerischen Umweltverbrechen mit globalen Auswirkungen denken müssen.

Wir müssen sehen, dass die Verantwortung zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden da höchst unterschiedlich verteilt ist. Wir leben insofern auf Kosten des globalen Südens. Es ist gut, dass wir uns hier vor Ort in Baden-Württemberg mit diesen Fragen beschäftigen. Aber wir dürfen darüber nicht vergessen, dass es letztlich um das große Ganze und zugleich um das ganz Große geht, nämlich die globale Gerechtigkeit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Neubacher. – Ich darf mich an dieser Stelle auch bei meiner Stellvertreterin, Frau Abg. Dr. Pfau-Weller, bedanken. Sie hat nämlich die Präsentation eingespielt; sie ist uns eine halbe Minute zuvorgekommen. Das Lob geht in diesem Fall also nicht an uns, sondern an meine Stellvertreterin. – Vielen Dank noch mal.

Jetzt kommt Herr Professor Dr. Thomas Glade an die Reihe. Ich glaube, er war seit heute Morgen im Livestream dabei. Zumindest habe ich ihn hin und wieder im Livestream gesehen.

Sie haben jetzt nicht die Aufgabe, alles zusammenzufassen und uns jetzt wirklich die Begriffsdefinition zu geben. Es wäre natürlich schön, wenn Sie es machen würden. Aber auch Sie haben noch mal 20 Minuten Zeit.

Ihnen obliegt die wissenschaftliche Leitung „Risikoprävention und Katastrophenmanagement“ am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien.

Jetzt haben Sie das Wort, Herr Dr. Glade. Wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

Sv. Herr Dr. Glade: Vielen Dank. – Ich bewundere Sie jetzt nach einem solchen Tag. Ich bin ja auch von Anfang an dabei gewesen, weil ich mir gedacht habe: Das, was Sie hier mit der Enquetekommission initiiert haben, ist eine tolle Sache; das, was meine Kolleginnen und Kollegen zu sagen haben, höre ich mir doch mal an.

(Eine Präsentation *[Anlage 9]* wird begleitend zum Vortrag eingeblendet.)

Sie haben das Thema „Krisenfeste Gesellschaft“ gewählt. Der Hintergrund ist, dass von Ihnen jetzt Handlungsempfehlungen fokussiert auf Baden-Württemberg erarbeitet werden sollen. Die Handlungsempfehlungen sollen im Zeitraum nach Abschluss Ihrer Tätigkeit wirken, auf Landesebene umsetzbar sein und den Fokus auf die Umstände von Krisen setzen.

In dem Brief, in dem ich um einen Beitrag gebeten werde, steht: „Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs ‚Krise‘ für die weitere Arbeit“. Was heißt „Krise“? Beim Betrachten eines solchen Bildes assoziiert jeder mit Krise etwas ganz anderes. Meine Frau sieht das sicherlich anders als meine Kinder, als ich oder Sie. In den vielen Beiträgen ist ja schon deutlich geworden, dass Krise kontextabhängig ist.

Krise würde ich mal so definieren: Es ist eine schwierige Lage, eine Situation zu einem bestimmten Zeitpunkt; es stellt eine kritische Situation dar und ist eine Zeit der Gefährdung, des Gefährdetseins. Dieser Begriff kann ganz unterschiedlich in ganz verschiedenen Kontexten angewandt werden.

Über die Differenzierung gegenüber „Katastrophe“ ist heute schon viel gesagt worden. Für mich ist die Differenzierung ganz klar; aber dazu komme ich gleich noch.

Krisen, auch im globalen Kontext, gibt es in vielfältiger Weise. Das sind die Klimakrisen: hier mit einem Beispiel aus den USA zu den Auswirkungen von Überschwemmungen und hier mit einem anderen Beispiel aus Südafrika das Gegenteil, mit großen Trockenheiten. Aber nicht nur die Gefahren und die Prozesse selbst, sondern auch die Auswirkungen können dann entsprechende Krisen hervorrufen – hier ein Beispiel zu den Schäden, die extrem groß sind.

Gerade in der Forschung wird festgestellt, dass wir eigentlich in ein neues Zeitalter der Krisen gehen. Vor allem ist von einer neuen Ära komplexer Krisen die Rede, die oft unvorhersehbare Risiken beinhaltet. Auch wird festgestellt, dass Entscheidungsträger – dazu gehören auch Sie – häufig nicht ausreichend vorbereitet sind. Das ist sicherlich einer der Gründe, warum Sie diese Enquetekommission ins Leben gerufen haben.

Gehen wir mal weiter und kommen auf die Bundesrepublik Deutschland zu sprechen. Auch hier: „Die Klimakrise gefährdet Ihre Gesundheit“. Auch darüber haben wir heute schon gesprochen. Aber auch Brände – Naturgefahren, Naturrisiken; hier ein Beispiel

aus Brandenburg – und ganz schlimm die Katastrophe im Ahrtal, die immerhin die zweitteuerste Naturkatastrophe weltweit ist – – Das machen sich viele auch nicht klar.

Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in Baden-Württemberg haben Sie viele Ereignisse – hier ein Bild von einem Erdrutsch im Schwarzwald, hier ein anderes Bild von einer Böschung bei Triberg, die sich wohl selbst entzündet hat – – Diese Kontexte sind vielleicht kleinerer Art, aber auch davon sind Sie betroffen. – Hier noch ein weiteres Bild von Schäden nach einem Blitzschlag.

Ich möchte jetzt ein bisschen aus der Sicht des Zivilschutzes und des Bevölkerungsschutzes argumentieren. Hier unterscheiden wir ganz klar zwischen Notfall, Krise und Katastrophe.

Alltagssprachlich – auch darüber wurde heute schon viel gesprochen – sind das eigentlich negativ bewertete Situationen. Im Bevölkerungsschutzkontext ist der Bezug das bereits eingetretene oder zu erwartende Schadensausmaß, das vom Notfall über die Krise zur Katastrophe hin zunimmt. Darauf müssen wir entsprechend reagieren.

Unter Notfall ist nach dem BBK-Glossar eine „die Allgemeinheit betreffende Situation“ zu verstehen, „die neben Selbsthilfemaßnahmen des Einzelnen staatlich organisierte Hilfeleistung erforderlich macht“ – also jeder Einzelne, aber auch eine externe Hilfeleistung, die gegebenenfalls vorhanden ist. Das heißt, die Betroffenheit geht über die individuelle Ebene hinaus, und es besteht die Notwendigkeit, externe, durch das Hilfeleistungssystem bereitgestellte Leistungen in Anspruch zu nehmen. Das ist der Notfall; also potenziell könnte das gefährlich sein.

Die Krise ist hier definiert als „vom Normalzustand abweichende Situation mit dem Potenzial für oder mit bereits eingetretenen Schäden an Schutzgütern“ – was immer das sein kann. Und in der Krise – das wird hier auch gesagt – können die normalen Abläufe im Sinne von Ablauf- und Aufbauorganisation eigentlich nicht mehr bewältigt werden. Das ist die Definition einer Krise.

Wie man das macht, ist wiederum Teil des Krisenmanagements. Hier haben Sie operative, aber auch kommunikative Aspekte. Das heißt, das umfasst „alle Maßnahmen zur Vermeidung von, Vorbereitung auf, Erkennung, Bewältigung sowie Nachbereitung von Krisen“. So hat das BBK „Krise“ definiert.

Dementsprechend auch das Management des Ganzen, also das Ziel, „eine schnellstmögliche Zurückführung der eingetretenen außergewöhnlichen Situation in den Normalzustand“ zu unterstützen. Das heißt, wir müssen bei Eintritt eines Krisenfalls schauen: Wie agieren wir? Aber wir sollten auch bereits im Vorfeld die „konzeptionellen, organisatorischen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen“ setzen. Das ist, denke ich, ganz wesentlich.

Jetzt wird hier geschrieben: „Zurückführung in den Normalzustand“. Dem würde ich nicht ganz zustimmen; aber darauf komme ich später noch mal zu sprechen. Denn wir können nicht davon ausgehen, dass wir immer in den gleichen Normalzustand zurückkehren. Es kann auch gut sein, dass wir in einen neuen Zustand zurückkommen, der aber keine Krise mehr ist.

Bei der Katastrophe selbst muss zunächst einmal die Differenzierung getroffen werden, dass es ein nicht militärischer Ursprung der Gefahrenlage ist. Das ist ganz wesentlich. Der Begriff „Katastrophe“ ist in den jeweiligen Ländergesetzen definiert. Es sind typischerweise drei Elemente:

> *... Schädigung bestimmter Schutzgüter, das Erfordernis einer einheitlichen Leitung und der Verstärkung vorhandener bzw.*

– ganz elementar –

> *der Heranziehung zusätzlicher Ressourcen.*

Das heißt, diese externe Hilfe ist essenziell. Katastrophe wird ganz klar in dem Sinn definiert, als dass die eigenen Fähigkeiten nicht mehr ausreichen, um mit diesem Ereignis umzugehen, sondern das nur noch geschehen kann, wenn externe Hilfe da ist.

Jetzt kann ich mir natürlich überlegen: Für wen gilt das dann? Das gilt für die einzelne Person, das gilt vielleicht für eine Familie, das gilt für eine Gemeinde, das gilt für ein Bundesland, das gilt für einen Staat. Das heißt, die Bezugsebene kann jeweils auch unterschiedlich sein. Ich glaube, es ist für die Enquetekommission auch ganz wichtig, sich zu überlegen: Was genau ist eigentlich meine Bezugsebene, die ich adressieren möchte?

Jetzt komme ich noch zu ein paar Begriffen, die auch schon thematisiert worden sind. Das ist nämlich die Frage der Vulnerabilität. Was heißt Vulnerabilität überhaupt? Vulnerabilität wird im deutschen Sprachgebrauch häufig mit Verwundbarkeit oder Verletzlichkeit gleichgesetzt. Das BBK definiert Vulnerabilität als „Maß für die anzunehmende Schadensanfälligkeit eines Schutzgutes in Bezug auf ein bestimmtes Ereignis“.

Ich möchte das kurz darstellen: Ich habe also ein Haus; ein Haus hat einen bestimmten Wert. Dann habe ich ein Hochwasser. Wenn das Hochwasser – je nachdem – den normalen Pegel nur um 20 cm übersteigt, ist die Vulnerabilität dieses Hauses nur – ich sage irgendwas – 10 %. Wenn das Hochwasser den normalen Pegel um 2 m übersteigt, ist das Haus halb zerstört. Das heißt, die Vulnerabilität ist 50 %. Und wenn das Hochwasser den normalen Pegel um 5 m übersteigt, ist das Haus völlig überschwemmt und zerstört. Dann ist die Vulnerabilität 100 %. Das heißt, das Haus bleibt gleich, das Schutzgut bleibt gleich. Nur: Die Schadensanfälligkeit verändert sich.

Ich kann diese Vulnerabilität nicht nur auf ein Haus, auf die Schutzgüter beziehen, sondern ich kann auch schauen: Was für verschiedene soziale Gruppen sind denn davon betroffen? Sind es Haushalte, sind es Dorfgemeinschaften bis zu ganzen Gesellschaften? Die sind natürlich auch entsprechend vulnerabel gegenüber verschiedenen Einflüssen. Auch die United Nations – UNISDR – definieren die Vulnerabilität über diese verschiedenen Faktoren, die das genau beeinflussen.

Zur Resilienz: Das BMBF definiert Resilienz als „die Toleranz oder Widerstandsfähigkeit eines Systems vor störenden äußeren Einflüssen“. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat geschrieben:

> *Resilienz ist die Fähigkeit von Menschen und Institutionen ...,*

– in verschiedenen Kontexten –

> *akute Schocks oder chronische Belastungen (Stress) aufgrund von fragilen Situationen, ...*

– die gegebenenfalls auch Krisen sind –

> *gewaltsamen Konflikten ... zu bewältigen, sich anzupassen und sich rasch zu erholen, ohne mittel- und längerfristige Lebensperspektiven zu gefährden.*

Das heißt aber nicht, dass es zwingend auf den gleichen Zustand zurückzuführen ist, wie es vorher war. Es kann auch ein anderer Zustand sein.

Da sind jetzt Kernbegriffe, die mir wichtig waren, hier noch mal zu erläutern. Wenn Sie da reinschauen wollen, habe ich Ihnen einfach mal verschiedene Glossare von den United Nations, auch vom BBK mitgebracht. Da können Sie alphabetisch suchen – z. B. nach Krise. Von dem neuen Projekt KatRiMa gibt es auch ein Glossar. Auch da können Sie mal reinschauen, wenn es Sie interessiert.

Übrigens: Viele der Informationen, zu denen ich Ihnen die Quelle gebe, habe ich Ihnen auch als PDFs zur Verfügung gestellt. Dort können Sie sich das noch mal anschauen.

Jetzt möchte ich noch auf einen Aspekt, den ich als ganz wesentlich empfinde und der auch in den vorherigen Diskussionen immer wieder deutlich geworden ist, zu sprechen kommen. Ich denke, wir müssen wahrnehmen, dass wir in dynamischen Systemen leben. Es ist nicht statisch. Wir hatten, auch geschichtlich gesehen, immer Entwicklungen. Ich habe das einfach mal mit „Umweltsystem“ und „Soziales System“ dargestellt. Wir stehen immer in Wechselwirkungen. Und diese Wechselwirkungen gehen kontinuierlich voran – in der Zeit, aber auch im Raum. Das heißt, es verändert sich kontinuierlich und dauerhaft immer weiter. Das können Sie auf andere Systeme, auch auf das politische, auf das ökonomische System übertragen. Wie verändert der Ukrainekrieg

jetzt wiederum die Systeme? Wir sind immer in einer Dynamik. Der Grundgedanke, dass wir irgendwas statisch lösen können – auch im Sinne von Krisen –, ist nach meiner Meinung fatal.

Zweiter wichtiger Gesichtspunkt für mich: Wir müssen nach meinem Zugang in solchen Zyklen denken. Das wurde vorhin von Herrn Hörsch auch schon gesagt. Er hat gesagt: „Nach der Krise ist vor der Krise."

Dieses Schaubild hier wurde von verschiedenen Personen aufgegriffen. Ich habe jetzt mal das von den Kollegen Dikau & Weichselgartner genommen.

Das Grundprinzip ist: Ich habe eine Störung – dieser Blitz, eine Naturkatastrophe –, und dann muss ich die erst mal bewältigen. Das ist der erste Sektor. Nach einer Bewältigungsphase muss ich einen Wiederaufbau vornehmen. All das ist die direkte Nachsorge.

Dann muss ich in den ganz wichtigen Kontext der Vorsorge gehen. Das heißt, ich muss mir überlegen: Wie kann ich hier vorbeugen? Welche gesetzlichen Kontexte z. B. kann ich schaffen, welche Strukturen kann ich schaffen, welche operativen Einheiten kann ich schaffen? Wie kann ich vorbeugen, und wie kann ich dann auch eine Vorbereitung durchführen, z. B. Planspiele? Denn die nächste Naturkatastrophe in diesem Fall kommt.

An diesem Zyklusgedanken von Richard Dikau und Juergen Weichselgartner gefällt mir besonders gut, dass sie sagen: Je besser ich in der Prävention in Richtung Katastrophenvorbeugung und -vorbereitung bin, desto besser wird dann auch der Wiederaufbau sein, und desto besser werde ich auch die nächste Naturkatastrophe – an diesem Beispiel jetzt – bewältigen können. Das ist dieser gegenläufige Kreis in dieser gelblichen Farbe in der Mitte. Das gefällt mir an dem Grundgedanken sehr gut.

Das heißt, das, was Sie jetzt auch machen, dass Sie sich hinsetzen – – Es gibt natürlich schon verschiedene Krisen, die wir zu bewältigen haben. Aber grundlegend müssen wir uns überlegen: Wie können wir uns dem widmen, damit wir beim nächsten großen Ereignis besser vorbereitet sind? Das ist dieses Prinzip. Und das finde ich ganz wesentlich.

Jetzt lassen Sie mich bitte noch zu einigen wissenschaftlichen Herausforderungen kommen, die ich gern thematisieren möchte.

Grundlegend – auch das ist schon mehrmals gesagt worden –: Krisen haben Sie in allen Lebensbereichen, für alle gesellschaftlichen Gruppen, besonders auch in den marginalisierten Gruppen. Ich denke, das ist auch noch ein Aspekt, der in Ihrer Verantwortung liegt, auch hier niemanden außen vor zu lassen.

Krisen müssen als komplexe Systeme gesehen werden. Es gibt bestimmte historische Entwicklungen, wie sich etwas aufgebaut hat. Das haben wir auch in verschiedenen Beispielen schon besprochen.

Es gibt Interaktionen in diesen Pfaden. Es gibt Schwellenwerte in diesen Systemen: Es ist etwas in Ordnung, es wird zwar schwierig, aber es funktioniert noch. Und plötzlich, nachdem diese Schwellenwerte überschritten werden, habe ich eine ganz andere Situation.

Das heißt, wir haben keine linearen, sondern wir haben nicht lineare Systeme, mit denen wir agieren müssen, und zwar in allen Bereichen, sei es in der Ökonomie, in der Politik oder – woher ich komme – in den Naturwissenschaften.

Die Systeme haben bestimmte Schwellenwerte. Und wenn diese Systeme diese Schwellenwerte überschritten haben, können Sie auch ganz anders operieren als zuvor. Das wird in der Systemtheorie auch als Emergenz bezeichnet.

Diese neue Funktionsweise des Systems kann ich nicht direkt vorhersagen. Es sind also auch viele Unsicherheiten mit drin, die ich einfach habe, auch wenn ich das nicht mag. Aber ich muss mit Unsicherheiten leben lernen.

Ein anderer Aspekt ist auch noch ganz wesentlich: Sie haben Kaskadeneffekte. Auch das ist heute Morgen ganz am Anfang mal thematisiert worden. Das heißt: Eines führt zum nächsten, führt zum nächsten, führt zum nächsten. Vielleicht ist der Anfang des Dominosteins, der umfällt, ganz klein. Und vielleicht entwickelt sich daraus etwas immer Größeres. Das heißt, die initiale Zündung ist vielleicht gar nicht diese Krise. Aber sie führt zu einer Krise. Das hält nicht an: weder an Staatsgrenzen noch an Einzugsgebieten beispielsweise. Es ist also immer die Krise nach der Krise zu sehen, weil es einfach weitergeht. Das ist ganz wesentlich.

Wir müssen auch differenzieren: Was für Krisen gibt es denn? Wir haben freiwillige, aber auch unfreiwillige Krisen.

Wir haben schnelle Krisen – ein Erdbeben oder eine Explosion –, und wir haben langsame Krisen, z. B. Bodenerosion oder Klimawandel.

Wir haben bekannte und abschätzbare Krisen – ich habe allmählich kein Geld mehr, das Geld geht mir aus; ich kann das erkennen, es kommt auf mich zu – versus unbekannte und neue Krisen, die ich bisher noch nicht gekannt habe.

Und – was auch ganz wesentlich ist –: Ich habe eine zunehmende Bedeutung von Extremen in unserer Gesellschaft, seien es extreme Trockenheit, um jetzt mal auf das Naturbeispiel zu gehen, extreme Niederschläge, extrem kalt, extrem heiß oder extrem viel Schnee in den Alpen – wie auch immer.

Allem zugrunde gelegt sein muss, dass wir mit diesen „raum-zeitlichen“ Veränderungen eine Dynamik haben, und zwar eine Dynamik in unserer Umwelt, aber auch in unserer Gesellschaft. Das ist das, was ich meine. Das System ist kontinuierlich in der Entwicklung. Aber es gibt gegebenenfalls auch Punkte, die man als Tipping-Points bezeichnet, also Points of no Return, wo auch im Sinne der Resilienz – – Wenn diese Punkte überschritten sind, kehren sie nicht in einen ursprünglichen Zustand oder einen ihm ähnlichen Zustand zurück. Dann verändern sie sich, und zwar dauerhaft; sie sind nicht mehr wiederherstellbar.

Das Wichtige in dem jeweiligen System, das mich interessiert, ist: Was ist denn hier ein Kipppunkt, ein solcher Tipping-Point, ein finaler Umkipppunkt? Das zu differenzieren und zu definieren wäre, denke ich, sehr wichtig.

Zum Krisenmanagement: Das Krisenmanagement – das habe ich ja schon angesprochen – ist ein Kreislauf. Es beinhaltet einerseits die direkte Bewältigung, den Wiederaufbau und die Prävention. Das ist der Kreislaufgedanke. Das heißt, im Rahmen dieses Kreislaufs haben wir immer mit Unsicherheit zu arbeiten. Dem müssen wir uns stellen. Das ist nicht schlimm. Es ist nur zu akzeptieren, dass wir Unsicherheiten haben. Natürlich versuchen wir, sie zu reduzieren, soweit wir können – gar keine Frage. Aber es verbleiben Restrisiken, es verbleibt eine Restunsicherheit.

Nach meinem Zugang müssen wir die Gefahren, aber auch die potenziellen Konsequenzen identifizieren. Und das muss evidenzbasiert sein. Auch das ist ganz am Anfang schon gesagt worden. Es muss wissensbasiert sein. Das heißt, wir müssen sicherlich die historische Situation analysieren. Wir müssen eine momentane Bestandsaufnahme durchführen. Und dann müssen wir in einem nächsten Schritt aber auch Szenarien abschätzen, z. B.: Was werden die Folgen des Klimawandels sein?

Wie können wir das machen? Nun, Datenbanken: Wir müssen Daten sammeln, wir müssen Datenbanken erstellen, wir müssen einen Zugang für verschiedene Nutzergruppen ermöglichen.

Wir müssen das kontinuierlich evaluieren in dem Sinn: Wie adäquat ist denn meine momentane Bewältigungsstrategie? Wie ist die Anpassungsstrategie, die wir implementiert haben? Muss sie geändert werden?

Nach meinem Zugang müssen auch Frühwarnsysteme etabliert werden – genauso wie das die Banken gemacht haben –, aber das eben auch auf die Gefahren und die Konsequenzen bezogen, und Frühwarnsysteme für die verschiedenen Akteure, die davon betroffen sind.

Der letzte große Punkt ist hier, dass wir dadurch auch die gesetzlichen Regelungen kontinuierlich überprüfen müssen und gegebenenfalls anzupassen haben.

Wir müssen die administrativen Strukturen reflektieren und eben auch adaptieren.

Zentral für mich ist, dass diese Krisen, weil sie ebenso komplexer Natur sind, nur gemeinsam gelöst werden können – das heißt, innerhalb einer Disziplin, zwischen Disziplinen, aber auch transdisziplinär, also auch in Zusammenarbeit mit Institutionen, mit NGOs usw.

Genau das ist der Kern der Krisen-Governance. Hier habe ich alle beteiligten Akteure inkludiert. Ich muss sicherlich die Ressourcen bereitstellen, seien es die Humanressourcen, die finanziellen, die technischen Ressourcen. Ich muss die institutionellen Voraussetzungen schaffen. Ich muss all das kommunizieren. Ich muss ein Assessment durchführen, ich muss es monitoren. Ich muss es evaluieren, um dann ein nachhaltiges Management zu gewährleisten.

Sie haben mich gefragt: Was sind meine Handlungsempfehlungen für die Politik? Ich habe schon ein paar, die ich Ihnen gern mit auf den Weg geben möchte.

Das Erste: Persönlich finde ich, dass das Prinzip des Zyklusgedankens – ich habe das jetzt hier mal als „Krisenzyklus“ bezeichnet – mit den beiden Aspekten Nachsorge und Bewältigung, aber auch dem Kontext der Prävention, also der Vorsorge, sehr zielführend ist.

Ich denke, man muss fixe, übergreifende Strukturen für solche Krisen etablieren.

Man muss dann auch dafür Sorge tragen, dass man solche evidenzbasierten Systeme etabliert, aufbaut, seien es diese Monitoringsysteme – dass man also die potenziellen Ursachen anschaut –, aber auch immer wieder fragen: Welche Konsequenzen kann ich erwarten? Das Ganze ist mit Datenbanken zu unterfüttern. Dann muss das hier modelliert werden, um Szenarien auszusprechen. Das ist in der Pandemie jetzt ja wunderbar präsentiert worden, dass man die Daten gesammelt und kontinuierlich ausgewertet hat und über die Modellierungen mehr oder weniger auch Entwicklungen vorhersagen konnte.

Das Ganze muss dann in Frühwarnsysteme eingebunden werden. Diese Frühwarnsysteme müssen auch diese Kaskadeneffekte und diese Komplexitätsebene beinhalten.

Die Bewältigungs- und Anpassungsstrategien – das sagte ich vorhin schon – sollten reflektiert und angepasst werden.

Ganz persönlich bin ich ein großer Freund des Governance-Prinzips, das heißt: Wir sollten wirklich alle Akteure einbinden, die davon betroffen sind, oder ihnen wenigstens die Möglichkeit geben, sich hier einzubringen.

Weil wir uns in einer Dynamik befinden, müssen wir auch kontinuierlich evaluieren: Wo stehen wir? Was sind die Konzepte, die wir eingebracht haben, die Strategien, die wir entwickelt haben? Wie sind die Entwicklungen? Passt das alles noch?

Gegebenenfalls ist auch eine Anpassung vorzunehmen. Wie kann ich das erreichen? Das kann ich nur erreichen, indem ich eine dauerhafte Steuerungseinheit mit den entsprechenden Ressourcen etabliere, die dann auch ereignisbezogen agieren kann. Ich habe das als „ereignisbezogene Taskforce“ bezeichnet.

Auch das ist im Laufe des Tages in verschiedenen Kontexten schon debattiert worden – diese langfristigen Veränderungen und diese kurzfristigen Dinge, die eben auch adressiert werden müssen, da für mich das Ziel das Gemeinwohl ist, um diese krisenfeste Gesellschaft zu ermöglichen.

Dass es Krisen gibt, dass es sie gegeben hat, dass es sie heute gibt und auch morgen geben wird – auch hier in Baden-Württemberg: „2021 höchste Unwetterschäden in der Geschichte“ –: All das zeigt ja, dass Ihre Initiative absolut richtig, gut und wichtig ist.

Ich möchte mit dem Hinweis auf eine Literaturübersicht enden. Diese fetten Stellen liegen Ihnen als PDF vor – mit der verwendeten Literatur, mit weiteren Literaturempfehlungen.

Ich hoffe, dass ich am Ende dieses sehr langen Tages für uns jetzt auch meinen Beitrag gebracht habe, und freue mich auf die Diskussion.

Danke schön.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Glade. – Ich habe schon eine Liste mit Meldungen. – Herr Abg. Hildenbrand von der Fraktion GRÜNE wird beginnen. Danach folgt Herr Abg. Dr. Miller für die CDU-Fraktion.

Abg. Oliver Hildenbrand GRÜNE: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich möchte mich natürlich zunächst bei den Vortragenden der den heutigen Tag abschließenden Runde sehr herzlich für die wertvollen und wichtigen Anmerkungen und Impulse bedanken.

Meine erste Frage richtet sich an Frau Professorin Dr. Kimmich. Ich fand es sehr erfrischend und auch sehr interessant, noch einmal eine ganz andere Perspektive am heutigen Tag zu hören. Ich bin Ihnen dafür auch sehr dankbar. Sie haben sich dankenswerterweise auch mit verschiedenen Begrifflichkeiten auseinandergesetzt. Und ich will Ihnen offen sagen: Der Begriff „Krisenfestigkeit“ ist ein Begriff, der mich sehr beschäftigt, weil ich noch nicht so recht weiß, ob ich mit diesem zufrieden bin oder nicht. Krisenfestigkeit, Resilienz, Widerstandsfähigkeit, vielleicht auch Zukunftsfähigkeit: Was ist

denn der Begriff, der Ihnen am besten gefallen würde? Sie haben sich ja auch kritisch zum Titel „Krisenfeste Gesellschaft“ geäußert. Vielleicht könnten Sie dazu noch einmal ein paar Anmerkungen machen.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Professor Neubacher. Auch das war, finde ich, eine sehr interessante und ganz andere Perspektive, die Sie hier heute eingebracht haben. Ich will auf ein Thema, das Sie angesprochen haben, eingehen, nämlich auf die Frage nach der politisch motivierten Kriminalität. Sie haben natürlich völlig zu Recht und zutreffend beschrieben, dass wir insbesondere im Bereich der politisch motivierten Kriminalität aktuell einen sehr besorgniserregenden Anstieg in der Kategorie „Nicht zuzuordnen“ sehen. Ich habe eine These, warum gerade diese Kategorie „Nicht zuzuordnen“ ansteigt, und möchte Sie fragen, was Sie von dieser These halten. Ausgangspunkt ist die Feststellung, dass der Verfassungsschutz sich, sicher aus guten Gründen, dafür entschieden hat, einen neuen Phänomenbereich einzurichten: die sogenannte verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates. In den polizeilichen Erfassungs- und Kategoriesystemen ist dieser neue Phänomenbereich nicht eingeführt worden. Ich frage mich, ob es möglicherweise nicht einfach so ist, dass politisch motivierte Straftaten in diesem Bereich des verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates auf polizeilicher Seite einfach der Kategorie „Nicht zuzuordnen“ zugeschlagen werden. Es würde mich interessieren, ob Sie diesen Erklärungsansatz für plausibel halten. Ich will es mit der Frage verbinden, ob darin nicht auch – bei aller Berechtigung, diesen neuen Phänomenbereich beim Verfassungsschutz eingeführt zu haben – ein gewisses Problem liegt, weil man möglicherweise gewisse Motivationslagen dadurch nicht klarer macht, sondern sie eher verschleiert. Gerade wenn im Bereich der Reichsbürgerszene, im Bereich der Selbstverwalter solche Straftaten verübt werden, dann, finde ich, ist es nicht schwer, zu verantworten, dass meines Erachtens dahinter eine rechte Motivation steckt. Wenn man sie dann aber im Kategoriesystem nicht abgebildet bekommt, weil es ein wenig diffus bleibt, was die Delegitimierung des Staates überhaupt ist, dann weiß ich gar nicht, ob es wirklich gut ist, was da passiert. Mich würde daher interessieren, wie Sie das einschätzen.

Danke schön.

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Vielen Dank für die drei Vorträge. – Meine erste Frage richtet sich an Frau Professorin Kimmich. Vielen Dank für die Einspielung der Musik. Ich glaube, das war ganz gut nach der kleinen Pause. Sie hatten, das fand ich ganz schön, diese zwei kleinen Linien der Krise, die zwei Ursprungsbegriffe, dargestellt: einmal im aristotelischen Sinn und einmal im medizinischen Sinn. Habe ich Sie richtig verstanden, dass wir, wenn wir in unserem gegenwärtigen Verständnis von Krise über Krisen sprechen, eher den medizinischen Sinn von Krise anlegen? Wie stehen Sie dazu, wenn wir – wir haben ja die Aufgabe, „Krise“ zu definieren – diesen Begriff als Grundlage nehmen und die Sache der politischen Entscheidung immer mitdenken? Könnten Sie da mitgehen, oder hätten Sie auch einen Vorschlag, wie man den Begriff „Politische Entscheidung“ mit einbeziehen kann? Der Begriff liegt uns Parlamentariern natürlich sehr nahe. Deswegen sollten wir ihn auch irgendwie mit einbauen.

An Herrn Professor Neubacher: vielen Dank. Zum einen die Frage: Gibt es eine kriminologische Definition von Krise? Sie hatten jetzt verschiedene Krisen dargestellt und daraus kriminologische Schlussfolgerungen gezogen. Aber gibt es auch eine originäre Definition aus der Kriminologie, oder benutzen Sie die Definition, die es schon gibt? Dann noch die Frage: Sie hatten gesagt, es kann in Krisen häufig zur sogenannten Notkriminalität kommen. Da ist jetzt sozusagen der Fokus auf die Personen, die die Kriminalität begehen. Wie sieht es denn in einem Rechtsstaat aus? Wie sind die Institutionen – Justiz usw. – von Krisen betroffen? Können Sie vielleicht noch etwas dazu sagen? Natürlich kann ein funktionierender Rechtsstaat auch in Krisen gefährdet sein.

Herr Professor Glade, erst einmal vielen Dank. Es zeigt sich jetzt auch die Schwierigkeit unserer Aufgabe: Im ersten Vortrag haben wir gehört, Krisen seien normal, im letzten Vortrag hören wir, Krisen seien die Abweichung vom Normalzustand – wobei ich wahrscheinlich eher beim Letzteren wäre, vor allem auch aus Sicht des Bevölkerungsschutzes, das wir „handlich“ haben. Ich bin bei ein paar Beispielen zum Nachdenken gekommen. Dazu würde ich gern Ihre Einschätzung wissen. Sie hatten die Folie, auf der stand, es gebe freiwillige und unfreiwillige Krisen. Bei freiwilligen Krisen hatten Sie als Beispiel eine Autofahrt angeführt. Wir haben heute in einem Vortrag auch gehört, dass der Begriff „Krise“ teilweise inflationär benutzt wird. Dazu nur die Frage: Ist es dann tatsächlich eine Krise in dem Sinne, oder ist es nicht eher ein singulärer Schockzustand? Wir hatten heute Morgen dazu auch einen Vortrag von Herrn Professor Bofinger, der zwischen Schock und Krise differenziert hat. Vielleicht handelt es sich um einzelne Schockzustände, die dann zu einer Krise führen.

Dann noch zur Frage der zeitlichen Dimension, da wir heute mehrfach gehört haben, dass in einer Krise auch immer ein zeitlicher Faktor enthalten ist. Wie würden Sie dazu aus Bevölkerungsschutzsicht stehen? Gibt es einen zeitlichen Faktor, sodass man sagen kann, es müsse eine gewisse Dauer vorhanden sein, um von einer Krise sprechen zu können, oder kann sie durchaus auch einmal in einem sehr überschaubaren Zeitraum stattfinden?

Abg. Florian Wahl SPD: Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Vorträge. – Ich möchte nach diesem langen Tag zunächst einmal zwei Sätze zum Thema Krise sagen. Eine Sache: Wir haben jetzt ganz unterschiedliche Sichtweisen erhalten. Ein Thema, das mich doch sehr umtreibt, ist: Wir hatten heute Morgen oder heute Mittag – ich weiß nicht, wann es war – das Thema Dauerkrise. Dazu würde mich Ihre Einschätzung, Frau Professorin Kimmich, interessieren. Ich habe vorhin einmal kurz nach den Krisen der Siebzigerjahre gegoogelt. Da haben wir die Ölkrise, die RAF, auch eine politische Krise, wir haben AKW, wir haben eine Wirtschaftskrise, wir haben den Kalten Krieg, wir haben den Vietnamkrieg. Wenn wir sagen, jetzt habe sich plötzlich alles verändert und wir hätten im jetzigen Jahrzehnt ganz andere Formen von Krisen, dann hat es vielleicht gar nicht so sehr damit zu tun, dass wir mehr Krisen haben, sondern damit, dass wir uns an diese einfach viel besser erinnern als an die der Vergangenheit. Das heißt, es ist vielleicht auch eine subjektive Wahrnehmung, zumal die Krisen, über die wir heute geredet haben, mit den neuen Phänomenen, z. B. Internet, Technologiefortschritt usw., fast alle

nichts zu tun haben. Sie haben zwar mit der Problemlösung zu tun, aber sie sind nicht der Auslöser. Es würde mich interessieren, ob es, wenn wir heute immer von Dauerkrise reden, nicht vielleicht ein – zwar kein schöner – Normalzustand ist. Das habe ich jetzt einmal ein bisschen ketzerisch in den Raum gestellt.

Die andere Frage, die mich dabei interessiert: Sie haben vorhin gesagt, der Begriff „Identität“ ist uns abhandengekommen, weil er zum „Kampfbegriff“ geworden ist. Gilt das eventuell nicht für einen großen Teil auch für den Begriff „Krise“? Krise ist ja nicht nur eine deskriptive Beschreibung einer Situation, sondern auch eine normative. Wenn wir, die SPD-Opposition, jetzt von „Bildungskrise“ sprechen, dann ist das nicht allein – – Natürlich ist es deskriptiv, aber es hat natürlich auch eine sehr politische Konnotation. Wenn ich jetzt von „Klimakrise“ spreche, impliziert das eine gewisse Wertung. Das ist so, als wenn andere von einer „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 sprechen. Deshalb: Ist der Begriff „Krise“ nicht bereits schon so vermint, dass er eigentlich zu einer Beschreibung eines Phänomens fast schon gar nicht mehr dient?

Die letzte Frage – auch noch einmal einfach fürs Protokoll; ich weiß nicht, ob Sie sich darauf einlassen oder nicht; Sie haben das Thema Bildung angesprochen –: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie es sehr bedauerlich finden, dass in dem Einsetzungsantrag dieser Enquetekommission das Thema Bildung nicht vorkommt?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Vorsitzender Alexander Salomon: Mir wäre jetzt beinahe etwas rausgerutscht. Vielleicht könnte man den Duktus „Bildungskatastrophe“ anwenden. Aber das ist eine andere Geschichte, das thematisieren wir zu einem anderen Zeitpunkt. – Jetzt hat der Kollege Karrais für die FDP/DVP-Fraktion das Wort.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank für die Vorträge. – Ich möchte ein Wort an den Kollegen Wahl richten, weil ich ihm widerspreche, dass durch die Technik etc. keine Krisen verursacht werden. Ich glaube, dass die zunehmende Vernetzung dazu führt, dass wir eher merken, wenn irgendwo anders ein Ereignis stattfindet. Das ist der Unterschied zur Vergangenheit.

Dann habe ich Fragen an die beiden Referenten und die Referentin. Frau Professorin Kimmich, ich würde Sie gern fragen, da Sie auch tiefe kulturelle Einblicke haben, inwiefern es quasi kulturelle Unterschiede gibt. Wie gehen unterschiedliche Länder bzw. Bevölkerungsgruppen mit Krisen und Krisensituationen um? Welche Best-Practice-Beispiele können wir daraus ableiten? Jetzt können wir politisch nicht die Mentalität der Bürgerinnen und Bürger ändern, aber für das Handeln vom Staat und der Verwaltung sollte es schon Anhaltspunkte geben, was sich empfiehlt.

Dann hat Herr Professor Glade angesprochen, dass es mehr Datenbanken brauchte, durch die man auf die Erkenntnisse aus Krisen zurückgreifen kann, wenn ich Sie richtig

verstanden habe. Das wäre ein Digitalisierungsansatz. Mir ist aber nicht ganz klar geworden, was konkret und in welcher Systematik in dieser Datenbank gespeichert werden soll und was der konkrete Nutzen einer solchen Datensammlung sein soll. Grundsätzlich ist es immer gut, Daten zu haben, da dies einen Zugriff und eine Auswertung von Daten ermöglicht. Aber was soll konkret damit gemacht werden?

Herr Professor Neubacher, Sie haben sehr stark auf Umwelt- und Klimakrise referenziert – wobei ich in diesen Bereichen nicht unbedingt immer von Krise sprechen würde. Aber was wir definitiv haben werden, ist eine starke Verteuerung der Energiepreise, das wiederum mit der finanziellen Situation der Bürgerinnen und Bürger zu tun hat. An diesem aktuellen Beispiel würde mich interessieren, wie Sie es einschätzen, welche Auswirkungen dies auf die Kriminalitätsrate in verschiedenen Bereichen haben kann, da es durchaus eine Situation für viele sein könnte, die dann wirklich wirtschaftliche Probleme haben. Wenn Sie dazu eine Einschätzung geben könnten, ob das dann tatsächlich zu mehr Kriminalität führt oder ob es dann einfach – ich sage jetzt einfach einmal – hingenommen wird und keine weiteren Auswirkungen hat, wäre aus aktuellem Anlass sehr interessant.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, lieber Kollege Karrais. – Ich weise darauf hin, dass immer etwa ein Drittel der für die Frage- und Antwortrunde zur Verfügung stehenden Zeit für die Eingangsstatements benötigt wird – egal, ob wir 30 oder 45 Minuten für die Frage- und Antwortrunde eingeplant haben. Das nur als kleiner Hinweis. – Dann gebe ich an Frau Abg. Wolle für die AfD-Fraktion ab.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Es waren sehr interessante Vorträge. Vielen Dank. – Man bekommt jetzt teilweise über den Tag hinweg einen ganz anderen Kontext, eine andere Sichtweise.

Eigentlich habe ich an alle drei Sachverständigen eine verbindende Frage. Frau Professor Kimmich, Sie haben die Frage aufgeworfen, ob „Krisenfeste Gesellschaft“ nicht eine Krise in der Politik ist. Es ist eine dynamischere Welt als wir sie früher hatten. Ich denke, daran sieht man sehr deutlich, dass es sich um andere Entwicklungen handelt. Die Menschen waren früher mit sich selbst beschäftigt, und es hat sich ganz viel entwickelt, sodass man eine andere Sichtweise und ein größeres Krisenempfinden hat.

Ich habe eine Frage an Herrn Professor Neubacher zur Vertrauenskrise, Problemlösungskompetenz. Sie haben in diesem Zusammenhang das Thema „Polarisierung/Radikalisierung“ angesprochen. Wie hätte man denn dies verhindern können? Wenn ich eine Krise habe und ein Teil der Menschen radikalisiert sich bzw. polarisiert, dann ist es nicht gerade einfach, eine gewisse Problemlösung herbeizuführen.

An Herrn Professor Glade habe ich folgende Frage: Sie haben davon gesprochen, dass statische Lösungen nicht möglich seien und diese nicht erfolgreich seien, da wir in einer dynamischen Welt leben. Wenn man sich das jetzt ganz aktuell bei der Coronakrise anschaut, hatten manche Bundesländer Lager mit Medikamenten und Verbandsmateri-

al, das abgelaufen war. Natürlich muss man diese statische Lösung dynamisch klären. Es kann nicht sein, dass es ablauftechnisch – – Ich sage mal so: Es kann nicht sein, dass man das einfach ständig austauscht. Das hat eine gewisse Dynamik. Das heißt, man muss über einen zeitlichen Verlauf betrachten – wenn ich eine Lösung ansetze –, wie sich der Lösungsansatz nach zwei, drei, fünf oder zehn Jahren entwickelt. Genauso ist es mit der technischen Entwicklung: Die Rahmenbedingungen ändern sich. Das heißt, wenn ich heute etwas festlege, dann kann in fünf Jahren eine bessere Lösung da sein, weil die Technik oder die medizinische Entwicklung weiterging. Ich gehe einmal davon aus, dass Sie das so gemeint haben.

Jetzt das Verbindende – das hat Herr Wahl bei mir ausgelöst –:

(Zurufe)

Herr Wahl hat gefragt, ob es an den Worten „Migrationskrise“ und „Klimakrise“ liegt, dass man auf diese so anspringt? Nein, ich glaube, es liegt nicht an dem Wort, sondern es liegt daran, dass die verschiedenen politischen Ausrichtungen – ich sage es einmal so – den anderen unterstellen, dass man etwas Böses meint, weil man nicht die Problematik ansprechen darf, weil sie nicht sein darf. Aber dann werden eigentlich die Probleme nicht gelöst, weil ein Elefant im Raum steht, über den man nicht sprechen darf –

(Abg. Petra Krebs GRÜNE: Das haben wir ja gestern gehört!)

sowohl bei der Klimakrise als auch bei der Migrationskrise, da man sich gegenseitig negiert. Ich denke, man muss einfach versuchen, objektiv ins Gespräch zu kommen. Ich denke, dann würde man keine Polarisierung oder weniger Polarisierung und Radikalisierung hinbekommen. Man würde zumindest ein besseres Verständnis füreinander finden.

Danke schön.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann würde ich jetzt in die Antwortrunde gehen und bitte Frau Professorin Dr. Kimmich, die erste Runde zu eröffnen.

Sv. Frau Dr. Kimmich: Die erste Frage war, ob mir der Begriff „Krisenfeste Gesellschaft“ besonders gut gefällt. Eine Wortschöpfung aus zwei Adjektiven, wie „krisenfest“, ist sowieso immer ein bisschen schwerfällig.

(Heiterkeit)

Es hat tatsächlich etwas vom Elefanten im Raum. Krisenfest: Man hat den Eindruck, dass das wahrscheinlich – – Ich könnte mir vorstellen, dass das auch etwas ist, was Sie am Ende überhaupt nicht anstreben. Das ist mein Gefühl. Das ist so hoch gegriffen und klingt auch anders, als Sie es heute diskutiert haben: wahnsinnig statisch. Das haben

Sie eigentlich ständig negiert. Ich habe gar nicht den Eindruck – – Es spiegelt sozusagen nicht das Diskussionsniveau wider, was ich heute empfunden habe. Ich würde das nicht machen.

Ich finde, es ist auch ein bisschen hoch gegriffen, dass man sagt, man muss gleich die ganze Gesellschaft im Blick haben. Ich würde es „Krisenpolitik der Zukunft“ oder „Krisenpolitiken der Zukunft“ nennen. Darüber unterhalten Sie sich doch gerade. Was ich jetzt nicht ganz unwichtig finde, ist eigentlich, dass man auch mal wieder Zukunft adressiert. Das ist ein Wort, das wir uns ein wenig abgewöhnt haben, da wir mittlerweile alle so viel Angst vor der Zukunft haben: dass alles schief geht usw. Wir sind daher momentan in einer Situation, in der wir lieber den Kopf einziehen und denken: Hoffentlich ist die Zukunft so wie jetzt immerhin noch. Aber ich glaube, dass das nicht das ist, was die Menschen von der Politik erwarten. Ich glaube, dass ich nicht gern so für meine Tochter sprechen würde. Ich finde, das hat schon etwas mit Zukunft zu tun. Auch wenn das jetzt nicht so schön ist, aber an so etwas würde ich herumprobieren. Es wäre auf der einen Seite etwas niedriger gehängt – Politik statt Gesellschaft –, und auf der anderen Seite wäre es ein bisschen mehr dem Niveau der Diskussion angemessen.

Die Frage nach der medizinischen und politischen Krise, die die CDU gestellt hat – –

(Abg. Dr. Matthias Miller CDU hat sein Smartphone in der Hand.)

– Jetzt weiß ich gerade nicht, ob ich kurz warten soll, bis Sie fertig sind.

(Abg. Dr. Matthias Miller: Ich höre zu!)

– Toll, und das um diese Uhrzeit.

(Heiterkeit – Zurufe)

Das ist eine interessante Frage. Das kann ich Ihnen tatsächlich nicht beantworten. Es würde mich aber selbst interessieren, ob man diese beiden – – Erst einmal muss man diese beiden auseinanderhalten. Man muss wissen, wovon man redet, wenn man das medizinische Modell nimmt. Das medizinische Modell ist ein Naturmodell. Das bedeutet, dass wir dahinter die Vorstellung haben, dass es Selbstregulierung ist. Denn bis zur Klimakatastrophe war die Natur stabil und hat sich selbst reguliert. Wir konnten uns darauf verlassen. Wenn man so etwas als Modell hat, dann ist es irgendwie schön. Es ist übrigens auch supertröstlich. Das muss man immer wissen, wenn man Naturnarrative nimmt. Das ist ja überall so. Wenn wir Naturnarrative nehmen: Das ist in Ordnung, das ist stabil, das sind Naturgesetze, das war immer so, das bleibt immer so, das hat etwas Gutes. Jetzt ist natürlich die Frage – deswegen habe ich es vorhin gesagt – – Jetzt wissen wir: Uns ist das Naturnarrativ ein bisschen abhandengekommen; denn jetzt spielt die Natur verrückt und schlägt zurück. Deshalb ist es nicht mehr so friedlich wie es war.

Die Natur ist selbst ein Krisenphänomen geworden. Die Frage, ob man das medizinische Narrativ mit dem Entscheidungsnarrativ verbinden kann, das wäre eine interessante Frage, ob man also von einer klugen, ausbalancierten Vorstellung von Selbstregulierung und eingreifendem politischen Handeln sprechen kann. Das erachte ich für eine gute Idee. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, wie das geht, da ich es selbst nicht weiß.

Eine Gefahr bei der Selbstregulierung, die übrigens unglaublich viel von unserem Vokabular stellt, sind beispielsweise auch die Emergenz oder solche Sachen. Das sind alles Naturphänomene. Das sind auch alles Sachen, die zum Großteil von Biologen erfunden wurden. Bei der Selbstregulierung muss man sich immer überlegen: Wer fliegt raus? Das hat einen darwinistischen Hintergrund. Den kann man auch nicht wegreden. Deshalb bin ich immer etwas skeptisch. Aber ich könnte mir vorstellen, dass das Bild des guten Mediziners kombiniert mit dem guten Politiker kein schlechtes Modell wäre.

Übrigens: „Elastisch“ ist auch so ein Wort, gell. Irgendjemand hat vorhin nach dem Elastischen gefragt. Was ist elastisch? Das ist ein Gummi, das man zieht und fatzen lässt. Dann geht er genau wieder in den Ursprung – – Bei den elastischen Strümpfen oder beim Badeanzug hoffen wir immer, dass es dann immer genau wieder in den Ursprungszustand zurückgeht. Aber das ist genau das, was wir uns – – Wenn man von „elastisch“ spricht, steht dahinter natürlich der Gedanke: Das ist im Grunde ein Bild, das konservierend ist. Wir dehnen uns einmal kurz aus, lassen es fatzen – und dann ist es wie vorher. Das sind immer Bilder, die man nicht unterschätzen darf. Ich beobachte das mit großer Freude, dass das Wort „elastisch“ heute so häufig verwendet wird, und frage mich immer: Was soll das eigentlich genau heißen?

Die Dauerkrisen; Siebzigerjahre, Achtzigerjahre: Natürlich, Sie sind viel zu jung, um überhaupt mitreden zu können, was das für ein Gefühl war im Kalten Krieg. Ich bin in Zeiten der RAF-Bewegung in Stuttgart in die Schule gegangen. Das war eine echte Dauerkrise. Hier ist man aus dem Auto gezogen worden, wenn man mit Freunden unterwegs war und die lange Haare – Mähnen – hatten. Dann ist man mit der MP aus dem Auto gezogen worden. Das war ein Krisenphänomen, das ich selbst erlebt habe. Da merkt man natürlich, dass das riesige, grässliche politische Krisen waren, im Übrigen auch die atomare Bedrohung. Ich würde trotzdem sagen: Ein großer Unterschied ist die Vorstellung, dass wir uns auf die Natur nicht mehr verlassen können. Das hat sich wirklich fundamental geändert. Anfang der Siebzigerjahre hat sich sozusagen die Stimmung geändert. Vorher war die Stimmung: Die Menschen machen alles kaputt, aber wir können uns auf die Natur verlassen. Das gibt es nicht mehr. Damit ist uns irgendwie der Boden verlorengegangen. Ob jetzt eine Ukrainekrise schlimmer ist als eine Schweinebucht-Krise, kann man nicht beurteilen, aber sie ist womöglich vergleichbar, womöglich war die Schweinebucht schlimmer. Das muss man auch sagen.

Dann würde ich sagen: Ja, Krise kann zu einem Kampfbegriff werden, wenn implizit ist, dass die anderen die Auslöser sind oder die Lösung verhindern. Es ist häufiger so, dass wir Krise als Kampfbegriff verwenden, aber nicht in dem Sinne, dass man sagt, ihr seid

schuld daran, dass es so ist, sondern indem man sagt, ihr seid schuld daran, dass wir es nicht lösen, ihr steht im Weg. Das ist, glaube ich, auch noch einmal eine Antwort auf das, was den Elefanten im Raum betrifft. Ich würde sagen, auf diese Art und Weise sollte man möglichst nur ganz vorsichtig argumentieren.

Bildung: Ja, ganz ehrlich: Wenn man von krisenfester oder was auch immer – – Ich meine, wie soll das anders gehen? Es ist auch global betrachtet so. Wir müssen nur schauen, was passiert, wenn Frauen nicht mehr in die Schule gehen. Das ist bei uns jetzt gerade kein Thema. Aber ich meine, das ist hundertprozentig ein Auslöser für eine Riesenkrise, und zwar in jeder Hinsicht, sowohl für eine wirtschaftliche Krise als auch für alle anderen. Ich bedaure das zutiefst, dass wir nicht häufiger über dieses Thema reden. Ich finde, Bildung hat so viele Facetten – im Übrigen auch Integrationsthematiken. Wenn ich einmal ganz kurz aus meinem Beruf sagen darf: Was uns an Begabungen verlorengeht, weil wir die dritte oder vierte Generation der Einwanderer nicht richtig an die Universität geholt haben, dann ist das echt zum Heulen. Die Leute, die kommen: Wenn man sieht, was das bedeutet – – Ich bilde Lehrerinnen aus. Wenn die Leute endlich einmal an die Uni kommen, dann haben sie zunächst einmal Integrationsschwierigkeiten. Aber wenn diese Personen dann endlich einmal als Lehrerinnen und Lehrer an die Schule gehen, dann kann man sich Hunderte von Sozialarbeitern sparen. Deshalb kann ich bei den Investitionen immer nur sagen: Ja, Ja, und nochmals Ja.

Die Frage nach den kulturellen Krisen ist übrigens auch superinteressant, da sie so viele Facetten hat. Ich danke Ihnen wirklich, dass Sie diese Frage gestellt haben. Ich glaube, darüber muss ich auch noch einmal nachdenken. Ich kann Ihnen jetzt leider keine so schöne Antwort geben, wie ich es gern machen würde. Die eine Antwort ist: Wir dürfen, glaube ich, Krisenerfahrungen auf individueller Ebene nicht kulturell gegeneinander ausspielen. Das dürfen wir auf keinen Fall machen. Es gab einmal eine Zeit, in der man sagte, eine afrikanische Frau hat zehn Kinder, wenn eines stirbt, ist das nicht so schlimm. Das ist sozusagen das Schlimmste, was man mit kulturellen Vergleichen machen kann. Möglicherweise gibt es aber verschiedene Ebenen, auf denen wir das diskutieren könnten. Deswegen ist es interessant. Es wird gerade stark über zwei unterschiedliche philosophische Orientierungen diskutiert, und zwar zum einen eine afrikanische und zum anderen eine südamerikanische. Die eine nennt sich Ubuntu, und die andere heißt Pachamama. Ubuntu sind Gemeinschaftszusammenhänge, wie wir sie hier nicht genau kennen. Diese haben im Übrigen auch ihre negativen Seiten, weil sie wahrscheinlich ziemlich patriarchalisch sind. Trotzdem ist das eine Philosophie des Zusammenhalts, die im Vergleich zu unserer individualistisch organisierten Gesellschaft nicht ganz uninteressant ist. Das ist auf einer Mikroebene natürlich ein anderes Krisenmanagement. Es ist tatsächlich so; das sagen mir meine Kollegen, die sich besser auskennen als ich.

Die Ethnologen sagen auch, dass es hauptsächlich in Südamerika und im sibirischen Russland Formen gibt, wo Menschen Gemeinschaften bilden oder sich vorstellen, dass die Natur – Tiere, Flüsse, Felsen und Sträucher – zu ihrer Gemeinschaft dazugehören, also wie Lebewesen. Das können wir gar nicht richtig denken. Aber es ist wohl so. Dort

stellt sich heraus, dass Krisen auch anders gemanagt werden, weil die Umwelt anders einbezogen wird. Es gibt tatsächlich Modelle, von denen wir möglicherweise auch lernen können. Das sind interessante Forschungsgebiete.

Deshalb habe ich vorhin auch gesagt, es ist blöd, dass wir von Aristoteles und Galen von Pergamon reden, weil wir es nicht besser wissen. In Zukunft werden wir wohl woanders schauen müssen. Das war auch interessant. Das Gleiche gilt natürlich – – Das ist im Grunde die Fortsetzung der Frage nach kulturellen Differenzen. Sie haben die Frage nach historischen Differenzen gestellt. Das ist übrigens fast genauso schwierig zu beantworten, weil wir uns weder in andere Kulturen einfühlen noch historische Emotionsforschung betreiben können. Das ist etwas Superinteressantes, aber es ist natürlich total schwierig. Wenn Sie z. B. einen Text über den Dreißigjährigen Krieg lesen, um herauszufinden, ob die Leute damals weniger unter einer solchen Krise gelitten haben, ist das sehr unwahrscheinlich, hierzu etwas zu finden. Was wir aber wissen, ist, dass die Empfindung der Beschleunigung – da hat Hartmut Rosa recht – noch weiter aggraviert, wobei wir natürlich auch festhalten müssen, dass die Leute, die zum ersten Mal einen Film einer Eisenbahn im Kino gesehen haben, vor Angst herausgerast sind, weil es für sie so schnell war auf der Leinwand. Das heißt also, dass die emotionale Reaktion auf Veränderung immer da ist. Seit ungefähr 150 Jahren haben wir eine starke Klage über Beschleunigung. Diese hat enorm zugenommen. Das muss man sagen. Ich glaube aber, dass es an etwas anderem liegt. Ich glaube, dass die Wahrnehmung nicht deshalb so ist, weil wir dynamischer werden, sondern es liegt vielmehr daran, dass wir gelernt haben, dass wir eigentlich die Dinge beherrschen: Wir beherrschen die Natur, und wir beherrschen uns selbst. Wir kennen das sozusagen. Wenn dann etwas schief geht, ist es viel schlimmer, als wenn man wie ein griechischer Epikuräer sagen würde: „Freunde, man kann es sowieso nicht richten, also stellt euch darauf ein.“ Die haben sich nicht über Kontingenz gewundert. Das ist übrigens ein stoisches Weltbild. Das stoische Weltbild besteht darin, dass man sagt, man kann es sowieso nicht ändern, also pass’ dich gefälligst an und jammere nicht. Das ist natürlich eine – – Wenn unserer Machergesellschaft des Homo Faber das Handwerk aus der Hand geschlagen wird, dann bekommt sie einen echten Schock. Ich glaube, deshalb empfinden wir Krisen so wahnsinnig gravierend. Das wiederum könnte man auch von anderen Kulturen lernen. Das glaube ich auch.

Die Frage nach dem Elefanten habe ich schon beantwortet. Tatsächlich können manche Krisendiskurse so sein, dass man die anderen als Krisenlösungsverhinderer ständig im Hintergrund hat. Das bringt, glaube ich, nichts, obwohl man natürlich auch Krisenlösungsverhinderer offen adressieren muss. Es gibt viele Krisenlösungsverhinderer.

Habe ich etwas vergessen?

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich glaube nicht. Ansonsten gibt es die Möglichkeit der Nachfrage. Vielen Dank, Frau Professorin Dr. Kimmich. – Dann gebe ich jetzt Herrn Professor Dr. Neubacher das Wort.

Sv. Herr Dr. Neubacher: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. – Ich versuche, es so kurz wie möglich zu machen. Zunächst einmal die Antwort auf die schöne Frage von Herrn Hildenbrand. Ich habe die ganz aktuellen Zahlen zur politisch motivierten Kriminalität, die die Polizei gezählt hat, herangezogen, gewissermaßen als Beleg für die Dynamik und für die Unübersichtlichkeit der gegenwärtigen politischen Situation. Das war mein Hauptmotiv. Aber ich sage sofort: Ihre These ist sehr, sehr plausibel und sehr ernst zu nehmen. Es würde jetzt der kriminologischen Übung und Praxis entsprechen, dass man diese Verlässlichkeit und die Erfassungsweise jetzt in einem zweiten Schritt überprüft. Ich habe das nicht gemacht und kann deswegen Ihre These weder bestätigen noch widerlegen. Ich weiß auch nicht, wie es möglich wäre, dies auf die Schnelle zu überprüfen. Aber es ist ein ganz wichtiger Hinweis. Generell gilt in der Kriminologie, dass alles das, was die Polizei an Daten sammelt, erst einmal noch im Bereich des Ermittlungsverfahrens ist. Das sind keine gerichtlich festgestellten, gesicherten und abgeurteilten Fälle. Insofern haben wir immer, bei jedem Zahlenwerk der Polizei, gewisse Unsicherheiten.

Der zweite Punkt ist: Wir wissen aus der Registrierung der Polizeilichen Kriminalstatistik, dass die Fehlerhäufigkeit bei der Erfassung und Zuordnung einzelner Verdachtstaten zu bestimmten Straftatbeständen oder zu bestimmten Phänomenbereichen fehleranfällig ist. Punkt zwei.

Punkt drei: Es kommt hinzu – das ist insbesondere ein Problem der Erfassung der politisch motivierten Kriminalität –, dass wir alle paar Jahre eine Veränderung erleben. Wir hatten in den Neunzigerjahren das Problem, dass Polizei und Verfassungsschutz separat z. B. extremistische Taten von rechts gezählt haben. Dann stimmten die Zahlen nicht überein, auch bei den Tötungsdelikten nicht. Das hat für große Unruhe gesorgt. Also hat man gesagt, wir gehen weg vom Extremismusbegriff. Die Erfassung der politisch motivierten Kriminalität ist im Jahr 2001 eingeführt worden. Das, was Sie jetzt zur Delegitimierung des Staates sagen, ist eine erneute Veränderung des Erfassungssystems. Daher halte ich es durchaus absolut für möglich, dass dies nicht die Realität widerspiegelt, sondern dass auch Erfassungsprobleme widergespiegelt werden. Das wäre in der Tat zu überprüfen. Da bin ich ganz auf Ihrer Seite.

Herr Dr. Miller, zu Ihrer ersten Frage nach der Definition von Krise in der Kriminologie: Kriminologie ist eine interdisziplinäre Wissenschaft, die sehr stark von ihren Bezugswissenschaften, insbesondere Soziologie, Rechtswissenschaft und Psychologie, geprägt ist. Ich sehe nicht, dass wir in der Kriminologie über die Bezugswissenschaften hinweg einen feststehenden, einheitlichen, übergreifenden Begriff von Krise haben. Das heißt, wenn ich jetzt in einer wissenschaftlichen Studie einen Krisenbegriff verwenden würde, dann müsste ich diesen nach den Regeln wissenschaftlicher Methodik und Kunst erst einmal operationalisieren und definieren. Ich sehe diesen gemeinsamen, übergreifenden, feststehenden Begriff nicht.

Zur Notkriminalität: Sie haben mich richtig verstanden, dass ich zwei Beispiele gebracht habe. Das eine aus einem Projekt aus Afrika und Asien, das zweite aus der deutschen

Geschichte, wo wir kriminologisch wissen, dass Kriminalitätsphänomene – Schwarzmarkt, Diebstahlkriminalität – in gesellschaftlichen Ausnahme- und Notsituationen anwachsen. Ich sage aber gleich hinterher, dass man das jetzt nicht verallgemeinern kann. In der Kriminologie muss ich oft genug dem Eindruck „Armut gleich Kriminalität“ entgegentreten. Das ist ganz und gar falsch. Armut führt nicht per se in die Kriminalität. Deswegen dürfen wir Personen, die ökonomisch schlechter gestellt sind, gar nicht unter einen solchen Kriminalitätsverdacht stellen. Ich rede von gesellschaftlichen Ausnahmesituationen, in denen gewissermaßen auch die Verbindlichkeit gegenüber dieser Gesellschaft, gegenüber der Gültigkeit von bestimmten Normen infrage steht, gewissermaßen eine – soziologisch gesprochen – anome Situation der normativen Orientierungslosigkeit. Das kann man aber nicht auf jede gesellschaftliche Situation übertragen. Also: Armut ist nicht per se das Problem, eher die soziale Ungleichheit. Aber es gibt das Phänomen der Notkriminalität in gesellschaftlichen Extrem- und Ausnahmesituationen.

Dann die Frage: Wie weit sind Institutionen, beispielsweise Polizei oder Justiz, von solchen Kriminalitätsentwicklungen oder von krisenhaften Entwicklungen betroffen? Ich glaube, die Antwort liegt auf der Hand, wenn ich mir das Schicksal der Gesundheitsämter in der Coronapandemie anschaue, wenn ich sehe, wie viele Überstunden bei der Polizei im Zuge der Demonstrationen, der Unruhen im Hinblick auf Corona angehäuft worden sind, wenn ich daran denke, was bei den Verwaltungsgerichten im Rahmen der Asylverfahren angefallen ist: Das hat teilweise massive Auswirkungen auf die personelle Belastung dieser Behörden und Dienststellen, die mit diesen Vorgängen zu tun haben. Da liegt es dann natürlich auch in der Verantwortung, diese Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, damit die Behörden diese Aufgaben wahrnehmen können.

Ich hatte in meinem Vortrag ganz kurz das Beispiel Financial Intelligence Units – früher Zollkriminalamt –, also die Stellen, die in Köln die Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschebekämpfungsgesetz bearbeiten und die offensichtlich in vielerlei Hinsicht komplett überfordert sind, was die materielle Ausstattung mit digitaler Infrastruktur angeht, angesprochen. Wir kennen das von den Gesundheitsämtern mit den Faxgeräten, aber auch bei den Personalressourcen. Sie erinnern sich wahrscheinlich daran, dass kurz vor der Bundestagswahl noch ein Ermittlungsverfahren wegen Strafvereitelung im Amt eingeleitet worden ist, weil Sachen so lange liegen geblieben sind. Ich glaube kaum, dass das böse Absicht war. Es gibt einfach Dienststellen, die quasi „abgesoffen“ sind.

Nächste Frage, von Herrn Karrais: Dass Sie sich daran stören, dass ich von Umweltkrise spreche, kann ich nicht verstehen. Ich tue das guten Gewissens. Man kann jetzt hier nur ganz pauschal auf den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen verweisen, der regelmäßig große wissenschaftliche Gutachten zu den Fragen der Folgen der Digitalisierung, der Landnutzung und diesen Themen macht. Ich kann auch auf das Intergovernmental Panel on Climate Change verweisen, das im Zuge der UN die Weltpolitik sozusagen in Fragen des Klimawandels berät. Aber es steht für mich außer Frage, dass das Krisenphänomene sind. Davon rücke ich keinen Deut ab.

Zu Ihrer Frage, was die Verteuerung der Energie angeht und inwieweit sich das auf Kriminalitätsraten auswirken könnte: Ich glaube, das ist durchaus ein naheliegender Zusammenhang, den man im Auge behalten muss. Ich weiß, dass Polizeibehörden bereits jetzt davon berichten, dass die Zahl von Benzindiebstählen zugenommen hat. Dabei werden Tanklager oder größere landwirtschaftlich genutzte Fahrzeuge, die irgendwo auf dem Hof oder Acker herumstehen, leergepumpt. Da gibt es auch ganz aktuelle Entwicklungen, die sich, glaube ich, relativ direkt auf die Verteuerung zurückführen lassen. Im Sinne einer kriminologischen Theorie gesprochen: Die Routine Acitivity Approach stellt darauf ab, wie attraktiv Tatziele sind. Die Attraktivität eines Tatziels hängt z. B. vom Wert ab. Es hängt natürlich auch von der Zugänglichkeit und davon, wie gut es bewacht ist und wie gut das Entdeckungsrisiko ist, ab. Aber im Rahmen dieser Überlegungen kann man es theoretisch gut erklären, dass das Benzin oder ein Solarpanel, die auch sehr wertvoll sind und im Freien herumstehen, abgebaut und gestohlen werden. Das Handy ist wegen seines Wertes und wegen seiner leichten Wiederverkäuflichkeit natürlich auch ein perfektes Diebstahlsobjekt.

Der zweite theoretische Zusammenhang wäre die Allgemeine Drucktheorie, also die Strain Theory, die ich in meinem Vortrag ansprach. Wenn ich durch die massiv steigenden Kosten der Lebensführung unter ökonomischen Druck gerate, dann kann das der Ausgangspunkt für die Begehung von Straftaten sein. Nach der Allgemeinen Drucktheorie steht dies aber unter der Voraussetzung, dass meine Bewältigungsressourcen von solchen persönlichen krisenhaften Situationen nicht ausreichen werden. In der Theorie werden verschiedene Coping-Fähigkeiten unterschieden. Es gibt das Emotional Coping, also wenn ich mich auf den sozialen Rückhalt in der Familie und Freunden verlassen kann, dann bringt mich eine Krise nicht dazu, böse Dinge zu tun, aber Kriminalität ist eine mögliche Reaktion auf ein krisenhaftes Geschehen. Insofern gibt es auch in diesem Bereich, wie bei der Armut, keinen Automatismus, aber es gibt einen gestiegenen Risikofaktor, dass das als Handlungsoption infrage kommt.

Zur letzten Frage – ich muss mich dafür entschuldigen, dass ich leider Ihren Namen nicht verstanden habe; ich entschuldige mich dafür –: Ihre Frage ging in die Richtung von Vertrauenskrise, Zweifel an der Kompetenz der Politik und inwiefern sich insoweit Radikalisierung verhindern lasse. Ich habe in einem anderen Kontext – zu den Stichworten Islamismus und Rechtsextremismus – teilweise mit Teammitgliedern geforscht. Es ist relativ klar, dass der Radikalisierungsprozess ein Prozess der Annäherung an extremistische Einstellungen und unter Umständen Verhaltensweisen ist. Dieser Prozess kommt irgendwann an einen Punkt, an dem der politische Diskurs, die politische Auseinandersetzung nicht mehr oder nur noch ganz selten funktioniert. Insofern kann die Vermeidung solcher Vertrauenskrisen nur darin liegen, solche Prozesse des Sichverabschiedens aus dem gesellschaftlichen Konsens, aus dem politischen Diskurs an einem Punkt zu erreichen, an dem die Menschen noch erreichbar sind. Deshalb geht es viel um Kommunikation, es geht viel um Dialog, und es geht viel darum, den Menschen auch glaubhaft zu vermitteln, dass sie gesellschaftlich und aus dem Dialog nicht ausgeschlossen sind. Das ist der eine Teil meiner Antwort.

Der zweite Teil der Antwort bezieht sich auf die – ich nenne das jetzt einmal ganz trivial – Information: Soweit Menschen erreichbar sind, muss es an vielen Punkten auch darum gehen, sie solide zu informieren. Ich habe teilweise den Eindruck, dass in diesen aufgeheizten Debatten vielfach auch die basalen Kenntnisse über die politischen und demokratischen Systeme fehlen, wenn mir z. B. aus meinem persönlichen Bekanntenkreis – da habe ich es selbst erlebt – aus Anlass von Corona gesagt wird: „Wir haben uns in einen Unrechtstaat entwickelt“, dann muss man dem entgegen treten und sagen: „Du kannst das so und so bewerten. Aber im Unterschied zur DDR gibt es bei uns Verwaltungsgerichte. Dadurch kannst du Verordnungen, Maßnahmen im Einzelfall vor einer unabhängigen Justiz anfechten.“

Das wären zwei Aspekte, mit denen ich Ihre Frage beantworten möchte.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Dr. Neubacher, für Ihre Antwort. – Dann haben wir zum Schluss noch Herrn Professor Dr. Glade für die Beantwortung. Ich gebe Ihnen mit: in aller Kürze. Herr Professor Dr. Glade, Sie bekommen es sicherlich hin, die Fragen, die an Sie gerichtet wurden, schnell und kompakt zu bearbeiten. Danke sehr.

Sv. Herr Dr. Glade: Danke für das Zutrauen. – Zuerst an Herrn Dr. Miller: Freiwillige/unfreiwillige Krisen: Unfreiwillig heißt einfach, dass man – man kann das Individuum sein, kann die Familie sein, kann eine Regierung sein – bewusst bestimmte Situationen eingeht, die potenziell Krisen hervorrufen könnten. Man weiß das, z. B. um einen größeren Benefit zu haben. Unfreiwillig heißt, wie der Name schon sagt, dass man normal handelt und sich dann plötzlich in einer Situation befindet, die man nicht erwartet hat, die man also unfreiwillig eingegangen ist. Das ist das, was damit gemeint ist. Beispielsweise arbeitet man, es ist alles wunderbar und ganz prima, und dann entschließt sich Ford dazu, irgendwo ganz woanders hinzugehen. Dann ist der Arbeitsplatz verlorengegangen, und man kommt in eine Krise. Das ist unfreiwillig.

Dann gab es die Frage: Krise oder Schockzustand? Für mich kann ein Schockzustand potenziell innerhalb einer Krise stattfinden – muss nicht, aber kann. Schockzustand heißt für mich Starre: Ich bin erst einmal so schockiert, dass ich nichts mehr machen kann. Das kann ein Aspekt im Rahmen einer sich entwickelnden Krise sein.

Sie haben noch die zeitliche Dimension, die Dauer einer Krise, angesprochen. Eine Krise kann sofort eintreten. Das Erdbeben in Afghanistan kam innerhalb weniger Sekunden, und dann hatten viele Leute eine ziemliche Krise. Eine Krise kann sich aber auch ganz langfristig entwickeln. Auch dazu haben wir heute viele Beispiele genannt. Das heißt, man kann nicht sagen, ob eine Krise kurz oder lang ist. Das heißt, es muss im Bezugssystem gesehen werden. Man muss auch sehen, wen die Krise betrifft: einen Einzelnen, eine Gesellschaft usw.

Herr Wahl, Sie hatten gefragt: Haben wir mehr Krisen, weil wir mehr Erinnerungen daran haben? Wie war es denn früher: Hatten wir da weniger Krisen? Das geht ein wenig

in die Richtung von dem, was ich bereits sagte: dass wir in Dynamiken leben. Auch in der Geschichte hatten wir immer wieder Entwicklungen. Auch früher gab es Krisen für die Gesellschaft, die aber ganz anders waren, weil die Situationen ganz anders waren. Wir haben über die Digitalisierung gesprochen – denken Sie an die Zeit vor dem Internet. Das ist für manche kaum noch denkbar. Auch da gab es Krisen. Aber das ist das, was ich gemeint habe: Sicherlich, vielleicht ist das, was wir heute erleben, intensiver, ja, aber vielleicht auch nur deshalb, weil mehr darüber gesprochen wird. Früher gab es auch Krisen, aber die waren anders, die waren von der Natur her anders. Das ist das, was ich sagte, was ich meinte. Da ist eine Dynamik drin, und es verändert sich. Es ist so – das mögen wir, oder wir mögen es nicht, das verurteilen wir, oder wir verurteilen es nicht –: Es verändert sich. Entscheidend ist ja, wie wir, wie Sie, die Landesregierung, mit einer solchen Situation umgehen. Nach meinem Zugang müsste man ein System aufbauen, das genau solchen Änderungen gerecht wird. Dafür finde ich den Zyklusgedanken, den ich präsentiert habe, sehr, sehr gut.

Herr Karrais, Sie haben gefragt, ob mehr Datenbanken nicht auch ein Ausdruck der Digitalisierung sind. Sie haben mich auch gefragt, was konkret man da jetzt messen soll, und welchen Nutzen es haben soll. Was soll ich Ihnen darauf sagen? Dazu müssten Sie mir zuerst einmal sagen, was Ihr Bezugssystem ist. Welche Krise interessiert Sie? Interessiert Sie eine gesellschaftliche Krise, eine ökonomische, eine Umweltkrise? Dann können wir darüber reden, welche Daten Sie sammeln sollen. Warum habe ich die Datenbanken der Modellierung und der Szenarien aufgebracht? Das ist eines der Argumente, dass ich sage: Wir müssen wissen und evidenzbasiert agieren. Wie können wir das? Wir können es dadurch, dass wir Daten haben. Einige der Kolleginnen und Kollegen der Vorredner haben bestimmte Datenentwicklungen aufgezeigt. Das ist das, was ich meine. Wir müssen uns überlegen: Was sind die Kernkrisen, die wir adressieren möchten. Wir müssen sie gegebenenfalls priorisieren, und dann müssen wir uns überlegen: Was sind die Indikatoren dafür, die erstens zu dieser Entwicklung führen und zweitens potenziell durch die Konsequenzen entsprechende Entwicklungen hervorrufen, die wir vielleicht gar nicht wollen. Das muss strukturell überlegt werden. Das heißt, es ist, glaube ich, ganz essenziell, Indikatoren und Parameter für die priorisierten Krisen zu identifizieren.

Frau Wolle, Sie haben argumentiert, dass es heute eine dynamischere Welt gibt als früher. Dazu kann ich auch nur sagen: Früher war es auch eine Dynamik, die aber einfach anders war. Ich möchte noch einmal betonen: Dynamik heißt nicht, es wird immer schneller oder es wird immer größer, nein, Dynamik heißt nur, es verändert sich. Es kann auch wieder geringer werden. Wir können auch Resilienzen aufbauen. Dadurch ändert sich manches System, indem es nicht mehr so stark schwankt, sondern indem es sich stabilisiert. Die Maßnahmen, die im Bankensektor getroffen wurden, haben diesen Bereich stabilisiert. Trotzdem ist es in kontinuierlicher Dynamik.

Ich möchte mit dem Hinweis schließen, dass für mich diese Krisen nicht nur negativ konnotiert sind, sondern, dass man, finde ich, Krisen auch als Chancen sehen kann, Chancen, wo wir Systeme entwickeln, wo wir sie monitoren, wo wir uns überlegen, wo

es hingeht, um dann Entwicklungen zu initiieren, bevor die nächste Krise eintritt, und wenn sie eintritt, dass sie dann in einem geringeren Ausmaß eintritt. Das wäre für mich eine Zukunftsvision.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Glade. Sie haben es geschafft: in aller Kürze. Wunderbar.

Ich danke Ihnen, ich danke auch Frau Professorin Dr. Kimmich und Herrn Professor Dr. Neubacher, dass Sie drei unseren heutigen Tag abgeschlossen haben. Kommen Sie gut nach Hause.

Wir sind am Ende der Tagesordnung, da ich keine weiteren Fragen gesehen habe. Ich glaube, es gäbe sicherlich noch Fragen, aber die werden jetzt nicht mehr gestellt, da wir erst einmal mit dem Gehörten umgehen müssen, damit wir wissen, was wir daraus machen sollen. Deswegen sage ich jetzt allen, die durchgehalten haben – denjenigen, die im Livestream da sind, den Sachverständigen, allen, die noch da sind –, vielen Dank und schließe hiermit den öffentlichen Teil der Sitzung.

(Schluss des öffentlichen Teils: 18:55 Uhr)

– folgt nicht öffentlicher Teil III (gesondertes Protokoll) –

Wirtschaftskrisen

Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“

Professor Dr. Peter Bofinger

Universität Würzburg

Typologie von Wirtschaftskrisen

Ursachen von Nachfrage- und Angebotsschocks

Nachfrageschocks

- Einbruch der Weltkonjunktur
- Lockdown wegen Pandemie
- Einbruch am Immobilienmarkt, der zu Krise im Finanzsystem führt
- Euro-Krise: Finanzierung am Kapitalmarkt bricht ein. Rettungsprogramme erfordern Austerität

Angebotsschocks

- Massive Verteuerung von Energierohstoffen (Ölkrisen, Ukraine-Krise)
- Lieferengpässe wegen Pandemie
- Währungskrise: Massiver Verfall der eigenen Währung, der steigender Inflation und zu Verschuldungskrise des Staates und Finanzkrise führt (Asien-Krisen)

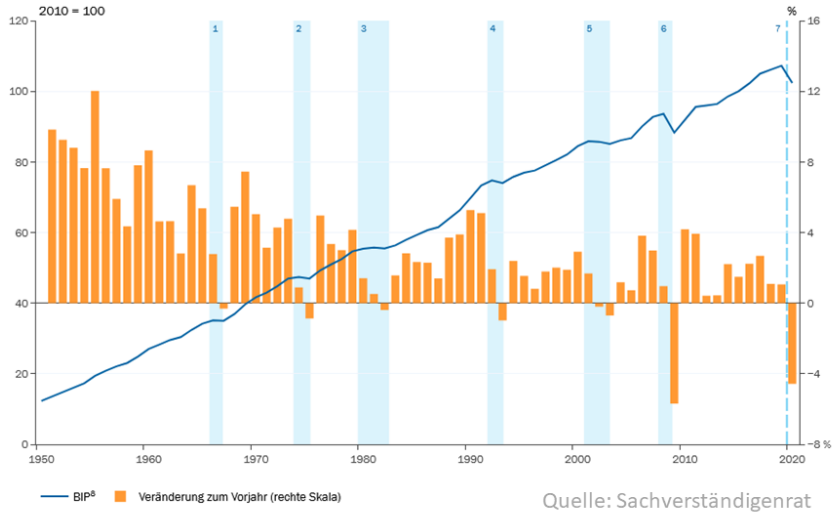
Wirtschaftspolitische Stabilisierung bei Schocks

- Nachfrageschocks
  - Expansive Fiskalpolitik (Höhere Ausgaben, Steuersenkung)
  - Expansive Geldpolitik (Zinssenkung)
- Angebotsschocks
  - Restriktive Geldpolitik (Zinserhöhung)
- Finanzkrisen
  - Rettungsprogramme zur Stützung von Banken
- Eurokrise: Gemeinsame Haftung gegen Stabilisierungsprogramm
- Währungskrisen
  - Aufgeben einer Festkursbindung

Anlage 1

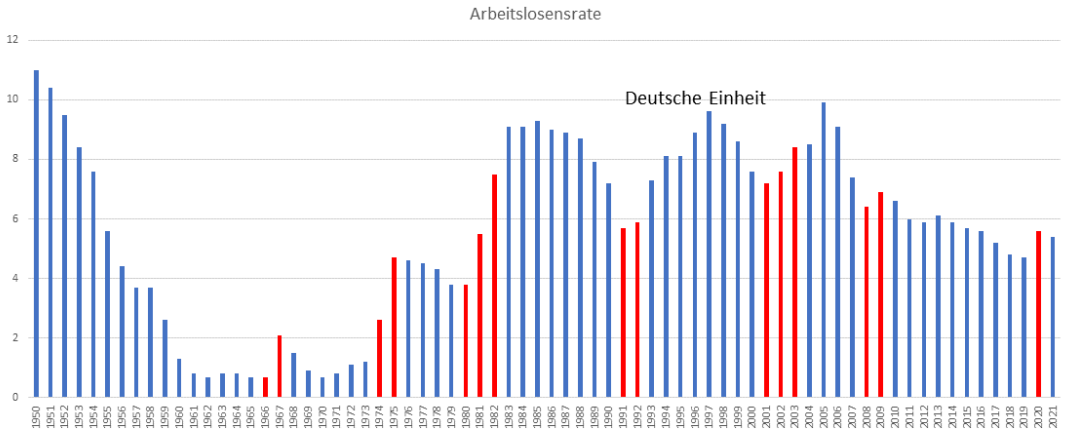
Wirtschaftskrisen in Deutschland

Reales Bruttoinlandsprodukt: Niveau und Wachstumsrate



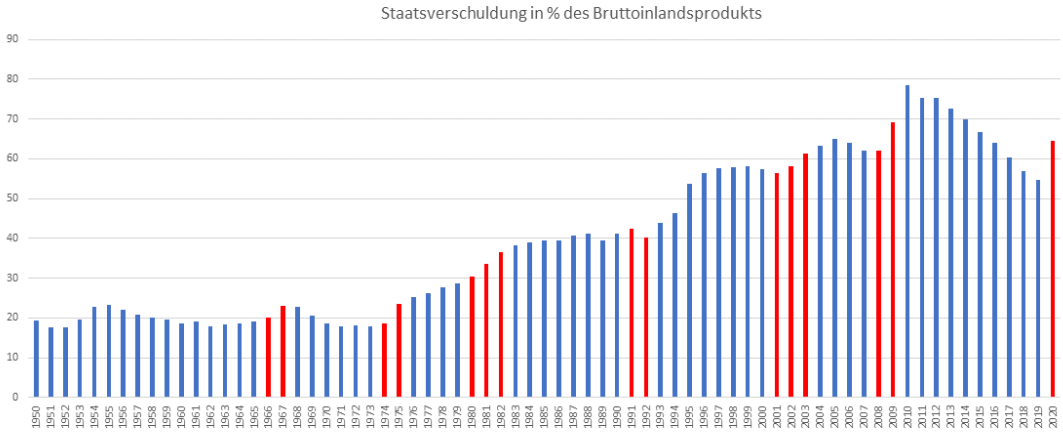
Quelle: Sachverständigenrat

Arbeitslosenrate steigt in und nach Krisenphasen Dämpfung durch Kurzarbeit

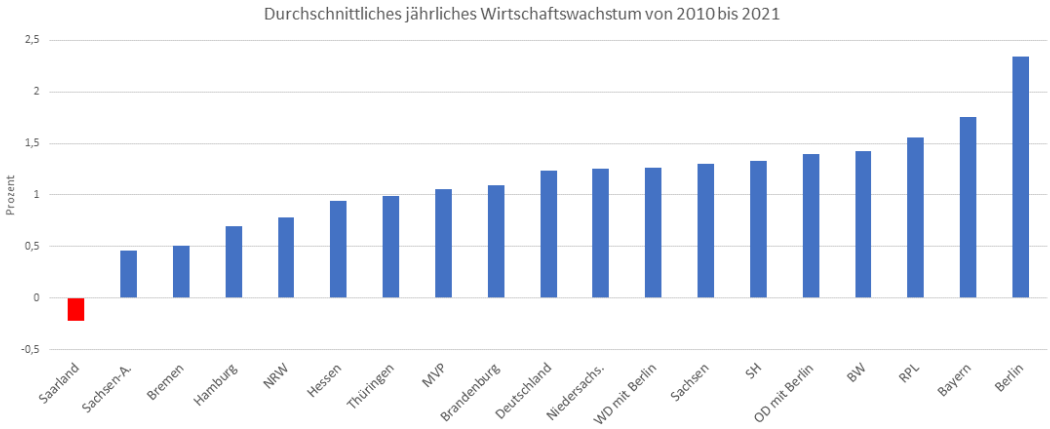


Anlage 1

Staatsverschuldung steigt in und nach Krisenphasen



Strukturelle Probleme in Deutschland
Krise als Ausdruck chronischer Wachstumsschwäche



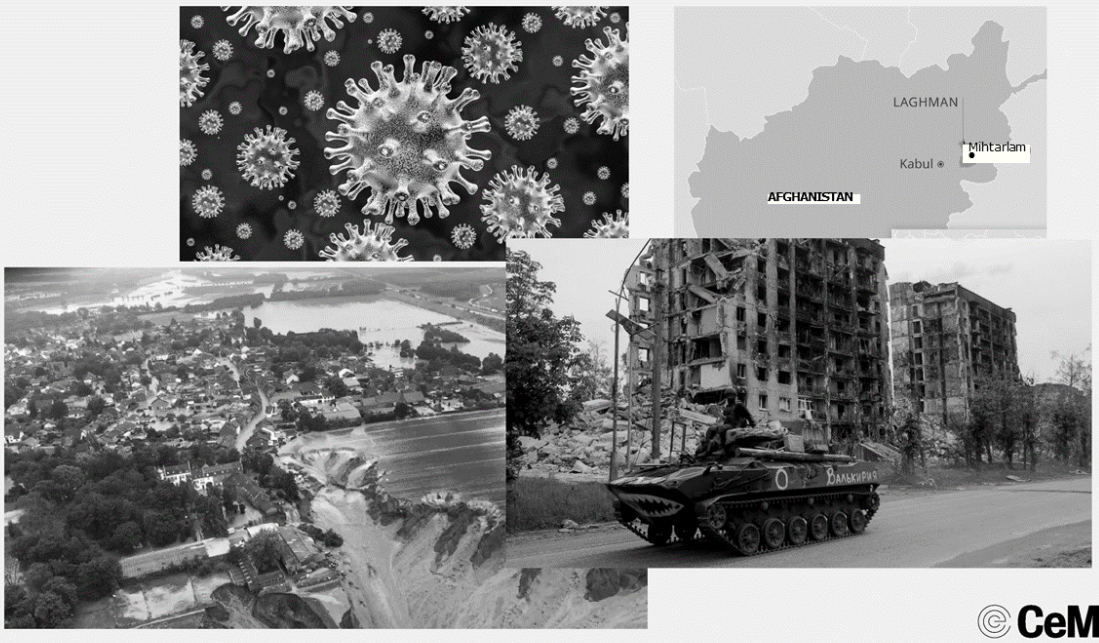
Krisenresilienz

- Grundproblem: Die Ökonomie ist nicht (kaum) in der Lage, Krisen rechtzeitig zu prognostizieren
- Nachfrageschocks
  - bei ausreichendem „fiscal space“ gut zu bewältigen, d.h. insbesondere ohne gravierende Effekte auf Arbeitsmarkt. Beispiel: COVID-Lockdown
  - problematisch, wenn sie mit strukturellen Verwerfungen einhergehen. Beispiel: Immobilienkrise in Spanien
- Angebotsschocks sind komplex, weil sie Notenbank vor trade-off zwischen Stabilisierung des Output und Stabilisierung des Preisniveaus stellen. Beispiel: Ukraine-Krise
- Strukturelle Krisen sind Ausdruck disruptiver Prozesse und meist chronischer Natur. Sie lassen sich wirtschaftspolitisch nur schwer therapieren. Beispiel: Saarland

Pia Lamberty

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" zur Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise" für die weitere Arbeit der Enquetekommission

CeMAS

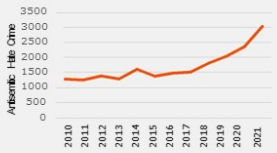


CeMAS

Psychologische Konsequenzen von Krisen

CeMAS

Mehr Antisemitismus weltweit

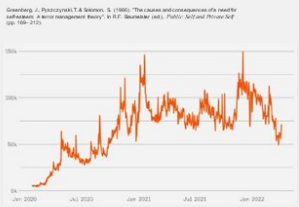


Komplexere, schwer kalkulierbare Sicherheitsrisiken

SIPRI 2022

Anstieg von Armut und sozialer Ungleichheit

Terror Management verstärkt Nationalismus und Sterotype



Angriff auf die Demokratie:
Die Effekte von Pandemien, Krisen und Kriegen

Anstieg magisches Denken

Soziale Unruhen verstärken sich historisch nach dem Ende von Pandemien

Lamberty, 2021

Propaganda warfare: Anstieg von Verschwörungserzählungen und Desinformation

2022 gibt es weltweit mehr autokratische als demokratische Staaten

Bertelsmann Transformation Index, 2022

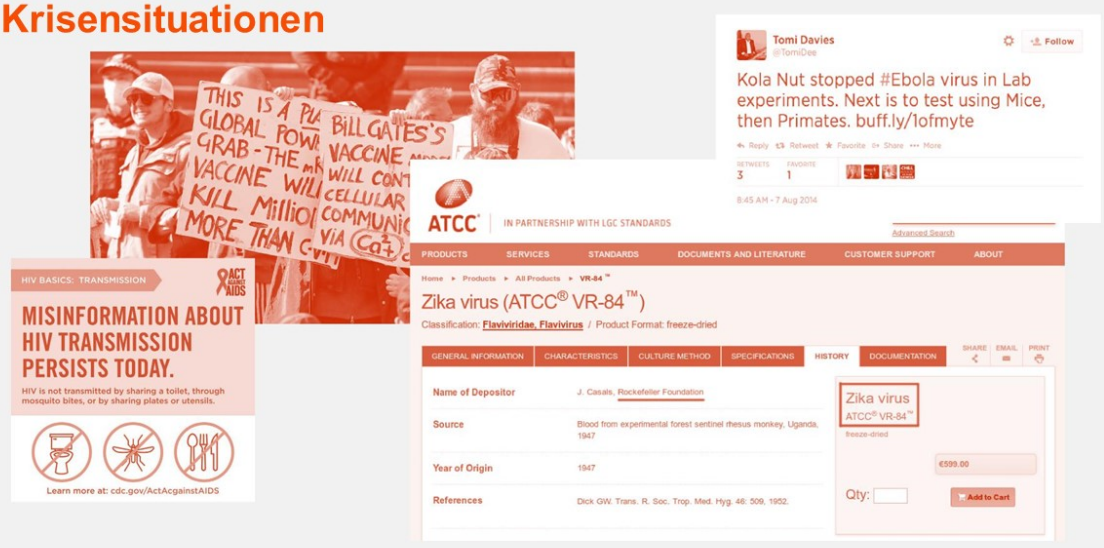
Psychologische Belastungen

Krisenbezogene Stressfaktoren

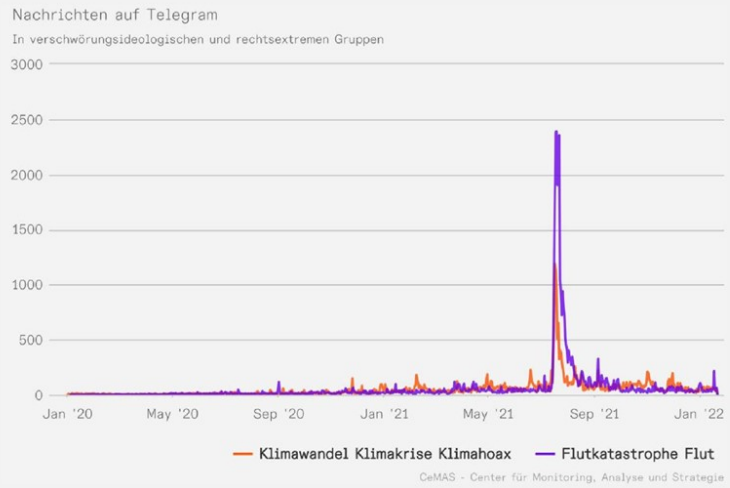
- Objektive Bedrohung und subjektive Bewertung
- Störungen von Alltagsroutinen und gewohnten Abläufen
- Soziale Isolation
- Ängste in Bezug auf Versorgungslage („Hamsterkäufe“, Preisanstiege)
- Wirtschaftliche Ängste und finanzielle Unsicherheiten
- Soziale Ungerechtigkeit
- Umgang mit Trauer und Tod
- Angstzustände (generalisiert und spezifisch)
- Spezifische Stressoren für marginalisierte Gruppen

Taylor, S. (2020). The Psychology of Pandemics: Preparing for the Next Global Outbreak of Infectious Disease. Cambridge Scholars Publishing

Ein gefährliches Duo: Verschwörungserzählungen und Krisensituationen



Ein gefährliches Duo: Verschwörungserzählungen und Krisensituationen



Herausforderungen beim Krisenmanagement

CeMAS

Grundsätzliche Herausforderungen beim Krisenmanagement

Große Unsicherheit zu Beginn in Bezug auf Informationslage, aber Solidarität und Aufmerksamkeit

Niedrigere Unsicherheit im Verlauf, aber oft große nachlassende Solidarität und Aufmerksamkeit

Falschinformationen und Verschwörungserzählungen bei Krisen & Katastrophen

Falschinformationen & Gerüchte

- entstehen durch Informationsmangel (ohne böse Absicht)
- bedeuten trotzdem eine zusätzliche Herausforderung beim Management

Desinformation

- werden absichtlich gestreut
- sollen Vertrauen in demokratische Prozesse untergraben

Verschwörungsideologische und rechtsextreme Mobilisierung

- Krise wird genutzt, um Vertrauen zu untergraben
- machen Schuldige aus

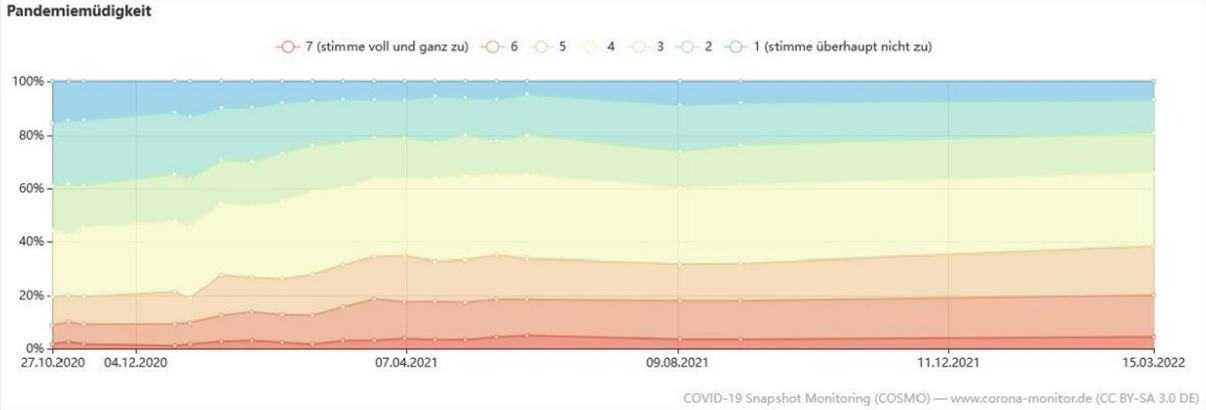
Gesellschaftlicher Schaden von Verschwörungserzählungen und Desinformation

- Destabilisierung demokratischer Gesellschaften
- Gesundheitsrisiken
- Menschenfeindlichkeit
- Herausforderung beim Krisenmanagement
- Gewaltverstärker
- Chaos & soziale Unruhen
- Untergraben von gesellschaftlichem Zusammenhalt

Demokratische Resilienz in Krisenzeiten stärken

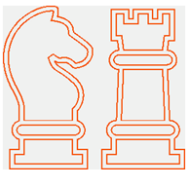
CeMAS

Krisenmüdigkeit als gesellschaftspolitische Herausforderung



Krisenmüdigkeit als gesellschaftspolitische Herausforderung: Strategien

- **Menschen verstehen:** Evidenzbasierte, auf den Menschen zugeschnittene Politik, Interventionen und Kommunikation
- **Perspektiven geben:** Zielorientierte Kommunikation und Strategieplanung
- **Belastungen anerkennen:** Psychologische Belastungen verstehen und reduzieren (von psychosozialer Versorgung bis hin zu krisensensibler Berichterstattung)
- **Solidarität leben:** Gesellschaftliche Ungleichheit reduzieren



CeMAS

WHO (2020). Pandemic fatigue: Reinvigorating the public to prevent COVID-19

Krisenmüdigkeit als gesellschaftspolitische Herausforderung: Kommunikation

- **Transparenz in Bezug auf getroffene Entscheidungen**
- **Konsistenz der Aussagen**
- **Vorhersehbarkeit erhöhen in unvorhersehbaren Lagen**
- **Fairness in Bezug auf Maßnahmen als Leitprinzip**
- **Absprachen um Verwirrungen zu vermeiden**

CeMAS

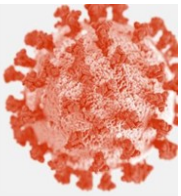
WHO (2020). Pandemic fatigue: Reinvigorating the public to prevent COVID-19

Bavel, J. J. V., Baicker, K., Boggio, P. S., Capraro, V., Cichocka, A., Cikara, M., ... & Willer, R. (2020). Using social and behavioural science to support COVID-19 pandemic response. *Nature human behaviour*, *4*(5), 460-471.

Herausforderungen einer Postpandemischen Gesellschaft

CeMAS

Wie Pandemien enden....



Medizinisches Ende

- Immunität in der Gesellschaft
- Endemisches Stadium

Soziales Ende

- Ängste vor Krankheit nehmen ab
- Menschen wollen Einschränkungen nicht länger hinnehmen

Kolata, G. (2021) How Pandemics End. The New York Times.

Der Seuchen-Effekt: Wie Pandemien die Gesellschaft verändern

Pandemien als Spiegelbild & Verstärker, was in der Gesellschaft (nicht) funktioniert

Pandemien als Verstärker für autoritäre Wünsche, Populismus & nationale Abschottung

Pandemien als verhängnisvolle „Pausen“-Taste für gesellschaftliche Probleme

Ein paar Empfehlungen zum Abschluss...

- Krisenkommunikation ernst nehmen
- Gesellschaftliche Spannungslinien früh erkennen und darauf reagieren
- Szenarienplanung hilft bei der Analyse
- Psychische Gesundheit in den Fokus stellen
- Soziale Gerechtigkeit und Fairness als zentrale Schutzfaktoren in Krisen
- Falsch- und Desinformation als Herausforderung in Krisenpläne integrieren

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

CeMAS

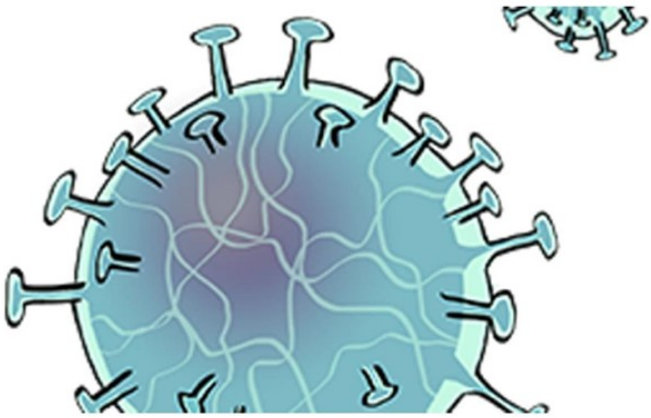
midi Diakonie

Krisenmuster – Krisenlogiken – Krisenbewältigung

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zur Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“ für die weitere Arbeit der Enquetekommission

Freitag, 24. Juni 2022 | Landtag Baden-Württemberg

© Daniel Hörsch (Ev. Arbeitsstelle midi)



Die Moderne ist in der

Dauerkrise

„Der Prozess des immer wieder neu An- und Abschwellens diverser Krisenmomente ist fester Bestandteil ihres Existenzmodus“

Andreas Reckwitz, Spätmoderne in der Krise. S. 119

Agenda

I. Krise: Annäherung an eine Begriffsbeschreibung

II. Erkundungen in einer Gesellschaft im Wandel

   I. Krisen-Muster

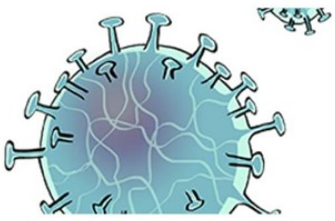
   II. Krisen-Logiken

   III. Krisen-Bewältigung

III. Thesen

3

Drei krisenhafte Herausforderungen



Die Pandemie: **Vulnerabilität des** Der Krieg in Europa: **Vulnerabilität der ‚freien** Klimawandel: **Vulnerabilität der Einzelnen und der Gesellschaft Welt' und ihrer Werteordnung ‚Einen Welt'**

4

Krise: Annäherung an eine Begriffsbeschreibung

- **Krise** ist ein soziales Konstrukt. Eine Situation wird erst zur Krise, indem sie sprachlich und narrativ als solche gefasst wird (ausgenommen gesundheitlich oder physikalisch-technisch bedingte Krisen.
- **Krisenrhetorik** legt eine existentielle Entscheidungssituation nahe und versucht, die komplexe Wirklichkeit zu dramatisieren und so zu kollektiven Handlungen zu motivieren.
- **Narrative der zurückliegenden Krisen**:
  - 5.10.2008: „Die deutschen Spareinlagen sind sicher."
  - 27.2.2012: „Europa scheitert, wenn der Euro scheitert"
  - 31.8.2015: „Wir schaffen das!"
  - 18.3.2020: "Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst"
  - 27.2.2022: „Wir erleben eine ‚Zeitenwende'. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor."

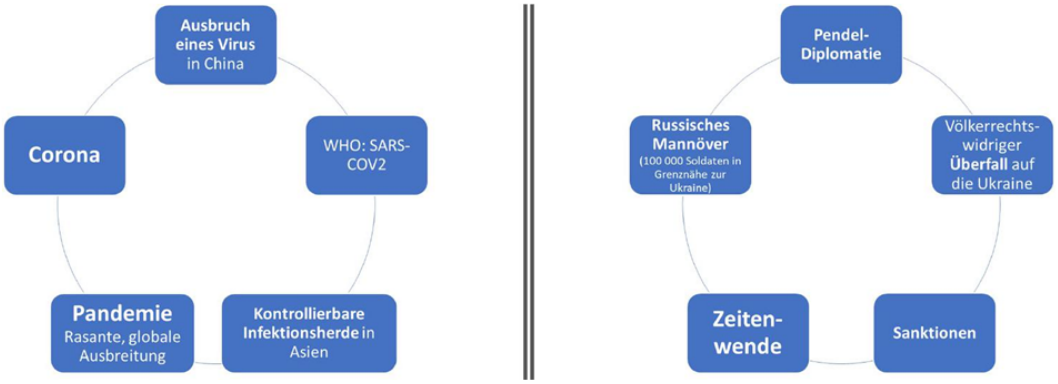
5

Krise: Annäherung an eine Begriffsbeschreibung

- Krisen wurden in den zurückliegenden Jahrzehnten stets als **globale Krisen** gedacht. (bspw. Finanz-/Wirtschaftskrise, Eurokrise, Flüchtlingskrise)
- Krisen können auch **politisch verzweckte Narrative** sein, um zu verschleiern, dass nachhaltige strukturelle Veränderungen in bestimmten gesellschaftlichen Bereichen ausgeblieben sind. (bspw. Bahn-Krise, Bildungskrise, Schuldenkrise, Immobilienkrise)

6

Entstehung eines Narrativ



7

Japuquasm

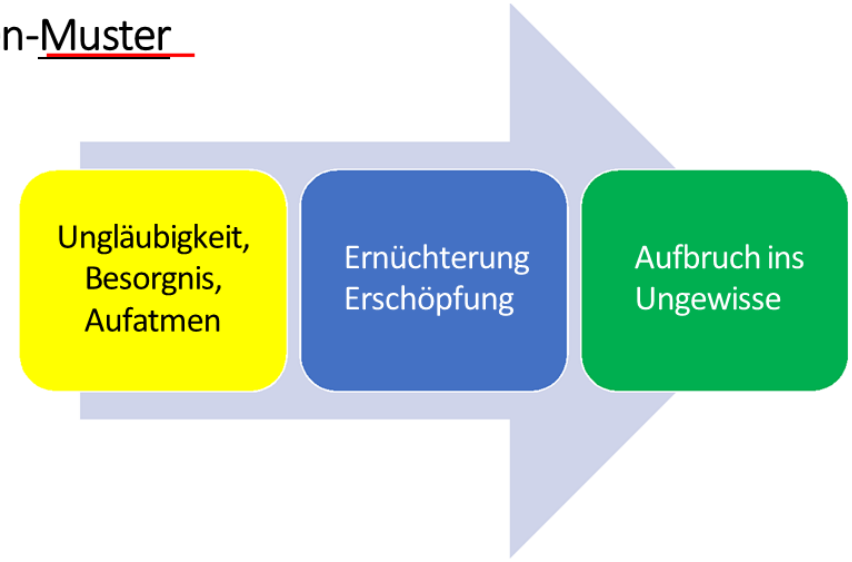
Jap uop.egui

„Lpeu„ pun

„**Jon„** soup

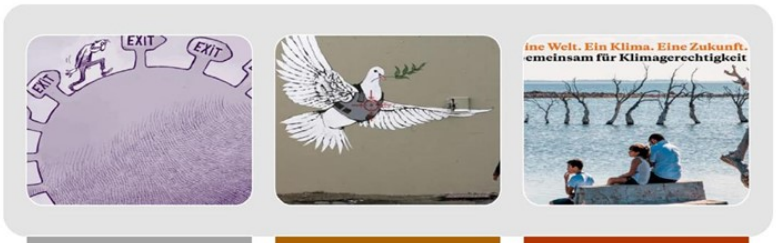
Ap.eneN

Krisen-Muster



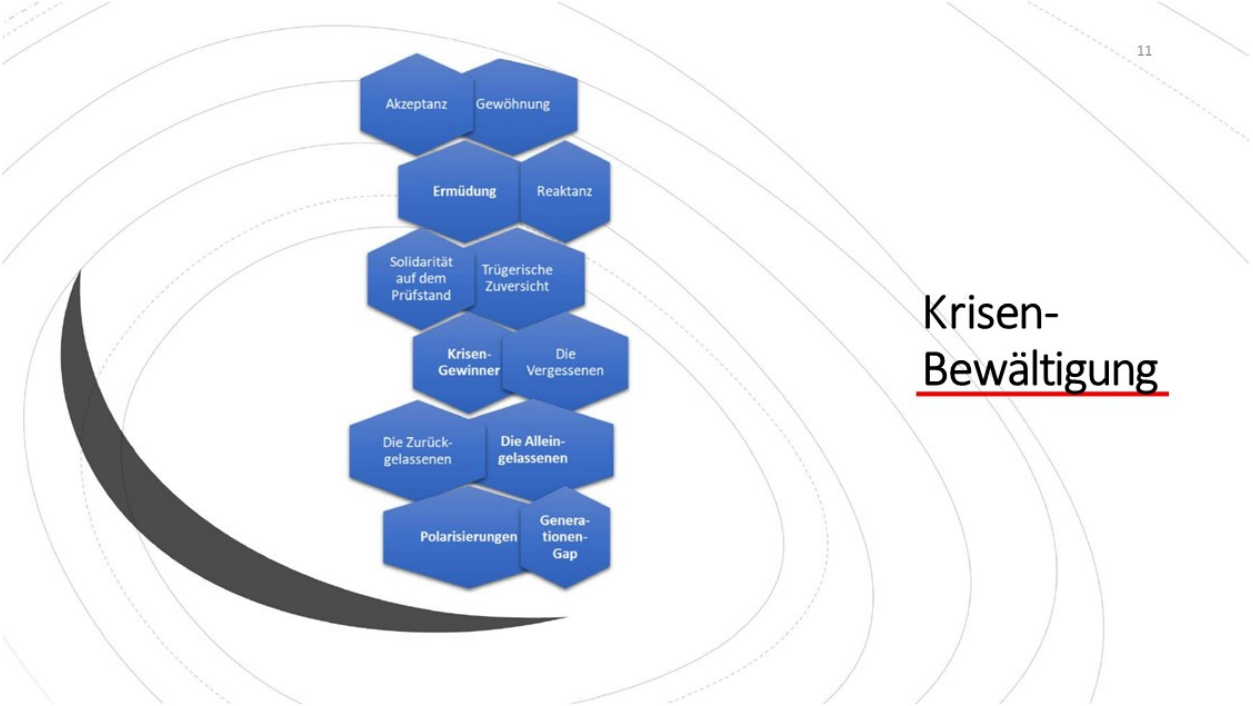
9

Krisen-Logiken



Corona	Krieg	Klimawandel
Exponentielle Logik	Eskalations-Logik	Lineare Logik
Bedrohliches Angst-Szenario	Unfassbare Schock-Wirkung	Berechenbares Bedrohungs-Szenario
Rigide Maßnahmen/ Erregung	Schockstarre/ Ausblendung	Tendenz zum Aussitzen
mütend	**verstört**	

10



Thesen

1. Krise ist ein soziales Konstrukt, wodurch eine Situation letztlich erst zur Krise wird, da sie sprachlich und narrativ als solche gefasst wird, um die komplexe Wirklichkeit zu dramatisieren und damit zu kollektiven Handlungen zu motivieren.
2. Wir leben gegenwärtig in einer Zeit, in der sich drei krisenhafte Herausforderungen gleichzeitig aufdrängen und gegenseitig wechselseitig bedingen. Diese krisenhaften Herausforderungen folgen unterschiedlichen Logiken.
3. Die Pandemie hat Krisenmuster erkennen lassen, die in gleicher Weise auch mit Blick auf den Krieg in Europa feststellbar sind und in deren Mittelpunkt es um die Bewältigung von Ohnmachtserfahrungen geht.

12

Thesen

4. Die Erosion politischer Plausibilitäten in Krisenzeiten stellt demokratietheoretisch eine Herausforderung dar und lässt sich an den Reaktanzen als Reaktion auf Krisenbewältigungsstrategien festmachen.
5. Krisenbewältigung besitzt stets einen ambivalenten Charakter, der den emotionalen Grundbedürfnissen der Menschen nach Sicherheit-Freiheit und Solidarität-Egoismus Rechnung trägt.
6. Entscheidend kommt es bei der Krisenbewältigung darauf an, diese Grundbedürfnisse in einer guten Balance von Sinn-Kohärenz, Sozialer Kohärenz und Kohärenz der Bedürfniserfüllung zu halten, um eine größtmögliche Kongruenz von Erfahrungsraum und Erwartungshorizont zu gewährleisten.
7. Vor dem Hintergrund der Ambivalenzen im Umgang mit Krisen bedarf es einer differenzierten Perspektive auf die unterschiedlichen Bedürfnislagen der Menschen – nicht nur bei der akuten Bewältigung einer Krise, sondern vor allem auch im Nachgang i.S. einer Krisenprophylaxe.

13

midi Diakonie

Kontakt
Daniel Hörsch
Sozialwissenschaftlicher Referent
Ev. Arbeitsstelle midi / EWDE

daniel.hoersch@mi-di.de
Tel. 030 - 652 111 613
Mobil 0179 46 00 822

14

Open Government
Netzwerk Deutschland

Krise u. Open Governance

Öffentliche Anhörung der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“ zur Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“ für die weitere Arbeit der Enquetekommission

24. Juni 2022, Plenarsaal (Haus des Landtags)

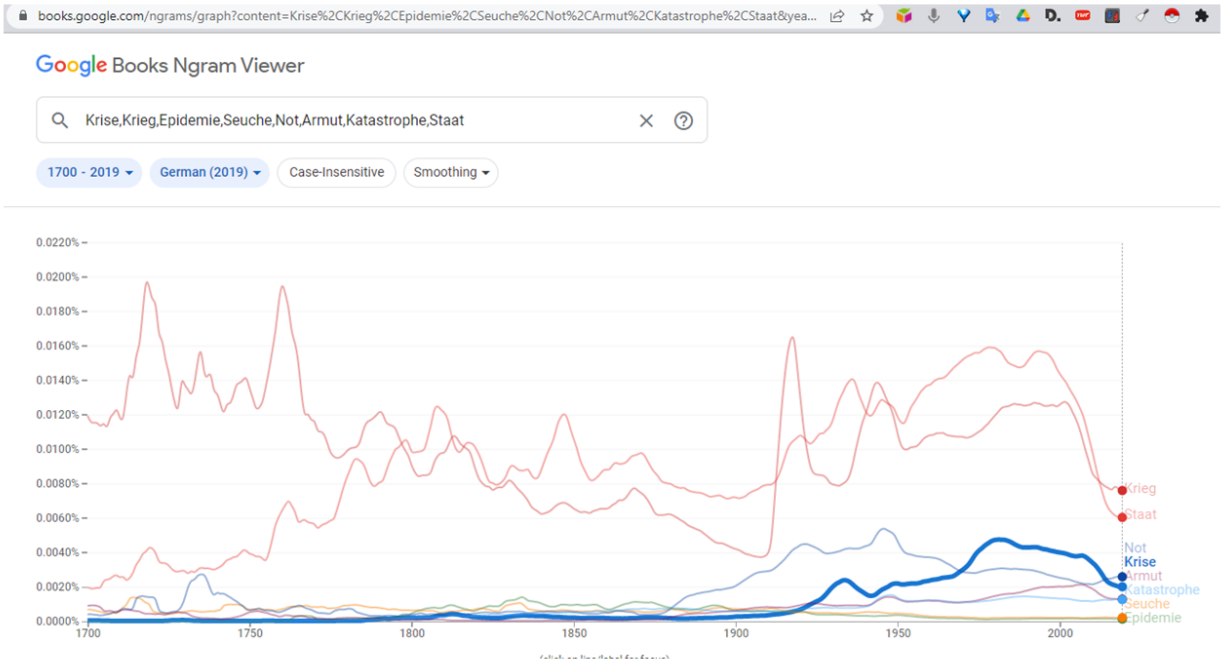
OliverRack@posteo.de

Politics for Tomorrow
Open Government Netzwerk Deutschland (AK Open Government Partnership)
Initiative “Dateninstitut Deutschland”
Fellow Kompetenzzentrum Kultur- u. Kreativwirtschaft des Bundes

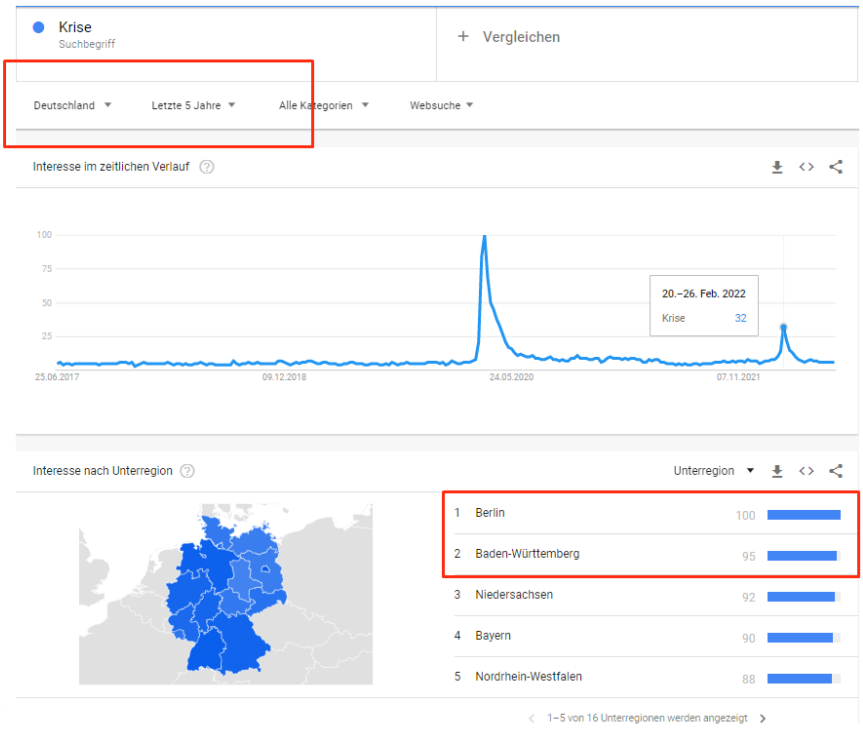
Krise - Wortherkunft

Krise ist ein aus dem Griechischen stammendes Substantiv (Alt- und gelehrtes Griechisch κρίσις krísis – ursprünglich ‚Meinung‘, ‚Beurteilung‘, ‚Entscheidung‘ – später im Sinne von ‚Zuspitzung‘ verwendet), das zum altgriechischen Verb krínein führt

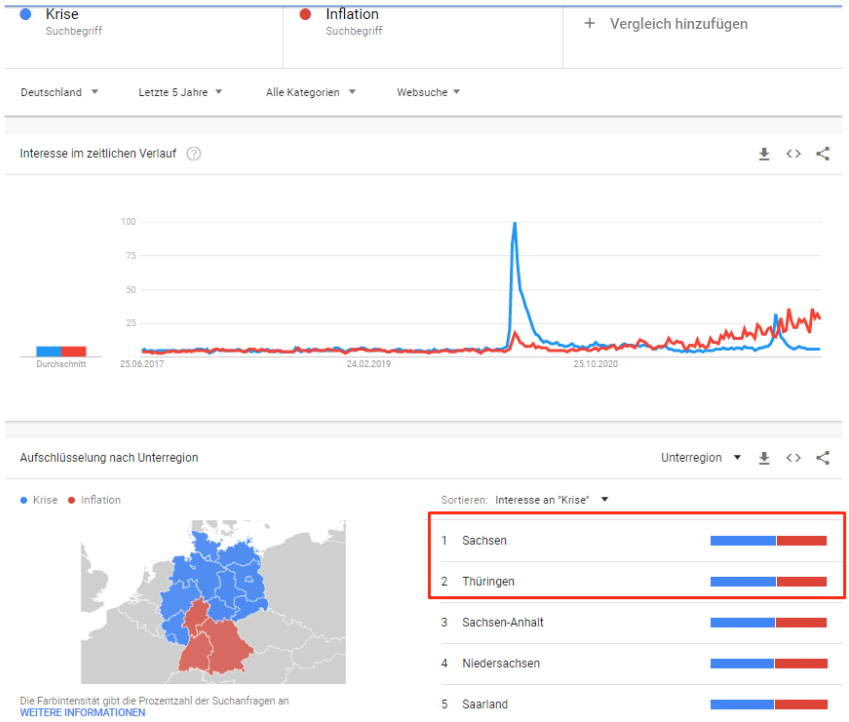
Wikipedia



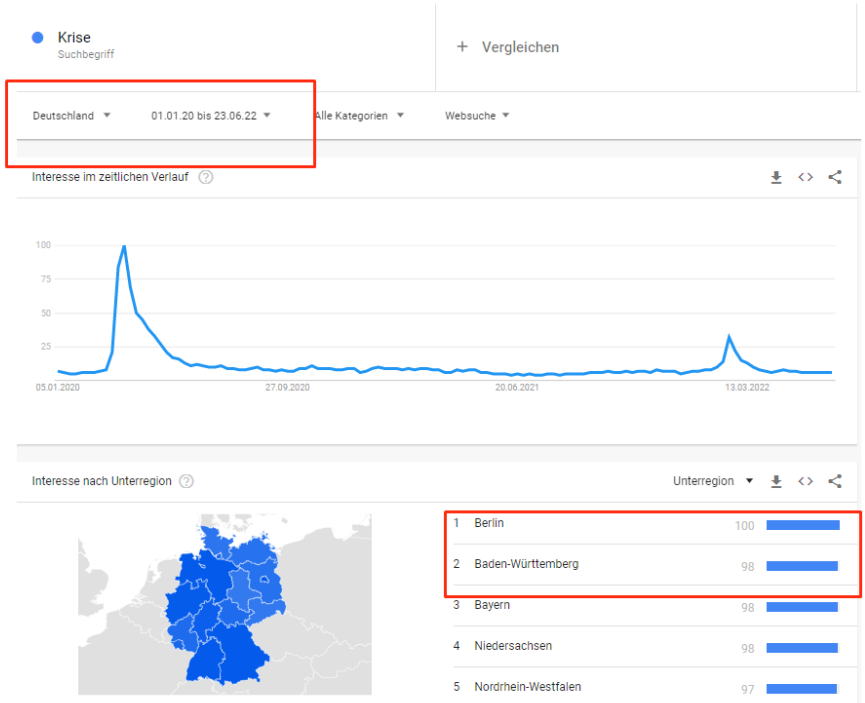
Abruf: 2022-06-23



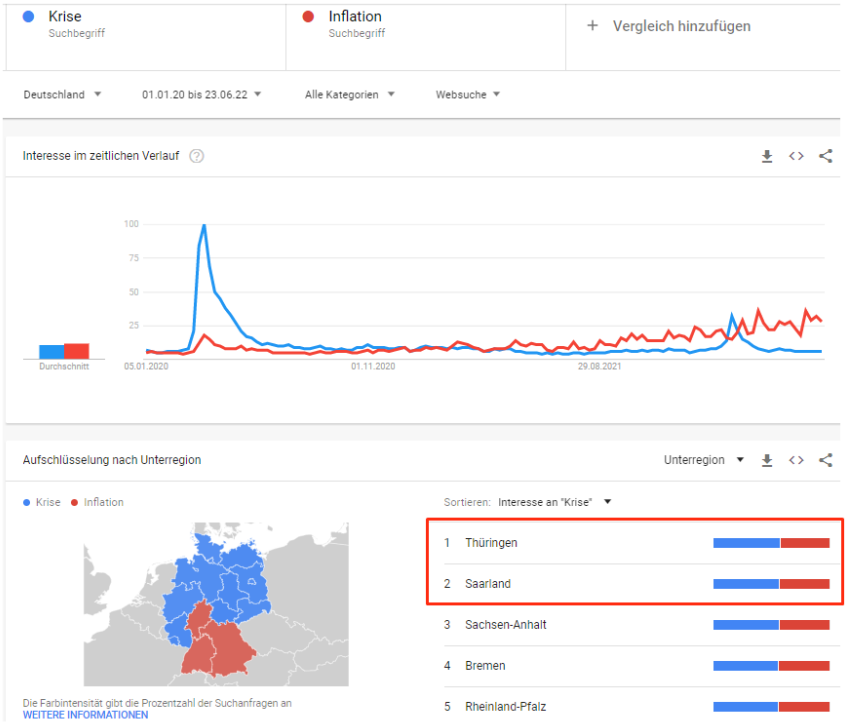
Abruf: 2022-06-23



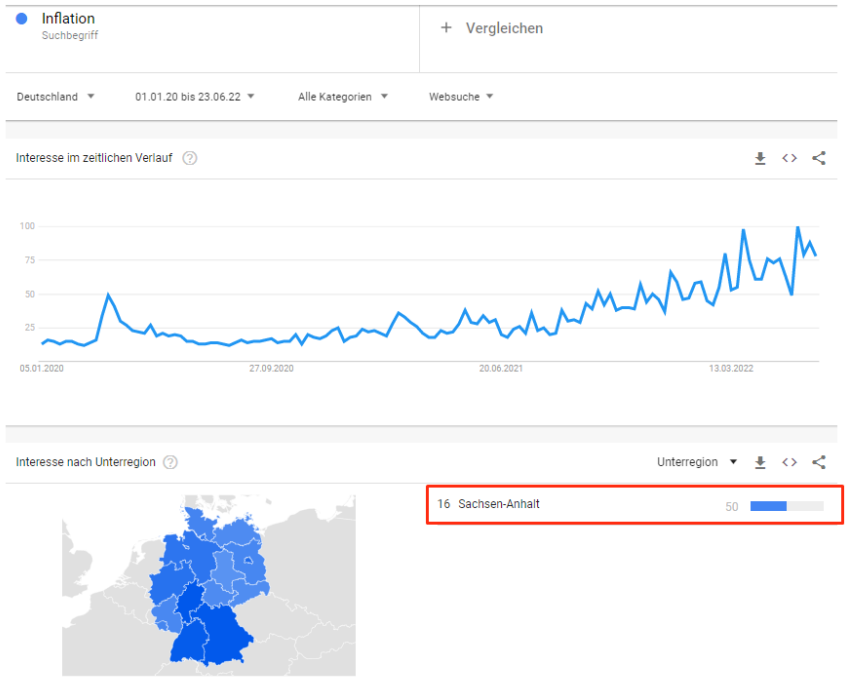
Abruf: 2022-06-23



Abruf: 2022-06-23

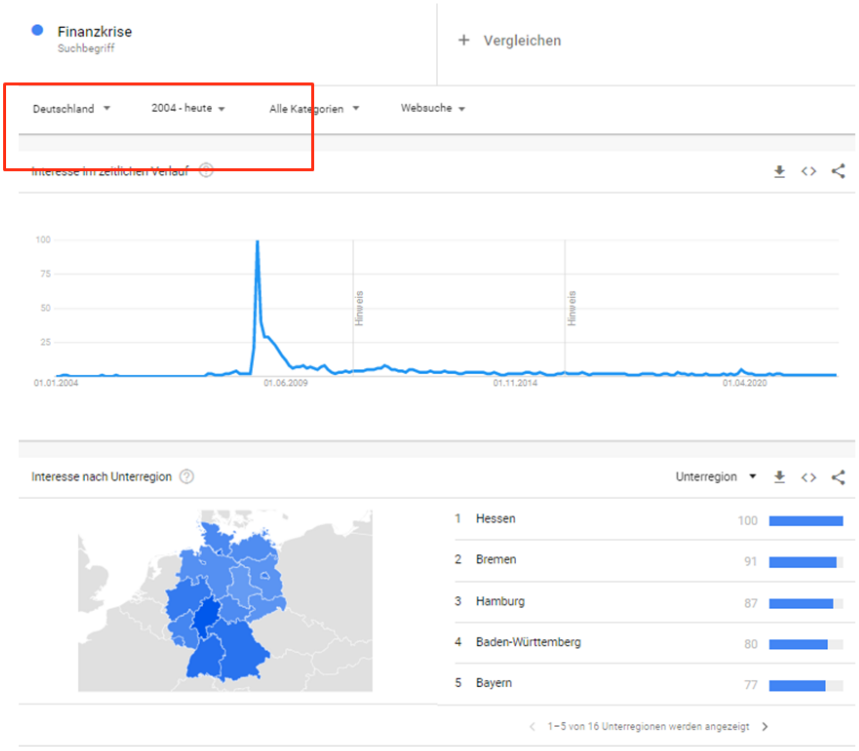


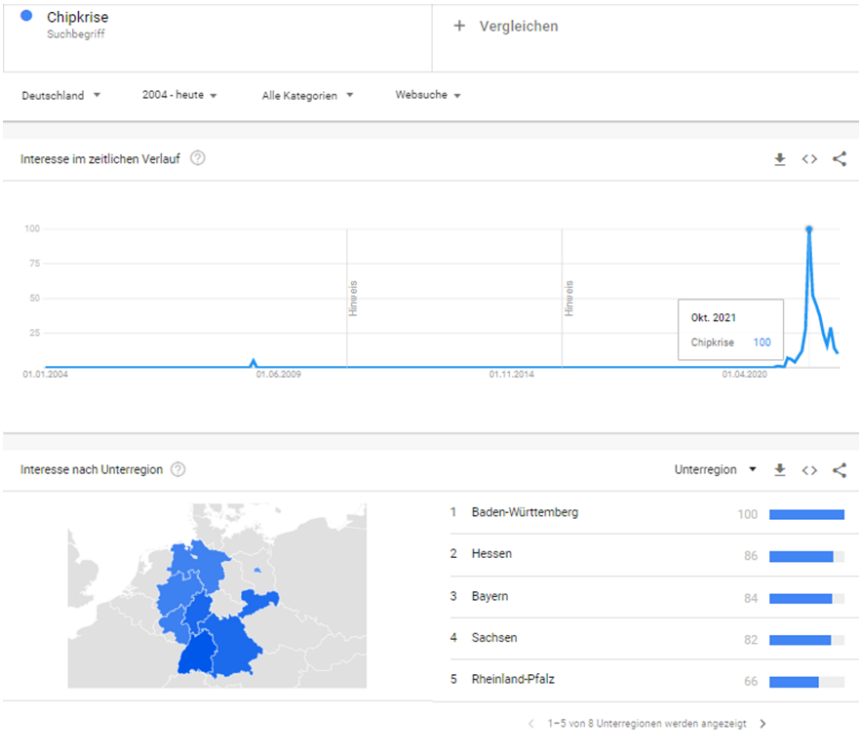
Abruf: 2022-06-23

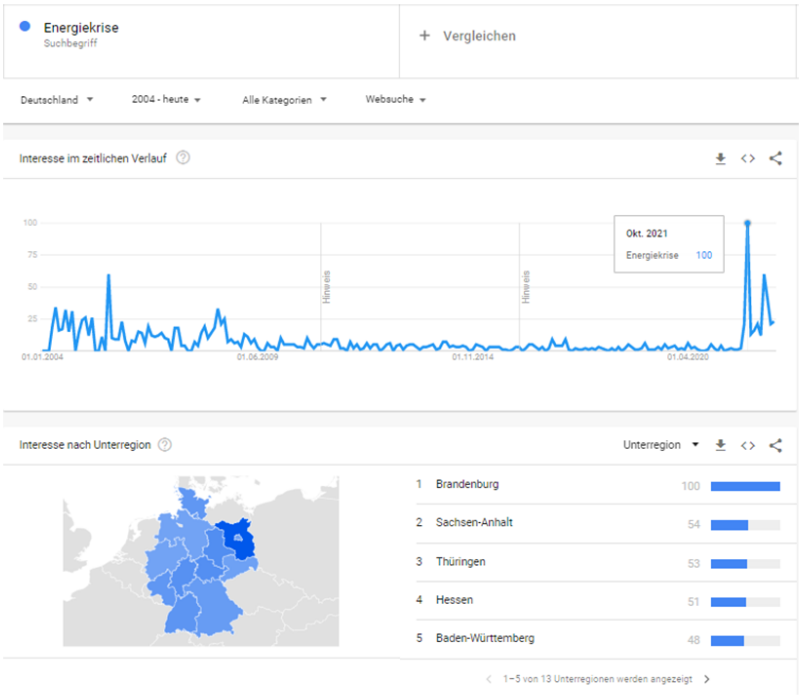


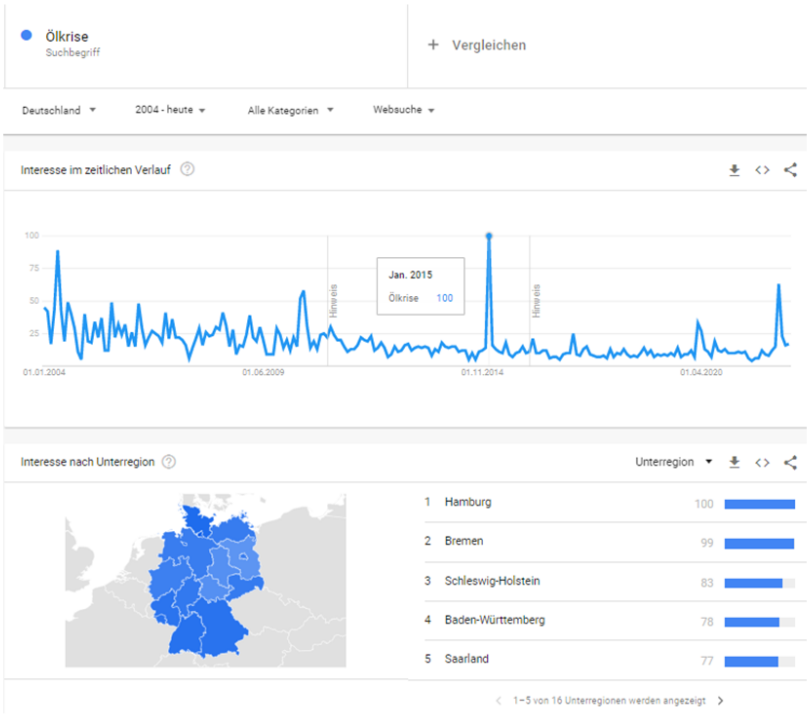
Abruf: 2022-06-23

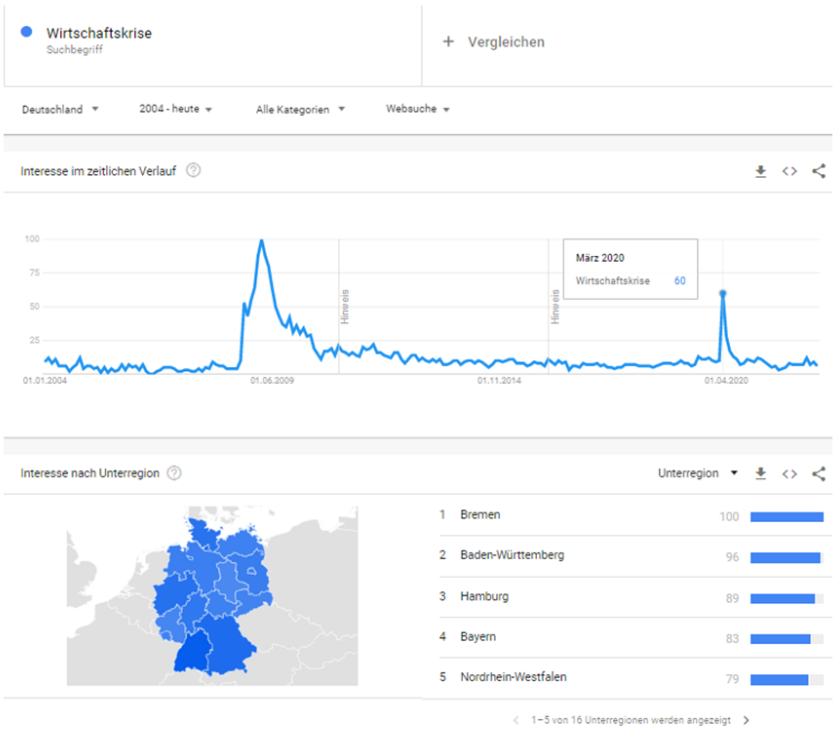
Anlage 4

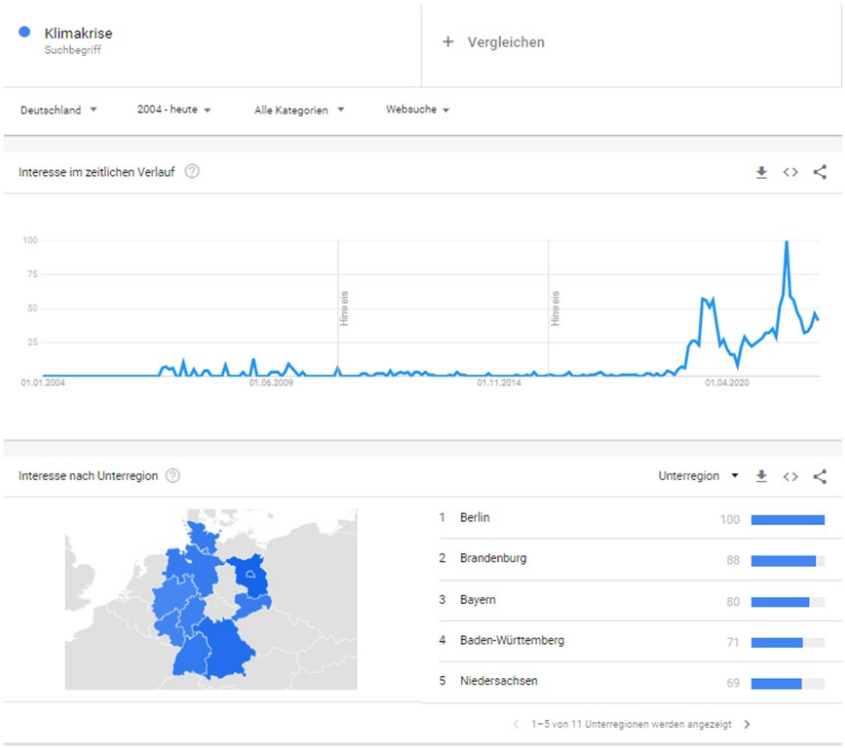

Finanzkrise
Suchbegriff
Vergleichen
Deutschland
2004 - heute
Alle Kategorien
Websuche
Interesse im zeitlichen Verlauf
100
75
50
25
Hinweis
Hinweis
01.01.2004
01.06.2009
01.11.2014
01.04.2020
Interesse nach Unterregion
Unterregion
1 Hessen 100
2 Bremen 91
3 Hamburg 87
4 Baden-Württemberg 80
5 Bayern 77
1–5 von 16 Unterregionen werden angezeigt

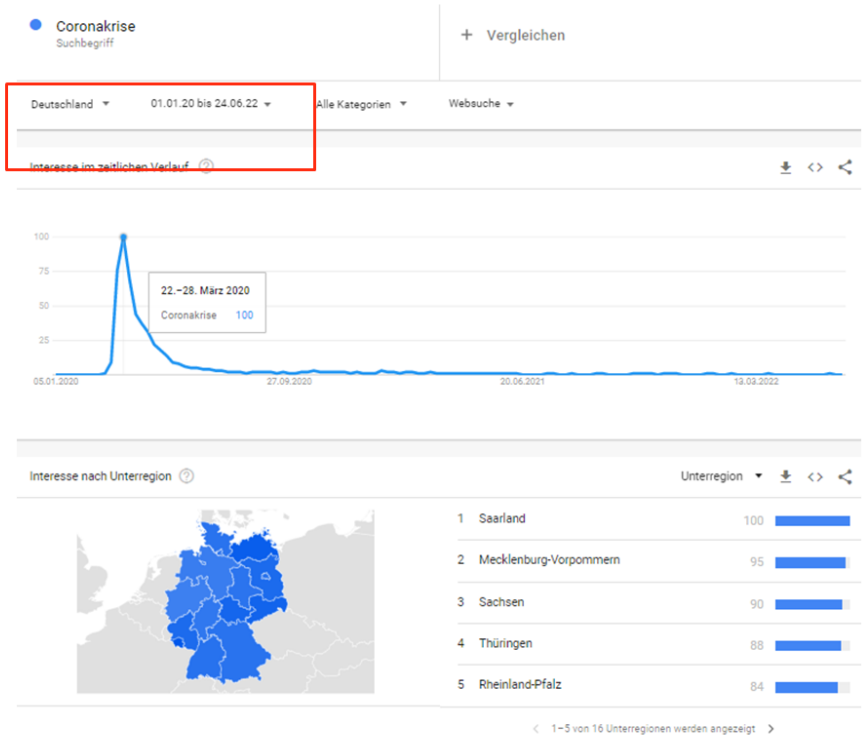

Chipkrise
Suchbegriff
Vergleichen
Deutschland
2004 - heute
Alle Kategorien
Websuche
Interesse im zeitlichen Verlauf
100
75
50
25
Hinweis
Hinweis
Okt. 2021
Chipkrise 100
01.01.2004
01.06.2009
01.11.2014
01.04.2020
Interesse nach Unterregion
Unterregion
1 Baden-Württemberg 100
2 Hessen 86
3 Bayern 84
4 Sachsen 82
5 Rheinland-Pfalz 66
1–5 von 8 Unterregionen werden angezeigt


Energiekrise
Suchbegriff
Vergleichen
Deutschland
2004 - heute
Alle Kategorien
Websuche
Interesse im zeitlichen Verlauf
100
75
50
25
Hinweis
Hinweis
Okt. 2021
Energiekrise 100
01.01.2004
01.06.2009
01.11.2014
01.04.2020
Interesse nach Unterregion
Unterregion
1 Brandenburg 100
2 Sachsen-Anhalt 54
3 Thüringen 53
4 Hessen 51
5 Baden-Württemberg 48
1–5 von 13 Unterregionen werden angezeigt

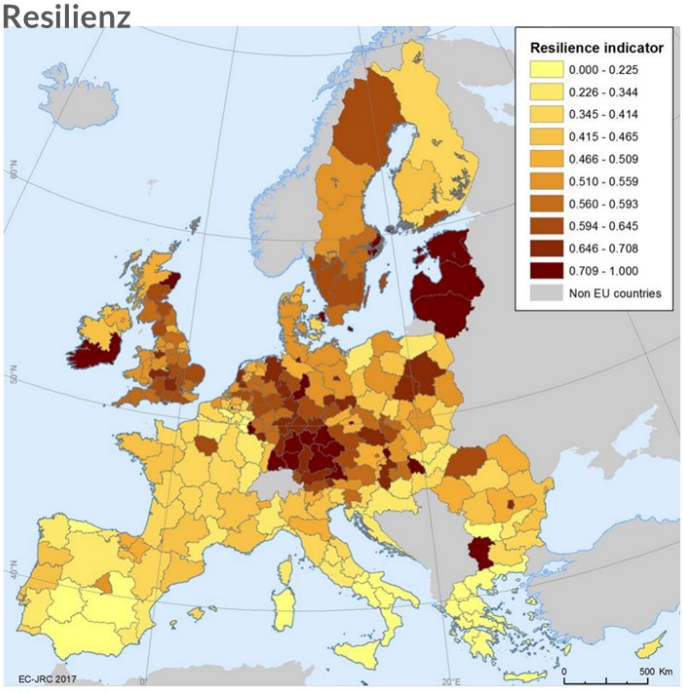

Ölkrise
Suchbegriff
Vergleichen
Deutschland
2004 - heute
Alle Kategorien
Websuche
Interesse im zeitlichen Verlauf
100
75
50
25
Hinweis
Hinweis
Jan. 2015
Ölkrise 100
01.01.2004
01.06.2009
01.11.2014
01.04.2020
Interesse nach Unterregion
Unterregion
1 Hamburg 100
2 Bremen 99
3 Schleswig-Holstein 83
4 Baden-Württemberg 78
5 Saarland 77
1–5 von 16 Unterregionen werden angezeigt


Wirtschaftskrise
Suchbegriff
Vergleichen
Deutschland
2004 - heute
Alle Kategorien
Websuche
Interesse im zeitlichen Verlauf
100
75
50
25
März 2020
Wirtschaftskrise 60
Hinweis
Hinweis
01.01.2004
01.06.2009
01.11.2014
01.04.2020
Interesse nach Unterregion
Unterregion
1 Bremen 100
2 Baden-Württemberg 96
3 Hamburg 89
4 Bayern 83
5 Nordrhein-Westfalen 79
1–5 von 16 Unterregionen werden angezeigt


Klimakrise
Suchbegriff
Vergleichen
Deutschland
2004 - heute
Alle Kategorien
Websuche
Interesse im zeitlichen Verlauf
100
75
50
25
Hinweis
Hinweis
01.01.2004
01.06.2009
01.11.2014
01.04.2020
Interesse nach Unterregion
Unterregion
1 Berlin 100
2 Brandenburg 88
3 Bayern 80
4 Baden-Württemberg 71
5 Niedersachsen 69
1–5 von 11 Unterregionen werden angezeigt

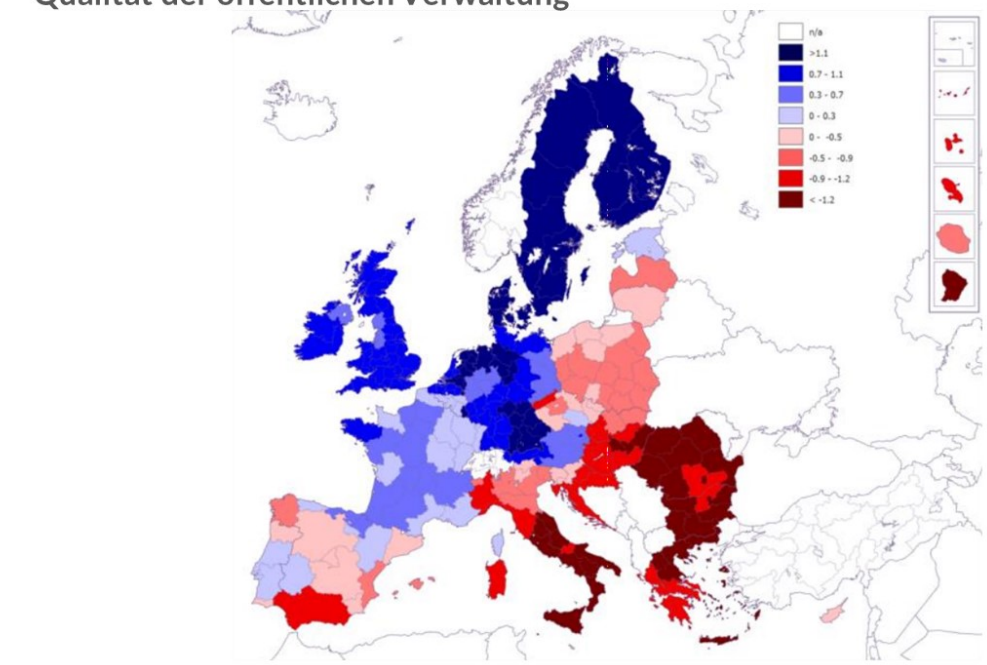


Wirtschaftliche Resilienz



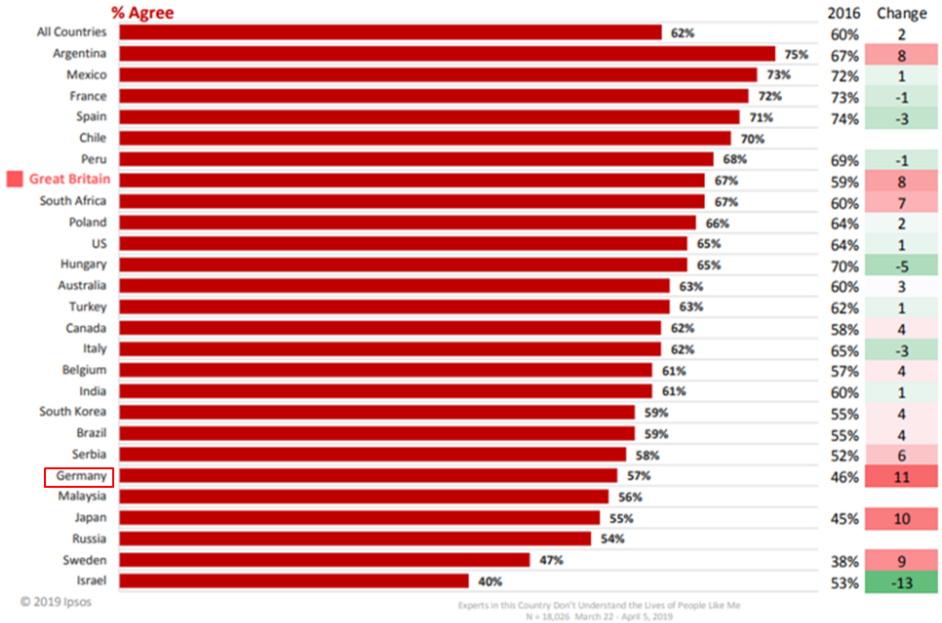
EU Indikator für ökonomische Resilienz 2018

Qualität der öffentlichen Verwaltung



EU Qualitätsindex für Verwaltung 2017, QGI Gothenburg University

Experts in this Country Don't Understand the Lives of People Like Me



Globally, agreement that "experts don't understand people like me" has very slightly increased since 2016 (by 2 points).

It has grown by double digits in two countries, Germany and Japan, while showing a steep decrease only in Israel.

The percentage of Britons agreeing has increased by 7-points since 2016 – showing how the Brexit debate might be influencing public perceptions.

Ipsos 19

POPULIST AND NATIVIST SENTIMENT IN 2019
https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-08/populism-and-nativism-2019_0.pdf

Zusammenfassung

- Wort “Krise” findet sich fast nur in der Literatur der Moderne obwohl uralt
  -> Wachsendes Krisenbewusstsein? Weniger schicksalhaft?
- Suchanfragen-Charakteristik: Mit/ohne Grundrauschen u. starken Spitzen
  -> Krisen werden offenbar “ausgerufen”? Wer ruft sie aus?
- Regionale u kleinräumige Unterschiede bei “Krisen-Interesse”
  -> Unterschiedliche Betroffenheit, “Festigkeit”, Kultur (zB Selbstverantwortung/Gelassenheit/Verlustrisiken) ?
- Qualität der öffentlichen Verwaltung (schein-)korreliert im Gros mit wirtschaftlicher Resilienz
- Bevölkerung fühlt sich (noch) auf relativ hohem Niveau von ihren Expert:innen verstanden. Hat sich aber in DE von 2016 - 2019 um das doppelte verschlechtert

Annahmen

- Krisen sind seit Beginn der Aufklärung u. des technischen Fortschritts nicht mehr "gottgegeben" sondern als durch Menschen beeinflussbar begriffen
- Krisen sind nicht solitär ("ein Unglück kommt selten allein"). Vielmehr ein interdependenter Kanon an Zustandsänderungen und Erfordernissen von Entscheidungen u Strategien **-> Teil des Lernens**
- Krisen sind fraktale Gebilde aus inneren/äußeren Unbekannten u. Variablen. Je komplexer als desto krisenhafter empfunden
- Das gilt genauso für Krisenvorsorge, was die Gefahr des (moralisierten) Prudentialismus (Risikoaversion) birgt
- Es gibt Krisen des Individuums und des Kollektivs und dessen Individuen. Das kann sich unterschiedlich stark beeinflussen können und unterschiedliche Betroffenheit mit sich bringen können. Krisen sind deswegen einer der Gründe zur Bildung von Gemeinschaften und in pluralistischen Gesellschaften und deswegen auch in vielfältiger, **hybrider** Gestalt.

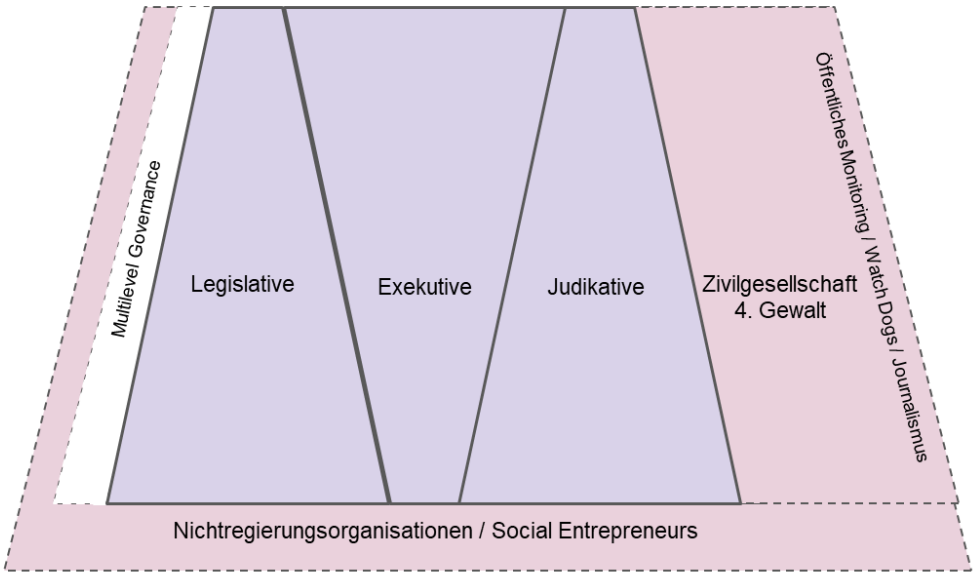
Erfordernisse

- Krisen erfordern deswegen eine "Festigkeit" zwischen belastbarer Grund-Festigkeit und anpassungsfähiger Elastizität der Systeme und deren einzelnen Aktoren.
  -> Je besser eine Systembasis (Gemeinwesen, (Infra-)Strukturen / Prozesse) in Schuss ist, desto besser u. flexibler kann die Umsetzung von Krisen-Reaktionen auf verlässliche Funktion gründen.
- Die fraktale u. vielfältige Gestalt von Krisen erfordert eine "innere Führung" auf einem intelligenten Weg zwischen einvernehmlichen Handlungsrahmen und individuellen Ermessensräumen entlang einvernehmlicher Ziele und Linien
- Dies kann beim heutigen mentalen Freiheitsgrad nur auf einer breiten, gemeinschaftlichen und offenen Informations- u. Evidenzgrundlage und einer offenen (Selbst-)Steuerungs-Mentalität (Open Governance / Selbstwirksamkeit) u. unter Einsatz von IKT für Analyse, Kommunikation u. Aushandlung in gebotenen Zeithorizonten, im Vertrauen u. bei geringem Schaden am Zusammenhalt gelingen.

Erfordernisse

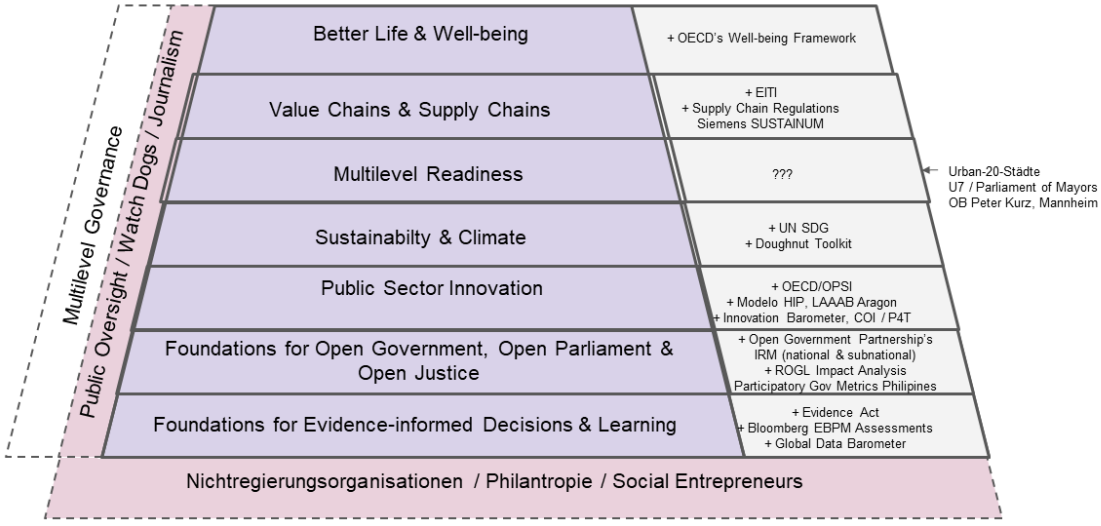
- Zur Sicherstellung der Grund-Stärke bei Gemeinwesen, (Infra-)Strukturen / Prozesse vor und in der Lage braucht es belastbare und kompetente Zivilgesellschaft, um Selbstwirksamkeit ausüben und organisieren zu können, am kollektiven Lernen teilzuhaben sowie die Sicherstellung der Grundstärke gemeinsam mit den Institutionen zu evaluieren.
  -> Messen-Anpassung-Kontrolle-Lernen
  -> Stärkung der "Vierten Gewalt"
- Bei den anstehenden Herausforderungen ist es erforderlich, dass die bisherigen Instrumente für Verbindlichkeit und Rechenschaft der staatlichen Institutionen - und somit Instrumente für Vertrauen - durch präzisere, rechtzeitigere und globalere Mechanismen des Berichtswesen ergänzt werden. Mit Unterstützung von Zivilgesellschaft und Technologien der Informationsverarbeitung.

Open Governance - Open Government
Kollektive Intelligenz u. gemeinsames Lernen



OliverRack@posteo.de

Freiwillige Rechenschafts- u. Vertrauensmechanismen u. unabhängige Berichtswesen sowie Wirkungsanalysen in Metriken u. offenen Datenbanken

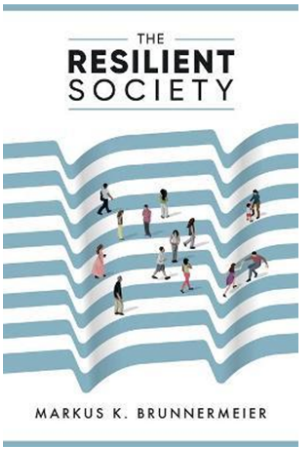


OliverRack@posteo.de

Voraussetzungen

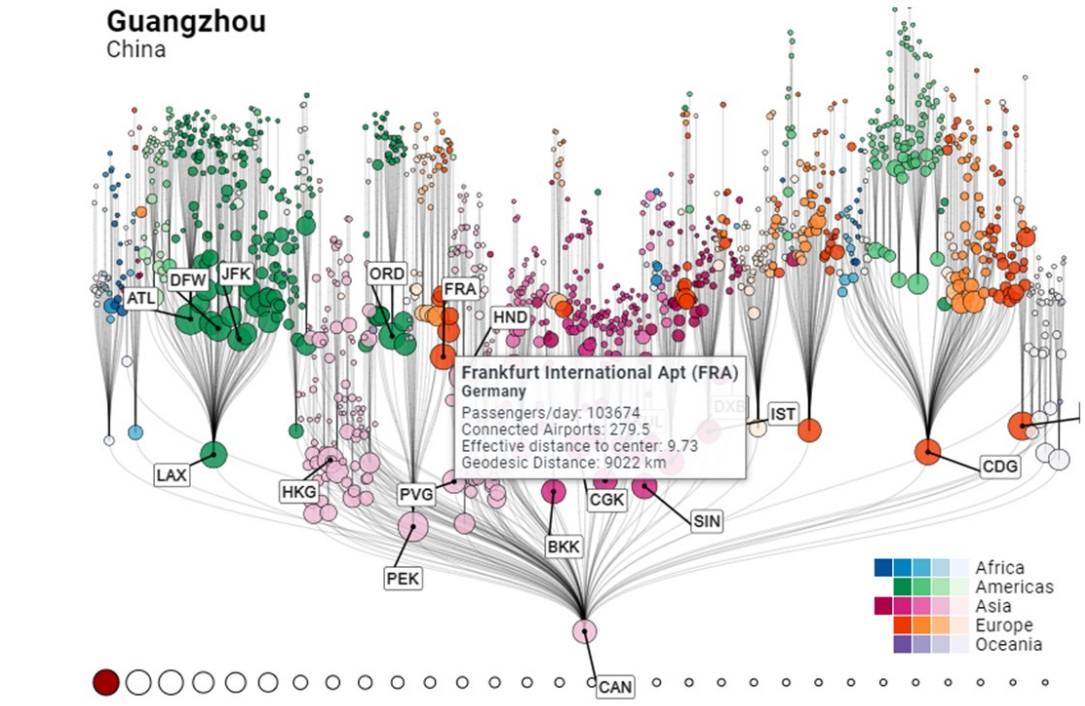
Transparenz (Materialeigenschaft), Evidenz u. Informationszugangsgerechtigkeit

- z.B. Open (Government) Data

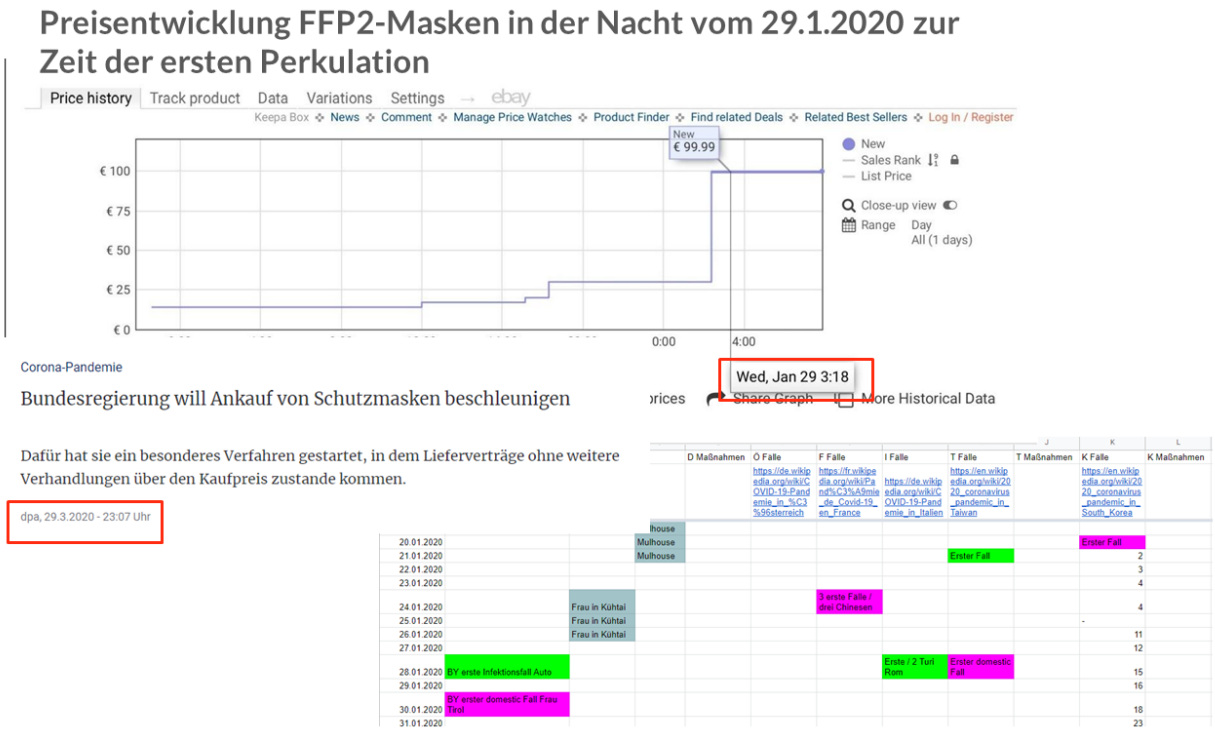


Markus K. Brunnermeier, professor at Princeton
https://bcf.princeton.edu/the-resilient-society/

Evidenz-Grundlagen u. Offene Daten



Dirk Brockmann
http://rocs.hu-berlin.de/viz/sgb/



Statistikprobleme beim Coronavirus

Die große Meldelücke

Um abschätzen zu können, welche Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie sinnvoll sind, benötigen Experten verlässliche Daten. Doch die Fallzahlen des Robert Koch-Instituts hinken der Realität teils mehrere Tage hinterher.

Verwirrung um Corona-Fallzahlen in NRW

Teilweise fallen die Corona-Fallzahlen des Robert-Koch-Instituts für NRW deutlich niedriger aus als die der einzelnen Behörden. Wir klären auf, warum es diese Unterschiede gibt.

Coronavirus in Heidelberg: 3 oder 47 Fälle? Verwirrung um Zahl der Infizierten

Update vom 19. März, 10:46 Uhr: Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis informiert täglich über den **aktuellen Stand der Corona-Infizieren in Heidelberg** und dem Rhein-Neckar-

Stand: 24.03.2020 17:21 Uhr

loch auf die **Württemberg** solch einem

Warum sich Corona-Fallzahlen so stark unterscheiden

Eigentlich sollte beim Robert Koch-Institut (RKI) tägl labordiagnostisch bestätigten Erkrankungen aus all Eigentlich. Denn das vergangene Wochenende hat die T Meldekette von den Laboren über die Gesundheitsämt gemacht.

NETZPOLITIK.ORG

Gesundheitsämter in der Corona-Krise

Ein unvollständiges Bild

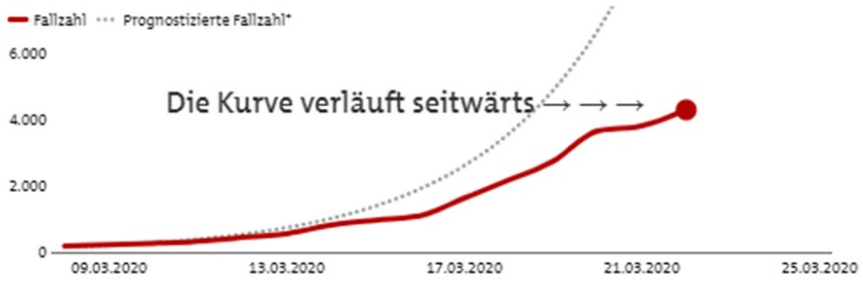
Die Politik schränkt Grundrechte ein, um die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Ob die Maßnahmen erfolgreich sind, können zunächst nur die Fallzahlen zeigen. Doch Recherchen zeigen, dass deren Zuverlässigkeit deutlich abnimmt.

Grafik: SWRdata • Quelle: Sozialministerium BW / eigene Berechnung • Daten

SWR» AKTUELL

Wichtig ist dabei: Eine steilere oder flachere der Kurve der öffentlichen Fallzahlen sagt nicht zwangsläufig etwas über die tatsächliche Geschwindigkeit der Ausbreitung aus. Denn die Fallzahlen, die uns bekannt werden, sind nicht immer aussagekräftig. Das zeigt sich in der Kurve von Baden-Württemberg, hier in der vergrößerten Ansicht für den 21. März 2020 zu sehen:

Vermeintliche Entspannung: Die Seitwärtsbewegung am 21. März in Baden-Württemberg kommt aufgrund der geringen Zahl an meldenden Landkreisen zustande.

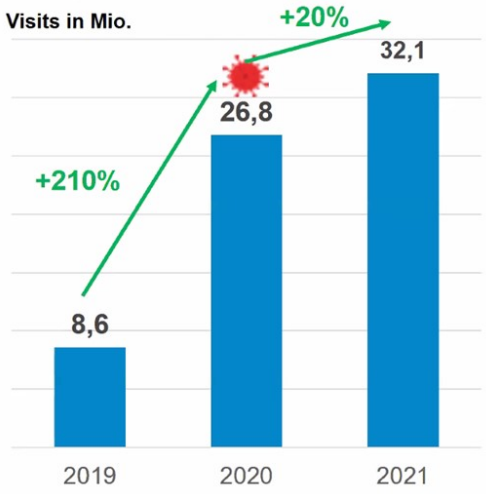


Grafik: SWRdata • Quelle: Sozialministerium BW / eigene Berechnung • Daten

Unternehmensanalyse und Medienforschung

Entwicklung BR24 auf eigenen Plattformen

Visits, Ø-Monat 2019 bis Okt 2021



Quelle: AT Internet

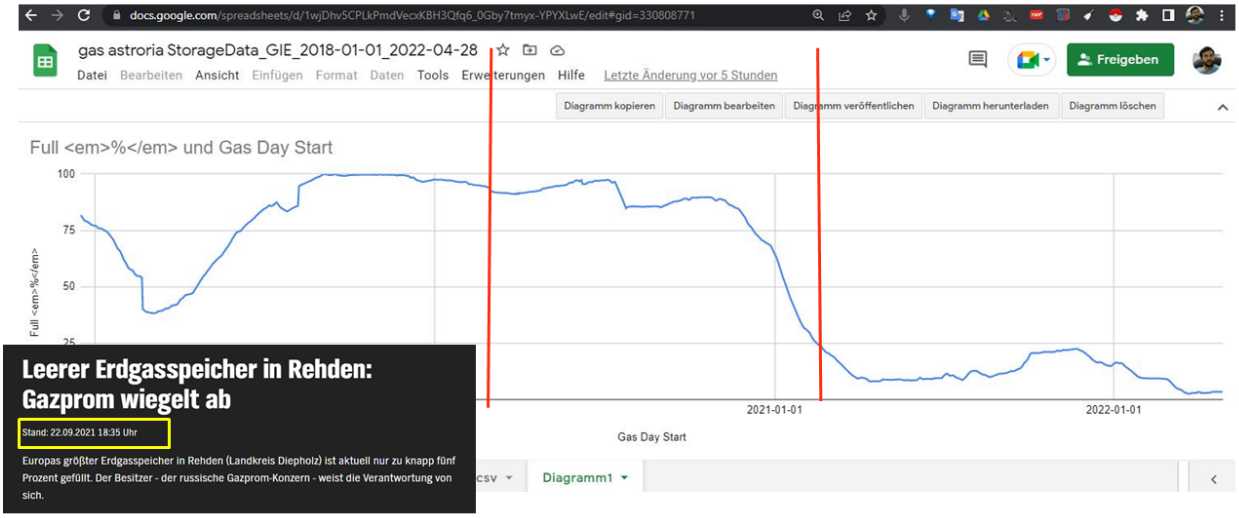
Vor-Corona (Jan-Feb 2020) 11,7 Mio. Visits
Corona-Pandemie (Mrz-Dez 2020) 29,7 Mio. Visits (+150%)

TOP 3 Artikel 2020	Visits
Wie entwickelt sich die Corona-Kurve in Deutschland?	1.420.429
Warnwert und Obergrenze: Corona-Zahlen in Bayerns Landkreisen	1.364.498
Söder kündigt Lockdown für Berchtesgadener Land an	1.232.021

TOP 3 Artikel 2021 (bis 8.11.2021)	Visits
7-Tage-Inzidenz und mehr: Corona-Zahlen in Bayerns Landkreisen (Ticker)	6.595.179
Rückruf von FFP2-Masken in Bayern weitet sich aus	1.278.699
Maskenpflicht befeuert alte Falschbehauptung über Söders Frau	934.049

10

Füllstand Gasspeicher Rehden.
Am 30. September 2015 Eigentum von BASF an russischen Gazprom übergegangen



Leerer Erdgasspeicher in Rehden: Gazprom wiegelt ab

Stand: 22.09.2021 18:35 Uhr

Europas größter Erdgasspeicher in Rehden (Landkreis Diepholz) ist aktuell nur zu knapp fünf Prozent gefüllt. Der Besitzer - der russische Gazprom-Konzern - weist die Verantwortung von sich.

GIE AGSI - Aggregated Gas Storage Inventory
https://agsi.gie.eu/historical/21X000000001160J/DE?fbclid=IwAR0CCPzhAq-i53L1t37xDIjI08POoJkwkkZWE3yUoQYihCwjO9Vb4CX_bkY
https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Leerer-Erdgasspeicher-in-Rehden-Gazprom-wiegelt-ab,gasspeicher110.html

Luca App / culture4life

https://www.ccc.de/de/updates/2021/luca-app-ccc-fordert-bundesnotbremse
https://netzpolitik.org/2021/digitale-kontaktverfolgung-fast-20-millionen-euro-fuer-luca/

Einkauf der App trotz schwerer Mängel, ohne staatliche Ausschreibung / Vergabeverfahren

Transparenz, Überprüfbarkeit

Privatwirtschaftlicher Ansatz, Gewinnabsicht, intransparente Finanzstruktur

Zentralität der Datenspeicherung, Verschlüsselung, Schwachstellen, De-Anonymisierung

Unklare Angaben in der Datenschutzerklärung, fehlende Datenschutzfolgenabschätzung

Mangelnde Kompatibilität

Anmeldung mit falschen Kontaktdaten, Missbrauch

Geofencing

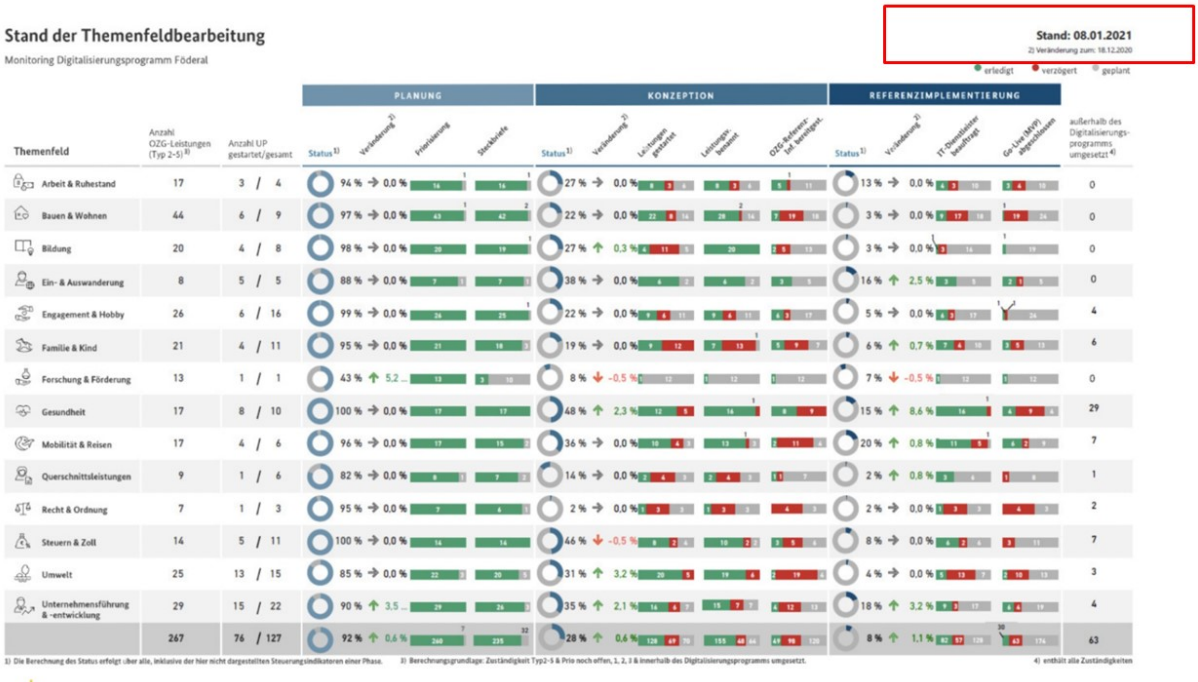
Barrierefreiheit

Datenklau durch Code-Injection

Dark Pattern

Datenzugriff durch die Mainzer Polizei ohne Rechtsgrundlage

Ziviles Monitoring Civic Intelligence



Stand der Themenfeldbearbeitung

Monitoring Digitalisierungsprogramm Föderal

Stand: 08.01.2021

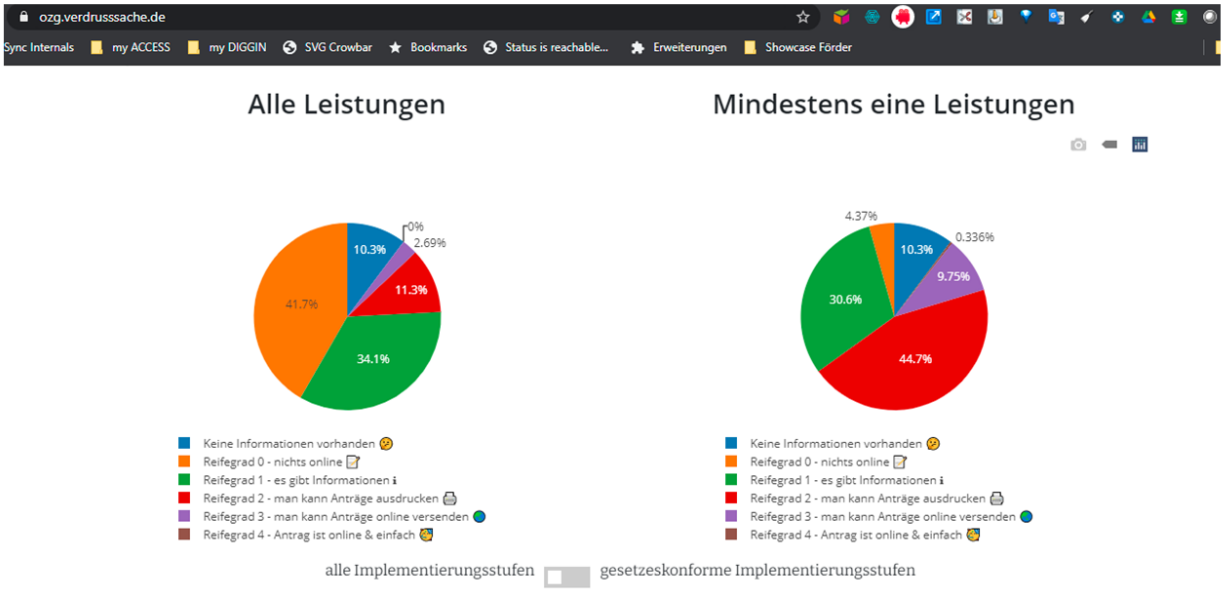
2) Veränderung zum: 18.12.2020

erledigt · verzögert · geplant

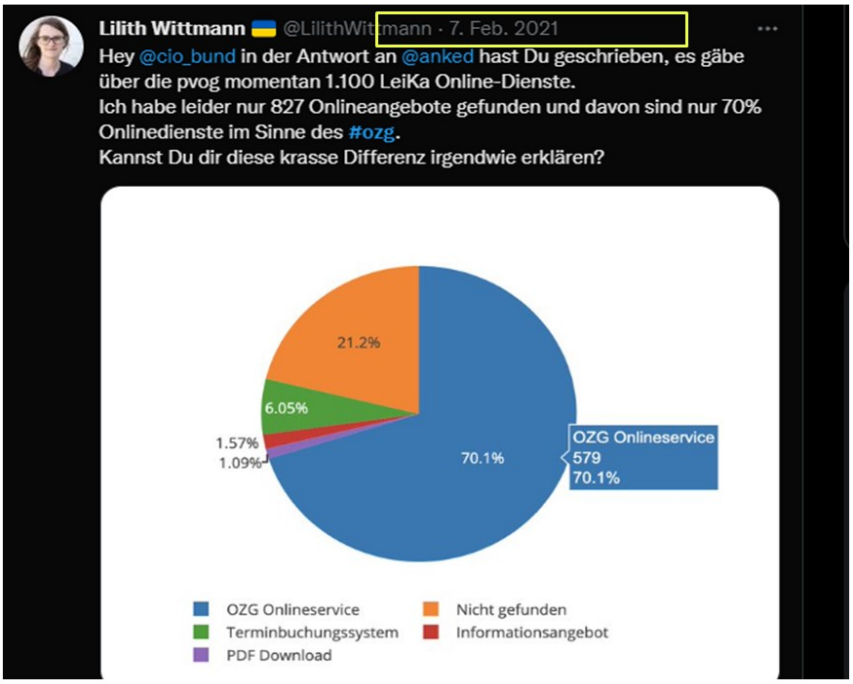
Themenfeld	Anzahl OZG-Leistungen (Typ 2-5) 3)	Anzahl UP gestartet/gesamt	PLANUNG: Status 1)	PLANUNG: Veränderung 2)	PLANUNG: Fristsetzung	PLANUNG: Steckbriefe	KONZEPTION: Status 1)	KONZEPTION: Veränderung 2)	KONZEPTION: Leistungen gestartet	KONZEPTION: Leistungen beauftr.	KONZEPTION: OZG-Referenz-Inf. bestätigt	REFERENZIMPLEMENTIERUNG: Status 1)	REFERENZIMPLEMENTIERUNG: Veränderung 2)	REFERENZIMPLEMENTIERUNG: IT-Dienstleister beauftragt	REFERENZIMPLEMENTIERUNG: Go Live (MVP) abgeschlossen	außerhalb des Digitalisierungsprogramms umgesetzt 4)
Arbeit & Ruhestand	17	3 / 4	94 %	→ 0,0 %	16	16	27 %	→ 0,0 %	8	8	5	13 %	→ 0,0 %	6	3	0
Bauen & Wohnen	44	6 / 9	97 %	→ 0,0 %	43	42	22 %	→ 0,0 %	22	28	7	3 %	→ 0,0 %	9	19	0
Bildung	20	4 / 8	98 %	→ 0,0 %	20	19	27 %	↑ 0,3 %	11	20	5	3 %	→ 0,0 %	3	1	0
Ein- & Auswanderung	8	5 / 5	88 %	→ 0,0 %	7	7	38 %	→ 0,0 %	4	4	3	16 %	↑ 2,5 %	3	2	0
Engagement & Hobby	26	6 / 16	99 %	→ 0,0 %	26	25	22 %	→ 0,0 %	9	9	6	5 %	→ 0,0 %	6	1	4
Familie & Kind	21	4 / 11	95 %	→ 0,0 %	21	18	19 %	→ 0,0 %	9	7	5	6 %	↑ 0,7 %	7	3	6
Forschung & Förderung	13	1 / 1	43 %	↑ 5,2 …	13	3	8 %	↓ -0,5 %	12	12	12	7 %	↓ -0,5 %	12	12	0
Gesundheit	17	8 / 10	100 %	→ 0,0 %	17	17	48 %	↑ 2,3 %	12	14	8	15 %	↑ 8,6 %	16	4	29
Mobilität & Reisen	17	4 / 6	96 %	→ 0,0 %	17	15	36 %	→ 0,0 %	10	13	11	20 %	↑ 0,8 %	11	6	7
Querschnittsleistungen	9	1 / 6	82 %	→ 0,0 %	8	7	14 %	→ 0,0 %	4	2	1	2 %	↑ 0,8 %	3	1	1
Recht & Ordnung	7	1 / 3	95 %	→ 0,0 %	7	4	2 %	→ 0,0 %	3	3	4	2 %	→ 0,0 %	3	4	2
Steuern & Zoll	14	5 / 11	100 %	→ 0,0 %	14	14	46 %	↓ -0,5 %	8	10	5	8 %	→ 0,0 %	4	8	7
Umwelt	25	13 / 15	85 %	→ 0,0 %	22	20	31 %	↑ 3,2 %	20	19	19	4 %	→ 0,0 %	5	2	3
Unternehmensführung & -entwicklung	29	15 / 22	90 %	↑ 3,5 …	29	26	35 %	↑ 2,1 %	16	15	12	18 %	↑ 3,2 %	9	6	4
	267	76 / 127	92 %	↑ 0,6 %	240	225	28 %	↑ 0,6 %	129	155	99	8 %	↑ 1,1 %	82	43	63

1) Die Berechnung des Status erfolgt über alle, inklusive der hier nicht dargestellten Steuerungsindikatoren einer Phase. 3) Berechnungsgrundlage: Zuständigkeit Typ2-5 & Prio noch offen, 1, 2, 3 & innerhalb des Digitalisierungsprogramms umgesetzt. 4) enthält alle Zuständigkeiten

IFG-Anfrage an FITKO durch Lilith Wittmann
https://fragdenstaat.de/anfrage/protokolle-der-al-runde-des-it-planungsrates-aus-2021-2/#nachricht-668650



Analyse durch Lilith Wittmann
https://ozg.verdrusssache.de/



Twitter-Account von Lilith Wittmann zum Online-Gateway Portalverbund

Anlage 4

Gesamtsumme	180.000.000	115.900.320	101.914.063	59.992.922	15.006.392	14.660.780	70.600.063	0	0	85.260.843
Name des Projekts	**Digitalisierungs-budget 2020-2022**	**aktuell beschlossenes Projektbudget 2020-2022**	**bisher ereilte Mittelzuweisung/ Kostenübern. 2020-2021**	**ursprüngliche Anmeldung Wiplan 2021**	**IST 12.03.2021**	**vorliegender Nachtrag 2021**	**Wiplan 2022**	**Nachtrag 2021 Alternativ-VORSCHLAG 1 Kostenüber-nahme aus Konjunkturpaket**	**Nachtrag 2021 Alternativ-VORSCHLAG 2 Kostenübernahme Konjunkturpaket +Übernahme neue Referenzimpl. aus Digibudget**	**Wiplan 2022 bei Wegfall Nachtrag 2021**
Registermodernisierung	14.450.000	3.450.000	3.450.000	5.500.000		0	5.500.000	-5.500.000	-5.500.000	0
Qualit. und quantitative Verbesserung FIM	14.150.000	14.100.000	14.100.000	5.600.000	417	-1.000.000	4.113.665	-1.000.000	-1.000.000	5.513.665
Aufbau föderal. IT-Architekturmanagement	7.500.000	7.500.000	7.500.000	1.500.000	10.419	0	5.000.000	0	0	5.903.995
Fit-Connect	0	3.209.668	2.960.958	0		2.155.923	805.035	2.352.273	2.352.273	857.395
Portalverbund	18.500.000	6.500.000	0	6.500.000		0	6.500.000	-6.500.000	-6.500.000	0
Portalverbund Online-Gateway (PVOG)	22.500.000	8.580.000	8.580.000	7.500.000		0	0	-1.167.130	-1.167.130	0
Pilotierung Interoperabler Servicekonten	0	500.000	500.000	0		0	0	0	0	0
Interoperable Servicekonten / FINK	5.500.000	7.000.000	6.000.000	2.000.000	1.072.982	5.000.000	500.000	5.000.000	5.000.000	500.000
Unternehmenskonto Baustein 1-4	3.000.000	9.862.000	9.862.000	2.600.000	4.762.000	2.162.000	500.000	2.162.000	2.162.000	500.000
Unternehmenskonto Baustein 5+6	0	3.080.000	630.000	0		1.960.000	862.000	1.960.000	1.960.000	862.000
Service-orientierte Standardbausteine	0	898.331	754.900	2.060.000	242.440	0	4.940.000	0	0	4.940.000
Qualifica Digitalis	2.000.000	2.000.000	2.000.000	800.000		1.140.000	290.000	50.000	50.000	290.000
Melderegisterabfrage	0	101.626	101.626	0		101.626	0	101.626	101.626	0
Kommunikation (intern/extern)	5.900.000	2.200.000	2.200.000	2.200.000		-1.200.000	3.400.000	-1.200.000	-1.200.000	3.400.000
KieBe.digital (Antrag)		(443.000)						0	443.000	
Bildungs- und Weiterbildungsplattform	2.000.000	2.000.000	2.000.000	1.000.000		600.000	0	0	0	0
Erweiterung (Antrag)		(243.250)						0	243.250	
Weiterentw. Standards und Schnittstellen	**8.500.000**									
Digitalisierung der Beschaffung	0	1.320.000	1.320.000	440.000		0	440.000	0	0	440.000
XBau/ XPlanung	0	332.734	332.734	300.000		109.694	0	109.694	109.694	0
Weiterentw. gem. Komponenten IT-PLR	**9.000.000**	**1.000.000**	**0**	3.500.000		**-2.500.000**	**24.268.424**	**-2.500.000**	**8.480.890**	**56.697.079**
OZG-Hub (Antrag)		(2.962.000)							2.962.000	
Digitalisierungslabore	**30.000.000**	**560.000**	**560.000**	**7.500.000**	**350.000**	**-7.500.000**	**0**	**-7.500.000**	**-7.500.000**	**0**
Fischereischein (DL)	0	210.000	210.000	0		0	0	0	0	0
Sorgerechtsregister (DL)	0	350.000	350.000	0	350.000	0	0	0	0	0
Referenzimplementierungen	**30.000.000**	**39.861.585**	**37.899.835**	**10.000.000**	**8.512.473**	**13.631.537**	**12.473.230**	**13.631.537**	**-997.603**	**4.349.000**
Infektionsschutzgesetz (RI) Expr.labor	0	2.118.000	2.118.200	0	95.408	1.190.000	0	1.190.000	1.190.000	0
Ehrenamtskarten-App (RI)	0	417.571	417.571	0	51.995	0	0	0		0
Hilfe z. Lebensunterhalt (RI) Expr.labor	0	1.178.100	1.178.100	0	39.543	368.900	0	368.900	368.900	0
Anlagebetrieb und -prüfung (RI)	0	700.920	700.920	0	0	0	0	0	-700.920	0
Unterhaltsvorschuss Online (RI)	0	3.250.000	3.250.000	0	1.023.000	2.700.000	0	2.700.000	2.700.000	0
Digitales Schulzeugnis (RI)	0	1.011.500	850.000	0	0	161.500	0	161.500	-850.000	0
Ummeldung Online (RI)	0	10.348.000	10.348.000	0	4.934.200	4.934.200	4.349.000	4.934.200	4.934.200	4.349.000
Digitale Wirtschaftsservices (RI)	0	9.403.450	7.603.000	0	0	5.211.220	1.924.230	5.211.220	-2.268.000	0
Aufenthaltstitel (RI)	0	2.648.544	2.648.544	0	1.391.827	1.256.717	0	1.256.717	1.256.717	0
Anerkennung ausl. Berufsqualifik. (RI)	0	2.937.500	2.937.500	0	0	2.937.500	0	2.937.500	0	0
Bergbau (RI)	0	3.348.000	3.348.000	0	976.500	2.371.500	0	2.371.500	2.371.500	0
Elektronischer Heilberufeausweis (RI)	0	2.500.000	2.500.000	0	0	2.500.000	0	2.500.000	0	0
Verwaltungskosten Digibudget u.a.	7.000.000	1.844.376	1.162.010	992.922	55.662	0	1.007.709	0	0	1.007.709

IFG-Anfrage durch Lilith Wittmann
https://fragdenstaat.de/anfrage/protokolle-der-al-runde-des-it-planungsrates-aus-2021-2/#nachricht-668650

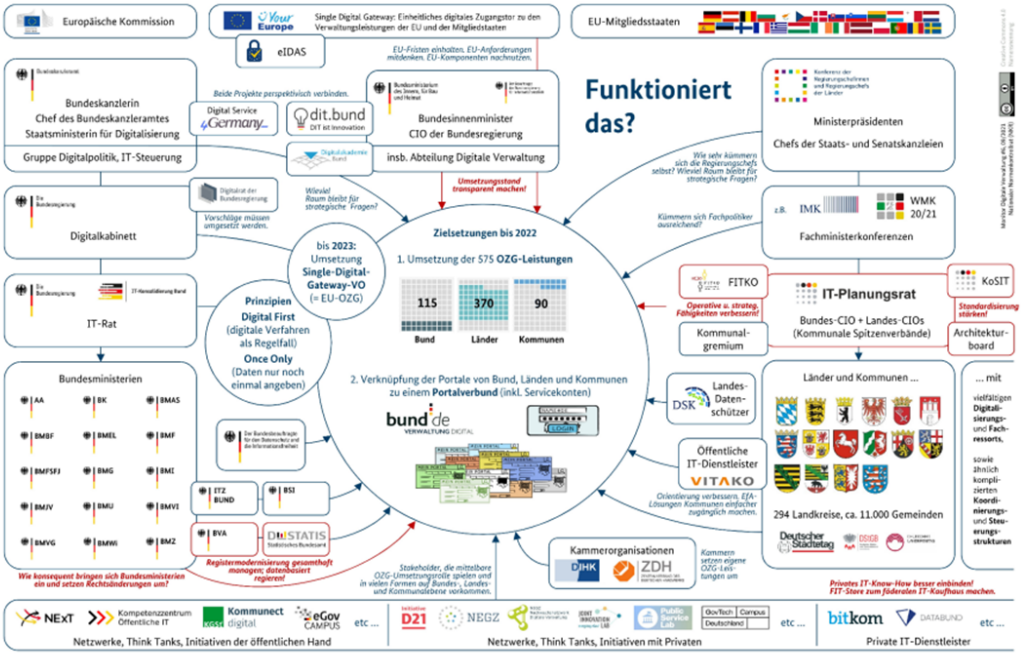


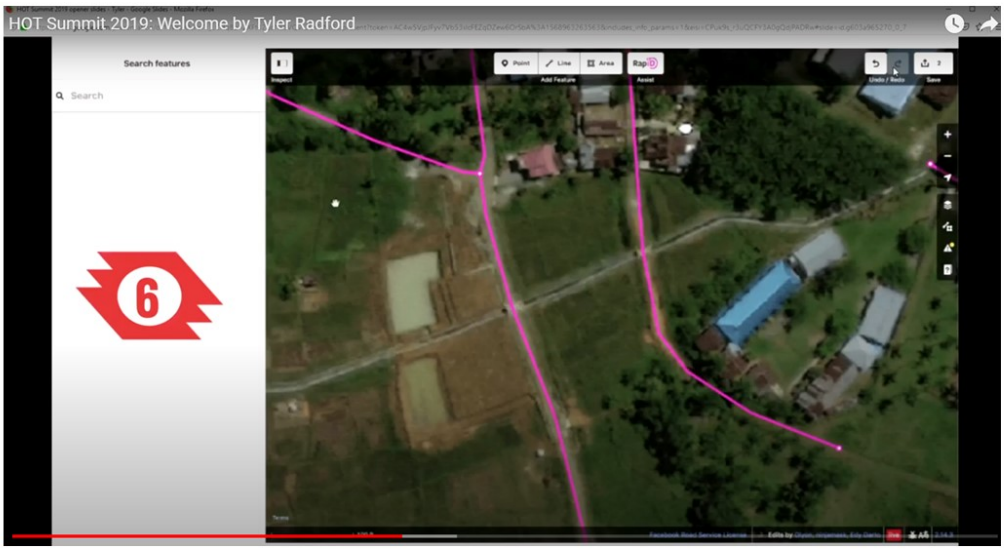
Abb. 2: Viel Digitalisierungsverantwortliche und komplexe Umsetzungsstrukturen - Funktioniert das? (Stand 1.9.2021)

6. „Monitor Digitale Verwaltung“, Normenkontrollrat
https://www.normenkontrollrat.bund.de/resource/blob/72494/1958282/70fdb29d2a322a1e6731e9d92a132162/210908-monitor-6-data.pdf?download=1

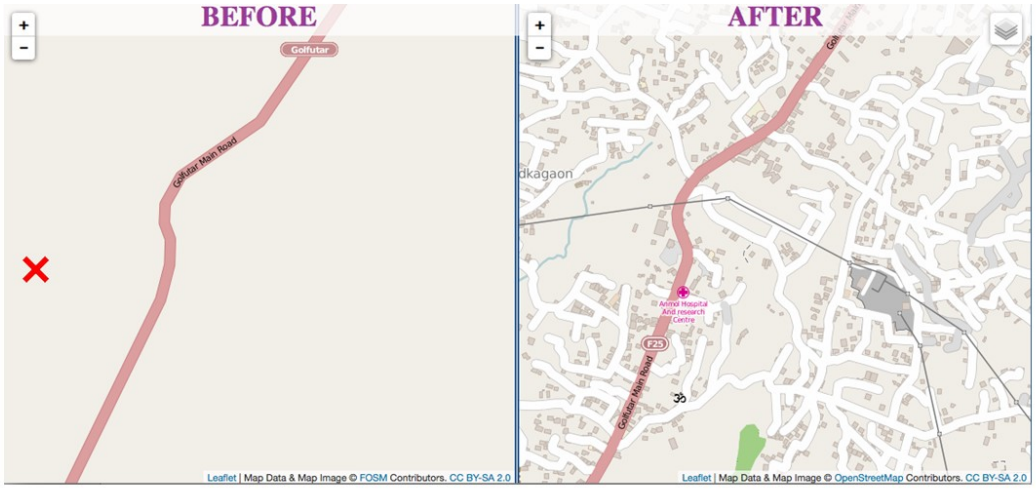
https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/bemerkungen-jahresberichte/jahresberichte/2021-ergaenzungsband/einzelplanbezogene-pruefungsergebnisse/bundesministerium-des-innern-und-fuer-heimat/2021-43

Tactical Tech
Civic Intel

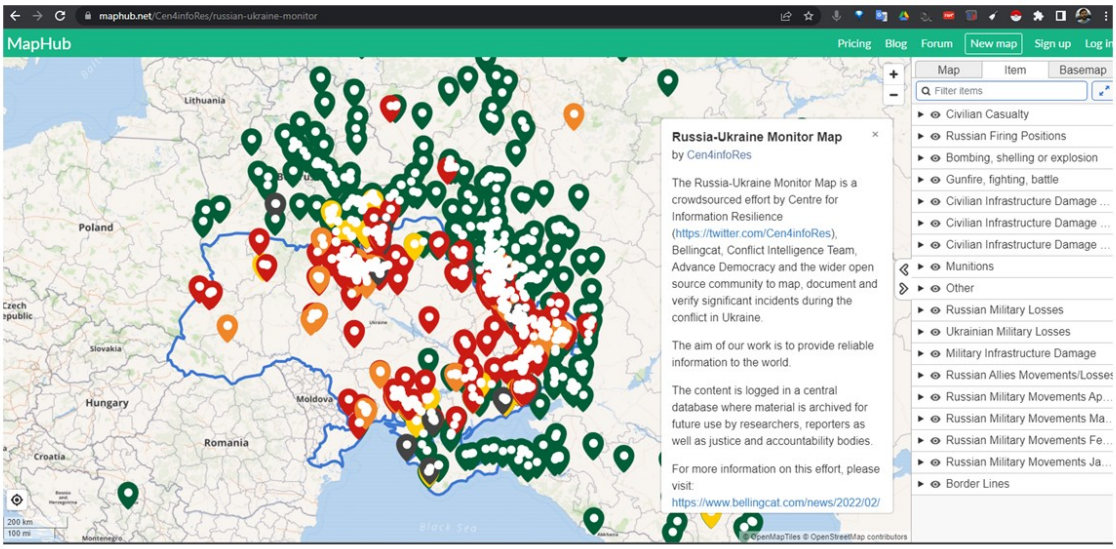
Humanitarian Openstreetmap Team



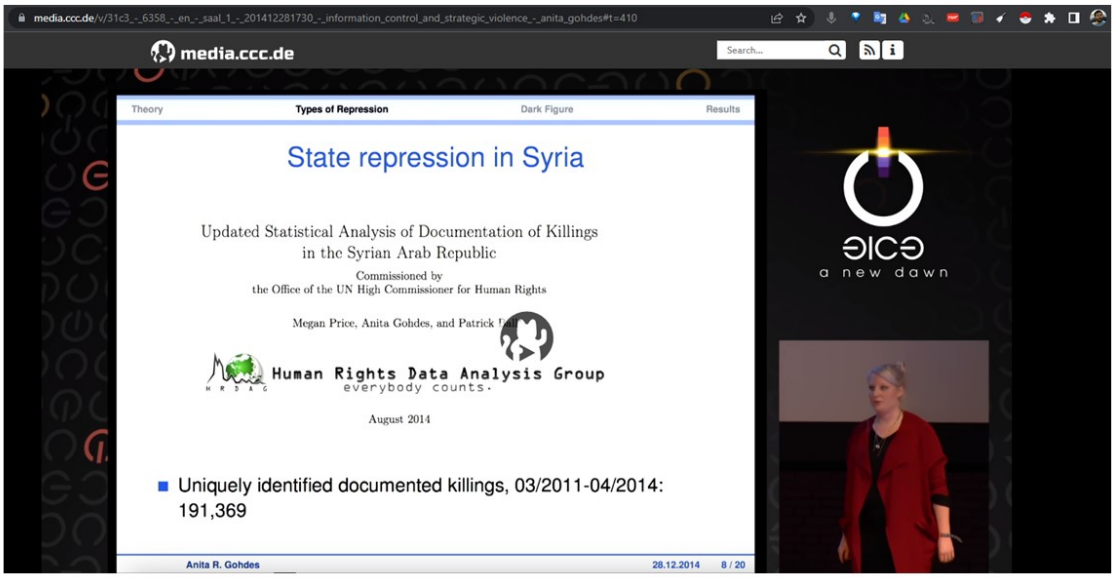
Humanitarian Openstreetmap Team



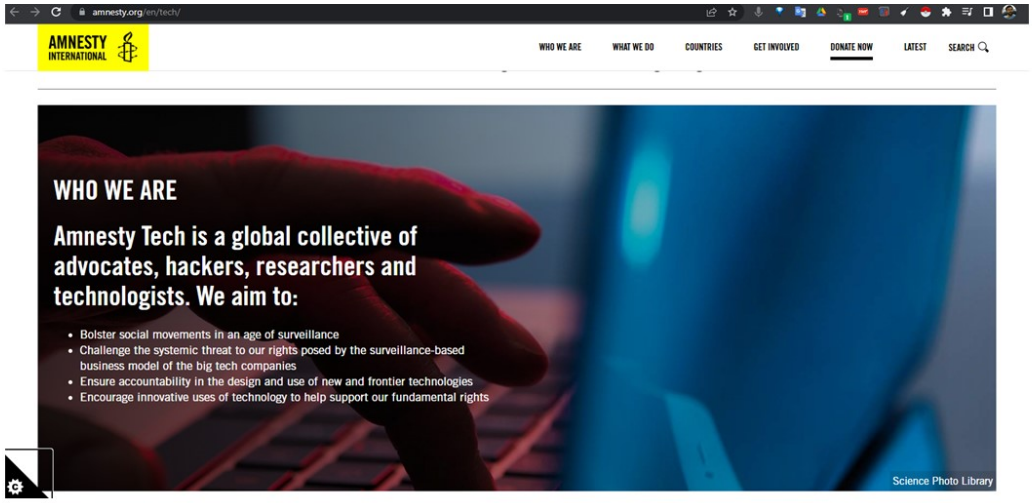
Bellingcat UA-Map



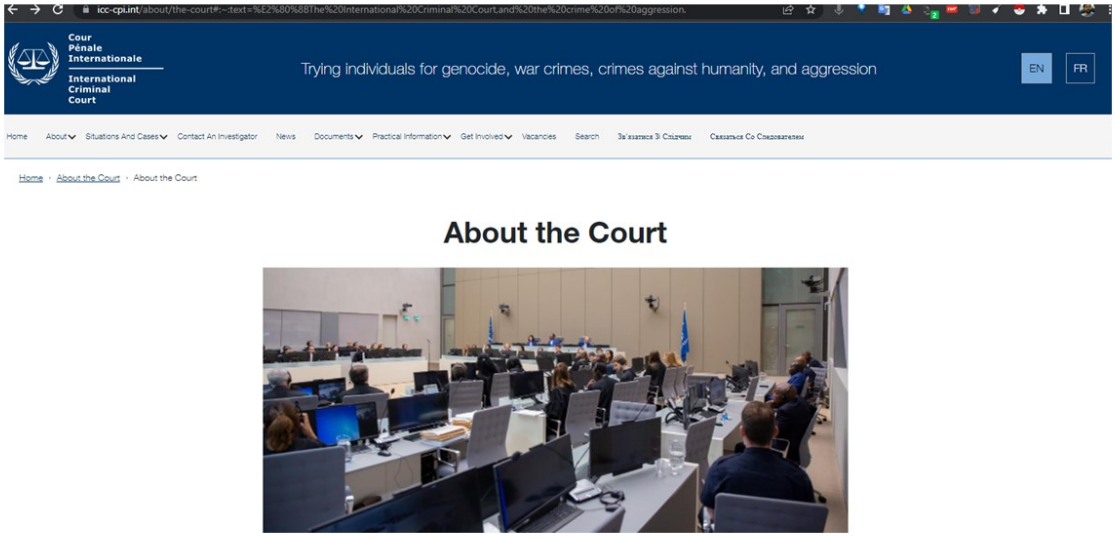
Human Rights Data Analysis Group



Amnesty International



Internationaler Gerichtshof



Enquete-Kommission „krisenfeste Gesellschaft“

Landtag Baden-Württemberg
24.6.2022

Dr. Nico A. Siegel
Geschäftsführer
infratest dimap

infratest dimap

Kurzer Exkurs vorweg

Zum Verhältnis von „Krise“, Politik und Gesellschaft: facettenreich

- Historisch: Krise als Dauerbegleiter der Demokratie!
- Demokratie und Krise: traditionell großes Thema in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, aber mit einer anderen Stoßrichtung als die EQK
  - „Krisentheorien“ 1970er Jahre
    - „Von links“, neomarxistisch: Widerstreit zwischen demokratischer Herrschaft im Politischen und Kapitalismus im Bereich Ökonomie: Legitimationskrisen, Fiskalkrisen…
    - „Von rechts“, neokonservative/-liberale: Inflation der Erwartungshaltungen. Staat weckt immer neue Bedürfnisse, insbesondere Wohlfahrtsstaat, dadurch „demand overload“, „Überlastungssyndrom“
  - Krisen einzelner Teilbereiche von Politik und Gesellschaft, zum Beispiel im Zuge sozialen Wandels: Mitgliederschwund Großorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Kirchen Vereine)
  - Aktuell: „Repräsentationskrise“ der Demokratie, Aufkommen populistischer Strömungen

➔ relevant, generalisierter Vertrauensverlust in Staat in Teilen der Gesellschaft Wirksamkeit evidenzbasiertes-Policy Making grundsätzlich in Frage stellt

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zum Verhältnis von „Krise“, Politik und Gesellschaft: facettenreich

- Historisch: Krise als Dauerbegleiter der Demokratie!
- Demokratie und Krise: traditionell großes Thema in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Disziplinen, aber mit einer anderen Stoßrichtung als die EQK
  - „Krisentheorien“ 1970er Jahre
    - „Von links“, neomarxistisch: Widerstreit zwischen demokratisch
      Kapitalismus im Bereich Ökonomie: Legitimationskrisen, Fiska
    - „Von rechts“, neokonservative/-liberale: Inflation der Erwartung
      Bedürfnisse, insbesondere Wohlfahrtsstaat, dadurch „demand
  - Krisen einzelner Teilbereiche von Politik und Gesellschaft, zum Beispiel im Zuge sozialen Wandels: Mitgliederschwund Großorganisationen (Gewerkschaften, Parteien, Kirchen Vereine)
  - Aktuell: „Repräsentationskrise“ der Demokratie, Aufkommen populistischer Strömungen

➔ relevant, generalisierter Vertrauensverlust in Staat in Teilen der Gesellschaft Wirksamkeit evidenzbasiertes-Policy Making grundsätzlich in Frage stellt

Krisenhafte Entwicklungen von innen: endogen bedingt

infratest dimap

Verhältnis „Krise – Politik – Gesellschaft“

Vielschichtig und variabel
Kein etabliertes Krisenmodell über Krisentypen hinweg

Zum Verhältnis von „Krise“, Politik und Gesellschaft: verschiedenartig und vielschichtig

Krisen „von außen“ und Auswirkungen auf demokratische Politik, staatliches Handeln – näher dran an EQK

- **„Regierungstätigkeit“**, „Staatstätigkeit“, politische Steuerung:
  - Wie (gut) reagiert Politik substantiell /inhaltlich auf (verschiedene) Krisen?
  - Wie gut sind Staat und Politik vorbereitet → Infrastruktur (Katastrophenschutz…), „institutionelle Vorrichtungen“?
  - Wie gut reagiert sie? → Reformelastizität (auch im Vgl. zu nicht-demokratischen Regimen)
  - Sind „Lernprozesse“ erkennbar?

  Klassische Beispiele: Wirtschaftskrisen, Arbeitsmarktkrise, Energiekrise, Naturkatastrophen, Pandemie…

- **(Aus)Wirkungen auf Demos**: Erwartungen, Einstellungen und Werte der Bürgerinnen und Bürger; Stabilität und Wandel von Werten und Einstellungen; Akzeptanz von Maßnahmen, Bereitschaft zu Verhaltensänderungen, sofern notwendig zur Krisenbewältigung

Zum Verhältnis von „Krise“, Politik und Gesellschaft: verschiedenartig und vielschichtig

Krisen „von außen“ und Auswirkungen auf demokratische Politik, staatliches Handeln – näher dran an EQK

- **„Regierungstätigkeit“**, „Staatstätigkeit“, politische Steuerung:
  - Wie (gut) reagiert Politik substantiell /inhaltlich auf (verschiede
  - Wie gut sind Staat und Politik vorbereitet → Infrastruktur (Kata Vorrichtungen“?
  - Wie gut reagiert sie? → Reformelastizität (auch im Vgl. zu nich
  - Sind „Lernprozesse“ erkennbar?

Krisenhafte Entwicklungen von außen
exogen, teilweise schockartig, zumindest teilweise exogen bedingt

Klassische Beispiele: Wirtschaftskrisen, Arbeitsmarktkrise, Energiekrise, Naturkatastrophen, Pandemie…

- **(Aus)Wirkungen auf Demos**: Erwartungen, Einstellungen und Werte der Bürgerinnen und Bürger; Stabilität und Wandel von Werten und Einstellungen; Akzeptanz von Maßnahmen, Bereitschaft zu Verhaltensänderungen, sofern notwendig zur Krisenbewältigung

Permanenter Krisenkontext!?

- Aktuelle Wahrnehmung in weiten Teilen der Öffentlichkeit, „eine Krise folgt der nächsten“, Politik und Gesellschaft im permanenten Krisenmodus
  - 2008/2009: Finanzkrise
  - [2010ff Euro-Krise]
  - 2015ff Flüchtlingskrise
  - 2020 Covid-Pandemie
  - 2022/02 Ukraine-Krise
  - Terroristische Attacken
  - Naturkatastrophen, Nahrungsmittel (BSE…)
  - +++

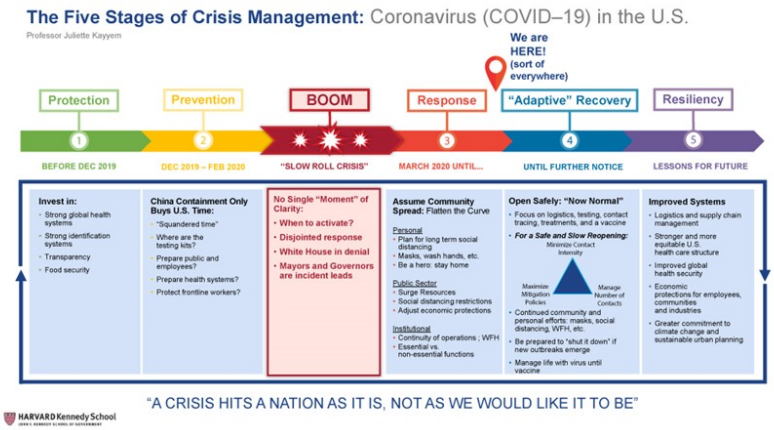
- Achtung!
  - Vor inflationärer Verwendung des Begriffs Krise
  - Vor vorschneller Verallgemeinerung: Notwendigkeit der Differenzierung nach Krisentypen, Krisenverläufen/-dauern, Krisenursachen, Betroffenheit(potenzielle), Krisenfolgen etc.

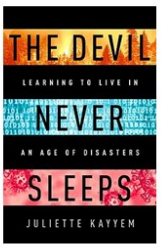
    → **Einordnung der jeweiligen Krise ist von entscheidender Bedeutung**

Der Nexus Krise – Staat – Bürger: Es gibt kein allgemein akzeptiertes Krisenmodell

- im Gegensatz zu Krisenintervention Medizin, Psychologie/Psychiatrie
- im Gegensatz zu Katastrophenschutz: Krisenmanagement, Tools Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe

Versuche für Covid-19: hier USA





Phasen?

Initialphase „Einschlag“	Erste Reaktions-phase	Anpassungs-management	Gewöhnung, Lernen, Hinterfragen	Bewältigung	Überwindung
Dringlichkeit, Ungewissheit Bedürfnis nach schneller Reaktion, Großer Wunsch nach rascher, potenter politischer Problemlösung Potenziell: generalisierter Vertrauensvorschuss für Führung Hohe Folgebereitschaft möglich **Primat der initialen Reaktion, Krisenmandat für Exekutive**	**Verstetigung Krisenmanagement Mikrokrisenmanagement** Korrekturbedarfe Wachsendes Kritikpotenzial Fragen der Legitimation gewinnen an Relevanz: Wie begründet? Alternativen? Entscheidungsprozesse? **Koordination, Konsultation, Kommunikation**	Detailfragen der Steuerung (Bund-Länder; Staat-Unternehmen-Zivilgesellschaft)? Gewinner-/Verliererfragen? Grenzen der Steuerung **„Kollektive Ernüchterung“**	Institutionelle, infrastrukturelle und mentale Erschöpfung Sehnsucht nach Überwindung/“altes Leben“ zurück Bilanz: staatliches Handeln; Performance Akteure; Gewinner-Verlierer		

Krise und das 5-K-Prinzip der Politik

- **K**risen-Mandat annehmen: Handlungsprimat Führung durch Exekutive: schnelle Reaktion, Awareness aussenden, Symbolische Verantwortungsübernahme zentral
- **K**ommunikation: kontinuierlich hohe Priorität: **K**larheit über **K**riterien der Steuerung und Entscheidungsfindung schaffen; Informationsmanagement! **K**eine vorschnellen Aussagen zur Kosten, Bewältigung, Dauer…
- **K**oordination des Krisenmanagements: vielschichtig, in DE besonders: Bund-Länder-Kommunen; Behörden – Wirtschaft – Zivilgesellschaft. Krisenstäbe, MPK etc. wesentlich
- **K**onsultationen zur Legitimation und Einbindung: Parlament, gesell. Großorganisationen, Zivilgesellschaft, Experten(gremien) bis hin zu **K**onzertierten Aktionen
- **K**ursanpassungen und -korrekturen sind typisch in einem Lernprozess: annehmen und offensiv kommunizieren - und als Chance für Lehren für künftiges Krisenmanagement begreifen

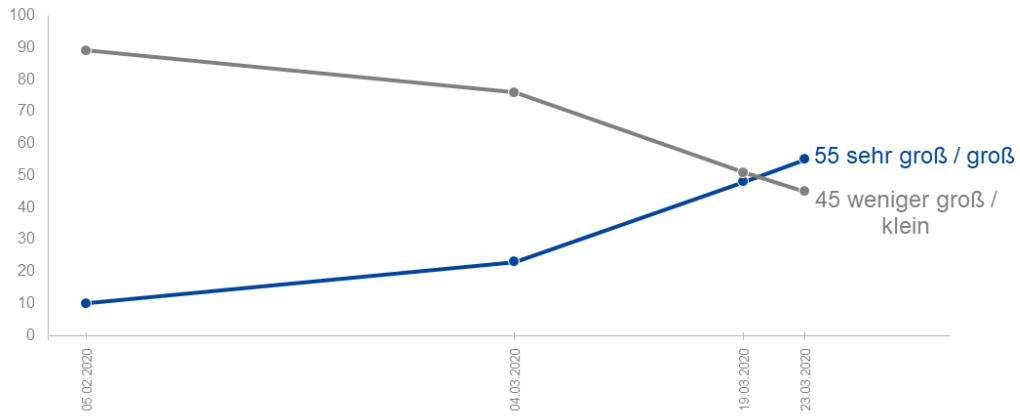
infratest dimap

Corona

ARD-DeutschlandTREND Extra März 2020

Corona-Virus: Sorge vor Ansteckung
Verlauf Anfang Februar bis Ende März 2020

ARD



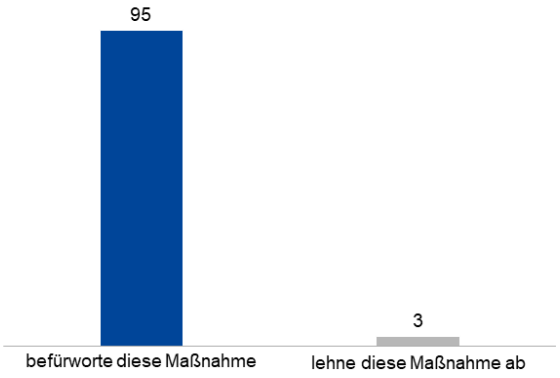
Mittlerweile sind in verschiedenen Ländern Personen am sogenannten Corona-Virus erkrankt, darunter auch in Deutschland. Wie groß ist Ihre Sorge, dass Sie selbst oder Mitglieder Ihrer Familie sich mit dem neuen Corona-Virus anstecken?

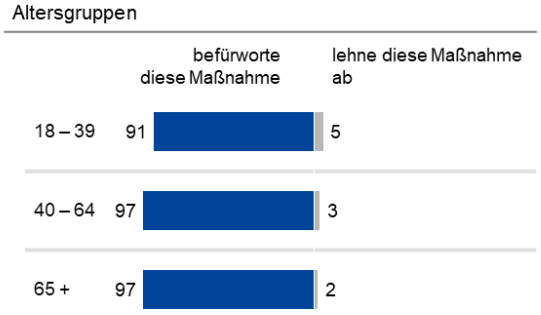
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

ARD-DeutschlandTREND Extra März 2020

Akzeptanz Kontakteinschränkungen März 2020





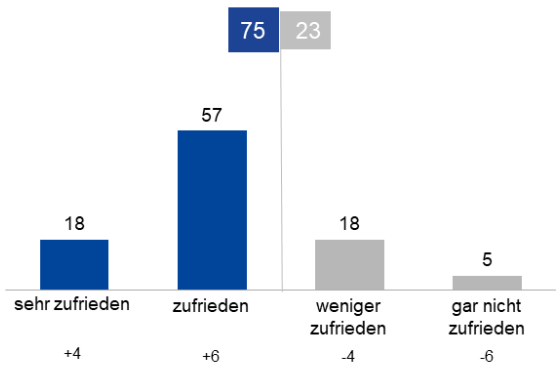
Bundesregierung und Bundesländer haben sich am Sonntag auf neue deutschlandweite Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus geeinigt. Für zwei Wochen sind öffentliche Ansammlungen von mehr als zwei Personen verboten. Familien und Personen aus einem gemeinsamen Haushalt sind davon ausgenommen. Befürworten Sie diese Maßnahme oder lehnen Sie diese ab?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

ARD-DeutschlandTREND Extra März 2020

Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Bundesregierung März 2020



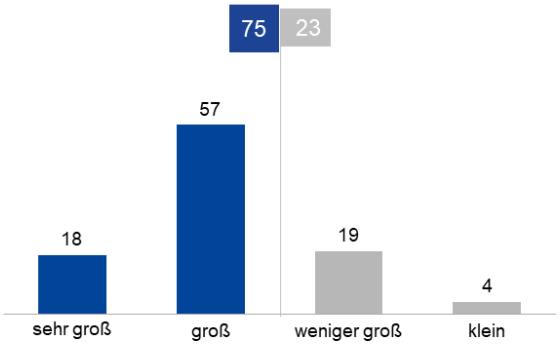
Wie zufrieden sind Sie mit dem aktuellen Krisenmanagement der Bundesregierung?

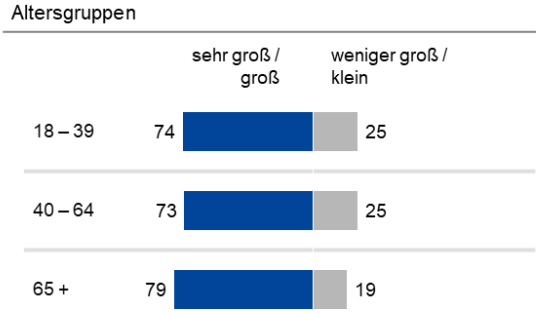
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zum ARD-DeutschlandTREND Morgenmagazin vom 20. März 2020
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

ARD-DeutschlandTREND Extra März 2020

Vertrauen in Gesundheitseinrichtungen und Ärzte März 2020





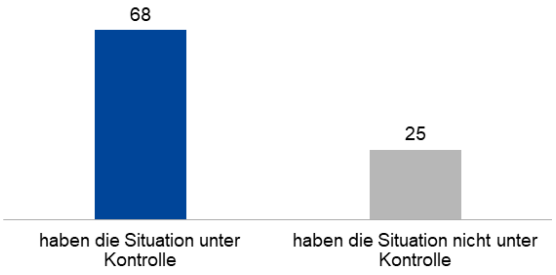
Wie groß ist ihr Vertrauen, dass die Gesundheitseinrichtungen und Ärzte in Deutschland die Corona-Epidemie bewältigen können?

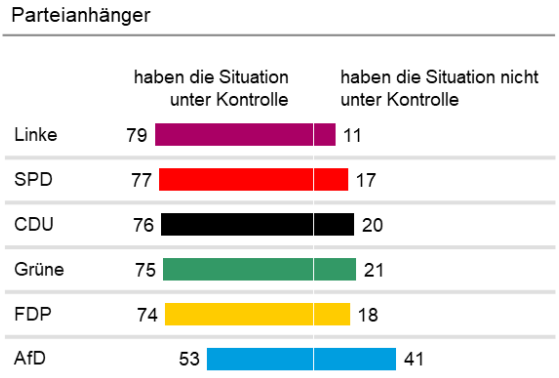
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Corona-Virus in Baden-Württemberg: Arbeit von Behörden und Gesundheitseinrichtungen März 2020





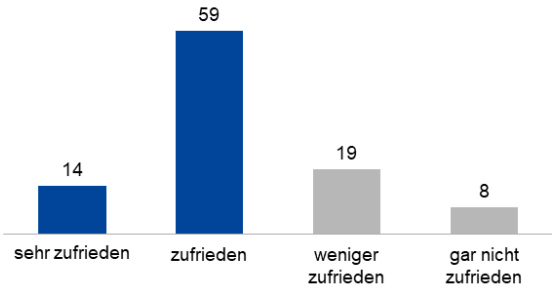
Mittlerweile sind in verschiedenen Ländern Personen am sogenannten Corona-Virus erkrankt, darunter auch in Baden-Württemberg. Wie sehen Sie das: Haben die Behörden und Gesundheitseinrichtungen in Baden-Württemberg die Situation bislang alles in allem unter Kontrolle oder nicht?

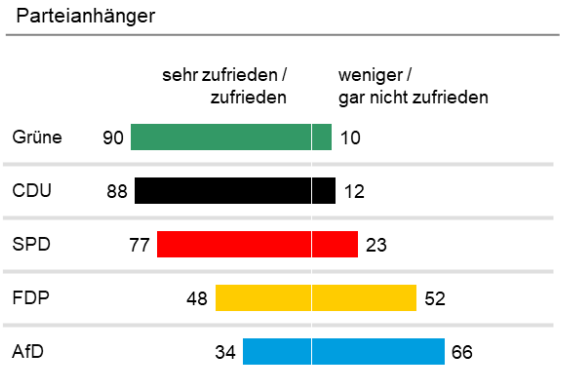
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung BW
April 2020





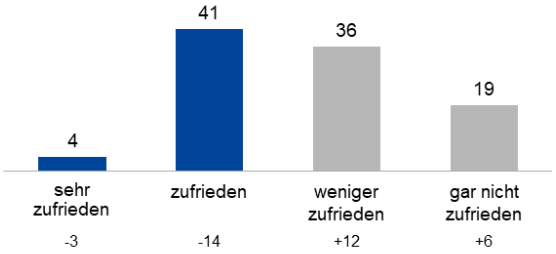
Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung in Baden-Württemberg?

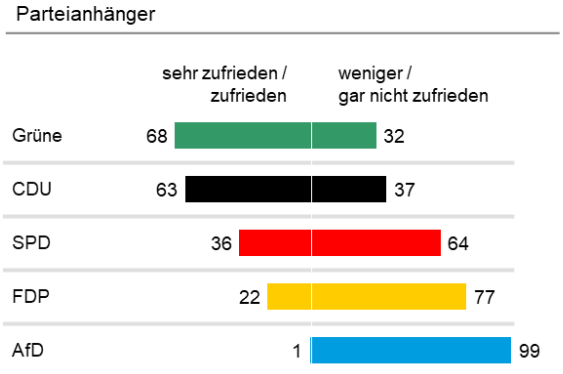
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Corona-Pandemie: Zufriedenheit mit dem Krisenmanagement der Landesregierung BW
Februar 2021





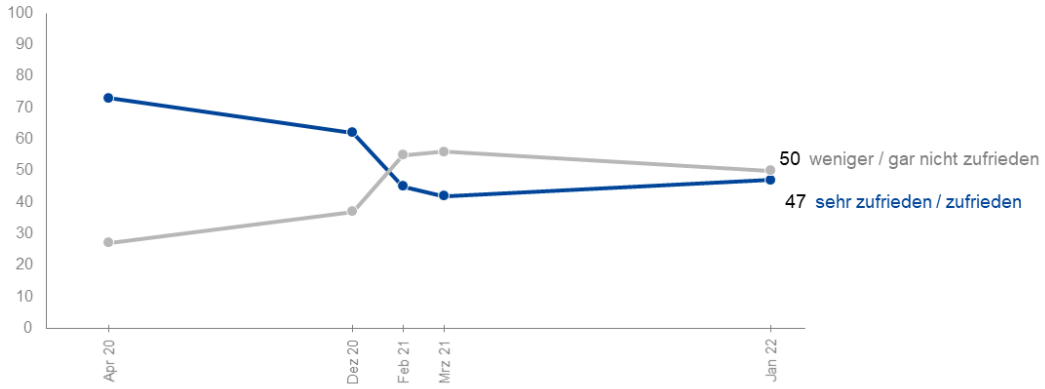
Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung in Baden-Württemberg?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Dezember 2020
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

BW Zeitverlauf: Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung



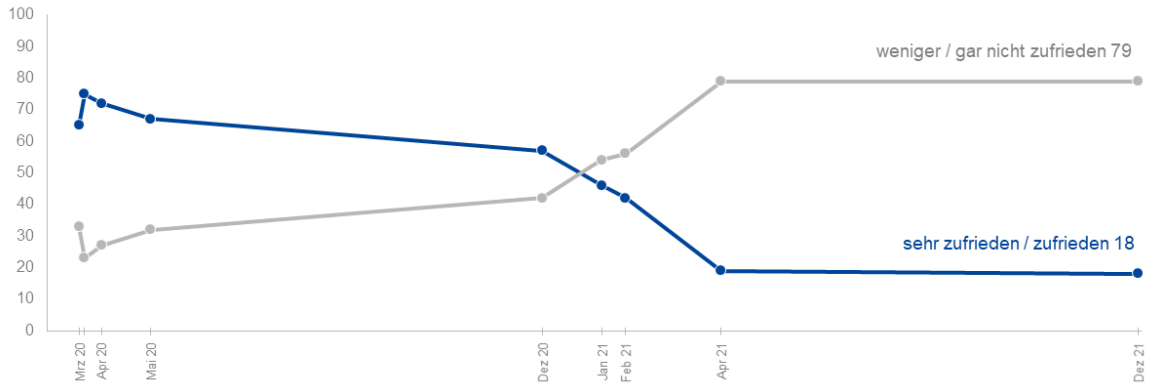
Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung in Baden-Württemberg?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zeitverlauf ARD DeutschlandTREND: Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement von Bund und Ländern



Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung und der Bundesländer?

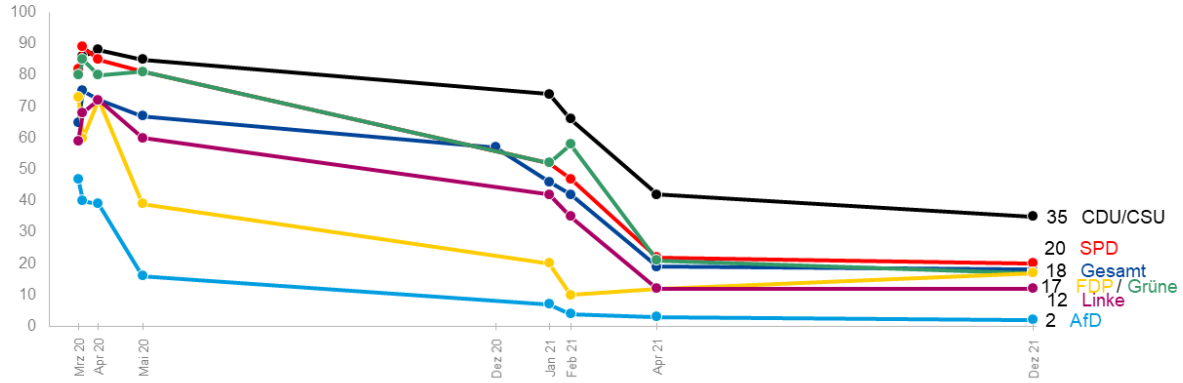
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zeitverlauf Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement von Bund und Ländern – Parteianhänger

sehr zufrieden / zufrieden



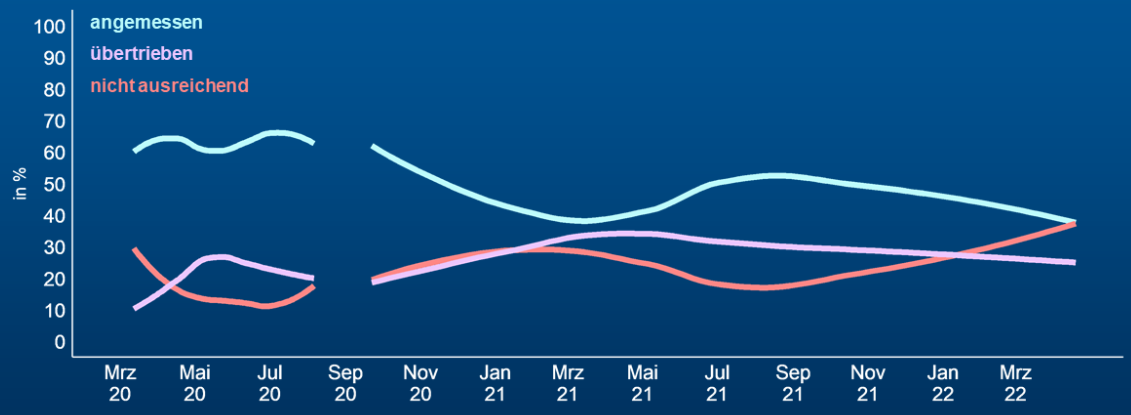
Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung und der Bundesländer?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weniger / gar nicht zufrieden / weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

CoronaCOMPASS

Corona KOMPASS: Die Maßnahmen der Behörden und Gesundheitseinrichtungen halte ich für



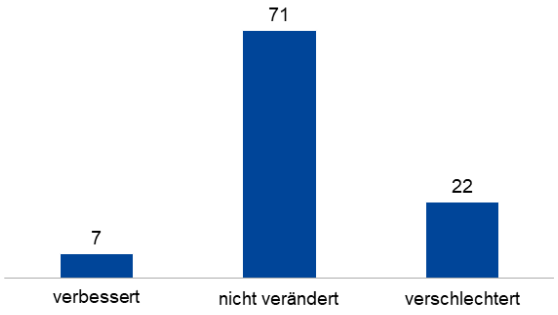
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung mit Online-Zugang

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Persönliche wirtschaftliche Situation in der Corona-Pandemie

März 2021



Parteianhänger

	verbessert	nicht verändert	verschlechtert
SPD	5	80	15
Grüne	8	77	15
CDU	6	76	17
FDP	10	69	21
AfD	10	55	34

Hat sich Ihre persönliche wirtschaftliche Situation während der Corona-Pandemie verschlechtert, verbessert oder nicht verändert?

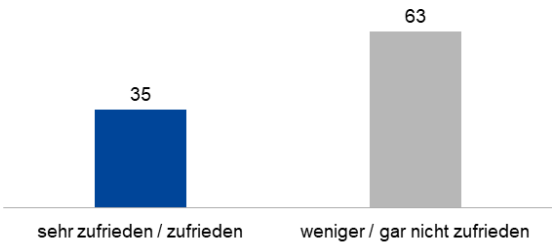
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement in Deutschland

März 2021



Parteianhänger

	sehr zufrieden / zufrieden	weniger / gar nicht zufrieden
CDU	53	46
Grüne	52	48
SPD	35	64
FDP	20	79
AfD	5	93

Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement in Deutschland?

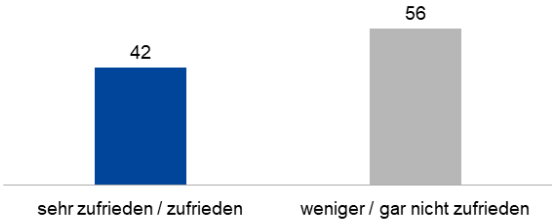
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

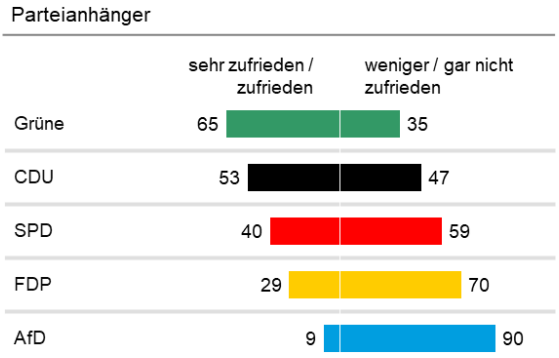
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement in Baden-Württemberg

März 2021





Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung in Baden-Württemberg?

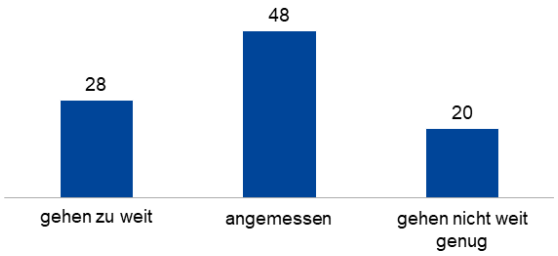
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

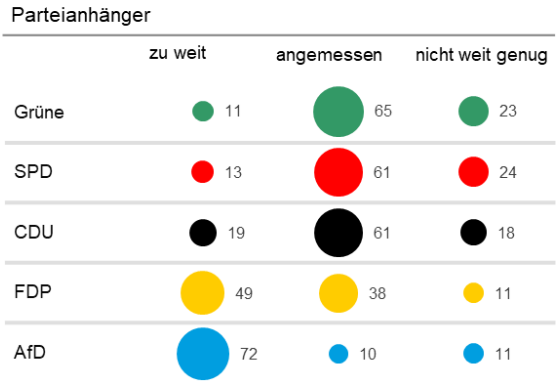
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Corona-Maßnahmen in Deutschland

März 2021





Sind aus Ihrer Sicht die geltenden Corona-Maßnahmen in Deutschland alles in allem angemessen, gehen sie zu weit oder gehen sie Ihnen nicht weit genug?

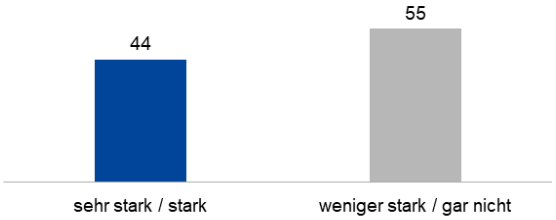
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

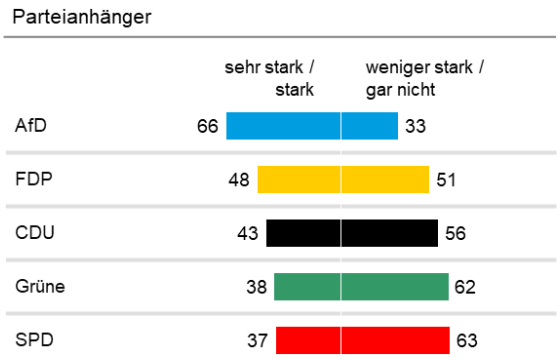
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Belastung durch Maßnahmen während der Corona-Pandemie

März 2021





Belasten Sie die Corona-Einschränkungen ganz persönlich in Ihrem Alltag…?

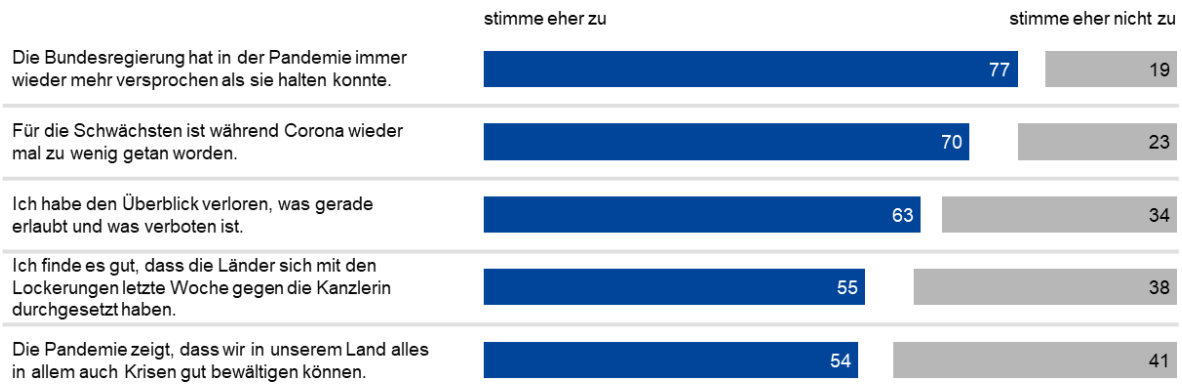
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Statements zur Corona-Pandemie

März 2021



Bitte geben Sie zu den folgenden Aussagen an, ob Sie ihnen eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

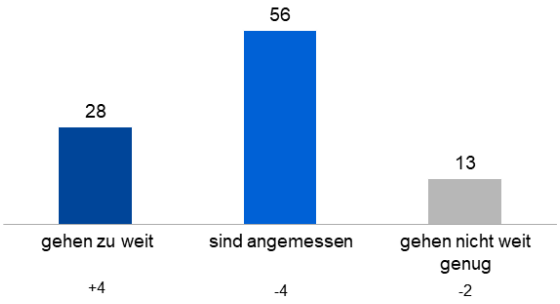
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

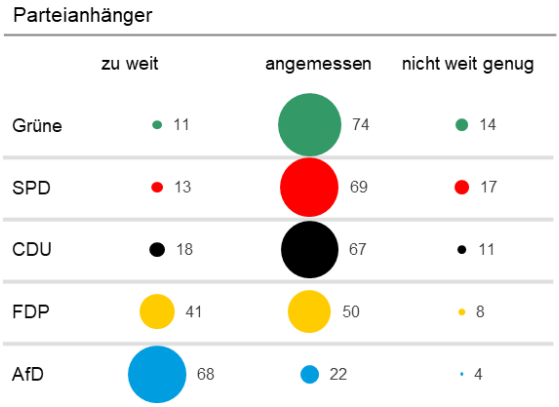
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Bewertung Corona-Maßnahmen

Oktober 2021





Insgesamt betrachtet, halten Sie die derzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Baden-Württemberg für angemessen? Gehen sie zu weit oder gehen sie nicht weit genug?

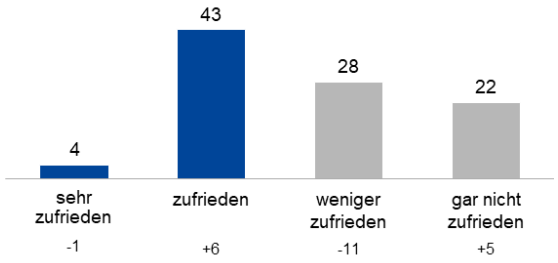
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Februar 2021
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

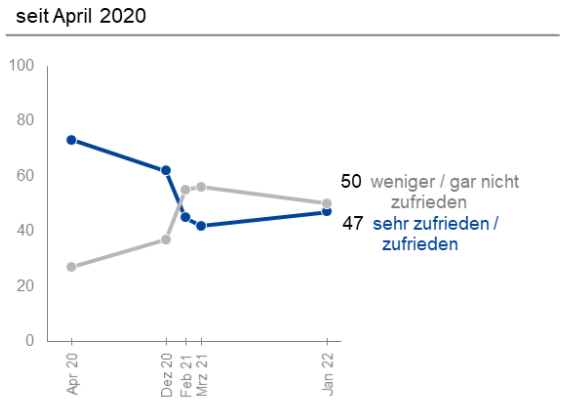
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Zufriedenheit mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung

Januar 2022





Wie zufrieden sind Sie mit dem Corona-Krisenmanagement der Landesregierung in Baden-Württemberg?

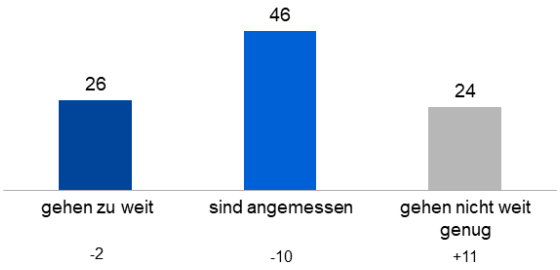
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu März 2021 („Baden-Württemberg vor der Wahl")
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

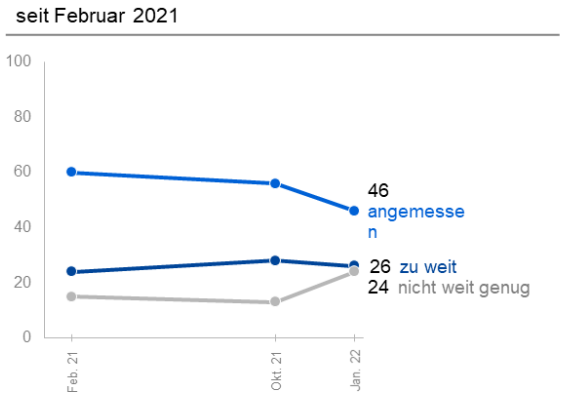
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie

Januar 2022





Insgesamt betrachtet, halten Sie die derzeitigen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in Baden-Württemberg für angemessen? Gehen sie zu weit oder gehen sie nicht weit genug?

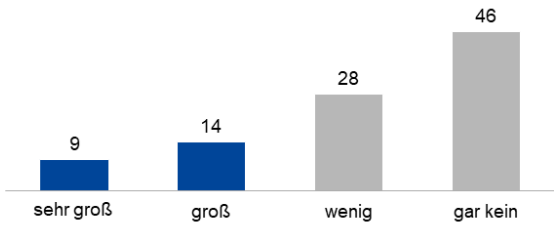
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent / Veränderungen in Prozentpunkten zu Oktober 2021
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

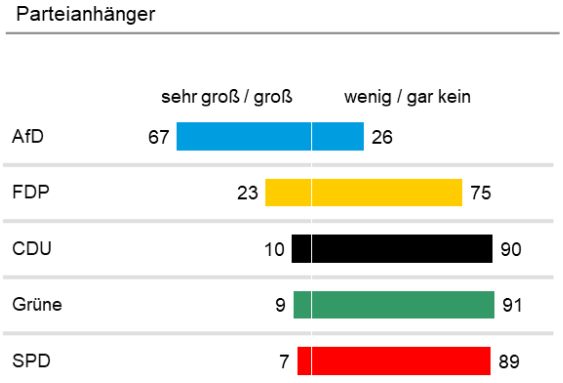
infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Verständnis für Corona-Proteste in Baden-Württemberg

Januar 2022





Auch in Baden-Württemberg ist es vermehrt zu Demonstrationen gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen gekommen. Haben Sie sehr großes, großes, wenig oder gar kein Verständnis für die Demonstrationen gegen die Corona-Politik?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Krise und das 5-K-Prinzip der Politik

- **K**risenmanagement-Mandat annehmen. Handlungsprimat Führung durch Exekutive: schnelle Reaktion, Awareness aussenden
- **K**ommunikation, kontinuierlich hohe Priorität: **K**larheit über **K**riterien der Steuerung und Entscheidungsfindung schaffen; Informationsmanagement! **K**eine vorschnellen Aussagen zur Kosten, Bewältigung [Dauer]
- **K**oordination des Krisenmanagements: in DE besonders vielschichtig: Bund-Länder-Kommunen; Behörden – Wirtschaft – Zivilgesellschaft. Krisenstäbe, MPK etc. wesentlich
- **K**onsultationen zur Legitimation und Einbindung: Parlament, gesell. Großorganisationen, Zivilgesellschaft, Experten(gremien) bis hin zu **K**onzertierten Aktionen
- **K**ursanpassungen und -korrekturen als Normalfall in einem Lernprozess annehmen und offensiv kommunizieren - und als Chance für Lehren für künftiges Krisenmanagement begreifen

infratest dimap

BSE

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

BSE-Krise: Wir die Landesregierung in BW ihrer Verantwortung gerecht?

Januar 2001

Glauben Sie, dass die baden-württembergische Landesregierung Ihrer Verantwortung in der aktuellen BSE-Krise gerecht wird oder glauben Sie das nicht?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

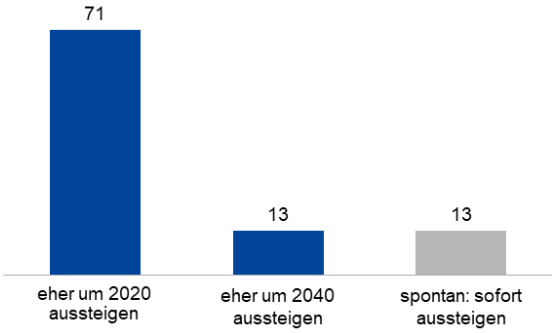
infratest dimap

Fukushima

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Reaktorkatastrophe Fukushima – Zukunft der Kernenergie in Deutschland

März 2011



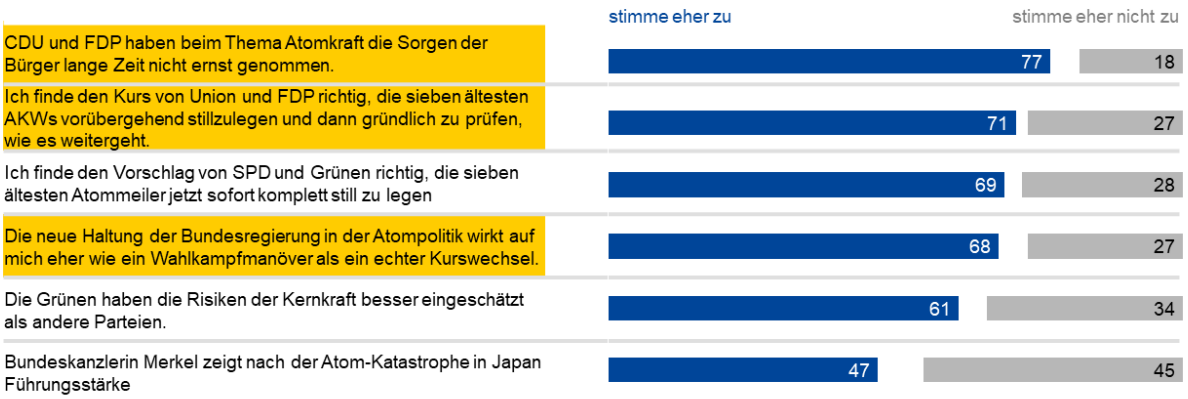
Zur Zeit wird darüber diskutiert, wie lange in der Bundesrepublik überhaupt noch Atomkraftwerke in Betrieb sein sollten. Politiker von Union und FDP wollen - wie bisher geplant - an der Stilllegung um das Jahr 2040 herum festhalten. Politiker von SPD und Grünen fordern dagegen, bis spätestens 2020 aus der Atomkraft auszusteigen Wann sollte Deutschland Ihrer Meinung nach aus der Atomkraft aussteigen: eher um 2020 oder eher um 2040?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Reaktorkatastrophe Fukushima – Zukunft der Kernenergie in Deutschland Statements Baden-Württemberg März 2011



Aufgrund der schweren Zwischenfälle in japanischen Atomkraftwerken wird derzeit auch in Deutschland über das Thema Atomkraft diskutiert. Ich lese ihnen nun einige Aussagen dazu vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie dieser Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

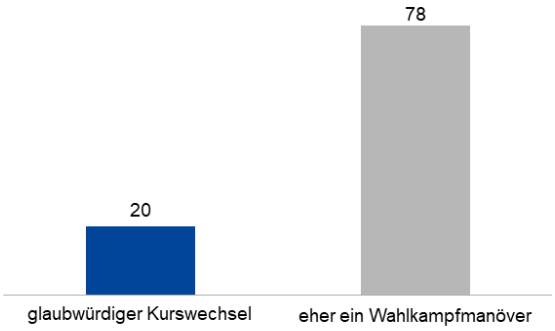
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Reaktorkatastrophe Fukushima – Reaktion der Bundesregierung

März 2011



Dilemma der Politik: reagiert sie entsprechend den Präferenzen muss sie Taktik-Vorwurf auf sich nehmen, tut sie dies nicht, wird ihr vorgeworfen, nicht auf veränderte Einstellungen des Wahlvolkes zu reagieren

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Laufzeitverlängerung für deutsche Atomkraftwerke für drei Monate auszusetzen und die sieben ältesten AKWs zumindest vorübergehend außer Betrieb zu nehmen. Ist das Ihrer Meinung nach eher ein glaubwürdiger Kurswechsel der Bundesregierung oder eher ein Wahlkampfmanöver?

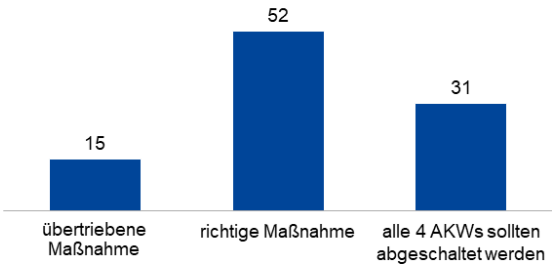
Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Reaktorkatastrophe Fukushima – Abschaltung von zwei der vier AKWs in BW

März 2011



In Baden-Württemberg gibt es vier Atomkraftwerke. Zwei ältere Meiler sind in den letzten Tagen abgeschaltet worden. War das Ihrer Meinung nach eine übertriebene Maßnahme, eine richtige Maßnahme oder sollten alle vier Atomkraftwerke in Baden-Württemberg abgeschaltet werden?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

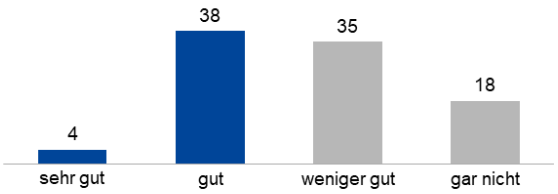
infratest dimap

Asyl/Flüchtlinge

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Asyl- und Flüchtlingskrise: Wie gut hat Landesregierung und Verwaltung die Flüchtlingssituation im Griff?

Dezember 2015

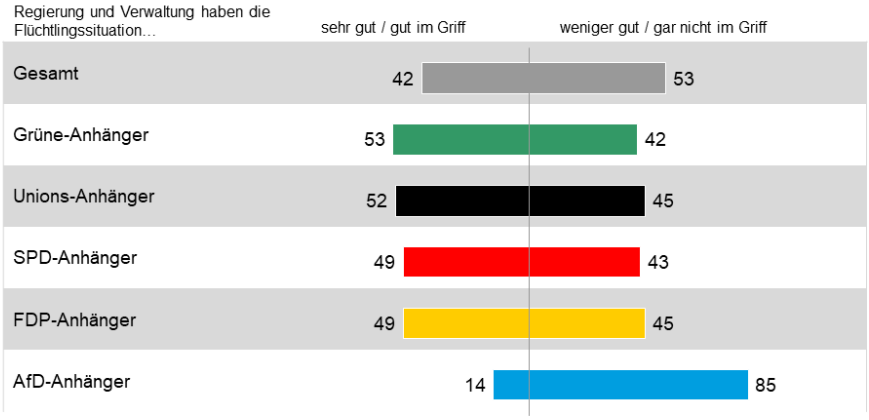


Und nun zum Thema Flüchtlinge: Wie gut haben in Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach die Landesregierung und die Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation im Griff? Würden Sie sagen...

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Management der Flüchtlingssituation
Parteianhänger



Frage: Und nun zum Thema Flüchtlinge: Wie gut haben in Baden-Württemberg Ihrer Meinung nach die Landesregierung und die Verwaltung die aktuelle Flüchtlingssituation im Griff? Würden Sie sagen…?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland / Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Asyl- und Flüchtlingskrise: Soll BW weitere Flüchtlinge aufnehmen?
Januar 2016

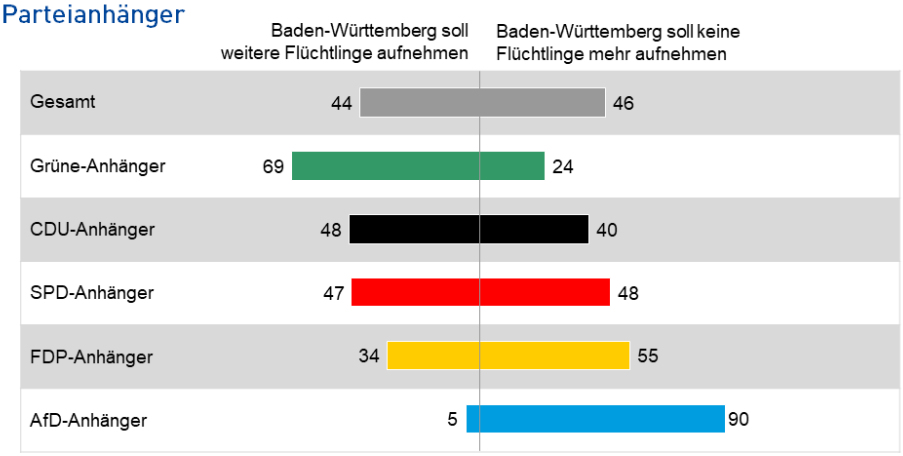
Derzeit wird viel über die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge diskutiert. Was meinen Sie? Soll das Land Baden-Württemberg weitere Flüchtlinge aufnehmen oder soll es keine Flüchtlinge mehr aufnehmen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Flüchtlingsaufnahme in Baden-Württemberg
Parteianhänger



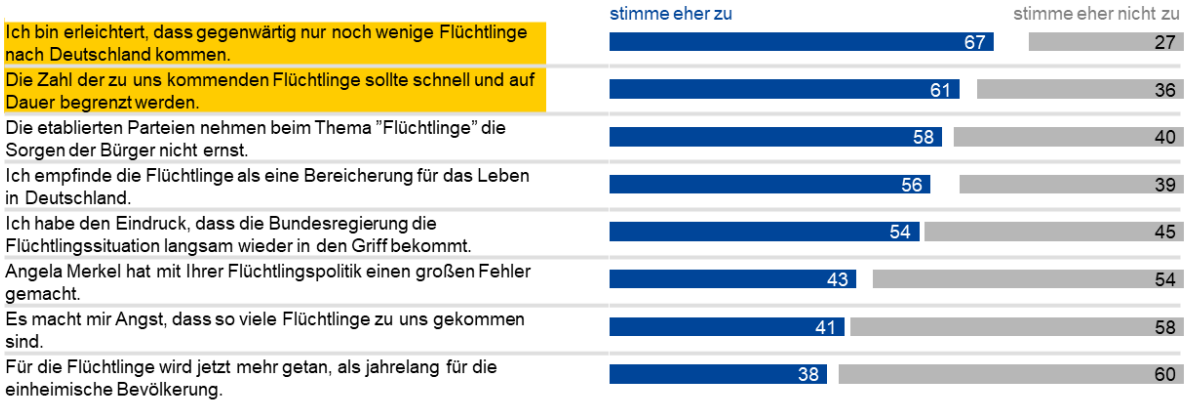
Frage: Derzeit wird viel über die Zahl der zu uns kommenden Flüchtlinge diskutiert. Was meinen Sie? Soll das Land Baden-Württemberg weitere Flüchtlinge aufnehmen oder soll es keine Flüchtlinge mehr aufnehmen?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung im Bundesland / Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Enquete Kommission Krisenfeste Gesellschaft – Dr. Nico A. Siegel

Asyl- und Flüchtlingskrise
März 2016



Aufgrund der schweren Zwischenfälle in japanischen Atomkraftwerken wird derzeit auch in Deutschland über das Thema Atomkraft diskutiert. Ich lese ihnen nun einige Aussagen dazu vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie dieser Aussage eher zustimmen oder eher nicht zustimmen.

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte im Bundesland
Werte in Prozent
Fehlende Werte zu 100 Prozent: Weiß nicht / keine Angabe

infratest dimap

Krisen im Dialog erkennen, bewältigen, vermeiden

Impuls für die Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft" Dr. Stefan Kroll, Stuttgart, am 24. Juni 2022

Gliederung

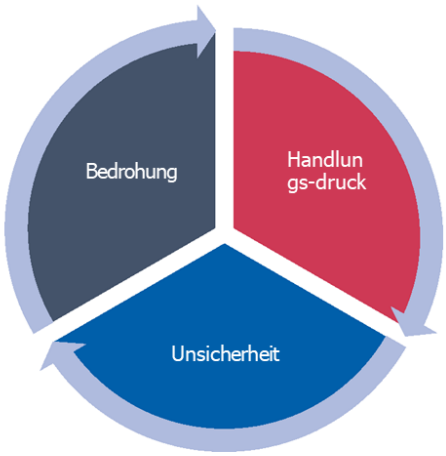
/ „Krise" heißt entscheiden (müssen)

/ Krisen-Konzepte

/ Krisen im Dialog zwischen Politik / Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft regulieren

„Krise“ heißt entscheiden

/ In der **Krise** können die schlimmsten Folgen einer **Bedrohung** durch die richtigen **Entscheidungen** noch **abgewendet** werden.



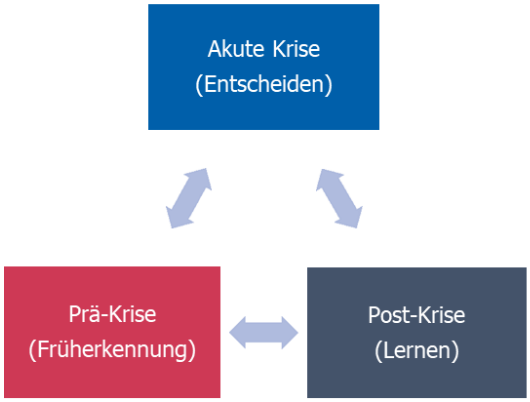
Alles „Krise“, oder was?

/ Krisen**wahrnehmung: subjektive** und **objektive** Dimension

/ Akute und **latente** Krisen

/ **Entgrenzte** Krisen

/ Aus Krisen **lernen**



Krisenwahrnehmung

/ **„Krisen“** sind dann Krisen in ihren **gesellschaftlichen und politischen Folgen**, wenn sie von einer **breiten Öffentlichkeit** als Krisen **wahrgenommen** werden. Es besteht die Gefahr einer **Instrumentalisierung** der Krise für politische Zwecke (Rosenthal und Kouzmin 1997).

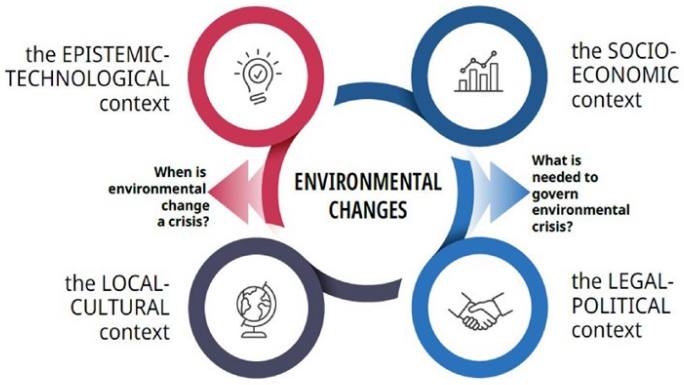
Akute und latente Krisen

/ Latente Krisen sind keine Krisen im eigentlichen Sinn. Es sind Bedrohungen, die in der breiten Öffentlichkeit **(noch) nicht als Krisen wahrgenommen** und daher von verantwortlichen Akteuren **nicht** als Krisen **adressiert** werden. Das **steigert die Gefahren**, die von diesen Bedrohungen ausgehen. **Expert*innen** kommt eine besondere Rolle für das **Erkennen** latenter Krisen zu (Boin et al. 2020).

Grenzübergreifende Krisen

/ Krisen überschreiten **geographische Grenzen** und Grenzen zwischen **unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen.** Krisen**management** muss daher **kooperativ** auch über Grenzen hinweg erfolgen und unterschiedliches **Fachwissen** einbinden. (Boin und Rhinard 2008)

Die Kontextabhängigkeit von Krisen (Beispiel Umweltkrisen)



Aus der Krise lernen

/ Jede Krise ist für sich **einzigartig**, dennoch sind Krisen über **Lernprozesse** miteinander verbunden. Lernen muss gewollt sein und mit einer **Fehlerkultur** verbunden sein. Das Lernen zu einem **spezifischen Krisenfeld** unterscheidet sich von einem Lernen zu **allgemeinen Krisendynamiken**.

Krisen-Dialog: Prävention und Regulierung

/ **Erwartungen** und **Rollen**

/ **Kontinuierlicher** Dialog (**Vertrauen**, Prozesse, Formate)

/ Standards und **Qualitäts**sicherung

Literatur:

Bethke, Felix S.; Wolff, Jonas (2020): COVID-19 and shrinking civic spaces: patterns and consequences. In: Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung (9), S. 363–374.

Boin, Arjen; Ekengren, Magnus; Rhinard, Mark (2020): Hiding in plain slight. Conceptualizing the creeping crisis. In: Risk, Hazard & Crisis in Public Policy 11 (2), S. 116–138.

Boin, Arjen; Hart, Paul 't; Kuipers, Sanneke (2018): The Crisis Approach. In: Havidán Rodriguez, William Donner und Joseph E. Trainor (Hg.): Handbook of Disaster Research. Cham: Springer International Publishing,, S. 23–38.

Boin, Arjen; Rhinard, Mark (2008): Managing Transboundary Crises. What Role for the European Union? In: International Studies Review 10, S. 1–26.

Borbáth, Endre; Hunger, Sophia; Hutter, Swen; Oana, Ioana-Elena (2021): Civic and political engagement during the multifaceted COVID-19 crisis. In: Swiss Political Science Review 27 (2). Online verfügbar unterhttps://doi.org/10.1111/spsr.12446.

Bösch, Frank; Deitelhoff, Nicole; Kroll, Stefan; Thiel, Thorsten (2020): Für eine reflexive Krisenforschung. Zur Einführung. In: Frank Bösch, Nicole Deitelhoff und Stefan Kroll (Hg.): Handbuch Krisenforschung. Wiesbaden: Springer VS.

Brändström, Annika; Bynander; Hart, Paul 't (2004): Governing by looking back. Historical analogies and crisis management. In: Public Administration 28 (1), S. 191–210.

Brinks, Verena; Ibert, Oliver (2020): Krisenberatung. Sachliche und prozessuale Expertise in Krisen. In: Frank Bösch, Nicole Deitelhoff und Stefan Kroll (Hg.): Handbuch Krisenforschung. Wiesbaden: Springer VS, S. 249–265.

Europäische Kommission (2021): Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2021. Die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der Europäischen Union. Brüssel. Online verfügbar unter https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0700&from=EN.

Koselleck, Reinhart (1982): Krise. In: Otto Brunner, Werner Conze und Reinhart Koselleck (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Band 3, H - Me. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 617–650.

Mergel, Thomas (2012): Krisen als Wahrnehmungsphänomene. In: Thomas Mergel (Hg.): Krisen verstehen. Historische und kulturwissenschaftliche Annäherungen. Frankfurt / New York: Campus Verlag, S. 9–22.

Rosenthal, Uriel; Charles, Michael T.; Hart, Paul 't (Hg.) (1989): Coping with crises: The management of disasters, riots and terrorism. Springfield: Charles C. Thomas.

Rosenthal, Uriel; Kouzmin, Alexander (1997): Crises and Crisis Management. Toward Comprehensive Government Decision Making. In: Journal of Public Administration Research and Theory 7 (2), S. 277–304.

Sztompka, Piotr (1984): The global crisis and the reflexiveness of the social system. In: Edward A. Tiryakian (Hg.): The global crisis. Sociological analyses and responses. Leiden: Brill, S. 45–58.

„Krisenfeste Gesellschaft“

Dorothee Kimmich, Universität Tübingen

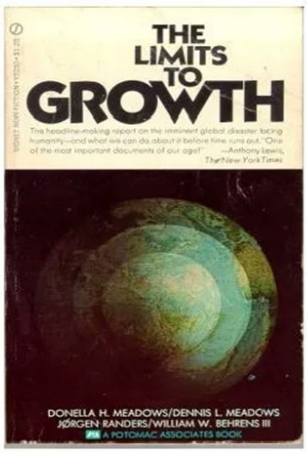
24.06.2022

Crisis – what crisis?

Haben wir eine Krise?
Hatten wir eine Krise?
Wer genau hat die Krise?

The Limits to Growth

Club of Rome-Bericht (1972)



Politik:

Κρίσις (Krisis) meint in der Antike vor allem die Recht setzende Entscheidung.

Also:

Wahlentscheidungen

Regierungsbeschlüsse oder die

Entscheidung, einen Krieg zu beginnen (oder nicht).

Medizin:

Krise meint hier die Periode des Krankheitsverlaufs, in der sich entscheidet, ob der/die Kranke überlebt und gesund wird oder stirbt.

Entweder-oder:

Immer handelt es sich um lebensentscheidende Alternativen, die auf die Frage antworten sollten, was gerecht oder ungerecht, heilsbringend oder verderbend, gesundheitsstiftend oder tödlich sein würde.

Geschichte

wird ab dem 18. Jahrhundert als ständige Veränderung in eine unbekannte Zukunft hinein empfunden: positiv oder negativ.

Alle Bereiche:

„Krise“ wird zur strukturellen Signatur der Neuzeit.

Von Krisen ist in allen Bereichen und Wissenschaften, in Alltag und Politik die Rede.

Der Begriff meint Unruhe, Konflikt, Störung, Revolution oder sogar Krieg.

Er ist nicht mehr trennscharf.

Kontingenz:

Der moderne Krisenbegriff ist durch Kontingenzerfahrung gekennzeichnet.

Also durch die (plötzliche) Erfahrung und Erkenntnis, dass alles auch ganz anders sein könnte.

Die wiederkehrenden Krisenphasen werden zu einer andauernden, allgemeinen und auf allen Gebieten stattfindenden Wahrnehmung der Tatsache, dass alles auch ganz anders sein könnte.

Krisenerfahrung ist das Gegenteil von Selbstwirksamkeit.

„Krisenfest“: Ein neues Wort für resilient?

Wie stellen wir uns eine „krisenfeste“ Gesellschaft vor?

Gesund?

Widerstandsfähig?

Stabil?

Bounce back

In der **Resilienz-Forschung** spricht man **von der Fähigkeit zum bounce back.**

In der Physik und den Ingenieurs-wissenschaften wird Resilienz seit langem verwendet, um die Widerstandsfähigkeit von Materialien und Strukturen zu bewerten.

Doch sollen wir Resilienz-Konzepte auch nutzen, um gesellschaftliche, soziale oder individuelle Systeme und deren Verhalten gegenüber Schocks und Störungen zu analysieren?

Krisenfester Staat?

Belonging: Ein Konzept für krisenfeste Gesellschaften?

spatiality,
intersectionality,
multiplicity,
materiality,

Krisenszenarien – Auswirkungen auf Kriminalität und Kriminalitätskontrolle

Prof. Dr. Frank Neubacher M.A.
Institut für Kriminologie, Universität zu Köln

Vorbemerkungen:
- Präsentation „jenseits“ der klassischen Kriminologie
- im Mittelpunkt: Risiko-Szenarien
- keine „Rezepte“ oder Strategien

Vorweg ...

Kriminologie
ist die Wissenschaft vom abweichenden Verhalten und den gesellschaftlichen Reaktionen darauf.
(*"the scientific study of the making of laws, the breaking of laws and of society's reaction to the breaking of laws"* – Edwin Sutherland)

Allgemeine Kriminalitätslage ist – kurz gesagt – gut.

Krisen
„Klimakrise", „Ressourcenkrise", „Migrationskrise", „Vertrauenskrise", transnationale Kriminalitätsphänomene (Cybercrime, organisierte Kriminalität) – und natürlich Ukraine-Krieg

Globale Krisen haben lokale (direkte oder indirekte) Auswirkungen.

Klimawandel, Umweltveränderungen

- **Umweltkrisen:**
  > **Klimakrise** (Extremwetter)
  > **Ressourcenkrise** (z.B. Wasser)
  > **Verschmutzung** (Boden, Luft, Wasser)
  > **Artenverlust/Biodiversität** (wildlife crime)

- **Folgen: Belastungsproben für Menschen („strain")**

  > Verlust von **Lebensgrundlagen** (Wüstenbildung, Anstieg Meeresspiegel, Dürren/Überschwemmungen, Nahrungsmittelknappheit) > Zunahme von Spannungen und **Konflikten** (national/international)

Fotos: Kenia 2018, Namibia 2015 (F. Neubacher)

Klimawandel, Umweltveränderungen

- **Folgen: Kriminalitätsrisiken** wachsen
  ... mit Anpassungsdruck und negativen Emotionen
  ... mit Einbußen an sozialer Kontrolle (z.B. abgeschnittene Regionen)
  ... mit zunehmenden Tatgelegenheiten
  (z.B. Viktimisierung im ländlichen Tansania, Hurrikan „Katrina“ 2005)

kurzum ... mit dem Verlust an sozialer Ordnung

Foto lks.: New Orleans, August 2005 (U.S.Coast Guard, gemeinfrei)
Foto re.: Flut im Ahrtal, Juli 2021 (Steve Buissinne, gemeinfrei)

Konflikte, Kriege

Foto: Butscha, April 2022 (Efrem Lukatsky, dpa)

- **politische Konflikte** (z.B. Ukrainekrieg),
  Ressourcenkonflikte (z.B. Darfur)

- **Folgen**
  > Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Genozid?
  > Migration
  > politische Polarisierung auch im Ausland
  (z.B. Russen im Ausland, Türken im Ausland nach Putsch 2016)

- Insbesondere
  > **„polit. motivierte Ausländerkriminalität“** (Spionage, polit. Morde)
  > **Relevanz des Völkerstrafgesetzbuches** (VStGB)
  (z.B. Verurteilungen ruandischer Bürgermeister bzw. syrischer Offiziere durch deutsche Gerichte)

Cybercrime

- v.a. kriminelle/finanzielle Motive, z.T. auch staatlich geduldet (Ausland)

- hohes Gefahrenpotenzial:
  - **digitale Erpressungen** (ransomware)
  - Angriffe auf **kritische Infrastruktur**
    (Gesundheit, Kommunikation, Energie, Strom, Wasser)

ALLE DATEN VERSCHLÜSSELT

Hackerangriff legt Landkreisverwaltung von Anhalt-Bitterfeld lahm

von MDR SACHSEN-ANHALT
Stand: 07. Juli 2021, 16:46 Uhr

- Überlappung mit **organisierter Kriminalität**

Cybercrime

- **hohes Risiko, hohe Schäden**: „Neben monetären Schäden beeinträchtigen derartige Angriffe auch die Funktionsfähigkeit des Gemein-wesens." (BKA 2022)

Schadensdimension und Profit

Ø-Ransom 2021: 204.695 US-Dollar.	Jährlicher Schaden durch Ransomware	Profit durch Ransomware-Gruppierungen 2021:
Ø-Ransom 2020: 169.446 US-Dollar [a]	2021: ca. 24,3 Mrd. Euro.	602 Millionen US-Dollar [c].
Anstieg um 21%	2019: ca. 5,3 Mrd. Euro [b]	
	Das Schadenspotenzial von Ransomware nimmt rasant zu.	

Quelle: BKA, Cybercrime Bundeslagebild 2021, 2022, S. 2

a = **Aggregierte Daten des Incident-Response-Dienstleisters Coveware, abrufbar unter:** https://www.coveware.com/blog
b = **Bitkom e.V, Wirtschaftsschutzbericht 2021, 05.08.2021, abrufbar unter:** https://www.bitkom.org/sites/default/files/2021-08/bitkom-slides-wirtschaftsschutz-cybercrime-05-08-2021.pdf
c = **Chainalysis, Crypto Crime Report 2022, 10.02.2022, Exzerpt abrufbar unter:** https://blog.chainalysis.com/reports/2022-crypto-crime-report-preview-ransomware/

- **Defizite** bei Aufklärung, Verfolgung und Geldwäschebekämpfung

Vertrauenskrise, Polarisierung

- Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik?
- **Polarisierung, Radikalisierung** (z.B. in der Corona-Pandemie)
- Erstarken der politischen Ränder

dbb-Bürgerbefragung 2021

		Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme	
		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert *)
		%	%
insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
	2021	45	51

Jeweils 20 Prozent der Befragten, die glauben, der Staat sei überfordert, sind der Ansicht, der Staat sei vor allem mit der Bewältigung der Corona-Krise bzw. dem Klima- und Umweltschutz überfordert. 19 Prozent sehen den Staat im Bereich der Schul- und Bildungspolitik, 15 Prozent im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik als überfordert an.

Jeweils 11 Prozent sehen eine Überforderung des Staates bei den sozialen Sicherungssystemen bzw. der Rente oder bei der sozialen Gerechtigkeit, jeweils 10 Prozent bei der inneren Sicherheit und der Gesundheitsversorgung.

Quelle: https://www.dbb.de/fileadmin/user_upload/globale_elemente/pdfs/2021/forsa_2021.pdf

Vertrauenskrise, Polarisierung

- **Zunahme von Kriminalität:**

  > sog. **Hass-/Vorurteils-Kriminalität**

  > **Gewalt gegen Polizei** (Angriffe auf Polizeivollstreckungsbeamte)

  > Kriminalität „im Zusammenhang mit Migration“
  (insbes. gegen Zuwandernde gerichtete Kriminalität)

Literatur

- **Agnew, Robert**: Dire Forecast: A theoretical model of the impact of climate change on crime, *Theoretical Criminology* 2012, 21-42
- **BKA**: Cybercrime Bundeslagebild 2021, Wiesbaden 2022 (https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/Cybercrime/cybercrimeBundeslagebild2021.pdf;jsessionid=9A621C8AC03B2FB287119B64E4847DF1.live302?__blob=publicationFile&v=5)
- **BKA**: Bundeslagebild Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2020, Wiesbaden 2021 (https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung/KriminalitaetImKontextVonZuwanderung_2020.html;jsessionid=3A04C6478AD2CC3F6E4A92C42A9_73548.live301?nn=62336_)
- **Haverkamp, Rita**: Steigende Temperaturen und hitzigere Gemüter? – Globale Erderwärmung und Kriminologie, *Neue Kriminalpolitik* 2020, 458-474
- **Neubacher, Frank:** Big Shots – Großwildjagd, globale Märkte und die Kriminologie, in: Beisel, Horst u.a. (Hrsg.), Festschrift für Dieter Dölling, Baden-Baden 2022, S. 805-818 (im Erscheinen)
- **Neubacher, Frank**: Kriminologie, 4. Auflage, Baden-Baden 2020 (5. Auflage erscheint 2023)
- **Neubacher, Frank / Bögelein, Nicole (Hrsg.)**: Krise – Kriminalität – Kriminologie, Mönchengladbach 2016 (http://www.krimg.de/drupal/files/9783942865661.pdf)
- **White, Rob**: Climate Change Criminology, Bristol University Press 2018

Institut für Kriminologie | Prof. Dr. iur. Frank Neubacher M.A. | 24. Juni 2022 | Enquetekommission

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung universität wien

Krisenfeste Gesellschaft – eine Analyse aus der Risiko- und Katastrophenvorsorge

Thomas Glade

Grundlagen | Beispiele | Definitionen | Herausforderungen | Empfehlungen

Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ - 24. Juni 2022, Stuttgart

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung universität wien

Hintergrund …

*Die Enquetekommission soll **Handlungsempfehlungen** erarbeiten, die das Ziel haben, das **baden-württembergische Gemeinwesen für die Zukunft resilienter und krisenfester** aufzustellen. Dabei soll sie sich insbesondere auf die Erarbeitung solcher Handlungsempfehlungen konzentrieren, die ihre **Wirkung im Zeitraum nach Abschluss ihrer Tätigkeit** entfalten können, auf **Landesebene umsetzbar** sind und den **Fokus auf die Umstände von Krisen** setzen.*

Anhörung zum Thema:

Definition und Erarbeitung eines Grundverständnisses des Begriffs „Krise“ für die weitere Arbeit der Enquetekommission

https://www.pinterest.de/pin/152840981073913377/?amp_client_id=CLIENT_ID(_)&mweb_unauth_id=&simplified=true

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung

universität wien

Einige Grundlagen …

Krise – allgemeine Defintion

Schwierige Lage, Situation, Zeit [die den Höhe- und Wendepunkt einer gefährlichen Entwicklung darstellt]

Schwierigkeit, kritische Situation

Zeit der Gefährdung, des Gefährdetseins

Anwendungen

Ökonomie

Versicherungswesen

Medizin

Militär

Soziale Kontexte (u.a. Psychologie, Soziologie)

Naturwissenschaftliche Zugänge (u.a. Physik, Geologie, Meteorologie, Biologie, Hydrologie, Geographie)

Medien

Rechtswissenschaften

Etc.

Globale Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

The West just experienced an aspect of the climate crisis that scientists have warned of for years

By **Rachel Ramirez** and **Brandon Miller**, CNN

Updated 0412 GMT (1212 HKT) June 17, 2022

https://edition.cnn.com/2022/06/16/us/southwest-drought-flooding-climate/index.html - aufgerufen 20.06.2022

Globale Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Water crisis grips Cape Town, South Africa, after drought stretching years

Authorities warn Cape Town is less than three months away from the situation becoming so dire that the city must shut off its taps.

These tree trunks were submerged when the Theewaterskloof Dam in Villiersdorp, South Africa, was full. Nic Bothma / EPA

https://www.nbcnews.com/news/world/water-crisis-hits-cape-town-south-africa-day-zero-looms-n841881 - aufgerufen 20.06.2022

Globale Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Neuer Klimabericht

Naturkatastrophen verursachen deutlich mehr Schäden als im Vorjahr

Von Hurrikan »Ida« bis hin zu Überschwemmungen in Deutschland und China: Umweltkatastrophen haben die Welt dieses Jahr 22,6 Milliarden Euro mehr gekostet als noch 2020 – auch wegen des Klimawandels.

27.12.2021, 13.17 Uhr

Ein Teil eines Daches wurde durch Hurrikan Ida in New Orleans zerstört Foto: Eric Gay / dpa

https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/auch-wegen-des-klimawandels-naturkatastrophen-verursachen-groessere-finanzielle-schaeden-a-053c9a86-3a0d-4457-a074-4374b9f79c7f - aufgerufen 20.06.2022

Globale Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

„ERWARTE DAS UNERWARTETE"

Forscher sehen neues Zeitalter der Krisen

Die Expertinnen und Experten des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (SIPRI) sehen die Menschen in eine unsichere Zukunft gehen. In ihrem neuen Bericht ist von einer „neuen Ära komplexer und oft unvorhersehbarer Risiken" die Rede. Die Entscheidungsträger seien darauf nicht ausreichend vorbereitet, so das Fazit.

23. Mai 2022, 0.01 Uhr

Teilen

Reuters/Ahmad Masood

https://orf.at/stories/3267261/ - aufgerufen 20.06.2022

Nationale Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Klimawandel in Deutschland

Die Klimakrise gefährdet Ihre Gesundheit

Die unterschätzte Naturgefahr Hitze, Dürre oder Krankheiten: Eine Risikoanalyse zeigt, wie Deutschland 2050 aussehen könnte – und wie das Land sich anpassen kann.

Von **Alexandra Endres**

14. Juni 2021, 16:31 Uhr / 917 Kommentare /

Nicht jeder kann sich in der Hitze drinnen schützen. © Wolfgang Kumm/AP/dpa

https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2021-06/klimakrise-deutschland-klimawandel-gesundheitsrisiko-duerre-hitze-krankheiten-risikoanalyse-zukunftsforschung-2050 - aufgerufen 20.06.2022

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Nationale Beispiele von Krisen

Waldbrand in Brandenburg

Hunderte müssen ihre Häuser verlassen

Aus der Luft und am Boden kämpfen Hunderte Einsatzkräfte im trockenen Kiefernwald bei Treuenbrietzen gegen Feuer. Besondere Gefahr droht auf einem ehemaligen Militärgelände.

19.06.2022, 18.15 Uhr

Ein Bundeswehrhubschrauber schöpft Löschwasser aus einem Baggersee Foto: Stephanie Pilick / dpa

https://www.spiegel.de/panorama/waldbrand-in-treuenbrietzen-hunderte-muessen-ihre-haeuser-verlassen-a-60b6d18a-d707-4149-9139-0146477fccd0?dicbo=v2-9b9e20727de742b180ce0d57fdf25402 - aufgerufen 20.06.2022

Nationale Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Weltschadensbilanz 2021

Flutkatastrophe im Rheinland zweitteuerste Naturkatastrophe weltweit

280 Milliarden Dollar – so beziffert eine Analyse die Schäden durch Stürme oder Überflutungen im vergangenen Jahr. Mitverantwortlich dafür sei der Klimawandel. Besonders groß waren die Auswirkungen von Tief »Bernd«.

11.01.2022, 08.39 Uhr

Zerstörtes Haus im Ahrtal: »Der Klimawandel hat solche Ereignisse wahrscheinlicher gemacht« Foto: Boris Roessler / dpa

https://www.spiegel.de/wirtschaft/weltschadensbilanz-2021-flutkatastrophe-im-rheinland-zweitteuerste-naturkatastrophe-weltweit-a-96925313-1e1b-4505-92e3-0555be365f94 - aufgerufen 20.06.2022

BW Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Schwarzwald

Vier Wohnhäuser nach Erdrutsch evakuiert

In einem Wohngebiet im baden-württembergischen Schopfheim mussten einige Bewohner nach einem Erdrutsch ihre Häuser verlassen. Der Bereich ist den Behörden zufolge weiter akut gefährdet.

03.02.2021, 12.54 Uhr

Nach Schneeschmelze und Regen: Erdrutsch in Schopfheim Foto: Feuerwehr Schopfheim

https://www.spiegel.de/panorama/schopfheim-im-schwarzwald-vier-wohnhaeuser-nach-erdrutsch-evakuiert-a-bd90a34e-b580-4661-988b-beab588f9510 - aufgerufen 20.06.2022

BW Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

HITZE UND TROCKENHEIT

Böschung bei Triberg entzündet sich wohl selbst

STAND: 20.6.2022, 12:25 UHR

https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/waldstueck-bei-triberg-entzuendet-sich-selbst-102.html - aufgerufen 20.06.2022

BW Beispiele von Krisen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Unter anderem ein Dachstuhl geriet in Flammen.

Foto: adobe.stock.com - (pusteflower9024)

Startseite › Baden-Württemberg

Brände und Schäden nach Gewitter in Baden-Württemberg

https://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel,-Braende-und-Schaeden-nach-Gewitter-in-Baden-Wuerttemberg-_arid,1716999.html - aufgerufen 20.06.2022

Bevölkerungsschutz

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung universität wien

Zu unterscheiden: *Notfall, Krise, Katastrophe*

Alltagssprachlich: Negativ bewertete Situation

Bezug Bevölkerungsschutz:

- des bereits eingetretenen oder zu erwartenden Schadensausmaßes, das vom Notfall über die Krise zur Katastrophe zunimmt
- der Art und Weise, wie den betreffenden Situationen begegnet werden kann

Bevölkerungsschutz

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung universität wien

Notfall

im BBK-Glossar eine „die Allgemeinheit betreffende Situation“ zu verstehen, „die neben Selbsthilfemaßnahmen des Einzelnen staatlich organisierte Hilfeleistung erforderlich macht“

(BBK 2011, S. 20)

D.h. über die individuelle Ebene hinausgehende Betroffenheit und die Notwendigkeit, externe, durch das Hilfeleistungssystem bereitgestellte Leistungen in Anspruch zu nehmen

Bevölkerungsschutz

Krise

„vom Normalzustand abweichende Situation mit dem Potenzial für oder mit bereits eingetretenen Schäden an Schutzgütern“ …. , „die mit der normalen Ablauf- und Aufbauorganisation nicht mehr bewältigt werden kann, so dass eine Besondere Aufbauorganisation (BAO) erforderlich ist“.

Krisen wird mit Maßnahmen des Krisenmanagements begegnet, welches operative und kommunikative Elemente enthält und „alle Maßnahmen zur Vermeidung von, Vorbereitung auf, Erkennung, Bewältigung sowie Nachbereitung von Krisen“ umfasst.

(BBK 2011, S. 17)

Bevölkerungsschutz

Krisenmanagement

BBK: Ziel, „eine schnellstmögliche Zurückführung der eingetretenen außergewöhnlichen Situation in den Normalzustand“ zu unterstützen. Damit ***bei Eintritt*** eines Krisenfalls die notwendigen Krisenmanagement-maßnahmen greifen, müssen bereits ***im Vorfeld*** die „konzeptionellen, organisatorischen und verfahrensmäßigen Voraussetzungen“ gesetzt sein.

(BBK 2011, S. 17)

BABS: Krise bezeichnet eine ungünstige Lageentwicklung mit einem ungewissen Ausgang, die grundlegende Entscheidungen und besondere Anstrengungen der Entscheidungsträger erfordert, um eine Wende herbeizuführen.

(BABS 2013, S. 26)

Bevölkerungsschutz

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung universität wien

Katastrophe

„Der nicht-militärische Ursprung der Gefahrenlage“ aus gesetzlicher Sicht zu einer „ungeschriebene[n] Voraussetzung des Katastrophenbegriffs“

(Walus 2012, S. 86)

Der Begriff „Katastrophe“ ist in den jeweiligen Ländergesetzen definiert und bezieht sich typischerweise auf 3 Elemente:

1. „Schädigung bestimmter Schutzgüter“,
2. „Erfordernis einer einheitlichen Leitung“,
3. „Verstärkung vorhandener bzw. der Heranziehung zusätzlicher Ressourcen“.

nach Gusy (2013, S. 208)

Zentral hierbei: **Externe Hilfe** ….

A serious disruption of the functioning of a community or a society involving widespread human, material, economic or environmental losses and impacts, which ***exceeds the ability of the affected community or society to cope using its own resources***.

UNISDR (2009, S. 9)

Bevölkerungsschutz

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung universität wien

Vulnerabilität

Im dt. Sprachgebrauch: Vulnerabilität = Verwundbarkeit = Verletzlichkeit

BBK: Vulnerabilität definiert als „Maß für die anzunehmende Schadensanfälligkeit eines Schutzgutes in Bezug auf ein bestimmtes Ereignis“

(BBK 2011, S. 28)

Vulnerabilität bezieht sich auf unterschiedliche Kategorien von Schutzgütern und verschiedene Ebenen und beinhalten neben sozialen Gruppen – von Haushalten, über Dorfgemeinschaften bis zu ganzen Gesellschaften – auch Individuen.

(Cutter 2013)

UNISDR: Vulnerabilität bestimmt durch „various physical, social, economic, and environmental factors“

(UNISDR 2009, S. 30)

Bevölkerungsschutz

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Resilienz

BMBF: „*die Toleranz oder Widerstandsfähigkeit eines Systems vor störenden äußeren Einflüssen*“.

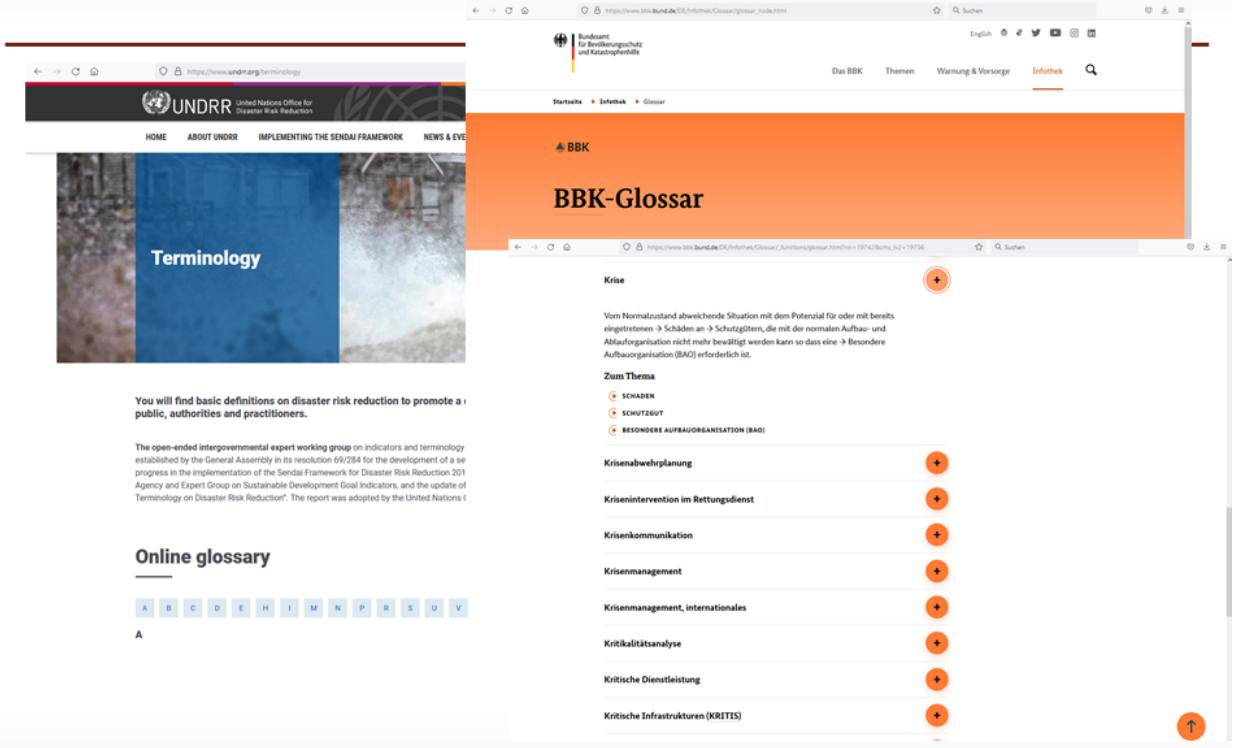
(Bundesministerium für Bildung und Forschung - BMBF 2012, S. 51)

BMZ-Strategie zur entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe (ESÜH-Strategie): … „*die Fähigkeit von Menschen und Institutionen – seien es Individuen, Haushalte, Gemeinden oder Staaten – , akute Schocks oder chronische Belastungen (Stress) aufgrund von fragilen Situationen, Krisen, gewaltsamen Konflikten und extremen Naturereignissen zu bewältigen, sich anzupassen und sich rasch zu erholen, ohne mittel- und langfristige Lebensperspektiven zu gefährden*“

(Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - BMZ 2013, S. 7).

Glossare für Fachtermini

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

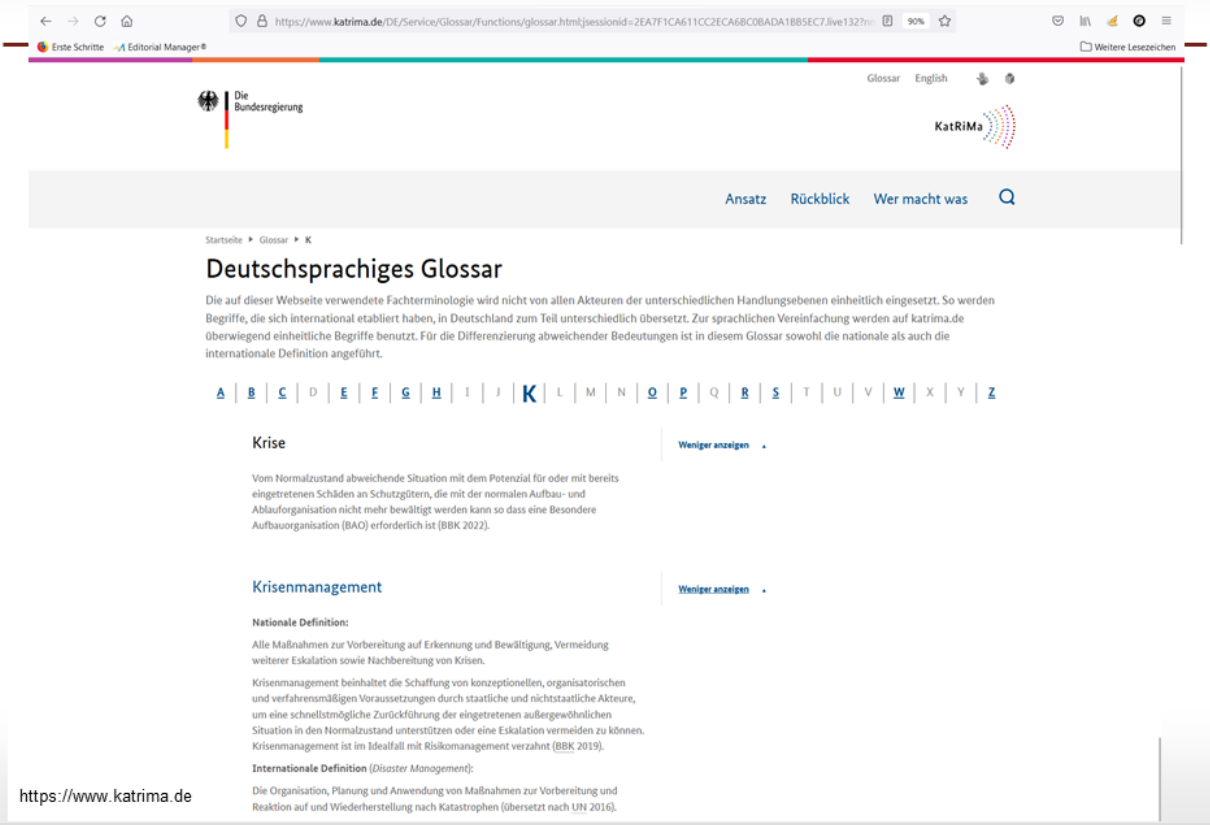


https://www.undrr.org/terminology

https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Glossar/glossar_node.html
https://www.bbk.bund.de/DE/Infothek/Glossar/_functions/glossar.html?nn=19742&cms_lv2=19756

Glossare für Fachtermini

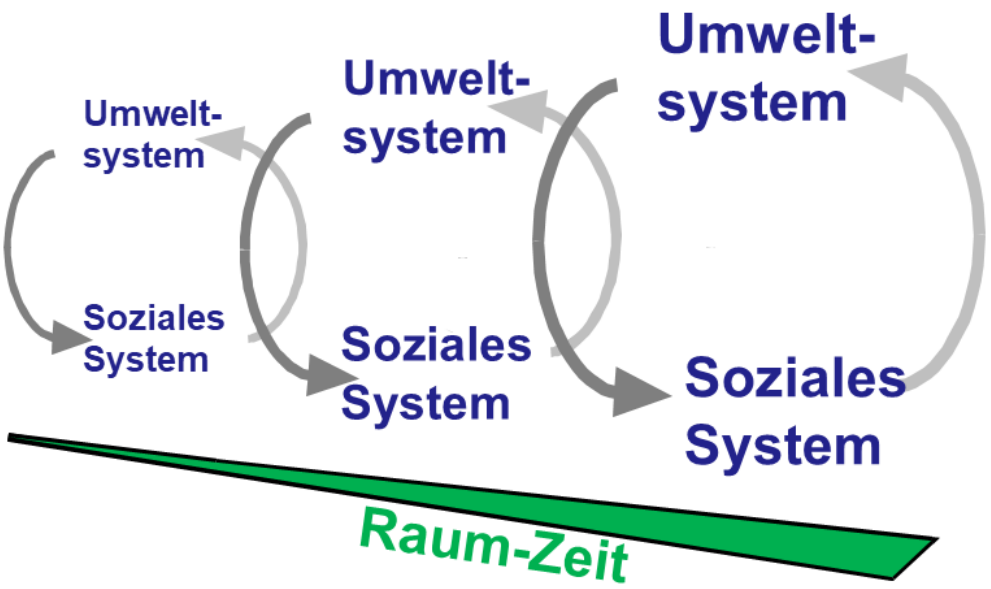
ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien



https://www.katrima.de

Dynamische Systeme!!

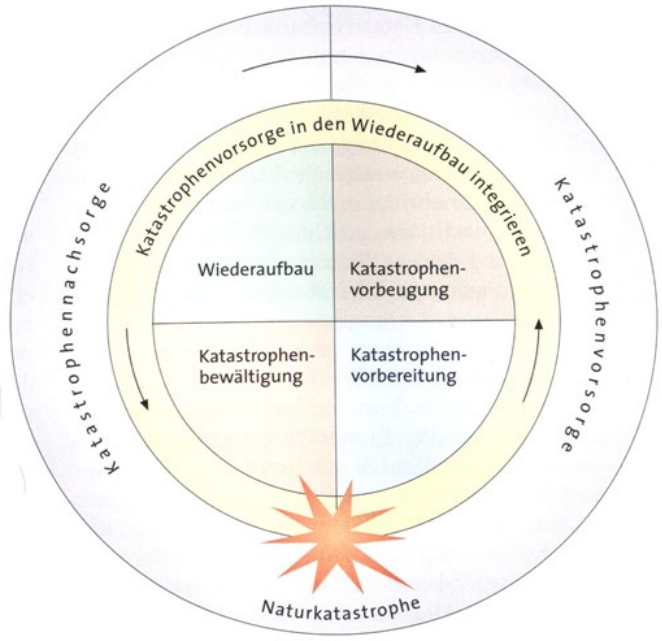
ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien



Gültig für verschiedene Systeme:
u.a. Umwelt-, Soziales -, Politisches -, Ökonomisches System, …

(Hufschmidt et al. 2005)

Die Basis: Krise als Zyklus



(Dikau & Weichselgartner 2005, S. 191)

Wiss. Herausforderungen (1/3)

Hintergrund

- Krisen in **allen Lebensbereichen** (u.a. pol., soz., ökon. Bereiche, Umwelt) für alle gesellschaftliche Gruppen (auch und bes. marginalisierte Gruppen)
- Krisen müssen als „**komplexe Systeme**“ gesehen werden, also u.a.
  - Pfadabhängigkeit – historische Entwicklung als Ausgangspunkt ist zentral
  - Interaktionen/ Wechselwirkungen
  - Nichtlineare Systeme – Schwellenwerte in Systemen
  - Syst. reagieren emergent, d.h. ab bestimmten Schwellen NEUE Reaktionen
  - Kaskadeneffekte beachten – in Raum (polit. Grenzen ≠ Systemgrenzen!!) und Zeit „Die Krise nach der Krise“
- Freiwillige (z.B. Autofahrt) *versus* unfreiwillige Krisen (z.B. Naturereignis)
- Schnelle (z.B. Explosion) *versus* langsame Krisen (z.B. Bodenerosion)
- Bekannte/ abschätzbare *versus* unbekannte/ neue Krisen
- Zunehmende Bedeutung von **Extremen**
- **Dynamik** der raum-zeitlichen Veränderungen – Umwelt & Gesellschaft
- **Finaler Umkippunkt** - „Tipping points“ / „Points of no return“

Wiss. Herausforderungen (2/3)

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Krisenmanagement

- Krisenmanagement als **Kreislauf** – beinhaltet direkte Bewältigung und Wiederaufbau UND Prävention (Vorbeugung und Vorbereitung)

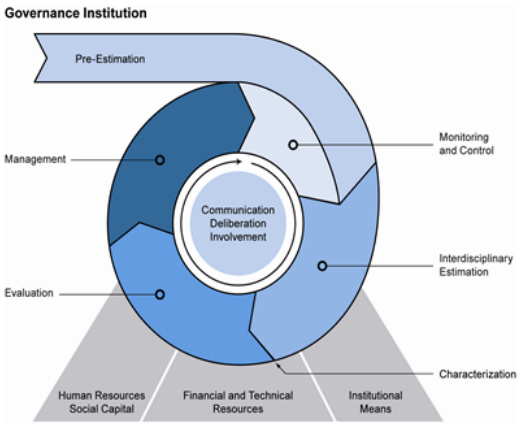
  Es gilt: ***Nach der Krise ist vor der Krise***
- Entscheidungen im Krisenmanagement unter **Unsicherheit** – und Raum-Zeit Skalen (inkl. deren pot. Änderungen während einer Krise)
- **Evidenz-basiert** Gefahren und Konsequenzen identifizieren
  - Historische Situationen analysieren
  - Momentane Bestandaufnahmen durchführen
  - Szenarien abschätzen – u.a. auch Klimawandel
- **Datenbanken** erstellen und unterhalten – Zugang nach Nutzergruppen
- Kontinuierlich **Evaluation**: Adäquate Bewältigungs-/Anpassungsstrategien?
- Multigefahren und –risiko **Frühwarnsysteme**
  - Gefahren und Konsequenzen
  - Frühwarnsysteme für betroffene Akteure (u.a. Behörden, Firmen, Bevölkerung)

Wiss. Herausforderungen (3/3)

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

Krisenmanagement/ - governance

- **Gesetzliche Regelungen** überprüfen und ggf. anpassen
- **Administrative Strukturen** reflektieren und ggf. adaptieren
- Krisen können nachhaltig nur **gemeinsam** gelöst werden – intra-, inter- und transdisziplinär Bearbeitung
- **Krisen-Governance**: Einbindung aller potenziell beteiligten Akteure (u.a. staatliche Institutionen, Wirtschaft, NGO's, Betroffene, Medien)



(IRGC 2017)

Handlungsempfehlungen für die Politik ….

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

- Adaption des Basiskonzepts des „**Krisenzyklus**“
  - Nachsorge mit Bewältigung und Wiederaufbau
  - Vorsorge mit Vorbeugung und Vorbereitung - *Prävention*!!
- Etablierung von **fixen, übergreifenden Strukturen** für Krisen
- Aufbau **evidenz-basierter Systeme** (über Landesgrenzen)
  - Monitoring-Systeme – Ursache(n) UND Konsequenzen
  - Datenbanken
  - Modellierungen und Szenarien – Ursache(n) UND Konsequenzen
  - Multigefahren/ –risiko Frühwarnsysteme – inkl. Kaskaden & Komplexität
- **Bewältigungs- und Anpassungsstrategien** reflektieren und anpassen
- Etablierung des **Governance-Prinzips** (Einbindung aller Akteure)
- **Kontinuierliche Evaluation** (Konzepte, Strategien, Ereignisse)
- **Dauerhafte Steuerungseinheit** mit personellen, administrativen, ökonomischen und technischen Ressourcen und ereignis-bezogene Task-Force

Ziel Gemeinwohl: *Krisenfeste Gesellschaft*

Krisen – gestern, heute, morgen

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung — universität wien

ACHT MAL SO VIELE SCHÄDEN DURCH STARKREGEN UND ÜBERSCHWEMMUNGEN

BW stark betroffen: 2021 höchste Unwetterschäden in der Geschichte

STAND: 18.5.2022, 10:45 UHR

https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/unwetterschaeden-baden-wuerttemberg-2021-100.html - aufgerufen 20.06.2022

Verwendete Literatur

BABS – Bundesamt für Bevölkerungsschutz (2013): Glossar der Risikobegriffe. BABS, Bern

BBK – Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (Hrsg.) (2011) BBK-Glossar. Ausgewählte zentrale Begriffe des Bevölkerungsschutzes. BBK, Bonn

BMBF – Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2012): Forschung für die zivile Sicherheit 2012–2017. Rahmenprogramm der Bundesregierung. BMBF, Bonn

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.) (2013): Strategie zur Entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe (ESÜH- Strategie). Resilienz stärken – Übergänge schaffen. BMZ, Bonn

Cutter S. (2013): Vulnerability.- In: Bobrowsky P. (Hrsg.): Encyclopedia of natural hazards. Springer, Dordrecht, S. 1088–1090.

Dikau R. & Weichselgartner J. (2005) Der unruhige Planet.- Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt

Gusy C. (2013): Katastrophenschutzrecht – Zur Situation eines Rechtsgebietes im Wandel.- In: Lange H.-J., Endreß C. & Wendekamm M. (Hrsg.): Versicherheitlichung des Bevölkerungsschutzes.- Springer, Wiesbaden, S 207–220.

Hufschmidt G., Crozier M. & Glade T. (2005): Evolution of natural risk: research framework and perspectives.- Natural Hazards and Earth System Sciences 5: 375-387.

IRGC (2017): Introduction to the IRGC Risk Governance Framework.- revised version. Lausanne: EPFL International Risk Governance Center. https://doi.org/10.5075/epfl-irgc-233739

Krings S. & Glade T. (2017): Terminologische Normierung und Diskussion.- In: Karutz H., Geier W. & Mitschke T. (Hrsg.): Bevölkerungsschutz: Notfallvorsorge und Krisenmanagement in Theorie und Praxis. Berlin: Springer, S. 30-54. DOI:10.1007/978-3-662-44635-5_2.

UNDRR – UN Office for Disaster Risk Reduction (2020): Hazard definition & classification review - revised version. https://www.undrr.org/publication/hazard-definition-and-classification-review

UNISDR – UN International Strategy for Disaster Reduction (2009): UNISDR terminology in disaster risk reduction. UNISDR, Genf

Walus A (2012) Katastrophenorganisationsrecht. Prinzipien der rechtlichen Organisation des Katastrophenschutzes. BBK, Bonn

Weiter Literaturempfehlungen ….

Boin A., Ekengren M. & Rhinard M. (2020): Hiding in Plain Sight: Conceptualizing the Creeping Crisis.- *Risks, Hazards & Crisis in Public Policy* 11: S. 116–138. DOI:10.1002/rhc3.12193.

Felgentreff C. & Glade T. (Hrsg.) (2008): Naturrisiken und Sozialkatastrophen. Springer, Heidelberg.

Fuchs S. & Thaler T. (2018): Vulnerability and Resilience to Natural Hazards.- Cambridge University Press. 350 S.

Ioan-Franc V. & Diamescu A.M. (2021): The Crisis After the Crisis – Resilience or Reset? *Amfiteatru Economic* 23(58): S. 864–874. DOI:10.24818/EA/2021/58/864.

Jachs S. (2011). Einführung in das Katastrophenmanagement. Tredition Verlag.

Kuipers S., Kantorowicz J. & Mostert J. (2019): Manual or Machine? A Review of the Crisis and Disaster Literature.- *Risk, Hazards & Crisis in Public Policy* 10: S. 388–402. DOI:10.1002/rhc3.12181.

Raikes J., Smith T. F., Powell N., Thomsen D. C., Friman E., Kronlid D. & Sidle R. (2022): Crisis management: Regional approaches to geopolitical crises and natural hazards. *Geographical Research* 60(1): S. 168–178. DOI:10.1111/1745-5871.12503.

Weichselgartner J., Guézo B., Beerlage I., Després C., Fekete A., Hufschmidt G., Lussignoli O., Mey-Richters S., Naumann J. & Wienand I. (2018): Urban Resilience and Crisis Management: Perspectives from France and Germany.- In: Fekete A. & Fiedrich F. (Hrsg.): Urban Disaster Resilience and Security. Cham: Springer, S. 473-494. DOI:10.1007/978-3-319-68606-6_27.

Wincott D., Davies G. & Wager A. (2021): Crisis, what crisis? Conceptualizing crisis, UK pluri-constitutionalism and Brexit politics.- *Regional Studies* 55(9): S. 1528–1537. DOI:10.1080/00343404.2020.1805423.

Hinweis: Fett hervorgehobene Literaturstellen wurden dem Landtag als pdf-Datei zur Verfügung gestellt.

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

ENGAGE Geomorphologische Systeme & Risikoforschung

universität wien

Krisenfeste Gesellschaft – eine Analyse aus der Risiko- und Katastrophenvorsorge

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit

thomas.glade@univie.ac.at

Postgraduale Weiterbildung: kavoma.de
oerisk.at

Enquete-Kommission „Krisenfeste Gesellschaft“ - 24. Juni 2022, Stuttgart